

3. Vergangenheitsaufarbeitung in Jugoslawien und Serbien 1991-2012

In diesem Kapitel wird untersucht, wie sich der Umgang mit Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen in Serbien seit Beginn der 1990er Jahre gewandelt hat und wie er ausgestaltet wurde. Um die These eines transnationalen Lernprozesses zu überprüfen, werden Konflikte und Interaktionsmuster zwischen der nationalen und der internationalen Ebene, wie beispielsweise Konditionalitätspolitik und deren (Nicht-)Befolgung, sowie nationale Strategien, die als taktische Konzessionen oder Ausweichstrategien gewertet werden, besonders berücksichtigt.

Aufgrund der doppelten politischen Transition Serbiens¹ – einmal 1990, einmal 2000 – und ihres ausgehandelten Charakters kann im serbischen Fall nicht von einer idealtypischen *transitional justice* ausgegangen werden, die direkt auf eine Transition folgen würde und einen klaren Bruch mit der Vergangenheit und dem vorhergehenden Regime markieren soll.

Im serbischen Diskurs blieb lange unklar, was genau der Gegenstand einer Aufarbeitung sein sollte. Nach dem Tod Titos und der zunehmenden Erosion der sozialistischen Legitimität in den letzten Jahren des sozialistischen Jugoslawien drängte sich eine Auseinandersetzung mit dem bis dato nur partiell beleuchteten Zweiten Weltkrieg und mit den Verbrechen des sozialistischen Regimes auf. Während und nach Ende der Jugoslawienkriege wäre eine kritische Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Krieges angebracht gewesen, nach Ende des Milošević-Regimes eine Aufarbeitung der Verbrechen des semiautoritären Regimes. Insgesamt standen und stehen also vier Themenkomplexe, der Zweite

1 Diamandouros, Nikiforos P./Larrabee, Stephen F.: Democratization in Southeastern Europe. Theoretical Considerations and Evolving Trends (= Working Paper 129), Madrid: Juan March Institute 1999.

Weltkrieg, das sozialistische Jugoslawien, die Jugoslawienkriege und das autoritäre Milošević-Regime, im Raum. Diese wurden und werden von verschiedenen politischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren auf unterschiedlichen Ebenen, aus unterschiedlichen Interessen und Motiven heraus instrumentalisiert und treten oftmals gemeinsam auf. Aufgrund dieser Verbundenheit zueinander sind sie auch in der Analyse kaum voneinander zu trennen und stellen offenbar Kontinuitäten zumindest in ihren Deutungsmustern beziehungsweise in ihrer Funktion dar.

Als Material werden neben Sekundärliteratur Resolutionstexte und Korrespondenzen zwischen der jugoslawischen/serbischen und der internationalen Ebene einbezogen. Zudem wurden, um den innerserbischen Diskurs zum Umgang mit den Jugoslawienkriegen besser durchdringen und illustrieren zu können, Artikel aus den Wochenzeitungen *Vreme* und *NIN* herangezogen, die Kriegsverbrechen behandeln. Während die *NIN* gerade während des Milošević-Regimes als konservativ und regimenah galt, ist die *Vreme* eher als repräsentativ für einen alternativen Diskurs zu werten.

In der Darstellung auf den nächsten Seiten werden die 1990er Jahre aufgrund der Materiallage und der Ausrichtung dieser Studie oberflächlicher behandelt als die Zeit nach der zweiten Transition Serbiens. Zudem wurden Kriegsverbrechen sowohl aufgrund des mangelnden zeitlichen Abstands als auch wegen der fehlenden Distanzierung der Regierungsparteien von den Konfliktparteien nicht kritisch aufgearbeitet. Ich werde zeigen, dass es einen Diskurs über universelle Normen des Umgangs mit Kriegsverbrechen gab und dass eine bestimmte Vorstellung über eine angemessene Behandlung ausgebildet wurde. Es wurden konkrete Institutionen geschaffen, die Kriegsverbrechen dokumentierten und die nicht per se und schon in ihrer Anlage als Teil der nationalistischen Politik des Milošević-Regimes gewertet werden können. Sie schlossen zwar in den verwendeten Deutungsmustern an die nationale Lesart der späten 80er Jahre an, konnten aber erst vor dem Hintergrund der veränderten internationalen Lage von Seiten des Milošević-Regimes instrumentalisiert werden.

Ein echter Bruch vollzog sich zu dem Zeitpunkt, als sich die in den 80er Jahren als Gegenentwurf zur jugoslawischen Geschichtserzählung über den Zweiten Weltkrieg entwickelte serbische Deutung der eigenen Vergangenheit – durch die gegenwärtigen Ereignisse als bestätigt und als kontinuierlich gewertet – mit der Interpretation des Bosnienkriegs konfrontiert sah, welche die Vertreter der westlichen Presse, die internationalen *advocacy coalitions* und schließlich auch Regierungsvertreter heranzogen. Beide Parteien verwendeten die selben Deutungsmuster der Holocausterinnerung – nur mit diametral entgegengesetzten Rollenzuweisungen: Während die Serben als unschuldige Opfer und Deutsche,

Kroaten und Muslime als Nazis und deren Handlanger konstruiert wurden, wurden »den Serben« auf internationaler Ebene die Rolle der Nazis, des abgrundtief Bösen, zugewiesen. Im serbischen Diskurs ließ sich die antagonistische Rollenzuweisung, gleichzeitig Täter und Opfer, nicht auflösen, da die aktuellen Geschehnisse die Richtigkeit der serbischen Perspektive zu bestätigen schienen.

Im internationalen Diskurs wurden die bosnischen Muslime als unschuldige Opfer stilisiert, die der Hilfe und Unterstützung bedurften. Aufgrund der kroatischen Beteiligung im Bosnienkrieg blieb die Rolle der Kroaten teilweise ambivalent, im kroatisch-serbischen Verhältnis wurden sie aber aus internationaler Sicht als Opfer wahrgenommen. Die Sichtbarmachung serbischer Opfer von Kriegsverbrechen war hingegen nicht anschlussfähig.

Es wird offensichtlich, dass der Umgang mit Kriegsverbrechen zu einer Verhandlungsmasse und dadurch seiner normativen Grundlage beraubt wurde, als die Einrichtung eines Internationalen Tribunals für das ehemalige Jugoslawien näher rückte. Dieses Funktionalisieren der Aufarbeitung von Kriegsverbrechen, die Annahme, dass eine wie auch immer geartete Bearbeitung von Kriegsverbrechen eine zukünftig ungünstige Situation des Landes verhindern oder eine günstigere Situation herbeiführen könnte, setzt sich bis in die Gegenwart fort. Damit verbunden ist eine Übernahme der Formen der Aufarbeitung in die Sprache und Symbole, aber ohne eine Übernahme des Inhalts.

3.1 DIE AUFARBEITUNG VON KRIEGSVERBRECHEN IM MILOŠEVIĆ-REGIME

Nürnberg jetzt!

Nach Beginn der ersten Kampfhandlungen in Kroatien und zwei Monate vor Beginn des Zehn-Tage-Krieges in Slowenien forderte der Journalist Mirko Klarin in einem Leitartikel der serbischen Zeitung *Borba* die Einrichtung eines »balkanisches Nürnberg«.² Klarin zeigte sich überzeugt davon, dass ein internationales neutrales Tribunal Vorbereitungen für Verbrechen gegen den Frieden und ethnischer Hetze Einhalt gebieten würde, so es die Verantwortlichkeiten der Handelnden feststelle und Rechtsbrüche ahnde. Er sah die abschreckende Wirkung eines Tribunals als Mittel zur Deeskalation an, zur Kriegsprävention. Zwar verhallte seine Forderung weitgehend ungehört, die Unrechtmäßigkeit des Handelns

2 Vgl. Klarin, Mirko: »Nürnberg sada« [Nürnberg jetzt], in: *Borba* vom 16.5.1991, S. 3.

von Politikern wurde aber weiterhin thematisiert. So behandelten Experten in der Wochenzeitung *Vreme* Anfang September 1991, also während der Belagerung von Vukovar, die Frage, inwieweit es möglich wäre oder gegen internationale Bestimmungen verstoßen würde, die Präsidenten Jugoslawiens und Kroatiens als Kriegsverbrecher zu verurteilen.³ Initiiert vor allem von den Menschenrechts- und Antikriegsaktivisten von *Žene u crnom* (Frauen in Schwarz), *Centar za anti-ratnu akciju* (Zentrum für Antikriegsaktion) und des *Beogradski krug* (Belgrader Kreis) protestierten täglich Bürger gegen die Belagerung Vukovars vor dem serbischen Präsidentensitz, auch wurde in Petitionen eine Amnestie von Deserteuren gefordert. Die Antikriegsaktivisten identifizierten sich als explizit nichtethnonationalistisch, städtisch, kosmopolitisch und weitgehend als panjugoslawisch.⁴

Mit der weiteren Eskalation des Kroatienkriegs wurden zunehmend auch Kriegsverbrechen an der Zivilbevölkerung zum Thema, gerade im nationalisierten Serbien wurden Fragen nach dem Schicksal der serbischen Bevölkerung in Kroatien laut. Das serbische Parlament gab um den Jahreswechsel 1991/1992 bekannt, eine parlamentarische Kommission einzurichten, die Daten über Kriegsoffer und Verbrechen an serbischen Bürgern sammeln solle. Die Bundesebene, nunmehr nur noch die Interessen der Republiken Serbien und Montenegro vertretend, gab die serbischen Befürchtungen an die internationale Öffentlichkeit weiter. Die jugoslawische Regierung sandte Ende Januar 1992 ein »Memorandum über das Verbrechen des Völkermords in Kroatien und über die Schändung des Gedenkortes Jasenovac« an die UN und andere internationale Organisationen, in dem sie den kroatischen Regierungsorganen und ihren »paramilitärischen, rebellischen bewaffneten Banden« vorwarf, »zum zweiten Mal in einem halben Jahrhundert einen Völkermord am serbischen Volk in Kroatien« zu begehen.⁵ Die aktuellen Kriegshandlungen wurden als Wiederholung der Gewalterfahrung und der Akteurskonstellationen des Zweiten Weltkriegs gedeutet.

3 Vgl. Ninčić, Roksanda: »Po slovu zakona. Balkanski Nürnberg« [Dem Gesetz nach. Balkanisches Nürnberg], in: *Vreme* vom 1.3.1993, S. 22 f.

4 Vgl. Dević, Ana: »Anti-war Initiatives and the Unmaking of Civic Identities in the Former Yugoslav Republics«, in: *Journal of Historical Sociology* 10 (1997) 2, S. 127-156.

5 Vgl. Milošević, Milan: »Haški sud: Između Unprofora i Interpola« [Das Haager Gericht: Zwischen Unprofor und Interpol], in: *Vreme* vom 14.11.1994, S. 22 f.

Die Staatskommission für Kriegsverbrechen und Völkermordverbrechen

Im März 1992 beschloss das jugoslawische Bundesparlament die Einrichtung der parlamentarischen *Komisija za prikupljanje podataka radi utvrđivanja zločina protiv čovječnosti i međunarodnog prava koji su počinjeni nad stanovništvom srpske i drugih nacionalnosti u vrijeme oružanij sukoba u Hrvatskoj i drugim djelovima zemlje* (Kommission zur Sammlung von Informationen hinsichtlich der Feststellung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und das internationale Recht, begangen an der Bevölkerung serbischer und anderer Nationalität während des bewaffneten Konflikts in Kroatien und in anderen Teilen des Landes).⁶ Die 41-köpfige Kommission bestand aus Wissenschaftlern, Parlamentariern, Intellektuellen sowie aus Mitgliedern des Genozidausschusses der Serbischen Akademie für Wissenschaften und Künste, an dessen Arbeit sie hinsichtlich der verwendeten Rhetorik und Deutungsmuster direkt anschloss. Die Staatskommission war ein regierungsnahes Prestigeprojekt, mit dem man dem Drängen auf nationaler und internationaler Ebene nachgab, die Kriegsverbrechen während des Kroatienkrieges und des beginnenden Bosnienkriegs zu thematisieren, zu dokumentieren und sich dazu zu positionieren. Vor allem war die Kommission aber ein politisches Instrument, um serbische Positionen in Zeiten der Krise als legitim zu kommunizieren. Trotz der Staatstransformation im April 1992 und einer offiziellen Distanzierung von den bosnischen Einheiten der Jugoslawischen Volksarmee begann im Mai 1992 mit dem Abzug von Botschaftern und dem Ausschluss aus internationalen Organisationen eine harte internationale Sanktionspolitik gegen die Bundesrepublik Jugoslawien.

Die Ernsthaftigkeit, mit der die Kommission eingesetzt wurde, kann bezweifelt werden. So wurde die Arbeit des Organs schon kurz nach seiner Einrichtung durch diverse Hürden erschwert, wie zum Beispiel den unklaren Rechtsstatus gemäß der neuen Verfassung im April 1992, wonach sie ohne Vorsitzenden ver-

6 Bundesparlament der Bundesrepublik Jugoslawien: *Zakon o osnivanju Komisiju za prikupljanje podataka radi utvrđivanja zločina genocida i drugih zločina protiv čovječnosti i međunarodnog prava koji su počinjeni nad stanovništvom srpske i drugih nacionalnosti u vreme oružanih sukoba u Hrvatskoj i drugim delovima zemlje* [Gesetz über die Errichtung einer Kommission zur Sammlung von Daten zur Feststellung der Verbrechen des Völkermords und anderer Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die an der serbischen Bevölkerung und anderen Nationalitäten in der Zeit des bewaffneten Konflikts in Kroatien und in anderen Teilen des Landes begangen wurden], in: *Službeni list* 18 (1992).

blieb. Noch bevor sie wirklich zu arbeiten begann, löste sich die Kommission wenige Wochen nach ihrer Gründung schleichend wieder auf, ohne dass die Öffentlichkeit davon in Kenntnis gesetzt wurde. Obwohl sie in ihrem Titel ankündigte, sich mit Kriegsverbrechen zu befassen, die über die serbische Nationalität hinausgingen, blieb ihre konkrete Arbeit von Beginn an auf Verbrechen an der serbischen Zivilbevölkerung beschränkt und legitimierte weitgehend die Positionen der Regierung, indem sie diese wissenschaftlich unterfütterte. So schloss sie direkt an das Memorandum der Bundesregierung über »Verbrechen des Völkermords in Kroatien und über die Schändung des Gedenkortes Jasenovac« an und veröffentlichte im Mai 1992 ihren einzigen Bericht über

»[d]ie Systematisierung der Methoden der Tötung, des Folterns, der Misshandlung, Erniedrigung, Einschüchterung und Erpressung der Serben, angewendet in den Ustaša-Lagern und darüber hinaus auf dem Gebiet der Bosanska Posavina und der Republik Kroatien«⁷.

Staatspräsident und Mitglied der Serbischen Akademie für Wissenschaften und Künste, Dobrica Ćosić, sah in der Kommission eine willkommene Möglichkeit, um die internationale Außenwirkung Jugoslawiens nach den im Frühjahr verhängten Sanktionen gegen das Land zu verbessern. Zur Vorbereitung eines Treffens mit der Jugoslawienkontaktgruppe, einer informellen Gruppe aus Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien und den USA, die eine Regelung zwischen den Konfliktparteien im Bosnienkrieg vermitteln wollten, initiierte Ćosić eine »wissenschaftliche Beratung«, organisiert von der Kommission gemeinsam mit dem Ausschuss zur »Erforschung des Genozids am serbischen Volk und anderer Nationalitäten« an der Serbischen Akademie für Wissenschaften und Künste. Mit der Konferenz über »Kriegsverbrechen und Genozid 1991-1992« in Belgrad sollte gezeigt werden, dass man sich mit Kriegsverbrechen befasste, sie dokumentierte und verurteilte, zudem konnten die Verbrechen an den Serben auf diesem Weg stärker in das Licht der Öffentlichkeit gerückt werden.⁸ Innenpolitisch hatte die Tagung noch eine weitere Funktion: Sie fand weniger als ein Jahr nach der vom Ausschuss der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste organisierten Konferenz zum »Genozid an den Serben im Zweiten Weltkrieg« statt und markierte somit eine eindrucksvolle Parallele zwischen dem Völkermord an den Serben im Zweiten Weltkrieg durch den Unabhängigen Staat Kroatien und den Kampfhandlungen im Kroatienkrieg 1991/1992.

7 M. Milošević: »Haški sud«.

8 N. Stefanov, *Wissenschaft als nationaler Beruf*, S. 365.

Trotz ihres übernationalen Anspruchs standen auf dieser Konferenz die Verbrechen an serbischen Bürgern im Vordergrund. Auffällig ist auch die inflationäre Verwendung des Terminus Völkermord.⁹ Deutlich wird das anhand des Konferenzprogramms, das sich in der Struktur des Tagungsbandes abbildet und den deklaratorischen Charakter der »wissenschaftlichen Beratungen« – so der Untertitel des Bandes – belegt.¹⁰ Nach einer Einleitung behandelt Kapitel zwei »Die Vertreibung der serbischen Bevölkerung von ihrer Feuerstelle«¹¹; in Kapitel drei werden nach der Vorstellung des bereits erwähnten Memorandums der Bundesregierung zum »Verbrechen des Völkermords von 1991 in Kroatien und die Schändung des Gedenkortes Jasenovac« deren Hintergründe und Aspekte thematisiert. In Kapitel vier werden unter dem Titel »Verbrechen während der bewaffneten Konflikte 1991-1992« zunächst ein Memorandum »über die genozidale Politik Kroatiens gegen das serbische Volk in Westslawonien« und dann ein »Memorandum über die dramatische Situation der serbischen Bevölkerung auf dem Gebiet Gorski Kotar und Appell an die UN und andere internationale Organisationen« präsentiert. Die folgenden Beiträge befassen sich ausschließlich mit Verbrechen gegen die serbische Zivilbevölkerung. Kapitel fünf thematisiert die Zerstörung von serbischen Häusern, Kirchen und Denkmälern; weiterhin gehen die Kapitel vier und fünf auf juristische Überlegungen und die völkerrechtliche Einordnung der Verbrechen im Kroatien- und Bosnienkrieg ein. Hier wird ein weiteres Memorandum »über das Engagement der Republik Kroatien in den kriegesischen Konflikten in Bosnien-Herzegowina« präsentiert, in dem Kroatien als Aggressor identifiziert wird. Das achte Kapitel behandelt internationale Faktoren, die Rolle von Verantwortung und Propaganda sowie die Möglichkeiten

9 Jevremović, Pavle: »An Examination of War Crimes Comitted in the Former Yugoslavia«, in: *Međunarodni problemi* 46 (1994) 1, S. 39-73.

10 Vgl. bis zum Ende des Absatzes Bulajić, Milan/Samardžić, Radovan (Hg.): *Ratni zločini i zločini genocida 1991-1992.: Naučno savetovanje Odbora SANU za sakupljanje građe o genocidu protiv srpskog naroda i drugih naroda Jugoslavije u XX veku i Državne komisije za ratne zločine i zločine genocida, održano od 6. do 8. avgusta 1992. godine u Beogradu* [Kriegsverbrechen und Verbrechen des Genozids 1991-1992. Wissenschaftliche Beratung des SANU-Komitees zur Sammlung von Materialien über den Genozid am serbischen Volk und anderen Völkern Jugoslawiens im 20. Jahrhundert und der Staatskommission für Kriegsverbrechen und Verbrechen des Genozids, abgehalten 6.-8.8.1992], Belgrad: Srpska akademija nauka i umetnosti 1993.

11 Im serbischen Original ist von *ognište* die Rede. Der Totemismus bezeichnet die offene Feuerstelle im traditionellen Haushalt.

internationalen Handelns zur Vermeidung von Völkermord. Abschließend werden Studienprojekte zu und Beweise für Verbrechen des Völkermords vorgestellt und Schlussüberlegungen diskutiert.

Die Konferenz kann als Versuch eingeordnet werden, Aufmerksamkeit für Verbrechen an Serben zu erzeugen und die kroatische Regierung für diese Verbrechen verantwortlich zu machen. Sie sollte ein Gegennarrativ zur internationalen Wahrnehmung der Jugoslawienkriege darstellen und die aus serbischer Sicht falsche Perception korrigieren, dass im Kroatienkrieg ausschließlich Serben Täter und Aggressoren gewesen seien, wie auch die Memoranden belegen. Die Verbrechen von serbischer Seite werden nicht thematisiert – abgesehen von Dragan Zgonjanins Beitrag, der die »Wahrheit« über die in Vukovar begangenen Frevel verspricht. Die serbische Belagerung der Stadt und die dabei verübten Verbrechen analysierte er allerdings nicht – nur wenige Monate später wird ein UN-Forensiker auf das Massengrab in Ovčara aufmerksam machen. Zgonjanjin dokumentiert hingegen nach

»strafgesetzlicher Methode [...] Kriegsverbrechen und Verbrechen des Völkermords, begangen auf dem Gebiet Vukovars in der Periode seit Mai 1990, aus der die erste genozidale Aktion der HDZ [*Hrvatska demokratska zajednica*, Kroatische Demokratische Union] datiert, bis zum Schluss der Vukovar-Operation beziehungsweise der Befreiung Ostslawoniens, der Baranja und des Westsrems von den Angehörigen der bewaffneten Formationen Kroatiens«¹².

Seinen Ausführungen nach legten die bestätigten Opferzahlen nahe, dass die Mehrheit der bei den Auseinandersetzungen auf dem Gebiet Vukovars im Untersuchungszeitraum getöteten Zivilisten serbischer Nationalität gewesen seien. Mit seiner Studie rechtfertigt und legitimiert Zgonjanin die angewendete Gewalt implizit, da sie notwendig gewesen sei, um die serbische Bevölkerung zu befreien und damit zu schützen.

In einem Schlusswort erklärte Milan Bulajić, stellvertretender Präsident der Kommission für Kriegsverbrechen und Verbrechen des Genozids und Sekretär des Ausschusses an der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste, dass Informationen zu Kriegs- und Völkermordverbrechen auf Basis von Fragebögen auf dem Territorium der Bundesrepublik Jugoslawien und in der Krajina gesammelt werden müssten. Unter Einsatz der UN bot er vergleichbaren Institu-

12 Zgonjanin, Dragan: »Istina o zločinima u Vukovaru« [Die Wahrheit über die Verbrechen in Vukovar], in: M. Bulajić/R. Samardžić (Hg.): *Ratni zločini* (1993), S. 205-208, hier S. 205.

tionen in Kroatien und Bosnien-Herzegowina eine Zusammenarbeit an, auch sollten weitere Experten einbezogen werden.

Dieser Ankündigung folgten allerdings keine Taten. 1993 beschrieb ein Journalist der *Vreme* die Kommission für Kriegsverbrechen und Verbrechen des Genozids wegen ihrer Unsichtbarkeit und Untätigkeit als »phantomgleich«.¹³ Das Dilemma zwischen Ideal und Wirklichkeit zeigt sich in der 1995 veröffentlichten Sammlung über die Arbeit der Kommission während ihres Tätigkeitszeitraums von etwas mehr als einem Jahr.¹⁴ In der Einleitung verortete und beschrieb Milan Bulajić seine Situationswahrnehmung. So parallelisierte er die Erfahrung des Auseinanderbrechens Jugoslawiens 1991/1992 mit der Zerschlagung Jugoslawiens 1941 und vertrat die Auffassung, dass sich die Geschichte nun wiederhole. Demnach bedienten sich externe Aggressoren der unterschiedlichen Autonomieinteressen der jugoslawischen Völker, um sie gegeneinander auszuspielen und ihre geopolitischen Großmachtinteressen durchzusetzen. Am Ende dieses Prozesses stünde die Tragödie des serbischen Volkes. Für diese Tragödie gelte es, die Schuldigen zu identifizieren. Bulajić betont zuvorderst die serbisch-nationale Ausrichtung bei der Strafverfolgung, fordert aber ein Primat von Gerechtigkeit und der Gleichheit aller vor Gericht. Gemäß seinen Ausführungen stellt ein juristisches Verfahren, das Gerechtigkeit herstellt, das einzige Mittel dar, um neuer Gewalt vorzubeugen. Es scheint so, als verstehe Bulajić die unterbliebene Auseinandersetzung mit den Verbrechen während des Zweiten Weltkriegs als Ursache für die gegenwärtigen Verbrechen. In einer anderen Passage der Einleitung empört er sich über die abweichende Methode des UN-Sicherheitsrates, Kriegsverbrechen festzustellen, die daher von der Bundesregierung zu Recht nicht anerkannt würden. Sowohl die Ursachen und die Genese der Jugoslawienkriege als auch eine Vielzahl von Kriegsverbrechen würden dadurch ignoriert. Während der Autor bis hierhin weitgehend den Positionen des Milošević-Regimes folgte, wies er an anderer Stelle klar auf die Probleme der

13 Vasiljević, Vladan: »Sveti princip pravde. Međunarodni krivični sud: zablude i fakta« [Das internationale Gerechtigkeitsprinzip. Das Internationale Strafgericht: Missverständnisse und Fakten], in: *Vreme* vom 8.3.1993, S. 25-28.

14 Komisija za prikupljanje podataka radi utvrđivanja zločina protiv čovječnosti i međunarodnog prava koji su počinjeni nad stanovništvom srpske i drugi nacionalnosti u vrijeme oružanij sukoba u Hrvatskoj i drugim djelovima zemlj (Hg.): Zbornik o radu državne komisije za ratne zločine i zločine genocida (od 20. marta 1992 do 23. jula 1993) [Sammlung über die Arbeit der Staatskommission für Kriegsverbrechen und Verbrechen des Genozids (20.3.1992-23.7.1993)], Belgrad: Muzej žrtava genocida 1995.

Arbeit und die Überforderung der Kommission hin und verdeutlichte die dadurch entstehenden blinden Flecken. Dafür macht er ohne Umschweife die politischen Stellen und Funktionsträger verantwortlich:

»Am tragischsten ist die Tatsache, dass das Sammeln der Daten über Kriegsverbrechen und Verbrechen des Völkermords nicht als nationale Aufgabe verstanden wird, als Priorität des Bundesparlaments, der Bundesregierung und deren Organe und Institutionen, sondern nur durch das Wissen der Staatskommission, Unterausschüsse und Komitees gelöst wird. Die Folge ist, dass den zahlreichen Beschuldigungen der Bundesregierung Jugoslawien und des serbischen Volkes keine dokumentierten Tatsachenanalysen entgegenstehen, das der Bericht des State Departments der USA, des Sonderberichterstatters der Vereinten Nationen Mazowieski, die Untersuchungen und Bücher von Hunderten von Seiten von Helsinki Watch nicht analysiert sind, und reden wir nicht über die Untersuchungen des kroatischen ›Veritas‹-Professors Zvonimir Šeparović, der bosnisch-muslimischen Zentren und der bezahlten, starken Medienzentren. Die Zuständigen werden erklären müssen, warum man Ende 1994 nicht weiß, zur Zeit des Beginns des Internationalen Gerichts für Kriegsverbrechen auf dem Boden des ehemaligen Jugoslawien in Den Haag, wie viele Serben seit 1991 gestorben sind, nicht in Tausenden!«¹⁵

Da der politische Wille nicht vorhanden gewesen sei, könne man nun den Angriffen auf Serbien auch nichts entgegenstellen. Zudem warf Bulajić den politisch Verantwortlichen vor, ihrer Pflicht nicht nachgekommen zu sein, sich angemessen um die serbischen Opfer zu kümmern. Dieser Vorwurf zeigt, dass das Thema Aufarbeitung auch im Rahmen nationalistischer Argumentationen Verwendung findet, die zur Kritik der Regierungspolitik von rechts dient.

Zivilgesellschaftliche Initiativen

Die Ignoranz und Tatenlosigkeit der jugoslawischen und der serbischen Regierung im Umgang mit Kriegsverbrechen mobilisierte die Gründung zivilgesellschaftlicher Initiativen. Um die Leerstelle auszufüllen, die aufgrund der mangelnden Unterstützung von Seiten der Regierung entstand, richtete Milan Bulajić 1992 den *Fonds za istraživanje genocida* (Fond für die Erforschung des Genozids) und das *Muzej žrtava genocida* (Museum für die Opfer des Genozids) ein. Als hochrangiger Diplomat und Jurist war Bulajić Vertreter Jugoslawiens bei den Prozessen gegen den ehemaligen Innenminister im NDH-Staat Andrija Artuković, als parteiischer Sachverständiger (*amicus curiae*) beim Prozess gegen

15 Ebd., 8 f.

Adolf Eichmann sowie Zeuge in verschiedenen Prozessen gegen Angehörige der *Ustaša* gewesen und widmete sich bereits seit Jahren der Dokumentation und Strafverfolgung von Verbrechen im Konzentrationslager Jasenovac. Das Museum für die Opfer des Genozids, das ein Forschungs- und Dokumentationszentrum umfasst und keine Ausstellungsräumlichkeiten hat, nahm seine Arbeit 1995 auf und sammelt seitdem Daten zu Kriegsverbrechen und Opfern von Genoziden auf dem Territorium des ehemaligen Jugoslawien – sowohl aus der Periode des Zweiten Weltkriegs als auch aus den Kriegsjahren 1991-1995. Da Milivoje Ivanišević bereits seit 1991 auf eigene Faust Kriegsverbrechen gegen Serben dokumentierte, gründete der Kulturschaffende ebenfalls 1992 das *Centar za istraživanje zločina nad srpskim narodom* (Institut zur Erforschung der Verbrechen am serbischen Volk), das die Dokumentation von an Serben begangenen Verbrechen in Kroatien und Bosnien-Herzegowina in den Mittelpunkt stellte.¹⁶

Im gleichen Jahr gründete die Menschenrechtsaktivistin Nataša Kandić den *Fond za humanitarno pravo* (Fonds für Völkerrecht), eine weitgehend aus dem Ausland finanzierte NGO, die sich die Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen während der Jugoslawienkriege zum Ziel setzte. Ihre Datenbank wurde später zur Grundlage vieler Prozesse auf internationaler und nationaler Ebene. Auch die Antikriegsaktivisten beschäftigten sich zunehmend mit dem Thema Kriegsverbrechen und deren möglicher Bearbeitung. So setzte die ehemalige Diplomatin, Beraterin im Außenministerium und Oppositionelle Sonja Biserko zwischen 1992 und 1994 im Rahmen des *Center za antiratnu akciju* (Zentrum für Antikriegsaktion) in Belgrad ein Projekt zu den Möglichkeiten eines internationalen Tribunals zur Strafverfolgung von Kriegsverbrechen um. Die Belgrader NGO-Szene grenzte sich ab 1992 zunehmend vom Milošević-Regime und der nationalistischen Opposition des Landes ab. Mit der Bezeichnung *Druga Srbija* (anderes Serbien), erstmals verwendet 1992 von Mitgliedern des *Beogradski krug* (Belgrader Kreis), sollte eine Alternative zum nationalistischen Serbien einen Namen, einen Slogan erhalten. Zeitweise stand sie auch für eine Art paralleles Serbien, da sich die dahinter versammelnden Akteure aus der Öffentlichkeit zurückzogen, um »[a]us[zu]weichen vor der einheitlichen nationalen Front«¹⁷. In den folgenden Jahren entwickelte sich das »andere Serbien« zum Synonym für die regimekritische, alternative serbische Zivilge-

16 2008 unbenannt in *Institut za istraživanje srpskih stradanja u XX. veku* (Institut für das serbische Leiden im 20. Jahrhundert).

17 Savić, Obrad: »Parallele Welt. Die Belgrader NGO-Szene«, in: Šlosar, Irina (Hg.): *Verschwiegenes Serbien: Stimmen für die Zukunft?*, Klagenfurt/Salzburg: Wieser 1997, S. 41-54.

sellschaft, zu der unter anderem das Zentrum für Antikriegsaktion, *Žene u crnom* (Frauen in Schwarz), *Helsinki odbor za ljudska prava* (Helsinki-Komitee für Menschenrechte), der Belgrader Kreis, das *Centar za kulturnu dekontaminaciju* (Zentrum für kulturelle Dekontamination), der Fond für Völkerrecht, das *Forum za etničke odnose* (Forum für ethnische Beziehungen), das *Centar za ženske studije* (Zentrum für Frauenstudien) und viele mehr gehörten.

Berichte der jugoslawischen Bundesregierung über Kriegsverbrechen

Seit Anfang September 1992 tagte die Genfer Jugoslawienkonferenz, die unter dem Vorsitz von Europäischer Gemeinschaft und UN mit Unterbrechungen über ein für alle am Bosnienkrieg beteiligten Parteien annehmbares Friedensabkommen verhandelte. Am 22. September verwehrte die UN-Generalversammlung Jugoslawien die Rechtsnachfolge der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, wodurch das Land seinen Sitz in der UN-Generalversammlung nicht wahrnehmen konnte. Die jugoslawische Regierung weigerte sich, diese Entscheidung zu akzeptieren. Weiterhin richtete der UN-Sicherheitsrat mit der Resolution 780 im Oktober 1992 eine fünfköpfige Expertenkommission ein, die die begangenen Verbrechen in der Region beurteilen sollte.¹⁸ Als Grundlage für deren Arbeit wurde allen Mitgliedsstaaten und UN-Organisationen, internationalen und anderen Organisationen sowie Individuen vorab die Möglichkeit gegeben, innerhalb von dreißig Tagen »substantielle Informationen« – und nicht Beweise – über Kriegsverbrechen auf dem Territorium des ehemaligen Jugoslawien seit 1991 vorzulegen.¹⁹ Die Expertenkommission unter Vorsitz des niederländischen Juristen Frits Kalshoven sollte diese dann bewerten.

Die *ad hoc* eingerichtete Expertenkommission war für die Bundesrepublik Jugoslawien auch ohne UN-Mitgliedschaft

18 United Nations Security Council: Resolution 780, UN-Dok. S/RES/780 vom 6.10.1992.

19 In der Behandlung der Expertenkommission, der es anfänglich an finanzieller und technischer Unterstützung fehlte, die dann durch freiwilliges Engagement und Finanzierung durch den internationalen NGO-Sektor ausgeglichen wurde, drückte sich die lange Ambivalenz »des Westens« gegenüber internationaler Justiz aus. Vgl. V. Peskin: *International Justice*, S. 40. Später unternahm die Expertenkommission auch Untersuchungsmissionen in den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens. Insgesamt tagte die Expertenkommission zwölf Mal. 1993 veröffentlichte sie zwei Zwischenberichte.

»a chance to present facts about crimes committed against the Serbian population, thus perhaps contributing to the relevant international factors taking a more balanced attitude towards the sides in the conflict and the settlement of the crisis as a whole. [...] In other words the Federal Republic of Yugoslavia was given the opportunity of answering, with good arguments, many serious accusations and of defending its legitimate national interests before an international political audience and, on a wider scale, the general public.«²⁰

Diese Aufgabe wurde einer Arbeitsgruppe übertragen, die sich aus Vertretern des Justiz-, Außen-, Verteidigungs- und Innenministeriums sowie des Ministeriums für Menschenrechte und Minderheiten zusammensetzte. Überfordert von der kurzen Zeitspanne, in der der Bericht angefertigt werden sollte, und aufgrund institutioneller Unzulänglichkeiten trug die Arbeitsgruppe lediglich bereits vorliegende Informationen von anderen Organen, NGOs und Agenturmeldungen zusammen und editierte sie.

In einem ersten von der Arbeitsgruppe verfassten Bericht über Kriegsverbrechen auf dem Territorium des ehemaligen Jugoslawien an die Expertenkommission von Ende November 1992 begrüßt die Bundesregierung Jugoslawiens die Einrichtung des Gremiums. Auch verdeutlicht sie ihre normativen Zielsetzungen,

»dass es, um die politische Krise in der ehemaligen jugoslawischen Region zu lösen, von zentraler Bedeutung ist, alle relevanten Fakten im Zusammenhang mit den bewaffneten Konflikten und der Gewalt, insbesondere in Bezug auf schwerwiegende Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, und dem Krieg zu etablieren. Für die künftige Stabilität in der Region, die Beziehungen zwischen den neuen Bundesländern, geschaffen durch die Sezession von Jugoslawien, sowie die Beziehungen zwischen ihren Völkern ist die erste und grundlegende Voraussetzung, die Verantwortung für Gewalttaten, Zerstörung, Leid und den gewaltsamen Tod vieler Menschen zu bestimmen.«²¹

Die Bundesregierung sprach sich deutlich für eine juristische Aufarbeitung aus, indem sie forderte, Verantwortliche festzustellen und Rechtsbrüche zu ahnden. Gleichzeitig setzte sie einen Schwerpunkt auf die Wahrheitsfindung. Der Wille zur Kooperation mit der Expertenkommission wurde klar ausgedrückt. Die Zeit

20 P. Jevremović: »An Examination«.

21 Bundesregierung der Republik Jugoslawien: Izveštaj komisiji eksperata ustanovljenoj na osnovi rezolucije Saveta Bezbednosti 780 (1992) [Bericht an die Expertenkommission auf Grundlage der Resolution des Sicherheitsrates 780 (1992)] 1992, <http://www.slobodan-milosevic.org/documents/reports/Serbian/1-izv.htm> vom 3.1.2013.

zur Zusammenstellung der Informationen sei knapp gewesen und der Gegenstand komplex, nichtsdestotrotz habe man die größtmögliche Anzahl von Fällen mit den Namen der Opfer und, wenn möglich, der Täter aufgelistet. In Übereinstimmung mit internationalem und nationalem Recht habe man dementsprechend Daten über Kriegsverbrechen aufbereitet, die gegen die Genfer Konvention von 1949 und ihre Zusatzprotokolle von 1977, gegen die Völkermordkonvention sowie die Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten von 1954 verstießen. Die Liste der konkreten Straftatbestände enthielt:

- die vorsätzliche Tötung von Zivilisten,
- die vorsätzliche Tötung von Gefangenen und Kriegsgefangenen,
- die inhumane Behandlung von Zivilisten,
- die inhumane Behandlung von Gefangenen und Kriegsgefangenen,
- die vorsätzliche Tötung und die inhumane Behandlung von Verwundeten und Kranken,
- Geiselnahme und die Errichtung von Lagern,
- die Zerstörung von zivilen Objekten ohne militärische Notwendigkeit,
- die Zerstörung von Kultstätten, Friedhöfen, kulturellen und historischen Denkmälern und
- ethnische Säuberung.

Der Tatbestand der ethnischen Säuberung wurde von der Genfer Konvention zum Schutz der Zivilbevölkerung in Kriegszeiten abgeleitet und auch retrospektiv gewendet:

»Der grundlegende Maßstab [für ethnische Säuberungen, D. M.] war die ethnische Zugehörigkeit der ehemaligen Bewohner, und dort wiederholt sich, was im Zweiten Weltkrieg unter der Herrschaft des NDH begonnen hat, außer dass nun neben Serben auch Muslime, Kroaten und andere bedroht sind.«²²

Trotz dieser Einordnung war der kurzfristig zusammengestellte Bericht in erster Linie für Experten und Juristen geschrieben und ist nicht als Instrument der Propaganda einzuordnen. Zwar waren die meisten angeführten Verbrechen an Serben begangen worden und nur wenige verzeichnet, in denen ethnische Serben als Täter angeführt wurden. Dies kann aber auch auf die nach Serbien und Montenegro Geflüchteten und deren Aussagen über Gewalterfahrungen zurückgeführt werden. Ohne Frage bestand bei den Verfassern die Absicht, auf Verbrechen und

Leiden der serbischen Bevölkerung zu verweisen, gerade auch, weil die Regierungen in der *Republika Srpska* und in der *Republika Srpska Krajina* keine entsprechenden Gremien geschaffen hatten, die die Verbrechen an der serbischen Bevölkerung dokumentierten. Allerdings wurde in dem Bericht von Seiten der Bundesregierung ebenfalls deutlich gemacht, dass zukünftige Berichte genauso auch Verbrechen mit nichtserbischen Opfern und serbischen Tätern aufführen würden.

Der Bericht der Bundesregierung an die Expertenkommission löste in der Republik Serbien öffentlichen Unmut aus. Insbesondere die von der serbischen Regierung kontrollierte Berichterstattung des staatlichen Fernsehsenders RTS und einiger Zeitungen vermittelte unverblümt, dass eine objektive, professionelle und systematische Dokumentation von Kriegsverbrechen, vor allem nach den Richtlinien des internationalen Rechts, nicht erwünscht sei.²³ Hierin drückte sich die unterschiedliche Ausrichtung der beiden Regierungen aus, wobei die serbische erkennbar nationalistischere Töne anschlug und von internationaler Seite antiserbische Propaganda und Verurteilung fürchtete. Die offene Kritik an dem Bericht von serbischer Seite stand bereits im Zeichen der Präsidenten- und Parlamentswahlen vom Dezember 1992 und kann als Versuch des serbischen Präsidenten Milošević gelesen werden, den damals erst kurze Zeit amtierenden jugoslawischen Ministerpräsidenten Milan Panić zu disqualifizieren, der bei den serbischen Präsidentenwahlen gegen ihn antreten sollte.

Übernahme starker Symbole: Ein zweiter Holocaust und ein zweites Nürnberg

Im Herbst 1992 nahm der Druck von außen auf Jugoslawien zu. Schon im Sommer hatte die internationale Berichterstattung über serbische Lager²⁴ eine Parallele zwischen den Verbrechen an den Juden im Holocaust und den gegenwärtig begangenen Gräueln an den bosnischen Muslimen gezogen. Diesen Bezug auf eine universale moralische Norm stellten zunächst Journalisten her, nach kurzer Zeit griffen ihn jüdische Lobbyorganisationen auf, die sich aus der eigenen Opfererfahrung heraus, die in der Lagersymbolik reaktualisiert wurde, als Pressure-

23 P. Jevremović: »An Examination«.

24 Als Erster berichtete der amerikanische Journalist Roy Gutman am 2. August in der US-Tageszeitung *Newsday* über Massenmord in von Serben betriebenen Internierungslagern, vgl. D. Levy/N. Sznajder: Erinnerung im globalen Zeitalter, S. 186. Kurz darauf teilte das Internationale Rote Kreuz mit, alle drei Konfliktparteien betrieben Internierungslager.

groups für die Anliegen der bosnischen Muslime einsetzten. Am 5. August 1992 veröffentlichten das *American Jewish Committee*, der *American Jewish Congress* und die *Anti-Defamation League* eine ganzseitige Anzeige in der *New York Times*, welche die Verbindung von Holocaust und Bosnien explizierte.²⁵ Eine Vielzahl von NGOs in den USA und Europa übernahm die Idee einer Parallelisierung von Holocaust und Bosnienkrieg in Rhetorik und Symbolik. Die komplexen Ursachen der Jugoslawienkriege, bestehend aus einem ethnisierten sozioökonomischen Konflikt, dem Machtstreben Einzelner und der Problematik der Internationalisierung wurden damit auf ein einfaches binäres Schema reduziert und damit entpolitisiert: Die Übertragung des Holocaust auf den Konflikt in Bosnien machte aus Serben böse Nazis und aus Muslimen unschuldige Opfer. Zudem gerieten politische Akteure und Institutionen durch die der Holocausterinnerung implizite und moralisch ultimativ begründete Handlungsanweisung, in einen Krieg einzugreifen, öffentlich unter Handlungsdruck. Gegen »die Nazis« aktiv zu werden erwies sich zunehmend als Gradmesser für politische Legitimation. Statt militärisch zu intervenieren zog die internationale Gemeinschaft als Reaktion auf die Verbrechen alle Register politischer Aktion und Vermittlungsversuche.

Auf der Genfer Friedenskonferenz hielt der amerikanische UN-Gesandte Lawrence Eagleburger im Dezember 1992 eine Rede, in der er die Namen von zehn Personen nannte, die er vor ein internationales Tribunal zu stellen beabsichtigte. Damit zielte er besonders auf die Einschüchterung von politischen Führungsfiguren und militärisch Verantwortlichen ab. Das serbische Volk müsse verstehen, dass »a second Nuremberg awaits the practitioners of ethnic clean-

25 »Zu den blutigen Namen von Auschwitz, Treblinka und anderen Nazi-Todeslagern scheinen die Namen von Omarska und Brčko hinzuzufügen zu sein [...] Ist es möglich, daß fünfzig Jahre nach dem Holocaust die Nationen der Welt, unserer eingeschlossen, passiv dastehen und nichts tun und vorgeben, hilflos zu sein? [...] Es sei hier betont, daß wir jeden notwendigen Schritt tun werden, inklusive den der Gewalt, um diesem Wahnsinn und dem Blutvergießen ein Ende zu setzen.« Zit. nach ebd., S. 187. Auch über die Anzeige hinaus blieben die jüdischen Lobbygruppen, vor allem im Kontext der Einweihung des *Holocaust Memorial Museum*, sehr aktiv. Der Buchenwald-Überlebende Elie Wiesel besuchte im November 1992 Belgrad, Sarajevo, Banja Luka und das Manjača-Konzentrationslager und zieht öffentlich Parallelen zu seinen Erfahrungen in Buchenwald. Er versuchte erfolglos, die Bush-Administration von der moralischen Notwendigkeit zu überzeugen, sich gegen den geschehenden Völkermord auszusprechen. Anlässlich der Eröffnung des *Holocaust Memorial Museum* am 22. April 1993 rief Wiesel den neuen Präsidenten Bill Clinton öffentlich dazu auf, den bosnischen Völkermord zu thematisieren.

sing, and that the judgment and opprobrium of history awaits the people in whose name their crimes were committed«²⁶.

Die Parallelisierung serbischer Politiker und Militärs mit den Naziverbrechern, die in den Nürnberger Prozessen verurteilt wurden, und des serbischen Volks als Tätervolk nutzte die Propaganda des Milošević-Regimes für sich aus, indem sie sie umkehrte. Sie stilisierte die USA und den Westen als serbenfeindlich und rekurrierte auf das erneute historische Unrecht, dass dem unschuldigen serbischen Volk widerfahre. Somit konnten die USA in die Logik einer nunmehr internationalen antiserbischen Verschwörung eingegliedert und in die Reihe der »Feinde der Serben« einsortiert werden – dort standen sie neben den Kroaten und den Deutschen sowie deren Helfern, den Muslimen, also Bosniaken und Albanern, und dem Vatikan. Als besonders dreist galt, dass man die unschuldigen Opfer als Urheber des Bösen bezeichnete und ihnen mit Bestrafung drohte. Die Absicht der USA, auf der Grundlage von Siegerjustiz auch den Balkan einer amerikanisch dominierten Weltordnung zu unterwerfen, galt als durchschaut. Dieser amerikanische Imperialismus und die daraus abgeleiteten geopolitischen Ziele der USA schlossen nicht nur an nationalistische Narrative an, sondern reaktualisierten vor allem alte sozialistische Feindbilder.

Milošević gewann die Präsidentschaftswahl im Dezember 1992 und konnte nun auch auf Bundesebene seine Macht weiter ausbauen. So übernahm das Personal des serbischen Innenministeriums, unter Vorgabe eines Streits über das Gebäude, teilweise das Bundesinnenministerium. Vielen Aufgaben auf Bundesebene wurde wegen dieses Konflikts nicht nachgekommen. Dadurch verspätete sich der zweite Bericht über Kriegsverbrechen auf dem Territorium des ehemaligen Jugoslawien an die Expertenkommission der UN, der erst Mitte 1993 versandt wurde.²⁷ In ihm erklärte die jugoslawische Regierung erneut, dass sie »immer noch zur Zusammenarbeit mit den UN und ihren Organen zur Verfolgung und Bestrafung von Kriegsverbrechen, unabhängig ihrer nationalen oder religiösen Zugehörigkeit, bereit ist«²⁸.

Wie im ersten Bericht ist in den Ausführungen der Bundesregierung eine Parteinahme für die serbische Bevölkerung zu erkennen. Mit einigen Zeilen

26 Zit. nach V. Peskin: *International Justice*, S. 31.

27 Vgl. P. Jevremović: »An Examination«.

28 Bundesregierung der Republik Jugoslawien: »Drugi izveštaj komisiji eksperata ustanovljenoj na osnovi rezolucije Saveta Bezbodnosti 780 (1992)« [Zweiter Bericht an die Expertenkommission auf Grundlage der Resolution des Sicherheitsrates 780 (1992)], <http://www.slobodan-milosevic.org/documents/reports/Serbian/2-izv-u.htm> vom 3.1.2013.

werden vier Anhänge beschrieben, einer zur Gewalt an Frauen und drei zu Verbrechen an Serben in verschiedenen Regionen und Orten. Die Notwendigkeit einer Strafverfolgung wurde stark betont, besonders verurteilte man

»scharf alle Arten von Gewalt gegen die Zivilbevölkerung, vor allem an Frauen, und findet, dass in allen Fällen die Täter identifiziert und für ihre Untaten verantwortlich gemacht werden müssen, ohne Rücksicht darauf, welche Seite im Konflikt sie beging«²⁹.

Weiterhin wird ausgeführt, dass die Untersuchung des *Srpski sabor* (serbischer Rat) der Verfolgung des serbischen Volkes in Kroatien und der ethnischen Säuberung in Westslawonien bewiesen habe, dass schon in den ersten Phasen des bewaffneten Konfliktes ethnische Säuberungen als Teil der Sezessionspolitik Kroatiens verbreitet gewesen seien. Die einseitige Schuldzuweisung an die kroatische Regierung wird hier expliziert und von den folgenden beiden Anhängen verstärkt, in denen kroatische Einheiten für mehrere als Völkermord qualifizierte Verbrechen verantwortlich gemacht werden. Aus dem Bezirk Metković werden »neue Verbrechen des Völkermords« gemeldet, hier sei die lokale serbische Bevölkerung praktisch vertrieben; auch das Verbrechen in Bradin im Gebiet Konjica wird als »neuer Genozid an den Serben« beschrieben.³⁰

Der Sicherheitsrat der UN war nach den erfolglosen Versuchen von europäischer Seite, Friedensgespräche mit den Konfliktparteien zu führen, nach zahlreichen gebrochenen Waffenstillstandsregelungen und bis dato wirkungslosen Resolutionen zu Beginn 1993 fest entschlossen, ein Ad-hoc-Tribunal einzurichten, um die Verantwortlichen für die seit 1991 auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen Kriegsverbrechen vor Gericht zu stellen. Bereits in den Monaten zuvor wurde die inhärente Problematik eines solchen neuen Instruments thematisiert und erörtert, ob der Eindruck von kulturellem Imperialismus und Siegerjustiz entstehen und damit die Legitimität des Gerichts in Frage gestellt werden könnte, wie mit der großen Anzahl von Tätern umzugehen sei und ob die Stabilität in der Region und die Konfliktdynamiken beeinflusst würden. Die fehlende Kooperation der Exekutive galt es gegen die Dringlichkeit einer juristischen Intervention und die Notwendigkeit eines Instruments zur Abschreckung abzuwägen.³¹ Schließlich verabschiedete der UN-Sicherheitsrat die Resolution 808, die festhielt, dass die Kriegshandlungen auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien den internationalen Frieden und die Sicherheit bedrohen. Der Rat

29 Ebd.

30 Ebd.

31 Vgl. E. L. Pearl: »Punishing Balkan War Criminals«.

prüfte, ein Tribunal einzurichten, das erstmals Verbrechen während eines laufenden Konflikts ahnden und dessen primäre Ziele Sühne und Abschreckung sein sollten.³²

In Serbien reichten die Reaktionen auf die Pläne des Sicherheitsrats von moderaten Bedenken bis zu lauter Empörung. Gerade die Tatsache, dass die Prozesse in Nürnberg und Tokio nach dem Zweiten Weltkrieg, die Ausdruck von Siegerjustiz waren, als Vorbild für die Errichtung des neuen Tribunals dienten, sorgte für Diskussion. Vladan Vasiljević, der Ratspräsident des Fonds für Völkerrecht, bemühte sich in der Zeitschrift *Vreme* im Kontext der Berichterstattung und Einordnung des ICTY immer wieder um sachliche Richtigstellungen. Er beschrieb mit Verweis auf die konkreten Zeitungsartikel und TV-Sender die Berichterstattung über die Einrichtung eines Tribunals für das ehemalige Jugoslawien, die von moderaten Tönen reichte

»bis zu sehr schweren Anklagen, dass man mit diesem Entschluss der Weltorganisation Serbien und der SR Jugoslawien Schaden beibringen möchte im Sinne einer unverdienten und teilweisen Bestrafung für eine Schuld, die es nicht gibt. Es ging so weit, dass man in der Errichtung des Gerichts den Fall einer Neubewertung nur einer Seite der Konflikte auf dem Boden des ehemaligen Jugoslawien (Večernje novosti, 26.2.) und die bössartigen Bemühungen der USA sah, um jeden Preis die Serben in den Augen der Weltöffentlichkeit zu diskreditieren (NTV Studio B, NTV-Paket, 26.2.).«³³

Die Regierung lancierte im staatlichen Fernsehsender RTS und in der Zeitung *Politika* eine Informationskampagne gegen ein zukünftiges Tribunal, die dieses schon vor seiner tatsächlichen Einrichtung mit einem Angriff auf und einer Schuldzuweisung an die Bundesrepublik Jugoslawien beziehungsweise »die Serben« gleichsetzte, da sich die Vertreter der internationalen Gemeinschaft für die Unabhängigkeit der Kroaten und der Bosnier beziehungsweise als Beschützer der Opfer dieser Volksgruppen engagierten. Die Nürnberger Prozesse, die Rolle der Amerikaner und anderer internationaler Vertreter nach dem Zweiten Weltkrieg und in der Gegenwart wurden dementsprechend für partiisch erachtet.

Nur einzelne Stimmen bezogen Gegenposition zu der nationalistischen Deutung des ICTY. Vladan Vasiljević rief ins Gedächtnis, dass sich Jugoslawien vertraglich dazu verpflichtet hat, das Völkerrecht zu achten, und die jugoslawische Regierung dies am 27. November 1991 mit Vertretern der kroatischen Re-

32 Vgl. United Nations Security Council: Resolution 808, UN-Dok. S/RES/808 vom 22.2.1993.

33 Vgl. V. Vasiljević: »Sveti princip pravde«.

gierung sowie am 3. Mai 1992 mit Vertretern der kroatischen und der bosniakischen Regierung in Vereinbarungen bekräftigt habe. Jugoslawien sei als Mitunterzeichner an die Einhaltung der völkerrechtlichen Abkommen gebunden, die von dem zu schaffenden Tribunal überprüft würden. Irritierend wirkt aus heutiger Sicht Vasilijević' Argumentation, dass Jugoslawien verpflichtet sei, auch wenn es »nicht einen Moment lang Konflikttelnehmer war«³⁴. Diese Einschätzung entsprach allerdings der Mehrheitsmeinung der serbischen Öffentlichkeit. Zentral für diese Bewertung war die immer wieder wiederholte Äußerung serbischer Politiker, Serbien befinde sich nicht im Krieg. Tatsächlich war die *Armee der Republik Jugoslawiens* formell kein Kriegsteilnehmer.

Die Rolle der Jugoslawischen Volksarmee und der Armee der Republik Jugoslawiens

Die *Jugoslovenska narodna armija* (Jugoslawische Volksarmee, JNA) wurde aus den Partisaneneinheiten gegründet. Sie war zwar traditionell multiethnisch und sozialistisch und verstand sich als Beschützerin des sozialistisch-förderativen Jugoslawien, musste aber in ihrem Inneren vor allem seit dem Tod Titos 1980 ethnische und politische Spannungen aushalten. Innerhalb der Armee gab es ein Ungleichgewicht zugunsten der serbischen Bevölkerung, die etwa 36 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten. So waren 1985 waren ca. 58 Prozent der Armeemitglieder Serben, in den höheren Rängen war der Anteil noch höher.³⁵ Innerhalb der Armeeführung war folglich eine gewisse proserbische Tendenz dominant, sie unterstützte zudem jede Maßnahme, die dazu beitrug, Jugoslawien zu erhalten, dessen Auflösung auch das Ende der JNA bedeutet hätte.

Im März 1991 beantragte die JNA beim Präsidium Jugoslawiens, den Ausnahmezustand zu verhängen, um gegen die Unruhen in Kroatien und Slowenien vorzugehen. Serbien, Montenegro, die Vojvodina und das Kosovo befürworteten den Antrag, während Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien ihn ablehnten.³⁶ Kurz darauf gab die Regierung Serbiens der Armee freie

34 Ebd.

35 Vgl. Bieber, Florian: »The Role of the Yugoslav People's Army in the Dissolution of Yugoslavia«, in: Jasna Dragović-Soso/Lenard Cohen (Hg.): *State Collapse in South-Eastern Europe. New Perspectives on Yugoslavia's Disintegration* (= Central European Studies), West Lafayette: Purdue University Press 2007, S. 301-332, hier S. 306 f.

36 Ausführlich zur genannten Präsidiumssitzung und den Entwicklungen in der JNA bis dahin vgl. ebd.

Hand zu agieren, als sie erklärte, sie fühle sich nicht mehr an die Weisung des Präsidiums gebunden. Tatsächlich versuchte die JNA in Kroatien, die Bildung kroatischer Verbände zu verhindern und kämpfende Parteien durch die Einrichtung von Pufferzonen voneinander zu trennen. Am 25. Juni übernahm die Territorialverteidigung Sloweniens die Sicherung der slowenischen Grenzen. Die JNA war völlig unvorbereitet und die slowenischen Streitkräfte blockierten die Einheiten schnell. Aufgrund der Unterstützung Kroatiens, das selbst nach Unabhängigkeit strebte, konnten kaum JNA-Einheiten aus Bosnien-Herzegowina oder Serbien nachrücken. Nach zehn Tagen vereinbarten die Konfliktparteien einen Waffenstillstand. Durch die Umbildung der Verteidigung in Slowenien und Kroatien, später in Bosnien-Herzegowina, war die »Armee aller Jugoslawen« praktisch gelähmt und in Auflösung begriffen. Im Juli eskalierten die Kampfhandlungen in der kroatischen Krajina. Aufgrund eines Beschlusses des jugoslawischen Präsidiums griff die JNA zunächst nicht ein, unterstützte aber serbische Verbände logistisch gegen die separatistischen Bestrebungen der Kroaten. Als die aus Sicht der JNA illegitime kroatische Regierung eine Blockade der JNA-Kasernen beabsichtigte, begann sich die JNA im September 1991 aktiv in den Konflikt einzumischen.³⁷ Der serbische Verteidigungsminister General Tomislav Simović erklärte der Öffentlichkeit, dass nur so Personal, Material und technisches Gerät aus den umzingelten Kasernen in Kroatien evakuiert und vor allem ein Völkermord an den serbischen Bewohnern dieser Republik durch paramilitärische Einheiten verhindert werden könne.³⁸ Auch der jugoslawische Bundesverteidigungsminister rechtfertigte den Militäreinsatz, der gegen die »Neonazis« in Kroatien vorgehen, die Kontrolle über die Krisengebiete erlangen und die serbischen Zivilisten sowie die JNA-Angehörigen und ihre Familien befreien sollte.³⁹

-
- 37 Zur Rechtfertigung des Militäreinsatzes der JNA 1991 wurden keine tiefgehenden Recherchen vorgenommen. Die folgenden Ausführungen bezieht sich kritisch auf: Marijan, Davor: »The Yugoslav National Army Role in the Aggression Against the Republic of Croatia 1990 to 1992«, in: *National Security and the Future 2* (2001) 3-4, S. 143-178, hier S. 162.
- 38 Vgl. Simović, Tomislav: »Strategija domina« [Domino-Strategie], in: *Narodna armija* vom 2.10.1991, S. 10, zit. nach D. Marijan: »The Yugoslav National Army«, S. 174.
- 39 Vgl. Kadrijević, Veljko: »Neonacisti na radu u Hrvatskoj« [Neonazis am Werk in Kroatien], in: *Narodna armija* vom 5.10.1991, S. 5, zit. nach D. Marijan: »The Yugoslav National Army«, S. 162.

Die JNA stilisierte sich als Beschützerin der Serben in Kroatien, die von kroatischer Seite angegriffen würden, unterstützte diese in ihrer militärischen Organisation, damit sie sich verteidigen könnten, und bereitete sich darauf vor, Selbstverteidigung zu üben, so man angegriffen werde.⁴⁰ Präventive Militäraktionen galten als moralisch gerechtfertigt. Die politische und militärische Führung teilte das gleiche Narrativ der Verteidigung Jugoslawiens und der nun entstehenden serbischen Minderheit gegen das secessionistische, nationalistische, illegitime Kroatien. Gegenläufige Deutungen, die eine serbische Rebellion gegen eine legitime Regierung erkannten, wie sie die kroatische Seite vertrat, wurden nicht zugelassen. Auch thematisierte niemand die zuvor getroffenen militärischen Maßnahmen, die auf eine aggressive Politik von Seiten Belgrads hingen.⁴¹

Da die Mobilmachung der Reservisten der JNA im Herbst 1991 nur sehr mäßigen Erfolg hatte, akzeptierte die Armee auch Freiwillige in ihren Reihen, die sich der Einhaltung von Bundesgesetzen verpflichteten. Die JNA öffnete sich damit paramilitärischen serbischen Verbänden. In den folgenden Wochen beteiligte sie sich an den Kampfhandlungen, zum Teil gemeinsam mit paramilitärischen Einheiten, vor allem am Beschuss von Vukovar, Osijek und Dubrovnik und blockierte die Adria-Häfen. Unter internationalem Druck einigten sich die kroatische Regierung und Vertreter der JNA am 18. November 1991 auf den freien Rückzug der JNA von kroatischem Gebiet, der am 30. Dezember abgeschlossen wurde.

Mit der Gründung der Bundesrepublik Jugoslawien im April 1992 wurde aus der JNA die *Armee Jugoslawiens*. Nachdem der UN-Sicherheitsrat im Mai die neuen Republiken auf dem Gebiet des ehemaligen sozialistisch-föderativen Jugoslawien anerkannt hatte, musste sich die Armee Jugoslawiens aus den nunmehr souveränen Staaten Kroatien und Bosnien-Herzegowina zurückziehen. Die Reste der JNA wurden aufgeteilt, das heißt, der Teil der Einheiten ohne Einwohner der jeweiligen Staaten zog sich zurück. Segmente der in Bosnien-Herzegowina stationierten Verbände bildeten die *Armee der Serbischen Republik*. Damit

40 Kadrijević, Veljko: *Moje videnje raspada* [Meine Sicht auf den Zerfall], Belgrad: Politika 1993, S. 172.

41 Die Vorbereitungen zu einem Waffeneinsatz begannen mit einer Reorganisation der JNA-Strukturen in Kroatien möglicherweise schon im Mai 1990, also nur einen Monat nach den ersten demokratischen Wahlen in Slowenien und Kroatien. Der Befehl dazu wurde am Tag nach dem Befehl zur Konfiszierung der Waffen der kroatischen Territorialverteidigung gegeben, vgl. D. Marijan: »The Yugoslav National Army Role«, S. 172.

verblieb das größte Kontingent der Bewaffnung der JNA unter serbischer Kontrolle. Im Oktober 1992 bildete sich die *Serbische Armee der Republik Serbische Krajina* aus den Verbänden der Territorialverteidigung der Krajina. Nach der Auflösung der JNA waren so zwar serbische Verbände Kriegsparteien, allerdings gehörten sie offiziell nicht zur Bundesrepublik Jugoslawien.

Ein international anerkannter Völkermord?

Nachdem der Sicherheitsrat mit der Prüfung der Einrichtung eines Tribunals eine Justifizierung der Jugoslawienkriege angekündigt hatte, strengte die bosniakische Regierung im März 1993 ebenfalls ein juristisches Verfahren an, indem sie beim Internationalen Gerichtshof beantragten zu prüfen, ob die »Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Verbrechens des Völkermord« gegen die Bundesrepublik Jugoslawien angewandt werden kann. Es war das erste Mal in seiner Geschichte, dass das Gericht über die Anwendung der Völkermordkonvention befinden sollte, zudem noch in einem laufenden Konflikt. Der Internationale Gerichtshof als Appellationsinstanz ist eine mächtige Institution, da er in einem Urteil Definitionsmacht hat und damit Legitimität zuweisen kann und über die Rollenzuweisung von Täter und Opfer, innerhalb eines laufenden Konflikts über (moralische) Sieger und Besiegte, Recht und Unrecht und in der Folge auch über mögliche Kompensationszahlungen entscheidet. Die Inanspruchnahme einer universellen Norm und deren Legitimierung durch einen von allen akzeptierten, unparteiischen Dritten ermöglicht somit, ein partikulares Narrativ zu universalisieren und diese Deutung zu institutionalisieren.

Der Antrag Bosnien-Herzegowinas leitet damit ein, im Anschluss an den Diskurs in der internationalen Öffentlichkeit zum Bosnienkrieg eine Analogie zum Holocaust herzustellen und eine bevorstehende Wiederholung der Geschichte, einen erneuten Völkermord, nun am bosniakischen Volk, anzudeuten. Der Autor formuliert pathetisch:

»Not since the end of the Second World War and the revelations of the horrors of Nazi Germany's ›Final Solution‹ has Europe witnessed the utter destruction of a People, for no other reason than they belong ›to a particular national ethnical, racial, and religious group as such. The abominable crimes taking place in the Republic of Bosnia-Herzegovina at this time can be called by only one name: genocide. Genocide is the most evil crime a State or human being can inflict upon another State or human being. The sheer enormity

of this crime requires that the nations of the world stand together as one, and with a single voice stop the destruction of the Bosnian People.«⁴²

Dem bosnischen Volk sei das internationale Verbrechen des Völkermords von Jugoslawien, seinen Vertretern und Stellvertretern zugefügt worden. Die Anhänge verwiesen auf Zeitungsberichterstattung und Zeugenaussagen, die Kriegsverbrechen belegen sollten.

Als Reaktion auf die Klageschrift beschuldigte die Bundesrepublik Jugoslawien in ihrem Antrag auf provisorische Maßnahmen vom 1. April 1993 ihrerseits Bosnien-Herzegowina, die Genozidkonvention gebrochen und Verbrechen des Völkermords gegen Kroaten und Serben auf von Bosnien-Herzegowina kontrolliertem Gebiet nicht unterbunden oder durch staatliche Organe begangen zu haben. So wird gefordert, dass die Regierung »of the so-called Republic of Bosnia and Herzegovina should immediately [...] take all measures within its power to prevent commission of the crime of genocide against the Serb ethnic group«⁴³.

Der Antrag geht auf die historischen Parallelen der gegenwärtig verübten Verbrechen zum Zweiten Weltkrieg und auf das Konzentrationslager Jasenovac ein und verweist auf die für die Expertenkommission verfassten Berichte sowie auf das zu diesem Zeitpunkt bereits eingereichte, aber erst im Juni 1993 vom Menschenrechtsberichterstatte der UN-Generalversammlung vorgestellte »Memorandum über Kriegsverbrechen und Völkermord in Ostbosnien (Kommunen Bratunac, Skelani und Srebrenica), begangen gegen die serbische Bevölkerung zwischen April 1992 und April 1993«⁴⁴.

42 International Court of Justice: Application of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide (Bosnia and Herzegovina v. Yugoslavia). Application Instituting Proceedings vom 20.3.1993.

43 International Court of Justice: Application of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide (Bosnia and Herzegovina v. Yugoslavia). Request for the Indication of Provisional Measures made by the Federal Republic of Yugoslavia vom 10.8.1993.

44 United Nations General Assembly: Human Rights Questions: Human Rights Situation and Reports of Special Rapporteurs and Representatives. Letter dated 24 May 1993 from the Chargé d'affaires a.i. of the Permanent Mission of Yugoslavia to the United Nations addressed to the Secretary-General, 48th session, Annex, Agenda item 115c, 2.6.1993.

Werben um internationale Unterstützung

Die sich innerhalb von kurzer Zeit zuspitzenden internationalen Entwicklungen setzten die Politiker in der Bundesrepublik Jugoslawien enorm unter Druck, und auch innenpolitisch schwand die Machtbasis der Regierungen angesichts einer am Boden liegenden Wirtschaft und einer Bevölkerung, deren Leben angesichts von Krieg, Hyperinflation und internationaler Sanktionspolitik zunehmend schwieriger wurde. Milošević unterstützte den von der Genfer Bosnienkonferenz vermittelten Vance-Owen-Plan, der Bosnien-Herzegowina in elf Kantone aufteilen sollte, und versuchte Einfluss auf die Politiker der bosnischen Serben zu nehmen. Nachdem die Vermittlung des Vance-Owen-Plans zu gelingen schien – nur die Unterschrift des Führers der bosnischen Serben Radovan Karadžić stand noch aus – und vor dem Hintergrund des kurz zuvor geschlossenen Europaabkommens mit Rumänien und Bulgarien, warb Serbien international um Unterstützung. Dazu hielt der serbische Präsident Dobrica Ćosić am 30. März 1993 eine Rede vor dem Außenausschuss des Europäischen Parlaments. Darin ging er nicht, wie der Bericht über seine Ansprache in der serbischen Zeitschrift *NIN* betitelt wurde, auf »Die Krise und ihre Schuldigen« ein, sondern er warb um die Unterstützung des Balkans und eine objektivere Wahrnehmung der Serben. Er betonte, die Wahrheit gegenüber den Unwahrheiten und Lügen zu berichten und dass die Serben mit Stereotypen des Rassenhasses belegt würden, die sie als Barbaren und Verbrecher darstellten. Ćosić forderte Differenziertheit, blieb dabei aber nicht frei von Relativierungen und Übersteigerungen:

»Die serbischen nationalistischen Extremen dürfen sie nicht als Repräsentanten der serbischen nationalen Ideologie betrachten und sie gleichsetzen mit dem ganzen serbischen Volk. Sie wissen gut, dass es in allen europäischen Nationen heute Nationalextreme und chauvinistische Stimmungen gibt. Obwohl wir in Umzingelung chauvinistischer Ideologien und Regime leben, obwohl wir im 20. Jahrhundert drei Völkermorde überlebt haben, obwohl wir auch heute dem genozidalen Terror in Kroatien und dem Genozid von Seiten fanatisierter Muslime ausgesetzt sind, ist das serbische Volk im Wesen ethisch, freiheitsliebend, offen für Verständigung und Freundschaft mit anderen Nationen und respektiert den Anderen.«⁴⁵

Im Weiteren beschrieb er den Krieg gegen die Serben, die Folgen von Inflation, Isolation und Sanktionen. Kriegsverbrechen oder das Verhältnis der serbischen

45 Ćosić, Dobrica: »Križa i krivci« [Krise und Schuldige], in: *NIN* vom 9.4.1993, S. 51 ff., hier S. 52.

Regierung zu den kämpfenden Verbänden in Bosnien-Herzegowina wurden mit keinem Wort erwähnt. Zum Ende eröffnete er eine Perspektive für eine friedliche Zukunft, für die er um Unterstützung warb: für eine Europäisierung des Balkans in Form von wirtschaftlichem Aufbau und der Vermittlung von bilateralen Vereinbarungen zum Schutz der Minderheiten. Wegen der noch ausstehenden Zustimmung Karadžić' zum Vance-Owen-Plan verschärfte der europäische Ministerrat allerdings weniger als eine Woche später die Sanktionen gegen die Bundesrepublik Jugoslawien. Die Flugsverbotszone über dem Luftraum Bosnien-Herzegowinas wurde am 31. März gemäß UN-Beschluss ausgeweitet, woraufhin die *North Atlantic Treaty Organization* (NATO) am 8. April beschloss, die Flugverbotszone mit einem eigenen Einsatz durchzusetzen. Ab dem 12. April flogen Düsenjäger aus Frankreich, den Niederlanden und den USA die Operation *Deny Flight*. Am 2. Mai unterzeichnete Karadžić schließlich den Vance-Owen-Plan – unter Vorbehalt der Zustimmung des Parlamentes der bosnischen Serben. Ohne eine parlamentarische Entscheidung abzuwarten, wies Karadžić weniger als zwei Wochen später den Vance-Owen-Plan zurück.

Beschlossene Sache: Der ICTY

Am 25. Mai 1993 beschloss der UN-Sicherheitsrat mit Resolution 827 die Errichtung des *International Tribunal for the Prosecution of Persons Responsible for Serious Violations of International Humanitarian Law Committed in the Territory of the Former Yugoslavia* (ICTY),⁴⁶ das nach den internationalen Tribunalen in Nürnberg und Tokio erst das dritte internationale Strafgericht darstellte. Dem Statut gemäß umfasste die Zuständigkeit des Tribunals alle seit 1991 auf dem Territorium des bis 1992 bestehenden Jugoslawien begangenen Verstöße gegen die Genfer Konventionen von 1949, Verletzungen des Kriegs- und des Kriegsgewohnheitsrechts, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Mit der Ernennung des Leiters der Anklagebehörde sollte die Arbeit der Expertenkommission beendet werden.

Aufgrund des zunehmenden äußeren Drucks mit Blick auf die Expertenkommission und das im Entstehen begriffene Tribunal verabschiedete das jugoslawische Bundesparlament im Mai 1993 ein neues Gesetz.⁴⁷ Dieses überführte

46 So die Ursprungsbezeichnung des ICTY, siehe United Nations Security Council: Resolution 827, UN-Dok. S/RES/827 vom 25.5.1993.

47 Vgl. Bundesparlament der Bundesrepublik Jugoslawien: Zakon o prikupljanju i dostavljanju podataka o izvršenim zločinima protiv čovečnosti i međunarodnog prava [Gesetz über das Sammeln und Dokumentieren von Informationen über begangene

die gescheiterte Staatskommission noch im gleichen Monat in das *Komitet za prikupljanje podataka o izvršenim zločinima protiv čovečnosti i međunarodnog prava* (Komitee für die Sammlung von Daten über begangene Verbrechen gegen die Menschlichkeit und das internationale Recht), um die Verbrechen zu untersuchen, die seit 1990 auf dem ganzen Territorium der Föderativen Republik Jugoslawien begangen worden waren.⁴⁸ Die von der Bundesregierung benannten Kommissionsmitglieder sollten explizit Beweise für die Strafverfolgung von Tätern sammeln, auch wurden sie beauftragt, direkt mit internationalen Organisationen und Institutionen im Rahmen ihres Zuständigkeitsbereiches zusammenzuarbeiten. Das Gesetz klärte die Kompetenzen und gewährte weitreichenden Akten- und Archivzugang. Allerdings fehlte der Kommission die politische Unterstützung, es blieb unklar, welche Funktion sie genau einnehmen sollte, und es war nicht geregelt, inwieweit Einsicht in Akten möglich war, die unter Geheimhaltung standen. Mit entsprechendem politischem Rückhalt von hoher Stelle hätte die Kommission ihre weitreichenden Befugnisse nutzen können, um auch im Land selbst Untersuchungen gegen die Inhaber hoher Staatsämter einzuleiten.

Auch die Zivilgesellschaft in Serbien formierte sich zunehmend und mit internationaler Unterstützung. Im schweizerischen Fribourg fand im Sommer 1993 das internationale Symposium zu »Kriegsverbrechen und Kriegstribunal« statt, gemeinsam organisiert vom Institut für Föderalismus der Universität der Stadt und dem Belgrader *Centar za antiratnu akciju*, hier war Sonja Biserko federführend. Finanziert wurde die Konferenz mit Unterstützung des *National Endowment for Democracy*. Anlässlich des Symposiums beschrieb Vladan Vasiljević in der *Vreme*, wie Kriegsverbrechen während der Jugoslawienkriege gerechtfertigt würden. Demnach gäbe es ein »Recht auf Verbrechen«, die Regierungen aller drei an den Kriegen beteiligten Staaten hätten das Verbrechen als »größten Akt der Ergebnisheit gegenüber ihrem Volk« ausgerufen. Die schlimmsten Verbrecher seien häufig die konsequentesten Kämpfer für das nationale Interesse; es sei so weit gekommen, dass mit der Fürsprache ihrer Glaubensgemeinschaft nun alle Wertesysteme ungültig seien. Dadurch genössen die Täter eine Art Immunität, ihre strafrechtliche Verfolgung sei praktisch unmöglich. In einer großen Zahl der Fälle würde diese Immunität durch die Wahl der Verbrecher in die Parlamente der einzelnen Länder legalisiert.⁴⁹

Verbrechen gegen die Menschlichkeit und das internationale Recht], in: Službeni list SRJ 37 (1993).

48 Ebd.

49 Vasiljević, Vladan: »Pravo na zločin« [Recht auf Verbrechen], in: *Vreme* vom 12.6.1993, S. 34 f.

Um diesem Eindruck entgegenzutreten, löste Milošević im Herbst 1993 die informelle Koalition mit der *Srpska Radikalna Stranka* (Serbische Radikale Partei, SRS), die die *Socijalistička Partija Srbije* (Sozialistische Partei Serbiens, SPS) Milošević' bislang aus »patriotischen« Gründen auch ohne Anspruch auf einen Ministerposten unterstützte, und distanzierte sich von deren nationalistischem Kurs. Nur durch eine moderatere Politik schien seine prekäre Position so weit stabilisierbar, um auch bei den angekündigten Neuwahlen die Stammwählerschaft zu mobilisieren und mit internationaler Rückendeckung ein Ende der Sanktionen zu erreichen. Auch in den Medien vollzog sich diese Wende. Im Zuge der größten Säuberungswelle verschwanden »patriotische« Moderatoren aus dem staatlichen Rundfunksender RTS.⁵⁰ Nun begann die SPS auch Kriegsverbrechen während der Jugoslawienkriege zu erwähnen und legte nahe, dass »some Serbs, supposedly not supported by him or the party, had committed war crimes«⁵¹. Milošević und der Parteichef der SRS Vojislav Šešelj beschuldigten sich während des Wahlkampfes vor den serbischen Parlamentswahlen im Dezember 1993 gegenseitig der Unterstützung von Kriegsverbrechen. In den Medien berichtete man, dass Milošević die Strafverfolgung von gut vierzig Kampffäherten Šešeljs wegen Vergewaltigung und Kriegsverbrechen befohlen habe.⁵² Der öffentliche serbische Diskurs thematisierte von Serben begangene Kriegsverbrechen nun offen und polarisierte zwischen den Lagern der »Patriotischen« und dem Belgrader NGO-Sektor beziehungsweise oppositionellen Gruppen, die sich aber nicht auf eine klare Position festlegten. Die Frage der Positionierung zu Kriegsverbrechen wurde zu einer Frage der Positionierung zur Nation.

Polemisch kanzelte Željko »Arkan« Ražnatović, Führer einer paramilitärischen Gruppe und seit 1992 Abgeordneter im kosovarischen Parlament⁵³, in einem Interview der Zeitschrift *NIN* die Vorwürfe gegen die serbische Seite ab. Jovial kommentierte er, es sei »jetzt Mode geworden, Serben, zum ersten Mal in

50 Vgl. Nadjivan, Silvia: Wohl geplante Spontaneität. Der Sturz des Milošević-Regimes als politisch inszenierte Massendemonstration in Serbien, Frankfurt am Main: Lang 2008, S. 48 f.

51 V. Peskin: International Justice, S. 37.

52 United Nations Security Council: Letter dated 24 May 1994 from the Secretary-General to the President of the Security Council, UN-Dok. S/1994/674 vom 27.5.1994, S. 76.

53 1994 kandidierte er mit seiner Partei *Stranka Srpskog Jedinstva* (Partei der serbischen Einigkeit) erfolgreich für das Bundesparlament.

ihrer Geschichte, der Kriegsverbrechen zu beschuldigen«⁵⁴. Aber natürlich könne man im Krieg nicht alle Kriminellen und Banden kontrollieren. Auf die Kriegsverbrechen von Muslimen gegen Muslime (!) verweisend, stellte er den Anschuldigungen gegen Serben seine Kriegserfahrung entgegen:

»Ich bin durch diesen ganzen Krieg gegangen und nicht in einem Moment habe ich gesehen, dass auch nur ein Serbe auch nur ein Kriegsverbrechen begangen hat! Das kann ich versichern! Ihnen, allen und vor Gott. Aber ich sage nicht, dass nicht auch Serben das getan haben.«⁵⁵

Weiterhin gab er sein Wort, dass rückkehrende Kämpfer nichts außer Respekt verlangen würden, keine Privilegien. Gleichsam verlangte er eine Art Straffreiheit für sie, da sie nur ihrer patriotischen Pflicht nachgekommen seien: »[u]nd dass sie sie nicht verfolgen, weil sie ihr Volk verteidigt haben, weil es kein Verbrechen ist, sein Volk zu verteidigen!«⁵⁶

Eine gegenteilige Position nahmen Vertreter der Zivilgesellschaft ein, die sich auf die Seite des internationalen Rechts stellten und offen die Strafverfolgung von bekannten Kriegsverbrechern forderten. Ihre Position reflektiert der Artikel des *Vreme*-Redakteurs Aleksandar Ćirić anlässlich des Fundes des Massengrabs in Ovčara bei Vukovar, der der Behauptung Milošević' widerspricht, es gebe in Serbien keine paramilitärischen Einheiten. Ćirić verweist auf die Führung der radikalen Partei als Verantwortliche und fordert die Strafverfolgung von eindeutig identifizierten Kriegsverbrechern:

»Kriminelle haben einen Namen. Und einen Vornamen. Vom Standpunkt des internationalen Rechts aus – das, nebenbei bemerkt, nicht das Produkt von Vučelić,⁵⁷ neuer Weltordnung ist, sondern das in Nürnberg etabliert wurde, und Jugoslawien war Mitunterzeichner und Mitbegründer dieses Tribunals – sind Name und Vorname genug.«⁵⁸

54 Jovanović Cupa, Zoran: »Željko Ražnatović Arkan: Zločin je ne braniti svoj narod« [Željko Ražnatović Arkan: Ein Verbrechen ist es, sein Volk nicht zu verteidigen], in: NIN vom 5.11.1993, S. 30 f.

55 Ebd., S. 30.

56 Ebd., S. 31.

57 Gemeint ist Milorad Vučelić, Direktor des staatlichen Senders *Radio-Televizija Srbija*, SPS-Politiker und Vertrauter Milošević'. Als Chefredakteur der Wochenzeitung *Pečat* ist er noch heute in den Medien aktiv.

58 Ćirić, Aleksandar: »Ratni zločini. Balkanska arheologija« [Kriegsverbrechen. Balkanische Archäologie], in: *Vreme* vom 15.11.1993, S. 26 f., hier S. 27.

Komitee, Kommission und Tribunal

Im Februar 1994 begann das neu geschaffene ICTY mit seiner Arbeit. Parallel dazu gründete Sonja Biserko das Helsinki-Komitee für Menschenrechte, das sich ähnlich wie der Fonds für Völkerrecht der Dokumentation von Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen widmete und sich um Opfer kümmerte. Beide NGOs arbeiteten von Beginn an eng mit dem ICTY zusammen.

Zwei Monate, nachdem das Tribunal seine Arbeit aufgenommen hatte, beendete die Expertenkommission, die durch das Tribunal nun ersetzt werden sollte, mit einem abschließenden Bericht ihre Tätigkeit. In ihm wird deutlich, dass die Kommission die von außen an sie gestellten hohen normativen Erwartungen auch zu den eigenen Handlungsmaximen und denen des Tribunals erklärte. Demnach sei zwangsläufig, dass ein zukünftiger Frieden Gerechtigkeit erfordere, die wiederum mit der Wahrheitsfindung beginne.⁵⁹ Die größte Herausforderung leitete die Kommission aus der selektiven Wahrnehmung der einzelnen Konfliktparteien ab, wonach jede Seite nur die eigene Viktimisierung sehe und nicht, »what their side has done to others«⁶⁰.

Die Unvereinbarkeit der Wahrheit der Expertenkommission mit der serbischen Perspektive zeigte sich noch im selben Monat. Während der Bericht der Expertenkommission die Kriegsverbrechen als Resultat einer Strategie wertete und neben Verbindungen zwischen der JNA und anderen serbischen militärischen Formationen auch konstatierte, dass es einen starken »political, diplomatic and military influence«⁶¹ Jugoslawiens auf die Politik der serbischen Führungen in Bosnien-Herzegowina und der *Republika Srpska Krajina* gebe, zeigt der dritte Bericht der jugoslawischen Bundesregierung ein völlig abweichendes Narrativ. Darin wird Jugoslawien implizit als unschuldig und Slowenien, Kroatien, die Bosniaken und die internationale Gemeinschaft als verantwortlich für die Jugoslawienkriege dargestellt:

59 United Nations Security Council: Letter dated 24 May 1994, S. 72. Als »established truth« gelten hier zunächst die von der Expertenkommission ermittelten Fakten. Der Abschlussbericht behandelt Kriegsverbrechen in der Region Prijedor, die Schlacht und Belagerung von Sarajevo, Kriegsverbrechen in Sarajevo, Kriegsverbrechen während der Operation *Medački đep* (Medak-Tasche), die von allen Kriegsparteien betriebenen Lager, Vergewaltigung und sexuelle Übergriffe, die Massengräber in Ovčara bei Vukovar und bei Pakračka poljana, Verbrechen gegen kulturelle Güter sowie Kriegsverbrechen bei der Bombardierung von Dubrovnik.

60 Ebd.

61 Ebd., S. 36.

»Die verfassungsfeindliche Sezession der Teilrepubliken der ehemaligen SFRJ [sozialistisch-föderativen Republik Jugoslawien, D. M.] in Verbindung mit den Aktivitäten einer Vielzahl von internationalen Faktoren, die zur Eskalation des Kriegs beigetragen haben, waren die Grundursachen des Kriegs, was nicht im Geringsten Kriegsverbrecher von ihrer individuellen Verantwortung befreit, unabhängig davon, auf welcher Seite sie oder ihre Opfer waren.«⁶²

Dieser Bericht grenzte sich deutlich von den vorherigen beiden ab, da er als erstes Ergebnis des neuen Komitees für die Sammlung von Daten über begangene Verbrechen gegen die Menschlichkeit und das internationale Recht systematisch erhobene Fakten präsentierte und die Dokumentation von Zeugenaussagen als Methode in den Fokus rückte. In den Bemerkungen zur Materialauswahl räumten die Verfasser ein, dass es schwierig sei, Beweise für Verbrechen in Territorien außerhalb der Kompetenz der Bundesrepublik zu erlangen, in denen Krieg geführt werde.

Die Bundesregierung verband im Weiteren ihre entschiedene Kritik am neu geschaffenen Tribunal mit der Versicherung, selbst Wert auf Strafverfolgung zu legen, und zeigte deutliche Grenzen auf. Die Verfassung des Landes verbiete die Auslieferung von jugoslawischen Staatsbürgern. Gleichzeitig bekräftigte die Bundesregierung aber ihre volle Bereitschaft, sämtlichen internationalen Verpflichtungen nachzukommen. Hinsichtlich der Verfolgung und Bestrafung von Personen, die Verbrechen begangen oder die gegen das Völkerrecht verstoßen hätten, bestünden keine »Dilemmata«: Innerhalb des Territoriums der Bundesrepublik würden die jugoslawischen Behörden jeden Täter, dessen Schuld nachgewiesen werde, verfolgen und bestrafen.⁶³ Weiterhin wird zwischen den – vom Statut des ICTY nicht abgedeckten – schwerer gewichteten Verbrechen gegen den Frieden, begangen von einzelnen Personen, die die Desintegration Jugoslawiens vorangetrieben haben, und der individuellen Verantwortung von Personen unterschieden, die in den Konflikten Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder das Völkerrecht verübt haben. Auch in Zukunft wolle man mit der Expertenkommission und »anderen UN-Institutionen« zusammenarbeiten. Wie eine weitere Berichtspraxis mit einem nicht mehr arbeitenden Gremium aussehen sollte,

62 Bundesregierung der Republik Jugoslawien: Treći izveštaj vlade SRJ o počinjenim ratnim zločinima na području bivše SFRJ 1994 [Dritter Bericht der Regierung Jugoslawiens über begangene Kriegsverbrechen auf dem Territorium der ehemaligen SFRJ 1994], April 1994, <http://www.slobodan-milosevic.org/documents/reports/Serbian/3-izv.htm> vom 16.1.2013.

63 Ebd.

blieb ungeklärt wie auch die Frage der Zusammenarbeit mit dem Tribunal jenseits der Auslieferungen von Angeklagten.

Die im Bericht erwähnte Verfassungswidrigkeit der Überstellung serbischer Staatsbürger an das internationale Tribunal wurde vom jugoslawischen Bundesjustizminister mit Verweis auf Artikel 17 der jugoslawischen Verfassung begründet, nach der eine Auslieferung an andere Staaten untersagt sei – auch wenn dieser Artikel keine Konkretisierung für den Fall einer Auslieferung an internationale Organisationen beinhaltete. Schwerwiegender für die Weigerung waren dagegen politische Gründe, wie die zeitgenössische Einschätzung von Pavle Jevremović, bis 1992 außenpolitischer Berater des Bundespräsidiums und dann Berater im Bundesaußenministerium der Bundesrepublik, verdeutlicht:

»The preliminary collection of data on war crimes conducted to date has already shown the extent to which this subject matter has been exploited politically and propaganda-wise, primarily against Serbs. Many influential factors, certain countries and international bodies, pay no heed to the fact that the nature and ›quality‹ of the crimes committed by all three parties to the conflict are pretty much the same. If, from the point of view of quantity, they are mostly being ascribed to Serbs, this should not mean that the other warring parties are free of responsibility for the crimes that are being committed against the Serbian population. Bearing in mind the hitherto preliminary stage of collecting initial information it is justified to doubt that the trials and other deliberations before the International Tribunal will be fair, free of political pressures and propaganda objectives.«⁶⁴

Diese Kritik richtete sich nicht gegen das Tribunal oder die Idee eines unabhängigen Strafverfolgungsorgans an sich, sondern gegen die Polarisierung in der internationalen Gemeinschaft und speziell innerhalb des UN-Sicherheitsrats in Bezug auf die Jugoslawienkriege, die der Schaffung des Tribunals vorausgingen und nach serbischer Auslegung vom Tribunal institutionalisiert wurde. Der Solidarisierung europäischer Staaten mit kroatischen und muslimischen Opfern stand man kritisch gegenüber, nachdem die Sezession von Kroatien und Bosnien-Herzegowina unterstützt worden war. Gerade die Rolle der USA, die fast alle UN-Resolutionen Jugoslawien betreffend initiierten und in ihren Berichten an die Expertenkommission in den meisten Fällen auf serbische Täter verwiesen, wurde skeptisch betrachtet. Auch transnationale NGOs und Lobbygruppen nahmen in ihrem Engagement eine klare Dichotomisierung von kroatischen und bosniakischen Opfern auf der einen und bosnisch-serbischen Tätern auf der anderen Seite vor. Da alle diese Akteure das Tribunal unterstützten, konnte es aus

64 P. Jevremović: »An Examination«.

Sicht regimenaher oder national orientierter serbischer Kräfte nicht objektiv sein. Menschenrechts-NGOs und die *Vreme*, die auch zuvor über die Berichte der Expertenkommission informiert hatten, begrüßten das Tribunal und die Einsetzung des erfahrenen Richard Goldstone als Chefankläger. Allerdings war die Kluft zwischen internationalen und nationalen Konfliktwahrnehmungen und Gerechtigkeitsvorstellungen groß. *Vreme*-Redakteur Stojan Cerović kommentierte:

»Wir können keine Moral und kein Gesetz haben, die das Gegenteil von dem des Rests der Welt sind; wir können nicht als Heldentat verkünden, was sie überall als Verbrechen betrachten, und dabei Teil der gleichen Welt sein. [Das Tribunal in, D. M.] Den Haag bietet uns die Möglichkeit, uns wieder an die internationalen Normen zu erinnern, die uns mit Spott serviert wurden, als wir mit großen nationalen Angelegenheiten beschäftigt waren.«⁶⁵

Gemäßigter Kurse

Ab Mitte 1994 führten der von der Kontaktgruppe vorgelegte Friedensplan und das mit einem Fortdauern des Kriegs für Jugoslawien zunehmend schlechter werdende internationale Klima dazu, dass Milošević erneut versuchte, sich international als gemäßigt zu präsentieren. Während er für die Annahme des Plans der Kontaktgruppe plädierte, distanzierte er sich von der sich weigernden radikalen Führungselite der bosnischen Serben. Im August verhängte er sogar durch eine Blockade von Wirtschafts- und Militärgütern eigene Sanktionen gegen die *Republika Srpska*.

Mit Blick auf die Auseinandersetzung mit Kriegsverbrechen sah der *Vreme*-Redakteur Milan Milošević aber keinen neuen Kurs. Zwar habe die jugoslawische Regierung im Laufe des Jahres in der Kommunikation über das ICTY seltener »die Verurteilung von Verbrechen mit der Verurteilung des serbischen Volks gleichgesetzt«⁶⁶, allerdings versuche sie weiter der Zusammenarbeit mit dem internationalen Tribunal auszuweichen. Auch bliebe trotz der Erwähnung von Serben begangener Kriegsverbrechen und der Lokalisierung von Kriegsverbrechern in Serbien unklar, wie ernst es die SPS Milošević' mit der Auseinandersetzung mit Kriegsverbrechen meine. Bislang habe es keine ernsthaften Signale der zuständigen Organe gegeben, systematische Untersuchungen zu er-

65 Ćerović, Stojan: »Haški pitomci« [Haager Zöglinge], in: *Vreme* vom 17.10.1994, S. 8 f.

66 M. Milošević: »Haški sud«.

wägen. Auch seien die an die internationalen Institutionen versandten Berichte »unsystematisch, nicht fachlich und ideologisiert«⁶⁷.

Ende Oktober 1994 veröffentlichte die Bundesregierung der Republik Jugoslawien den vierten Bericht über »begangene Verbrechen gegen die Menschlichkeit und das Völkerrecht«⁶⁸. Die Verfasser erklärten in der Einleitung, dass dieser Bericht

»die Kontinuität fortführt, die nationale und der ausländische Öffentlichkeit sowie die Vereinten Nationen über begangene Straftaten gegen die Menschlichkeit und internationales Recht aufzuklären«⁶⁹.

Erneut wurde die Untersuchungsmethode erläutert, mit der am Ort des Verbrechens Beweise gesichert und Zeugenaussagen aufgenommen würden. Aus Gründen der Sicherheit der Zeugen könne man aber nicht immer deren Namen preisgeben. Der Anhang des Berichts listete, anders als die vorherigen, erstmals zusätzlich nicht nur einzelne Fälle auf, sondern setzte auch Schwerpunkte in Form von thematischen Untersuchungen. Ein Anhang umfasste eine Liste von ausländischen Söldnern, die für die kroatische Armee beziehungsweise die Armee Bosnien-Herzegowinas kämpften. Während in der Mehrzahl der Fälle Söldner namentlich, inklusive persönlicher Merkmale beziehungsweise einer Personenbeschreibung, aufgeführt waren, wurde in anderen Fällen von bezahlten ausländischen Soldaten berichtet, die teilweise nur auf Basis von Hörensagen, den Vermerk »NN«, »sprach kein serbisch« oder »Ägypter« erhielten oder einer Einheit zugehörig oder an einem Ort aufgetaucht seien. Der zweite Anhang listete Ortsnamen auf, zum Teil mit konkreter Benennung von Gebäuden oder Gebäudekomplexen, in denen sich Gefangenenlager für Serben befänden. Auf der Liste waren 152 Lager in Bosnien-Herzegowina, 47 in Kroatien und 15 in Slowenien verzeichnet.

Um das Argument zu entkräften, ein internationales Tribunal sei nötig, damit die Kultur der Straflosigkeit in der Region und vor allem auf serbischer Seite be-

67 Ebd.

68 Bundesregierung der Republik Jugoslawien: Četvrti izveštaj vlade SRJ o počinjenim zločinima protiv čovečnosti i međunarodnog prava na području bivše SFRJ [Vierter Bericht der Regierung der Bundesrepublik Jugoslawien über begangene Verbrechen gegen die Menschlichkeit und das internationale Recht auf dem Boden der ehemaligen SFRJ] von 1995, <http://www.slobodan-milosevic.org/documents/reports/Serbian/4-izv-u.htm> vom 17.1.2013.

69 Ebd.

endet würde, setzte das Milošević-Regime auch auf juristischem Feld ein Zeichen. Schon im Mai 1994 hatte die Staatsanwaltschaft Šabac Anklage gegen die Brüder Dušan und Vojin Vučković wegen Kriegsverbrechen erhoben, Ende November wurde der Prozess gegen sie unter großem Medieninteresse eröffnet.⁷⁰ Den Anführern der von der SRS ins Leben gerufenen und unterstützten paramilitärischen Einheit *Žuta osa* (Gelbe Wespen) wurden Gräueltaten im bosnischen Zvornik zur Last gelegt. Im Fokus der Anklage stand das sogenannte Vidovdan-Massaker im Juni 1992. Die Staatsanwaltschaft beschuldigte Dušan der Verbrechen gegen Zivilisten, der Vergewaltigung und des Raubes, Vojin wurde wegen betrügerischen Auftretens und des illegalen Besitzes von Waffen und Sprengstoff angeklagt. Auffällig war für Beobachter, dass die Angeklagten in ihren Aussagen der Polizei gegenüber schwerere Verbrechen und größere Zahlen von Tötungen gestanden, als die Anklage ihnen vorwarf. Für ihre freigiebigen Erstaussagen führten die Beschuldigten unterschiedliche Gründe an: In einer Version hatte die Polizei ihnen angeblich versprochen, sie würden nicht verhaftet werden,⁷¹ in einer anderen behauptete Dušan Vučković, er sei zur Unterschrift eines Geständnisses gezwungen worden, da er fürchten musste, die Geheimpolizei würde seine Familie töten.⁷² Das Gericht unterließ es, die Beteiligung der SRS und des serbischen Innenministeriums sowohl im Zuge der Verbrechen selbst als auch im Ermittlungsverlauf zu untersuchen, obwohl die Aussagen der Brüder darauf verwiesen. Das Gericht schloss offenbar jede Art eines Involviertseins Serbiens in den Bosnienkrieg von vornherein aus. Vielleicht erklärt das auch, warum die weiteren militärischen »Erfolge«, mit denen sich die Brüder Vučković brüsteten, von der Staatsanwaltschaft gänzlich unbeachtet blieben. Denn somit musste sie keine entsprechenden Verbindungen zugeben. Der Verteidiger von Dušan Vučković gab trotz der Aussage des Richters, es gebe keinerlei politischen Druck auf das Verfahren, die Einschätzung seines Mandanten wieder, wonach die serbische Regierung den Fall aus zwei Gründen nutze:

70 Cohen, Roger: »Serbs Put a Serb On Trial for War Crimes«, in: The New York Times vom 12.7.1994, <http://www.nytimes.com/1994/06/12/world/serbs-put-a-serb-on-trial-for-war-crimes.html> vom 8.4.2011.

71 Vgl. o. V.: »Vidovdanski masakr« [Vidovdan-Massaker], in: NIN vom 12.7.2001, S. 20.

72 Human Rights Watch: War Crimes Trials in the Former Yugoslavia, Report vom 1.6.1995, <http://www.unhcr.org/refworld/docid/3ae6a7ed0.html> vom 16.8.2011.

»To distance itself from war crimes in Bosnia by showing that such crimes will be punished in Serbia, and to pre-empt international war crimes trials that could target the political leaders found to be responsible for what happened.«⁷³

Der Verdacht, der Prozess sei außenpolitisch motiviert und solle lediglich zeigen, dass eine Strafverfolgung von Kriegsverbrechen in der Bundesrepublik Jugoslawien stattfinde und dass somit keine Einmischung von außen oder Auslieferungen an das internationale Tribunal nötig seien, erhärtete sich schnell. In der *Vreme* äußerte Jovan Dulović Erstaunen über das Verfahren gegen den ersten serbischen Freiwilligen und fragt mit Blick auf ein Urteil:

»Wie würde [...] ein Serbe für Kriegsverbrechen verurteilt, wenn die patriotische hocherfreute Obrigkeit der Regierung beharrlich wiederholt, dass im vergangenen Konflikt in Kroatien und Bosnien-Herzegowina Serben ausschließlich Opfer und Kroaten und Muslime Täter waren?«⁷⁴

Dulović spielte auf eine Äußerung von Zoran Stojanović⁷⁵, jugoslawischer Bundesjustizminister und Präsident des Komitees zur Sammlung von Daten über begangene Verbrechen gegen die Menschlichkeit und das internationale Recht, an, dessen Darstellung eine rein dichotomische Konfliktwahrnehmung nahelegt. Auch die ausländischen Journalisten hätten schnell begriffen, dass die Anklage eigentlich ein »Propagandaflyer [sei, D. M.], mit dem sie die echte Wahrheit über Serbien begreifen«⁷⁶. Der Prozess sei ein sehr offensichtliches Propagandainstrument. Schon am dritten Verhandlungstag vertagte sich das Gericht auf unbestimmte Zeit. Erst im Juli 1996 wurde der Prozess wiederaufgenommen, ein Urteil gesprochen und Dušan Vučković zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt.

73 R. Cohen: »Serbs Put a Serb«.

74 Dulović, Jovan: »Šabačka posla« [Šabačker Angelegenheiten], in: *Vreme* vom 26.12.1994, S. 23.

75 Tatsächlich war im Artikel fälschlicherweise von »Dr. Stojan Stojanović« mit der entsprechenden Berufsbeschreibung die Rede. Zoran Stojanović war 1993/1994 jugoslawischer Bundesjustizminister und leitete das und Bereitstellung von Daten über begangene Verbrechen gegen die Menschlichkeit und das internationale Recht. Er gilt als renommierter Experte auf dem Gebiet des Strafrechts, publizierte umfangreich in seinem Fachgebiet und verteidigte auch in den späten 90er Jahren seine Perspektive auf die Jugoslawienkriege und den ICTY. Im November 2012 wurde er vom Parlament in den Obersten Justizrat Serbiens gewählt.

76 Ebd.

Nach der Berufung gegen das Urteil verhängte der Oberste Gerichtshof Serbiens 1998 eine Strafe von zehn Jahren Gefängnis gegen Dušan Vučković, Vojin Vučković wurde mit vier Monaten Freiheitsentzug bestraft.

Völkermordvorwurf und Friedensverhandlungen

Der fünfte Bericht der Regierung der Bundesrepublik Jugoslawien vom Mai 1995 verwies darauf, dass weit mehr Daten vorlägen, als Eingang in den Bericht gefunden hätten, diese harrten aber noch der Verifizierung. Ein Themenbericht ging gesondert auf Verbrechen der bosniakischen Partei *Stranka Demokratske Akcije* (Partei der Demokratischen Aktion, SDA) und der von ihr kontrollierten militärischen Verbände gegen Serben im Bezirk Goražde ein, viele dieser Straftaten würden alle Kriterien eines Völkermords erfüllen. Ein zweiter Teil trug die forensischen und psychiatrischen Untersuchungsergebnisse von 92 ehemaligen serbischen Gefangenen zusammen, die in von Kroaten und Muslimen betriebenen Lagern gefoltert worden seien.⁷⁷

Am 25. Juni veröffentlichte der Chefankläger des ICTY, Richard Goldstone, eine erste Liste mit 21 Namen von Personen, die er diverser Verbrechen beschuldigte und gegen die er Anklagen vorbereitete. Da die Liste nur ethnische Serben enthielt, gab sie der polemischen Diskussion um die Objektivität des Tribunals zusätzlich Feuer.⁷⁸ Die jugoslawische Regierung boykottierte das Tribunal weiterhin und die serbischen Gerichte – sowohl in der Bundesrepublik Jugoslawien als auch in anderen serbisch dominierten Gebieten – verfolgten die rechtlich verankerten Straftatbestände aufgrund mangelnden Willens und der politischen Nähe zu den Tätern nicht angemessen, so dass *Vreme*-Redakteur Dejan Anastasijević hoffnungslos resümierte: »Was die Serben betrifft, werden wir vermutlich noch in fünfzig Jahren bitter diskutieren, ob Karadžić ein Held oder ein Verbrecher war, den jüngsten Tag und göttliche Gerechtigkeit erwartend.«⁷⁹

Im Juli 1995 griffen bosnisch-serbische Verbände in den Militäroperationen *Krivaja '95* und *Stupčanica '95* die Armee Bosnien-Herzegowinas in Ostbosnien an und marschierten auf die Stadt Srebrenica zu, in der mehr als 50.000 muslimische Flüchtlinge nach militärischen Auseinandersetzungen 1992/1993 Zuflucht

77 United Nations General Assembly: Letter dated 22 May 1995 from the Chargé d'affaires a.i. of the Permanent Mission of Yugoslavia to the United Nations addressed to the Secretary-General, UN-Dok. A/50/187 vom 12.6.1995.

78 Vgl. zum Beispiel Anastasijević, Dejan: »Bombaški procesi« [Bombenprozesse], in: *Vreme* vom 31.7.1995, S. 16 f.

79 Ebd.

gefunden hatten und die von bosnisch-serbischen Truppen belagert blieb. Der UN-Sicherheitsrat forderte als Reaktion auf diese Berohung in einer Entschliebung, Srebrenica und die umliegende Region als Schutzzone einzurichten, auf die jeder Angriff oder anderer unfreundliche Akt unterbleiben müsse.⁸⁰ Schutztruppen der UN sollten die Einhaltung dieser Schutzzonen überwachen und die Zivilbevölkerung schützen, hierzu wurde das eigentlich völlig passive Mandat der Blauhelme sogar – für Zwecke der Selbstverteidigung – auf die Anwendung von Waffengewalt ausgeweitet.⁸¹

Die serbische Öffentlichkeit verfolgte das Vordringen der Einheiten unter dem Kommando von General Ratko Mladić auf Srebrenica aufmerksam. Nicht nur, aber vor allem die staatliche Berichterstattung vermittelte dabei den Eindruck, es handle sich um eine legitime Reaktion zum Schutz der von Gewalt bedrohten serbischen Bevölkerung vor »Terroristen« aus Srebrenica. Argumentativ wurde dabei auf die Gewalterfahrungen der serbischen Bevölkerungen in und um Srebrenica, von der Zeit der osmanischen Herrschaft bis zu den Angriffen von Einheiten des bosniakischen Kommandanten der Enklave Srebrenica, Naser Orić, auf die umliegenden serbischen Dörfer 1992 und 1993, zurückgegriffen. So wurde die Einnahme der Enklave als »Befreiung von den Muslimen« gedeutet. Am Tag der Eroberung Srebrenicas am 11. Juli 1995 verwies Mladić in einer Ansprache für die serbischen Medien auf die historische Dimension: Er und seine Truppen schenken dem serbischen Volk Srebrenica. Nun, nach dem Aufstand gegen die *dahije*, sei endlich der Zeitpunkt gekommen, sich an den Türken in der Region zu rächen.⁸² Mit der Referenz auf die *dahije* bezieht er sich auf die Führer der osmanischen Janitschareinheiten, gegen die sich im gescheiterten ersten serbischen Aufstand 1804-1813 die serbischen Anführer erhoben. Srebrenica war für einige Jahre Teil des von der osmanischen Herrschaft befreiten serbischen Gebiets, allerdings gelang es den Osmanen, die Revolte niederzuschlagen. Aus Sicht von Mladić wiederholte sich die Geschichte, die nationalmythisch aufgeladene Projektion verwandelte die militärische Auseinandersetzung zu einem Kampf zur Befreiung der vom muslimischen Joch unterdrückten Ser-

80 United Nations Security Council: Resolution 819, UN-Dok. S/RES/819 vom 16.4.1993.

81 United Nations Security Council: Resolution 836, UN-Dok. S/RES/836 vom 4.6.1993.

82 Zit. nach Duijzings, Ger: »Commemorating Srebrenica. Histories of Violence and the Politics of Memory in Eastern Bosnia«, in: ders./Xavier Bougarel/Elissa Helms (Hg.): The New Bosnian Mosaic. Identities, Memories and Moral Claims in a Post-War Society, Farnham/Burlington: Ashgate 2007, S. 141-166, hier S. 142.

ben, Rache und auch Wiedergutmachung für die erlittene Schmach standen augenscheinlich im Vordergrund.

In Folge der Einnahme der Enklave wurden muslimische Frauen, Kinder und Alte deportiert und in dem mehrere Tage andauernden Massaker von Srebrenica ca. 8000 Männer und Jungen, die nicht fliehen konnten, ermordet. Bereits wenige Tage nach dem Fall der Enklave protestierten Vertreterinnen der Frauen in Schwarz auf dem Platz der Republik in Belgrad gegen die Militäraktion, einzelne NGOs wie das Helsinki-Komitee für Menschenrechte verurteilten sie. Die Massaker wurden der Öffentlichkeit zunächst nicht bekannt, erst nach mehreren Wochen und aufgrund des Einflusses von transnationalen *advocacy coalitions* wurden die Verbrechen an Zivilisten und ihre Ausmaße offenbar.⁸³ Von den Gräueltaten in Folge der »Befreiung« Srebrenicas berichtete die serbische Presse erst spät. Während in der zweiten Julihälfte und im August 1995 in den westlichen Medien erste Berichte und Stellungnahmen zu dem Massaker veröffentlicht wurden und die Weltöffentlichkeit über die Verbrechen rund um die ostbosnische Stadt berichtete, dominierte in Serbien und in der *Republika Srpska* ein anderes Thema die Berichterstattung: Im August 1995 gelang es der kroatischen Armee im Rahmen der Militäroperation *Oluja* (Sturm), die seit 1991 serbisch besetzten und unter die Kontrolle der Serbischen Republik Krajina gestellten Gebiete auf dem Territorium Kroatiens zurückzugewinnen. Dabei wurden bis zu 200.000 serbische Zivilisten vertrieben, über deren Schicksal breit berichtet wurde und die nach Serbien drängten.

Erst diese schweren Massenverbrechen, das Massaker von Srebrenica und die ethnischen Säuberungen im Zuge der Operation *Oluja*, erhöhten den diplomatischen Druck auf die Konfliktparteien und somit die Bereitschaft zu Friedensgesprächen. Da die Führung der bosnischen Serben aufgrund der zunehmenden Landgewinne der anderen Kriegsparteien und der Anklage des ICTY gegen Radovan Karadžić von den Friedensverhandlungen ausgeschlossen, der Krieg aber unvermindert weitergeführt wurde, bombardierten die USA und die NATO zeitgleich bosnisch-serbische Stellungen. Im September 1995 konnte eine Grundsatzeinigung zwischen den Präsidenten Bosnien-Herzegowinas, Serbiens und Kroatiens im Rahmen der Genfer Bosnienkonferenz erzielt werden. Die Frage

83 Ausführlich zur konflikthaften Erinnerung an Srebrenica und vor allem zur serbischen Deutung vgl. Mehler, Daniela: »Srebrenica und das Problem der einen Wahrheit«, in: Feindt, Gregor/Krawatzek, Félix/Mehler, Daniela/Pestel, Friedemann/Trimčev, Rieke (Hg.): Europäische Erinnerung als verflochtene Erinnerung. Vieltimmige und vielschichtige Vergangenheitsdeutungen jenseits der Nation (= Formen der Erinnerung 55), Göttingen: V & R unipress 2014, S. 205-234.

des Umgangs mit Kriegsverbrechen und mit der Balance zwischen Frieden und Gerechtigkeit war allerdings für die Vermittler sehr sensibel, da man die kriegführenden Mächte weiter am Prozess beteiligen, sich aber auch nicht auf Amnestierungen einlassen wollte. Die vom ICTY erhobenen Anklagen machten es unmöglich, mit extrem nationalistischen Politikern wie Radovan Karadžić über einen Frieden zu verhandeln, die nunmehr als illegitime Gesprächspartner galten. Vertreter der amerikanischen Regierung spielten folglich die Rolle Milošević' in den Jugoslawienkriegen herunter, um ihn als legitimen Verhandlungspartner zu erhalten.⁸⁴

Nach der Anklageerhebung gegen drei hochrangige Angehörige des jugoslawischen Militärapparats durch das ICTY Ende Oktober⁸⁵ wurde auch die den Friedensgesprächen in Dayton vorausgehende internationale Debatte um Srebrenica reflektiert. Obwohl im innerserbischen Diskurs weiterhin die Verteidigung der eigenen Volksgruppe und die berechtigte Angst vor Kriegsverbrechen als legitime Rechtfertigung galten, wurden Kriegsverbrechen, begangen von Angehörigen der gleichen Nation oder von Angehörigen des jugoslawischen Staates, zumindest in der Gegenöffentlichkeit zunehmend kritisch thematisiert. *Vreme*-Autor Dragan Todorović klagte an, dass die von den serbischen Offiziellen genannten »verbliebenen und übrigen Kräfte« bosnisch-muslimischer Kämpfer, gegen die serbische Einheiten rund um Srebrenica nach dem Fall der Enklave kämpften, vermutlich durch die Wälder fliehende Zivilisten gewesen seien. Die Befreier Bosniens – hiermit sind die UN und die Amerikaner gemeint – betrachteten »die Aktion der ›Befreiung‹ [der Serben, D. M.] aber als Völkermord gemäß der UN«.⁸⁶

Im November 1995 wurde schließlich das Abkommen von Erdut geschlossen, das den Kroatienkrieg beendete, im Dezember besiegelte der Friedensvertrag von Dayton den Bosnienkrieg. Der Vertrag verpflichtet alle unterzeichnenden Parteien – also auch die Bundesrepublik Jugoslawien unter Slobodan Milošević – zur Kooperation mit dem ICTY.

84 Vgl. V. Peskin: *International Justice*, S. 40 ff.

85 Mile Mrkšić, Miroslav Radić und Veselin Šlišančanin, die Kommandierenden der JNA während der Schlacht um Vukovar, wurden schwere Verletzungen der Genfer Konventionen, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen.

86 Todorović, Dragan: »Zaostale i ostale snage« [Verbliebene und andere Kräfte], in: *Vreme* vom 6.11.1995, S. 13.

Zwischen Verweigerung und verstärkter Kooperation

Der sechste Bericht der Bundesrepublik Jugoslawien über Kriegsverbrechen wurde am 26. Januar 1996 vom Ständigen Gesandten der Bundesrepublik Jugoslawien bei den UN an den UN-Generalsekretär versandt und von ihm an die Generalversammlung als Dokument zum Tagungsordnungspunkt »Bericht des ICTY« und an den Sicherheitsrat weitergereicht.⁸⁷ Seine Verfasser vom Komitee zur Sammlung von Daten über begangene Verbrechen gegen die Menschlichkeit und das internationale Recht wiesen darauf hin, dass das Komitee über eine weit größere Menge an Beweisen, Dokumentationen und Zeugenaussagen über Kriegsverbrechen verfüge, als aufgeführt wurden. Dieser sechste Bericht und die angehangenen Dokumente weichen stilistisch von den fünf vorhergehenden ab. Er enthielt keine reine Auflistung von Kriegsverbrechen mehr, sondern nur noch spezifische Untersuchungsberichte über größeren Verbrechenszusammenhängen. Im Fokus dieses sechsten Rapports, der als Antwort auf den Antrag von Bosnien-Herzegowina verstanden werden kann, vor dem Internationalen Gerichtshof die Völkermordkonvention anzuwenden, steht die Qualifizierung der Verbrechen gegen Serben als Genozid. In einem Untersuchungsbericht wird ohne konkrete Ortsnennung allgemein von einem »Genozid und Handlungen gegen Serben im ehemaligen Bosnien-Herzegowina« gesprochen, in einem zweiten konkret der »Genozid an Serben in Mostar« dokumentiert. Darüber hinaus wurden 395 Lager für Serben in Bosnien-Herzegowina, 162 in Kroatien und 21 in Slowenien lokalisiert – und konsequent als »Konzentrationslager« bezeichnet.

Auch wenn er nun auf internationalem Parkett als Friedensvermittler angesehen wurde, vermied Milošević eine offene Kooperation mit dem ICTY. Er geriet zunehmend unter den Druck der ultranationalistischen Opposition, die ihm aufgrund der Unterzeichnung des Friedensvertrags Verrat am serbischen Volk vorwarf. Zwar hatte die Unterzeichnung des Dayton-Vertrags auch die Bundesrepublik Jugoslawien zur Kooperation mit dem ICTY verpflichtet, allerdings ignorierte die Regierung die Anklagen gegen Bürger der Republik Serbien zunächst schlichtweg.

Offiziell wurde an der Interpretation festgehalten, dass eine Auslieferung von jugoslawischen Staatsbürgern juristisch unzulässig sei. Darüber hinaus diskre-

87 Das gleiche Verfahren lässt sich für die Berichte 6 bis 8 feststellen, die alle im UN-Archiv vorliegen. Vgl. bis Ende des Absatzes United Nations General Assembly: Letter dated 26 January 1996 from the Chargé d'affaires a.i. of the Permanent Mission of Yugoslavia to the United Nations addressed to the Secretary-General, UN-Dok. A/51/61 vom 30.1.1996.

ditierten der Bundesjustizminister und vor allem die Nationalisten der SRS das Gericht als politisch motiviert, einseitig und antiserbisch. Handfeste Argumentationsgrundlagen lieferten nationalistisch gesinnte Vertreter der Rechtswissenschaft.⁸⁸ Sie kritisierten die Ad-hoc-Natur des Gerichts und einen Verstoß gegen das Rückwirkungsverbot, also dass das Tribunal etwas bestrafen würde, für das es zum Zeitpunkt des Verbrechens kein Gesetz gab. Falls eine internationale Gerichtsbarkeit eingerichtet werden müsste, wäre ein permanentes Tribunal notwendig. Das ICTY sei ohnehin illegitim, da es per Beschluss des UN-Sicherheitsrats errichtet worden sei, der kein legislatives Organ darstelle. Das prominenteste Argument im innerserbischen Diskurs war allerdings, dass das Tribunal als eine gegen Serben gerichtete Institution geschaffen worden sei. Es verstoße durch diese Partialität gegen den Gleichheitsgrundsatz vor dem Recht. Da die Anklagen des ICTY bis zu diesem Zeitpunkt ausnahmslos gegen Angehörige der serbischen Nationalität erhoben worden waren, wurde dieser Umstand als Bestätigung des Vorwurfs mangelnder Objektivität und Parteilichkeit gewertet. Den ICTY-Kritikern gelang es, eine Atmosphäre zu schaffen, in der die serbische Bevölkerung »undoubtedly fear[ed] the Tribunal as a remote and mysterious punitive institution, attached to great powers«⁸⁹.

Um neuen Problemen auf internationaler Ebene aus dem Weg zu gehen, erachtete die jugoslawische Regierung die Kooperation mit dem Tribunal in Den Haag, dem nach dem Massaker von Srebrenica große Unterstützung von Seiten der USA zuteil geworden war, allerdings zunehmend als relevant. Dazu trug auch der neu entwickelte, Ende Februar 1996 vorgestellte Regionalansatz der EU bei, der eine Förderung der politischen Stabilität und der wirtschaftlichen Entwicklung in der Region auf Basis bilateraler Verträge und finanzieller Förderung vorsah. Um die Beziehungen zu verbessern, formulierte der Europäische Rat in jährlichen Berichten zu überprüfende Ziele, denen gemäß die Länder demokratisiert werden sollten.⁹⁰ Die vergleichsweise niedrigschwellige Konditionalität, die eine Einhaltung allgemeiner demokratischer Standards, der Friedensabkommen sowie die Förderung der regionalen Kooperation umfasste, fand aber keine direkte Umsetzung im Milošević-Regime. Dennoch weichte die absolut ablehnen-

88 Vgl. den prominentesten Kritiker des ICTY in Serbien: K. Čavoški: Hag protiv pravde.

89 V. Dimitrijević: »The War Crimes Tribunal«, S. 88.

90 Vgl. ausführlicher Ratiu, Camelia Elena: EU Soft Power at Its Best. Zur Leistungsfähigkeit der Europäischen Union als Demokratieförderer in Transformationsstaaten, Hamburg: Dr. Kovač 2011, S. 130 f.

de Haltung gegenüber dem ICTY auf und wurden Zugeständnisse gemacht.⁹¹ Eine Vereinbarung mit dem Büro der Chefanklage des Tribunals ermöglichte dem ICTY die Eröffnung eines Büros in Belgrad, die uneingeschränkte Bewegungsfreiheit von Personal, Equipment, Eigentum und Transportmitteln in Serbien, Zugang zu allen öffentlichen Archiven und Dokumenten, die Befragung von bereitwillig aussagenden Zeugen auch außerhalb des Büros und den Transfer von gesammelten Daten und Informationen.⁹² Während seitens der Regierung in Belgrad gegenüber der Öffentlichkeit weiterhin das Bild der Nichtkooperation mit dem Tribunal gezeichnet wurde, unterhielt das Anklagebüro des ICTY ab August 1996 (bis März 1999) auch ein Büro in der Belgrader Innenstadt.⁹³

Ende März 1996 lieferten die jugoslawischen Behörden Dražen Erdemović und Radoslav Kremenović, die beide am Massaker von Srebrenica beteiligt waren, für Vernehmungen an das ICTY aus.⁹⁴ Da sie auf jugoslawischem Staatsgebiet festgenommen wurden, aber keine jugoslawische Staatsbürgerschaft besaßen, konnten die Auslieferungen vollzogen werden, ohne die bisher vertretene Position der Nichtauslieferung räumen zu müssen. In einer in Belgrad organisierten Pressekonferenz freute sich der stellvertretende ICTY-Chefankläger Graham Blewitt öffentlich über »the new beginning of cooperation«⁹⁵. Innerhalb Serbiens wurde die Auslieferung aber kaum thematisiert, wie der serbische Staatsanwalt für Kriegsverbrechen, Vladimir Vukčević, 2010 konstatierte:

»Diesem Urteil wurde in Serbien zu wenig Öffentlichkeit zuteil. 1996 passierte alles im medialen Nebel, als die Verbrecher Patrioten waren und Dražen Erdemović mit Patriotismus vor den Augen der Öffentlichkeit versteckt wurde.«⁹⁶

Hinsichtlich jugoslawischer Staatsbürger unterstützten die jugoslawischen Behörden weder Ermittlungen noch Auslieferungen. So beschwerte sich ICTY-Präsident Antonio Cassese drei Mal, im April, Mai und Juli 1996, beim UN-

91 V. Dimitrijević: »The War Crimes Tribunal«.

92 Vgl. Republik Serbien (Hg.): Answers to the European Commission's Questionnaire vom 31.1.2011, http://www.seio.gov.rs/upload/documents/upitnik/aswers_ro_the_ec_questionnaire.zip vom 17.4.2013, S. 537.

93 Vgl. International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia: ICTY Weekly Press Briefing vom 15.11.2000, <http://www.icty.org/sid/3448> vom 15.11.2010.

94 Vgl. J. Hagan: Justice in the Balkans, S. 75 ff.

95 Vgl. ebd., S. 77 f.

96 Vukčević, Vladimir: »Jedinstvena prilika za poruku pomirenja« [Einzigartige Möglichkeit für eine Botschaft der Versöhnung], in: Vreme vom 11.2.2010, S. 14.

Sicherheitsrat über die mangelnde Kooperation Jugoslawiens mit dem ICTY in den Fällen der *Vukovar Three* (Mile Mrkšić, Veselin Slivančanin, Miroslav Radić), Radovan Karadžić' sowie Ratko Mladić', die sich alle auf dem Gebiet Jugoslawiens aufhalten würden. Währenddessen veröffentlichte im Juni eine Gruppe von 24 serbischen Intellektuellen eine Deklaration zur Aussetzung der Strafverfolgung von Radovan Karadžić, da eine Stabilisierung des Friedens in Bosnien-Herzegowina ohne die Vertretung der serbischen Interessen durch den »wahren Führer aller Serben« nicht möglich wäre.⁹⁷

Der Internationale Gerichtshof nahm im Juli, ein Jahr nach dem Massaker von Srebrenica, den Antrag Bosnien-Herzegowinas auf Anwendung der Völkermordkonvention an. Ebenfalls nur ein Jahr nach der kroatischen Militäroperation *Oluja* schlossen die Regierungen Kroatiens und Jugoslawiens ein Normalisierungsabkommen ihrer beiden Länder.

Im September 1996 sandte die jugoslawische Bundesregierung den siebten Bericht über Kriegsverbrechen und Vergehen gegen das Völkerrecht an die UN. In ihm standen Untersuchungen über das Konzentrationslager für Serben in Čelebići, über kroatische Verbrechen auf der Straße von Okucani nach Stara Gradiška sowie der kroatischen Armee auf der Straße von Srbobran nach Jajce und über Verbrechen von kroatischen Soldaten und Polizeikräften in der Krajina im Fokus.⁹⁸

1996 verlegte die zweiwöchig erscheinende Zeitschrift *Republika*⁹⁹ den umfangreichen Sammelband *Srpska strana rata* (Die serbische Seite des Kriegs). Die darin vorgenommenen wissenschaftlichen Analysen, die teilweise vorab in der Zeitschrift veröffentlicht worden waren, bilden den Bezugspunkt für sämtliche gesellschaftlichen Akteure, die sich nicht dem Milošević-Regime zurechnen-

97 Rajlić, Prvoslav (Hg.): *Bela knjiga. Istina o Haškom tribunalu. Apel za ukidanje Haškog tribunala* [Weißbuch. Die Wahrheit über das Haager Tribunal. Appell zur Abschaffung des Haager Tribunals], Belgrad: Sova 2001, S. 177.

98 United Nations General Assembly: Letter dated 20 September 1996 from the Chargé d'affaires a.i. of the Permanent Mission of Yugoslavia to the United Nations addressed to the Secretary-General, UN-Dok. A/51/397 vom 24.9.1996.

99 Die *Republika* wurde von der gleichen Gruppe Intellektueller, die kurz zuvor die *Udruženje za jugoslovensku demokratsku inicijativu* (Vereinigung für eine jugoslawische demokratische Initiative) gegründet hatten, im März 1989 als »Zeitschrift der zivilgesellschaftlichen Selbstbefreiung«, die sich gegen »Elemente von Angst, Hass und Gewalt« richten sollte, ins Leben gerufen, vgl. http://www.republika.co.rs/o_nama/srpski.html vom 13.4.2013.

ten. Auch im Ausland wurde das Buch rezipiert.¹⁰⁰ In über zweijähriger Arbeit hatten sich unabhängige Intellektuelle¹⁰¹ zum *Novi srpski forum* (Neuen serbischen Forum), das als alternativer Diskursraum dienen sollte, zusammengefunden, um den Weg Serbiens in den Krieg von allen Seiten zu analysieren. Unter dem Vorsitz der Politikwissenschaftlerin Latinka Perović diskutierten die Autoren in zweiwöchentlichem Rhythmus ihre Ideen und Beiträge. Die Arbeit am Buch und dessen Finanzierung wurde durch das *Centar za antiratnu akciju* (Zentrum für Antikriegsaktion) und die Heinrich-Böll-Stiftung ermöglicht. Herausgeber Nebojša Popov, ein zur Praxisgruppe¹⁰² gehörender Soziologe, erklärte im Vorwort der englischen Ausgabe des Buchs, die Autoren befänden sich in der gleichen Situation wie diejenigen, die nach den Gräueln des Zweiten Weltkriegs versucht hätten, ihren Verstand zu behalten.¹⁰³ Die Beiträge behandeln die Schaffung der militanten, nationalistischen Ideologie, die Zerstörung von Bil-

-
- 100 Es wurde zunächst in stark gekürzter Fassung ins Deutsche, dann vollständig ins Englische übersetzt, vgl. Bremer, Thomas/Stobbe, Heinz-Günther (Hg.): *Serbiens Weg in den Krieg. Kollektive Erinnerung, nationale Formierung und ideologische Aufrüstung*, Berlin: Berlin-Verlag Spitz 1998; Popov, Nebojša/Gojković, Drinka (Hg.): *The Road to War in Serbia. Trauma and Catharsis*, Budapest/New York: Central European University Press 2000.
- 101 Zu den Autoren gehörten Vesna Pešić, Olivera Milosavljević, Nebojša Popov, Sreten Vujović, Srđan Bogosavljević, Ljubomir Madžar, Marina Blagojević, Vojin Dimitrijević, Bojana Šušak, Miroslav Hadžić, Rade Veljanovski, Aleksandar Nenadović, Zoran Marković, Snježana Milivojević, Dubravka Stojanović (alle Universität Belgrad), Latinka Perovic, Radmila Radić, Marija Obradović (Institut für Zeitgeschichte), Olga Žirojević, Ivan Čolović, Mirko Đorđević (Serbische Akademie für Wissenschaft und Künste) sowie Drinka Gojković.
- 102 Die Praxisgruppe bestand aus jugoslawische Philosophen und Sozialwissenschaftlern, die in den 1960er und 1970er Jahren in scharfer Abgrenzung zum Stalinismus einen humanistischen, undogmatischen und schöpferischen Sozialismus propagierten und mit ihrer offenen Gesellschaftskritik in zum Teil offenen Konflikt zu den Positionen des Bundes der Kommunisten und staatlicher Einrichtungen traten. Ab 1963-1975 veranstalteten sie (außer 1966) eine Somerschule auf der Insel Korčula, weiterhin veröffentlichten sie neben einer jugoslawischen auch eine internationale Zeitschrift. 1975 wurden die Mitglieder der Praxisgruppe aus der Universität Belgrad ausgeschlossen, die jährliche Sommerschule und die Zeitschrift verboten.
- 103 Popov, Nebojša/Gojković, Drinka (Hg.): *The Road to War in Serbia. Trauma and Catharsis*, Budapest/New York: Central European University Press 2000, S. 3.

dungsinstitutionen, Kultur und Politik sowie die Konsequenzen dieses Prozesses für die serbische Gesellschaft.

Im November 1996 entschied die jugoslawische Bundesregierung, dass kein spezielles Gesetz für eine Zusammenarbeit mit dem Tribunal notwendig sei. Nur einige Tage später wählten die Bürger der Republik Serbien in zweiter Runde ihre kommunalen Vertreter. Nach dem Vorwurf großflächiger Wahlfälschung zugunsten des Machterhalts von Milošević' SPS riefen Vertreter der Oppositionsparteien zum Protest auf. Der Widerstand gegen die Wahlfälschungen und das Milošević-Regime, an denen sich auch die Studierenden mit einem zeitlich parallelen, aber räumlich getrennten Protest beteiligten, sollten dreieinhalb Monate andauern. Die Kriege der Vorjahre und die währenddessen begangenen Kriegsverbrechen blieben in ihrem Verlauf allerdings gänzlich unerwähnt.

Amtswechsel und die Wahrheit des serbischen Opfers

Die Anerkennung der Wahlerfolge der Opposition beendeten die Antiregimeproteste im Februar, nur die Studierenden gaben ihren Protest erst drei Wochen später auf.¹⁰⁴ Milošević' Macht in Serbien erodierte nun langsam, nachdem in großen, einflussreichen Städten wie Belgrad, Pirot, Kraljevo, Užice, Smederavske Palanke, Vršac, Sokobanji, Kragujevac, Pančevo, Jagodina, Niš, Zrenjanin, Lapovo und Šabac Oppositionspolitiker die Wahl gewonnen hatten.

Im März 1997 sandte die jugoslawische Bundesregierung erneut einen Bericht über Kriegsverbrechen an die UN. Dieser achte Report beinhaltete diesmal keine Einleitung, sondern begann sofort mit einem der insgesamt sechs zusammengestellten Untersuchungsberichte. Drei von ihnen fokussierten auf Verbrechen kroatischer Einheiten an Serben – die Verbrechen gegen die Bevölkerung der Gemeinde Mrkonić-Stadt, den Völkermord gegen Zivilisten der *Republika Srpska Krajina* und auf vermisste Personen aus diesem Gebiet.¹⁰⁵ Die anderen drei dokumentierten Kriegsverbrechen während des Bosnienkriegs, den Missbrauch medizinischer Einrichtungen für militärische Nutzung in Sarajevo sowie die Vorgänge im *Silos*-Lager im ostbosnischen Tarčin.

Nicht nur die Politik stellte die Serben als unschuldige Opfer dar. Mit dem Segen von Patriarch Pavle forderten sechzig Intellektuelle und Personen des öf-

104 Sie forderten zudem einen Führungswechsel in der Universitätsleitung und die Wiederherstellung der Unabhängigkeit der Hochschule.

105 United Nations General Assembly: Letter dated 28 February 1997 from the Chargé d'affaires a.i. of the Permanent Mission of Yugoslavia to the United Nations addressed to the Secretary General, UN-Dok. A/52/83 vom 3.3.1997.

fentlichen Lebens¹⁰⁶ – unter anderem ICTY-Kritiker Kosta Čavoski und Oppositionsführer Zoran Đinđić – an Ostern 1997, den Völkermord am serbischen Volk und dessen Exodus während der Jugoslawienkriege anzuerkennen und zu verurteilen. Der »Aufruf an das Gewissen der ganzen Welt«, wurde in sieben Sprachen unter anderem an die UN-Generalsversammlung, den UN-Sicherheitsrat, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), den Europarat und das Europäische Parlament versandt. Mit der Deklaration forderten die Unterzeichner, den Genozid am und den Exodus des serbischen Volks im letzten Krieg anzuerkennen und zu verurteilen. In dem Schreiben wurde das Narrativ der serbischen Geschichte rekonstruiert, nach dem diese bis heute Opfer von Völkermorden und Vertreibungen aus ihren Ländern seien:

»Die Geschichte der serbischen Länder als Teil des Balkans und Europas ist ein Beispiel des Genozids an den Serben und des Exodus, dem sie ausgesetzt waren. Die Vernichtungsprozesse der Serben haben auf unterschiedlichste und grausamste Weise kontinuierlich angehalten. [...] Der Exodus des serbischen Volkes dauert auch heute fort, am Ende des 20. Jahrhunderts. Der Prozess der Zerstörung Jugoslawiens ließ den Serben das größte Leiden und die Verbannung aus ihrem historischen Lebensraum in Kroatien und Bosnien und Herzegowina ertragen.«¹⁰⁷

106 Marko Radulović, Ivan Maksimović, Dragoslav Mihajlović, Nikola Milošević, Miodrag Jovičić, Dragan Nedeljković, Kosta Bradić, der Bischof der Bačka Irinej, Kosta Cavoški, Nada Miloš-Đorđević, Zoran Stanojević, Milos Blagojević, Rade Mihaljčić, Milorad Ekmečić, Boško Petrović, der Bischof der Šumadija Sava, Vladan Batić, Ljubomir Tadić, Enriko Josif, Professor Bartabedijan, Slavenko Terzić, Nikša Stipčević, Mihajlo Marković, Vojislav Korać, Mihajlo Đurić, Slavko Gavrilović, Dinko Davidov, Nikola R. Čelebić, Novica Petković, Mihajlo Pavlović, Cedimir Popov, Dragan Kijuk, Ljubivoje Prvulović, Kosta Mihajlović, Dragoljub Simović, Miroslav Pantić, Vladimir Grečić, der dalmatische Bischof Longin, Zoran Živković, Rados Ljušić, Slobodan Mileušnić, Pavle Ivić, Smilja Avramov, Slobodan Rakitić, Danko Popović, Vasilije Krestić, Čadik Danon, Vlado Stugar, Bogdan Jamedžija, Milan Vuĳin, Zoran Đinđić, der Bischof von Niš Irinej, Tadija Ivanović, Dragan Kuburović, Nikola Božinović, Vladimir Umeljić, Miodrag Perišić und Zoran Konstantinović.

107 O.V.: »Apel svetu da zaštiti Srbe. Deklaracija protiv genocida nad srpskim narodom« [Appell an die Welt um die Serben zu schützen. Erklärung gegen den Genozid am serbischen Volk], in: Blic vom 22.4.1997, S. 3.

Die Erfahrung von Völkermord, Exodus, Leiden und Verbannung wird hierbei als Erfahrungswelt der Serben stilisiert. Besonders betont werden das Leiden und die Ungerechtigkeit, die an Serben in den zwei Weltkriegen begangen worden seien. Außerdem appellierten die Unterzeichner »an das Gewissen der Menschheit« für eine angemessene Erinnerung an

»die schrecklichen Fälle von Völkermord an Serben und deren Exodus im letzten Krieg [...]. Die große Zahl an Beispielen für körperliche und geistige Zerstörung des serbischen Volkes, die weltweit bekannt sind, möge erwähnt werden. Dies ist ein Aufruf, dass all jene schrecklichen Beispiele von Völkermord und Exodus einen Platz nicht nur vor dem Gericht der Geschichte finden, sondern auch vor unparteiischen und qualifizierten Richtern in der heutigen Welt. Um fair zu sein, kann all dieses Richten nicht vorbeigehen am gerechten Zeugnis des leidenden serbischen Volkes.«¹⁰⁸

Das Schreiben reflektierte die Enttäuschung über eine falsche Darstellung der Rolle der Serben und der Geschichte auf internationalem Parkett und den daraus resultierenden Eindruck von Ungerechtigkeit, der mit einem Vertrauensverlust in Institutionen einhergeht. Hoffnung bietet nur noch das »Gericht der Geschichte«. Nicht nur wurde eine Anklage zugleich gegen die kroatischen und bosniakischen Konfliktgegner wegen des Völkermords an den Serben und deren Vertreibung, gegen die Richter wegen mangelnder Qualifizierung und Parteilichkeit sowie gegen die gewissenlose Welt formuliert, sondern auch mit starken Adjektiven, emotionaler Sprache und Moralisierung aus dem Opferstatus heraus ein Anspruch auf einen angemessenen Platz in der Weltgeschichte erhoben. Indem der Apell die Völkermordkategorie verwendete, analogisierte er die serbische Opferchaft mit anderen Opfern von Genoziden, und man erhoffte sich somit unter Berufung auf die Wahrheit eine gleiche Behandlung:

»Die Wahrheit, eine klare Äußerung des Völkermords, verstanden im weitesten Sinne des Wortes, ist auch in der Betrachtung der unmenschlichen Beziehungen gegenüber den Juden, Armeniern und anderen gegenwärtig.«¹⁰⁹

108 Ebd.

109 Tašić, Jelana: »Poziv savesti (celog sveta). Šta sadrži Deklaracija protiv genocida nad srpskim narodom« [Aufruf an das Gewissen (der ganzen Welt). Was die Erklärung gegen den Genozid am serbischen Volk enthält], in: Naša Borba vom 25.4.1997, http://www.yuorpe.com/nasa-borba/arhiva/Apr97/2504/2504_25.HTM vom 12.7.2014.

Implizit wurden so all diejenigen, die nicht den Völkermord an den Serben bezeugten, mit Leugnern des Holocaust gleichgestellt, was durch die Verletzung dieser Konvention des gesellschaftlichen Grundkonsenses mit einer moralischen und sozialen Ächtung verbunden ist. Andere Wahrheiten als diese innerserbisch wahrgenommene »Wahrheit des serbischen Opfers« galten dementsprechend als illegitim und wurden als Angriff gewertet, so auch die Anklagen des ICTY gegen Serben. Sicherlich nicht in dieses Bild passten Äußerungen wie die von Sonja Biserko, die auf einer Konferenz in Berkley die Nationalisierung der serbischen Gesellschaft seit den späten 1980er Jahren beschrieb und die serbische Regierung des Genozids in Srebrenica beschuldigte. Sie machte deutlich, dass der serbische Nationalismus nicht mit dem Vertrag von Dayton beendet sei, vielmehr habe er eine neue, »more sophisticated form«¹¹⁰ angenommen. Da es militärisch nicht besiegt worden sei, sei es für das Land objektiv nicht möglich, sich mit den wahren Gründen des Kriegs, seinen Absichten und Folgen auseinanderzusetzen. Deswegen plädiere sie dafür, enorme Anstrengungen zu unternehmen, um eine Denazifizierung zu beginnen.¹¹¹

Die Position der Bundesregierung gegenüber Auslieferungen an das ICTY war nach wie vor unverändert, als die amerikanische Außenministerin Madeleine Albright im Juni 1997 Slobodan Milošević öffentlichkeitswirksam mit den Anklagen des ICTY und Nachweisen darüber konfrontierte, dass sich zahlreiche Angeklagte in Serbien befänden. Dieses Treffen markierte das Ende des amerikanischen Kuschelkurses gegenüber Milošević, der nun zunehmend unter Druck der politischen Unterstützerin des Tribunals geraten sollte.¹¹² Nach den Kommunalwahlen war seine Machtbasis auch innerhalb Serbiens instabil geworden. Da er ohnehin als Präsident Serbiens nicht hätte wiedergewählt werden können, trat Slobodan Milošević am 23. Juli 1997 zurück – um sich am gleichen Tag von der sozialistischen Mehrheit des jugoslawischen Bundesparlaments zum Präsidenten der Bundesrepublik Jugoslawien wählen zu lassen.

Zur Verteidigung gegen die Genozidklage Bosnien-Herzegowinas sandte die jugoslawische Bundesregierung ein umfassendes *Counter-Memorial* an den Internationalen Gerichtshof. Auf mehr als eintausend Seiten wurden die gegen die Bundesrepublik Jugoslawien vorgebrachten Vorwürfe entkräftet und Bewei-

110 Biserko, Sonja: »Reporting from the Writing Fields, or: How to Prepare Genocide in Five Years«, Vortrag an der University of California in Berkeley bei der Konferenz »Reporting from the Killing Fields« vom 11.4.1997, <http://www.nettime.org/Lists-Archives/nettime-l-9705/msg00066.html> vom 5.4.2013.

111 Ebd.

112 V. Peskin: *International Justice*, S. 50 f.

se für einen an Serben begangenen Völkermord dargelegt. Der Bericht schlussfolgert, dass keine der in der Genozidkonvention aufgeführten Verbrechen an Muslimen und Kroaten begangen worden seien beziehungsweise dass diese nicht als Völkermord qualifiziert werden könnten. Die Vorwürfe oder Anklagen, die gegen Jugoslawien vorgebracht würden, seien weder durch Organe der Bundesrepublik Jugoslawien noch unter deren Befehl oder auf deren Territorium begangen worden. Hingegen sei Bosnien-Herzegowina verantwortlich für Verbrechen des Genozids an der serbischen Bevölkerung in Bosnien-Herzegowina. Dementsprechend müssten die Verantwortlichen bestraft und Maßnahmen ergriffen werden, die solche Verbrechen in Zukunft unterbinden, zudem sei Kompensation zu leisten.¹¹³

Auch ohne die Debatte um erneute »Völkermordkonkurrenz« nach der Logik »Nicht wir haben einen Völkermord an euch begangen, sondern ihr an uns!« gab die serbisch dominierte Politik auf serbischer und jugoslawischer Ebene ausreichend Anlass zur Kritik. Mirko Tepavac, ehemaliger jugoslawischer Politiker und Herausgeber der *Politika*, beschrieb die Widersprüchlichkeit von Worten und Taten und schloss dabei auch die oftmals nicht weniger nationalistisch gesinnte, verzagte Opposition mit ein:

»Wenn wir Dayton wirklich akzeptieren, warum unterstützen wir dann die Illusion Pales über einen souveränen serbischen Staat auf der anderen Seite der Drina, warum senden wir nicht »unsere« Kriegsverbrecher nach Den Haag, die sicherlich nicht unsere sein müssen, falls sie Verbrecher sind, zumal fast alle Kriegsprofiteure und Kriminelle sind. Warum erschweren wir die Reformen in Montenegro, anstatt sie selbst zu ergreifen? Die Regierung will der Wahrheit nicht ins Auge sehen, und auch die Opposition scheint das nicht einfach zu genießen.«¹¹⁴

Erneut im Krieg: das Kosovo

Im Winter 1998 eskalierte die Lage im Kosovo, wo die paramilitärische *Ushtria Çlirimtare e Kosovës* (UÇK, Befreiungsarmee des Kosovo) schon seit 1996 ge-

113 International Court of Justice: Application of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide (Bosnia and Herzegovina v. Yugoslavia). Counter-Memorial of the Federal Republic of Yugoslavia vom 23.7.1997, S. 1083 ff.

114 Tepavac, Mirko: »Srbija na kori od banane« [Serbien auf der Bananenschale], in: ders.: *Države, državnici i stradalnici. Ogledi iz Republike (1991-2008)* [Länder, Staatsmänner und Verunglückte. Ansichten aus der Republik (1991-2008)] (= *Edicija PUBLIKUS* 18), Belgrad: Službeni glasnik 2009, S. 167-170, hier S. 167.

walttätig für die Unabhängigkeit des Kosovo kämpfte. Auf eine lokale UÇK-Offensive im Februar, bei der vier serbische Polizisten getötet worden waren, folgte ab Anfang März eine Offensive von Spezialkräften der serbischen Polizei im Drenica-Gebiet. Direkt nach der Eskalation¹¹⁵ organisierte sich die im Bosnienkrieg eingerichtete Balkankontaktgruppe erneut, um zwischen den Konfliktparteien zu vermitteln. Der UN-Sicherheitsrat verurteilte die Gewalt auf beiden Seiten, mahnte zu einer politischen Konfliktlösung unter Vermittlung der Kontaktgruppe und verhängte ein Waffenembargo gegen die Bundesrepublik Jugoslawien. Zudem wurde das Mandat des ICTY auf das Kosovo ausgeweitet und erneut konstatiert, dass eine Verpflichtung der Bundesrepublik Jugoslawien zur Kooperation mit dem ICTY bestünde.¹¹⁶

Diese Pflicht zur Zusammenarbeit wurde auf innerjugoslawischer Ebene neu thematisiert, nachdem sich ICTY-Chefanklägerin Louise Arbour im Februar 1998 in Podgorica mit dem Landesstaatsanwalt Montenegros, Vladimir Šušović, und montenegrinischen Oppositionellen getroffen hatte. Die montenegrinische sozialdemokratische Partei SDP insistierte bei einer anschließenden Pressekonferenz darauf, dass der Fall *Štrpci*¹¹⁷ vor dem ICTY verhandelt werden müsse, da eine Strafverfolgung in Montenegro und ganz Jugoslawien ausbleibe und diese Länder so zum Zufluchtsort für Verbrecher würden.¹¹⁸ Auf die vergleichsweise frühe innerjugoslawische Kritik reagierte Bundesstaatsanwalt Vukašin Jokanović, Milošević-Vertrauter und ehemaliger Bundesinnenminister, barsch. Er wies die Oppositionellen in Montenegro in die Schranken und machte in einem

115 Eine Anti-Terrorismus-Spezialeinheit des serbischen Innenministeriums griff am 5. März 1998 den Ort Prekaz an, angeblich, um Terroristen gefangen zu nehmen. Tatsächlich wurden die Verdächtigen, UÇK-Führer Adem Jashari und sein Bruder, und über 60 ihrer Familienmitglieder in einem Massaker getötet. Der Massenmord führte zu einer massiven Popularisierung der UÇK und viele lokale Milizen gründeten sich. Adem Jashari wird heute im Kosovo als Freiheitskämpfer verehrt.

116 Vgl. United Nations Security Council: Resolution 1160, UN-Dok. S/RES/1160 vom 31.3.1998.

117 Beim Massaker von Štrpci wurden 19 nichtserbische Fahrgäste beim Halt des Zugs, der auf der Strecke Belgrad–Bar über bosnisches Territorium fuhr, im Februar 1993 entführt, ausgeraubt, gefoltert und ermordet. Ihre Leichen wurden bis heute nicht gefunden, das Verbrechen blieb weitgehend unaufgeklärt und es fand keine umfassende Strafverfolgung statt.

118 O. V.: Slučaj Strpci – za Haski tribunal [Fall Strpci – für das Haager Tribunal], in: Naša Borba vom 14.2.1998, http://www.yurope.com/nasa-borba/arhiva/feb98/1402/1402_8.htm vom 25.1.2013.

Machtwort die Kompetenzen deutlich: »Einzig ich bin bevollmächtigt, Verpflichtungen zu übernehmen, wenn es um die Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal geht.«¹¹⁹

Zeitgleich veröffentlichte die Literaturwissenschaftlerin Drinka Gojković, die dem »anderen Serbien« angehörte und schon seit 1996 kritisch über den Nationalismus in der serbischen Demokratie schrieb,¹²⁰ den innerserbisch vielbeachteten Aufsatz *Za početak, skica* (Für den Anfang, eine Skizze), in der sie die fehlende Differenz der Oppositionsparteien zum Milošević-Regime für das Scheitern der Antiregimeproteste verantwortlich machte.¹²¹ Statt lediglich eine Anerkennung der Wahlergebnisse zu fordern und gegen das Regime zu sein, fehle es den Oppositionsparteien an einem gemeinsamen Ziel, das »in der Klärung des Nebels von Nationalismus und Krieg«¹²² liegen müsse. Dies bedeute allerdings auch eine deutliche Abgrenzung zum Milošević-Regime. In ihrer Analyse prägte sie den Begriff eines »kognitiven Blocks«, einer mentalen Verschlussenheit, die es unmöglich mache, auf die Realität und ihre Herausforderungen zu reagieren. Sowohl die Führer des Protests als auch das Regime seien nicht in der Lage, sich

»der Realität der serbischen Verantwortung für den Zerfall Jugoslawiens und die Kriege, die danach ausbrachen, zu stellen. Genau dieses Unvermögen hindert die Opposition im demokratischen Wandel Serbiens, da die Demokratie im Wesentlichen auf dem Prinzip der Verantwortung basiert.«¹²³

Implizit unterstellte sie den Oppositionsparteien eine Nähe zum serbischen Nationalismus und die fehlende Bereitschaft zum Bruch mit dem Regime.

Im April sandte die Bundesregierung erneut einen Bericht über begangene Kriegsverbrechen an die UN. Dieser neunte Bericht, namentlich unterzeichnet vom Vorsitzenden des Komitees, Professor Dr. Zoran Stojanović, umfasste fünf Studien, die sich mehrheitlich mit bosniakischen Verbrechen an Serben während des Bosnienkriegs beschäftigten und auf den Nachweis eines Völkermords an Serben abzielten. Das geht eindeutig aus den Titeln der Berichte hervor, die vom

119 O.V.: »Izjave godine« [Äußerungen des Jahres], in: Vreme vom 2.1.1999, S. 34 f., hier S. 34.

120 N. Popov/D. Gojković: Srpska strana rata.

121 Gojković, Drinka: »Za početak, skica« [Für den Anfang, eine Skizze], in: Reč. Časopis za književnost, kulturu i društvena pitanja 35 (1998) 2, S. 135-141.

122 Ebd., S. 137.

123 Ebd.

»Genozid gegen Serben in der Gemeinde Konjić«, »Genozid gegen Serben im Bezirk Bosanska Posavina« und dem »organisierten Charakter des Genozids gegen Serben in Sarajevo« lauten.¹²⁴ Darüber hinaus wurde ein Bericht über ein militärisches Lager der sogenannten Mujaheddin erstellt, muslimischer Freiwilliger und Söldner, die den Kampf ihrer Glaubensbrüder unterstützten, und ein weiterer über die Sprengung der Kirche St. Nikolaj im kroatischen Vukovar. Besonders hob Stojanović die ersten drei Dossiers hervor, die »unter Priorität fallen, da sie auf Antrag der Anklägerin des Internationalen Tribunals angefertigt wurden, so wie ihnen das Tribunal Priorität gegeben habe«¹²⁵. Neu in diesem Bericht sind der dialogische Charakter und die erstmalige direkte Bezugnahme auf Ermittlungen der Anklage des ICTY. Es ist fraglich, ob man damit zeigen wollte, dass man der Kooperationsverpflichtung nachkommt, oder ob man die Ermittlungen des ICTY nur dann zu unterstützen beabsichtigte, wenn es im eigenen Interesse wäre. Von einer echten Kooperation konnte keinesfalls die Rede sein, da die Unterstützung bei der Verfolgung serbischer Staatsbürger weiter gänzlich ausblieb.

Während die Verhandlungen zwischen Vertretern der kosovo-albanischen und der serbischen Seite ergebnislos blieben, schien auf internationaler Ebene der Konflikt schon interpretiert worden zu sein: Die NATO beschloss Ende Mai, militärische Handlungsoptionen gegen die Bundesrepublik Jugoslawien zu planen. Anfang Juni verhängten die EU und die USA Sanktionen gegen Jugoslawien. Anfang Juni stationierten die UN die *Kosovo Diplomatic Observer Mission* im Kosovo. Im Sommer weitete sich der zunächst im Nordkosovo ausgetragene Konflikt auf die ganze Region aus, die UÇK ging von einer Guerillataktik sukzessive zur regulären Kriegsführung über, auf serbischer Seite unterstützte nun die Armee die Polizeikräfte.

Die Bundesrepublik Jugoslawien versuchte weiterhin, im Rahmen der UN internationale Unterstützung im Kampf gegen die »internationalen Terroristen« der UÇK zu erlangen. Der jugoslawische Botschafter sandte regelmäßig kurze

124 Bundesregierung der Republik Jugoslawien: Deveti izveštaj Vlade SRJ o izvršenim ratnim zločinima na području prethodne Jugoslavije pripremljen od strane Komiteta za prikupljanje podataka o izvršenim zločinima protiv čovečnosti i međunarodnog prava [Neunter Bericht der Regierung der SRJ über begangene Kriegsverbrechen auf dem Gebiet des früheren Jugoslawien, angefertigt vom Komitee für die Sammlung von Daten über begangene Verbrechen gegen die Menschlichkeit und das internationale Recht] vom 2.4.1998, <http://www.slobodan-milosevic.org/documents/reports/Serbian/9-uvod.htm> vom 21.1.2013.

125 Ebd.

Berichte über die Konfliktlage an den Generalsekretär. Ausführlicher hingegen fiel das an die Generalversammlung übersandte Statement des jugoslawischen Außenministeriums über die brutale Ermordung von 22 entführten Serben in Klečka aus. Besonders drastisch erwähnte der Bericht, dass die Örtlichkeiten einer Zitronenfabrik als eine Art Krematorium zum Verbrennen der Leichen genutzt worden waren. Diese Art der Leichenbeseitigung wurde zum Anlass genommen, die Täter mit Nazis und die Tötung der Serben dementsprechend mit dem industrialisierten Massenmord an den Juden gleichzusetzen:

»This most serious and brutal of the discovered crimes committed by terrorists thus far has been done following a Nazi recipe. It proves that the killers were brutal and that they not only killed, kidnapped, raped, burned people's homes and destroyed their property and carried out subversive acts, but also went so far, in their crazed Nazi obsession, to commit the cowardly act of burning the bodies of their victims.«¹²⁶

In einer Stellungnahme forderte das jugoslawische Außenministerium die UN-Mitgliedsstaaten einzeln auf, diese Verbrechen klar zu verurteilen und den »legitimen Kampf gegen den Terrorismus«¹²⁷ zu unterstützen, indem man die gleichen Standards wie in anderen Fällen anwende. Zudem ersuchte es darum, jegliche Unterstützung der UÇK zu unterbinden, und forderte ein gemeinsames Handeln aller Länder und internationaler Faktoren im Kampf gegen »this universal evil facing mankind today«¹²⁸. Zwar verurteilten einzelne Vertreter der internationalen Gemeinschaft und internationaler Organisationen das Verbrechen von Klečka, eine breite Solidarisierung mit den Serben blieb allerdings aus. In Serbien führte das Verbrechen von Klečka dazu, die These vom albanischen Genozid an den Serben bestätigt zu sehen. Das seit den 1980ern konstruierte Narrativ wurde in den Medien reaktualisiert und radikalisiert.

Da vor allem die USA eine prokosovarische Rolle einnahmen – der amerikanische Sondergesandte Richard Holbrooke traf sich demonstrativ mit Vertretern der UÇK, Vertreter der USA wiederholten die von George Bush senior 1992 erstmals verwendete *Christmas warning*, der gemäß die USA militärisch auf einen serbischen Vorstoß ins Kosovo reagieren würden –, verschlechterten sich die Beziehungen Jugoslawiens zu den USA zunehmend, was sich in der Presse

126 United Nations General Assembly: Letter dated 29 August 1998 from the Chargé d'affaires a.i. of the Permanent Mission of Yugoslavia to the United Nations addressed to the Secretary-General, UN-Dok. A/53/300 vom 31.8.1998.

127 Ebd.

128 Ebd.

widerspiegelte. Ein Beispiel dafür ist der *Politika*-Artikel »Warum brach der Krieg gegen Albanien erst in Hollywood aus?«. In ihm zieht Milan V. Petković, ehemals Leiter des Fachbereichs Militärschulen der JNA, Parallelen zwischen den Ereignissen in der Region und dem 1997 erschienenen amerikanischen Satirefilm *Wag the Dog*, in dem ein US-Präsident einen Krieg gegen ein unbedeutendes Land inszenieren lässt, um im Wahlkampf von der Belästigung einer Minderjährigen abzulenken. Mit Blick auf die amerikanische Militärdoktrin, psychologische Kriegsführung und Propaganda resümiert er, dass zentral sei, welches Land »Freiheit und Demokratie« und welches »Totalitarismus« unterstützen würde. Der Artikel wurde vom serbischen Informationsministerium ins Englische übersetzt und im Internet lanciert.¹²⁹

Parallel zur weiteren Eskalation des Kosovokriegs, die mit einer ersten Mobilisierung der NATO und der Einrichtung einer Verifizierungsmission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) in Europa im Kosovo einherging, verstärkte sich auch hinsichtlich der Frage des Umgangs mit Kriegsverbrechen der Druck auf Jugoslawien. Ab September 1998 reichte die Präsidentin des ICTY, Gabrielle Kirk MacDonald, über einen Zeitraum von drei Monaten fünf offizielle Beschwerden gegen die Bundesrepublik Jugoslawien beim UN-Sicherheitsrat ein. Dabei formulierte sie vor allem Kritik an der weiterhin ausbleibenden Kooperation der serbischen Behörden, aber auch Enttäuschung über den UN-Sicherheitsrat, der das Problem mit den serbischen Behörden zwar zur Kenntnis nehme, aber nicht weiter handle.¹³⁰ Hier kann vermutet werden, dass zusätzlicher Druck nicht als hilfreich angesehen wurde, um eine friedliche Lösung für den Kosovokonflikt zu erzielen. Erst im November, und auch nur symbolisch, reagierte der Sicherheitsrat auf die Beschwerden der ICTY-Präsidentin mit Verabschiedung von Resolution 1207, in der die Bundesrepublik Jugoslawien dazu aufgefordert wurde, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um gesetzlich eine Zusammenarbeit mit dem ICTY zu ermöglichen und nicht weiter das nationale Recht als Rechtfertigung dafür zu verwenden, den internationalen Verpflichtungen nicht nachkommen zu brauchen. Zudem ruft der Sicherheitsrat die Regierung dazu auf, sofort die Verhaftungen auszuführen, die vom Tribunal erwartet würden, und das Tribunal auch hinsichtlich der Ermittlungen bezüglich des Kosovo zu unterstützen.

129 Knezević, Darko: »Why Did the ›War in Albania‹ First Erupt in Hollywood?«, in: *Politika* vom 13.10.1998 (Übersetzung des serbischen Informationsministeriums: <http://www.ex-yupress.com/politika/politika7.html> vom 8.5.2012).

130 Vgl. V. Peskin: *International Justice*, S. 56 f.

Der zehnte Bericht über Kriegsverbrechen der Jugoslawischen Bundesregierung an die UN vom Dezember 1998 weist gravierende stilistische Änderungen auf. Er umfasst keine Einleitung mehr und ist auch nicht mehr als »10. Bericht« gekennzeichnet, sondern besteht direkt aus einer Anklageschrift gegen Alija Izetbegović, muslimisch-bosniakischer Aktivist, politischer Gefangener im sozialistischen Jugoslawien, Mitgründer der bosniakischen SDA und erster Präsident des unabhängigen Bosnien-Herzegowina.¹³¹ Die Verfasser erklären das ICTY für einen Prozess gegen Alija Izetbegović zuständig und führen Beweise für Kriegsverbrechen in Čelebići und auf dem Gebiet Konjic an. Besonders wird die Verantwortung für Vorgesetzte in der Befehlskette gemäß ICTY-Statut betont. Spätestens dieser Hinweis zeigt auf, dass der zehnte und ebenso der vorhergehende Bericht als Versuche gewertet werden können, das Tribunal auch für eigene Zwecke politisch nutzbar zu machen. Weiterhin besteht der Rapport aus fünf Unterberichten über Völkermorde an Serben im Lager *Lora* in Split, den Völkermord an der serbischen Bevölkerung von Kupres, die Tötung der Zivilbevölkerung in Kozarska Dubica, das Leiden der Serben im Lager Dretelj und das Lager der ehemaligen JNA-Kaserne 27. *Juli* in Bihać.¹³²

Der Kosovokrieg und die Bombardierung Jugoslawiens

Nach dem vermeintlichen Massaker von Račak, wo internationale Beobachter die Leichen von 45 kosovo-albanischen Zivilisten gefunden zu haben glaubten,¹³³ nahm der internationale Druck auf die Bundesrepublik Jugoslawien mas-

131 Bundesregierung der Republik Jugoslawien: *Odgovornost Alije Izetbegovića za ratne zločine u logoru Čelebići i na području Konjica* [Die Verantwortung Alija Izetbegović' für Kriegsverbrechen im Lager Čelebići und auf dem Gebiet Konjic], 1998, <http://www.slobodan-milosevic.org/documents/reports/Serbian/alija.htm> vom 21.1.2013.

132 Ebd.

133 »Deutlich ist zumindest, dass weder im Januar 1999 noch zu Beginn der NATO-Bombardements klar war, was in Račak/Rečak wirklich passiert war. Und anscheinend ist es bis heute nicht geklärt. Es hat den Anschein, dass sowohl die serbische als auch die OSZE-Seite einiges zu verbergen beziehungsweise ein Interesse an einem bestimmten Bild der Vorgänge hatte. So viel scheint klar: Der befestigte Ort ist umkämpft gewesen, die Grenze zwischen UÇK-Kämpfern und Zivilisten ist im Nachhinein schwer zu ziehen, aber es sind offenbar Zivilisten getötet worden. Ob sie allerdings ermordet wurden oder im Verlauf der Kämpfe versehentlich getötet wurden, ließ sich bisher nicht feststellen. Durch die enge Verbindung der Dorfbevölkerung zur UÇK sind deren Äußerungen mit Skepsis zu behandeln, was eine Aufklärung zusätz-

siv zu. Während sich der öffentliche Diskurs in den Mitgliedsländern der NATO in Richtung einer Intervention bewegte, für die das Massaker von Račak als Rechtfertigung herangezogen wurde,¹³⁴ blieben die weiterhin geführten Friedensverhandlungen ergebnislos. Zeitgleich führte das Büro der ICTY-Chefanklägerin Louise Arbour eine großangelegte Kampagne gegen die Bundesrepublik Jugoslawien, um auf die Nichtkooperation des Landes mit dem Tribunal aufmerksam zu machen.

Im Februar 1999 reichte Jugoslawien erneut eine Erwiderung beim Internationalen Gerichtshof in der Genozidklage Bosnien-Herzegowinas ein. Während die für das Gericht formulierten Vorlagen denen des *Counter-Memorial* von 1997 entsprechen, hielten die Schlussfolgerungen nun fest, dass der Antragsteller die Genozidkonvention verletze. Die Zerstörung der Serben als Gruppe sei ein Element des radikalen Islamismus. Weiterhin sei die Absicht, einen Völkermord zu begehen, von bosniakischen Tätern verbal ausgedrückt worden. Auf dem Territorium der Bundesrepublik Jugoslawien und durch seine Organe seien keine Verbrechen, wie in der Genozidkonvention beschrieben, verübt worden – in Bosnien-Herzegowina hingegen träfe beides zu. Bosnien-Herzegowina sei demnach sowohl direkt als auch indirekt das Verbrechen des Völkermords anzulasten.¹³⁵

Im März scheiterten schließlich die Friedensverhandlungen von Rambouillet. Bis kurz vor der Unterzeichnung wurden die Kapitel 7 und 8 sowie Anhang B des Vertrages vor der serbischen Delegation geheim gehalten, die die freie Beweglichkeit und völlige Immunität der NATO in Jugoslawien umfassten und den Vertrag somit für die serbische Seite unannehmbar machten, da dies einer Kapitulation gleichgekommen wäre.¹³⁶ Die Nichtunterzeichnung des

lich erschwert.« Polónyi, Carl: Heil und Zerstörung. Nationale Mythen und Krieg am Beispiel Jugoslawiens 1980-2004, Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag 2010, S. 348.

134 Vgl. Schwab-Trapp, Michael: Kriegsdiskurse: Die politische Kultur des Krieges im Wandel 1991-1999, Opladen: Leske + Budrich, 2002.

135 International Court of Justice: Application of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide (Bosnia and Herzegovina v. Yugoslavia). Rejoinder of the Government of the Federal Republic of Yugoslavia vom 22.2.1999.

136 Aus serbischer Sicht drängten sich im unannehmbaren Vertragsentwurf von Rambouillet Parallelen zum Ultimatum Österreich-Ungarns 1914 an Serbien auf, das mit der Delegation von Organen der K.u.k.-Regierung in der Untersuchung und Unterdrückung gegen die territoriale Integrität der Monarchie gerichteter »subversiver

Vertrags durch die serbische Seite diene der NATO als Begründung für die am 24. März begonnene Bombardierung Jugoslawiens, die bis zum 3. Juni andauern sollte.

Im Kontext der Kriegshandlungen im Kosovo wurde am ICTY im Mai 1999 Anklage gegen den jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milošević wegen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermords erhoben. Gleichzeitig richtet sich die Anklage wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Verletzungen von Kriegskonventionen auch gegen Milan Milutinović, Präsident Serbiens, Nikola Šainović, Premierminister Jugoslawiens, General Dragoljub Ojdanić, Generalstabschef der Armee der Bundesrepublik Jugoslawien, und Vljako Stojilković, den Innenminister Serbiens. Damit wurde die gesamte Führungsriege des Landes von einem internationalen Gericht schwerster Verbrechen beschuldigt. In Reaktion auf die Anklageerhebung bezeichnete der jugoslawische Außenminister das ICTY als Tribunal der NATO und als Instrument der US-Außenpolitik.

Entsprechend verwundert es kaum, dass seit Beginn der NATO-Bombardierung neben Protesten¹³⁷ gegen das Militärbündnis nicht nur unzählige Schriften veröffentlicht wurden, die sich gegen die NATO wendeten,¹³⁸ sondern auch das ICTY in den Fokus nahmen. In dem von der Vereinigung der Serben aus Bosnien-Herzegowina in Serbien und dem Literaten Duško M. Petrović herausgegebenen Sammelband »*NATO i Hag*« (NATO und Haag = NATO und das ICTY), der im Mai/Juni 1999 veröffentlicht wurde, ist vom Missbrauch des internationalen Rechts, der Verurteilung durch »übergeordnete Völker«, kriegerischer Aggression als Geschäft, dem Gesetz des Dschungels, also des Stärkeren, und der »Fabrik der Unwahrheit« zu lesen. Aus den Beiträgen spricht Verbitte- rung und Enttäuschung über Institutionen wie das Recht und die Verwehrung von Gleichbehandlung. Während die eigene Position der Wahrheit entspricht,

Bewegungen« eine ähnliche Beschneidung staatlicher Souveränität auf serbischem Territorium forderte. Vgl. den Text des Ultimatum im Schreiben von Graf Berchtold an Freiherrn von Giesl in Belgrad vom 20. Juli 1914, in: Staatsamt für Äußeres in Wien (Hg.): Die Österreichisch-Ungarischen Dokumente zum Kriegsausbruch, Wien: Europäischer Geschichtsverlag 2012, S. 53.

137 Vgl. zu den Anti-NATO-Protesten Jansen, Stef: »Victims, Underdogs and Rebels. Discursive Practices of Resistance in Serbian Protest«, in: *Critique of Anthropology* 20 (2000) 4, S. 393-420.

138 Eine vom serbischen Informationsministerium zusammengestellte Liste von englischsprachiger Literatur vom Dezember 1999 findet sich auf <http://nointervention.com/archive/Yugoslavia/www.serbia-info.com/news/2000-01/05/16625.html> vom 13.5.2013.

gilt die Lüge des Anderen als Mittel des Stärkeren zur widerrechtlichen und unmoralischen Durchsetzung seiner Interessen mit Gewalt. Das ICTY wird in diesem Kontext zum Instrument der NATO beziehungsweise der USA, zur rechtlich-moralischen Legitimation ihrer Absichten. Weiterhin verweist der Band skandalisierend darauf, dass Jugoslawien mit uranhaltiger Munition bombardiert worden sei, und spekuliert, ob es nicht bereits seit Oktober 1998 Überfallspläne der NATO auf Jugoslawien gegeben habe.¹³⁹

Während und kurz nach der NATO-Bombardierung der Bundesrepublik Jugoslawien 1999 veröffentlichte das Bundesaußenministerium auf englisch zwei Weißbücher über die Verbrechen der NATO in Jugoslawien, die die Zerstörungen, Schäden, Verletzten und Todesopfer des Bombardements in Bild und Wort dokumentierten und einordneten. Band eins umfasst Vorkommnisse vom Beginn der Bombardierungen am 24. März bis zum 24. April, Band zwei die Periode bis zum Ende der Bombardierungen am 10. Juni. Rodoljub Etinski, Chefjurist im Bundesaußenministerium,¹⁴⁰ erklärte im Vorwort zum zweiten Band klar die Sicht der Regierung auf die NATO-Bombardierung, die ein Mittel zur Durchsetzung der Interessen der NATO-Mitgliedsstaaten gewesen sei:

»The committed crimes cannot be justified at all. Those were premeditated crimes. The aggression against the FR of Yugoslavia had been planned several months in advance. The targets were selected a few months before. Furthermore, by presenting an unacceptable text for the alleged Rambouillet Agreement which implied an occupation of all of the FR of Yugoslavia (Chapters II, V and VII), anti-Serb and anti-Yugoslav propaganda in the most influential media provided the needed excuse for the impending aggression. It is more than obvious today that the true reason for NATO aggression was geo-strategic expansion of NATO interests and those of some of its Member States, i. e. the setting of a precedent for aggression, for the use of force contrary to the Charter of the United Nations and without the authorization of the UN Security Council. There is no statute of limitations for the committed crimes in a legal and moral sense. Those responsible for them should not be exonerated. This White Book testifies to their responsibility.«¹⁴¹

139 Petrović, Duško M. (Hg.): NATO i Hag [Die NATO und das ICTY] (= Edicija Tribina 1), Belgrad: Udruženje Srba iz BiH u Srbiji 1999.

140 Rodoljub Etinski war schon seit der Klage Bosnien-Herzegowinas vor dem Internationalen Gerichtshof als juristischer Vertreter des Milošević-Regimes auf internationaler Ebene in Erscheinung getreten.

141 Federal Ministry of Foreign Affairs of the Federal Republic of Yugoslavia: NATO crimes in Yugoslavia: Documentary evidence, 25 April–10 June 1999, Bd. 2,

Nach außen zeigte sich die jugoslawische Regierung weiterhin wehrhaft und reichte Ende April Klage vor dem Internationalen Strafgerichtshof gegen die NATO-Mitgliedsstaaten USA, Großbritannien, Spanien, Portugal, Niederlande, Italien, Deutschland, Frankreich, Kanada und Belgien ein, um die Legalität der Gewaltanwendung gegen Jugoslawien überprüfen zu lassen. Mit den recht knapp formulierten und auf das juristisch Nötigste beschränkten Klagen war ein Antrag auf eine einstweilige Verfügung verbunden, jegliche Gewaltanwendung sofort zu unterbinden, bis ein Urteil gefällt worden sei.¹⁴²

In der innerserbischen Öffentlichkeit erfuhr der alternative Diskurs der Elite des »anderen Serbien« im Zuge der nunmehr drei Monate dauernden Bombardierung des Landes eine gewisse Aufmerksamkeit. Diese Vorreiter in der kritischen Auseinandersetzung mit der autoritären Herrschaft des Milošević-Regimes bezogen seit Jahren Position gegen die nationalistische Politik und für die Aufarbeitung von Kriegsverbrechen und traten nun wieder verstärkt in die Öffentlichkeit. 27 von ihnen organisierten sich in einem »Appell besorgter serbischer Bürger« und riefen alle Konfliktparteien dazu auf, Zivilität vorherrschen zu lassen und jegliche Gewaltwendung einzustellen.¹⁴³ In einem Appell an die Regierungen und Parlamente Jugoslawiens, Serbiens und Montenegros forderten 22 Organisationen der Zivilgesellschaft¹⁴⁴ eine friedliche Lösung des Kosovokriegs und zeichneten eine andere Zukunftsvision Serbiens als das Milošević-Regime:

Belgrad: Federal Ministry of Foreign Affairs of the Federal Republic of Yugoslavia 1999, S. 5.

- 142 Durch neue Provisorien wurde das Mandat des Komitees für die Sammlung von Daten über begangene Verbrechen gegen die Menschlichkeit und das internationale Recht passend zu der neuen Klage erweitert. Der Untersuchungszeitraum wurde bis 1999 ausgedehnt, nun sollte auch die »die Vorbereitung, Anstiftung, Unterstützung und Aufrechterhaltung der NATO-Aggression gegen die Bundesrepublik Jugoslawien« in den Blick genommen werden. Der Ausschuss arbeitete offiziell bis zu seiner Abschaffung im Jahr 2003. Im April 2009 wurde das Archiv der Kommission an die für die Verfolgung von Kriegsverbrechen zuständige Staatsanwaltschaft übergeben. Vgl. Bekan, Milan: »Dekontaminacija vredne dokumentacije« [Dekontaminierung einer wertvollen Dokumentation], in: *Pravda u tranziciji* 5 (2009) 13, http://www.tuzilastvorz.org.rs/html_trz/%28CASOPIS%29/SRP/SRP13/2191.pdf vom 10.9.2010.
- 143 Vgl. o. V.: O. V.: Let Civility Prevail. A Statement of Concerned Serbian Citizens, in: *balkansnet.org* vom 16.4.1999, <http://balkansnet.org/wib/stats/civility.html> vom 30.1.2013.
- 144 Darunter waren der Verein der Bürger für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und die Unterstützung für Gewerkschaften, die Vereinigte Branchengewerkschaft *Nezavis-*

»Extreme positions and radicalisation of the conflict will only lead to more suffering. It is high time that from the vantage of political realism and wisdom solutions be found which would make possible a European future for Yugoslav society and its peoples. That is Serbia's only national interest.«¹⁴⁵

Ende Mai veröffentlichte *Vreme* ein Gespräch von Borka Pavićević vom Zentrum für kulturelle Dekontamination mit der kroatischen Autorin Slavenka Drakulić über ihre Verantwortung für die Kriege in den 90ern, in dem sie die aus ihrer Sicht konkreten gegenwärtigen Probleme und Notwendigkeiten benannten. Pavićević sagte darin: »So wie du für die Serben in der Krajina Verantwortung fühlst, so fühle ich mich verantwortlich für Sarajevo und Vukovar.«¹⁴⁶ Drakulić bezeichnete die Albaner als moderne Juden, Pavićević sah einzig in der Anerkennung der Aussage »Ich bin mitverantwortlich für das hier«¹⁴⁷ eine Möglichkeit zur Lösung. Die Kroatin räumte ein, dass man am Beispiel der Deutschen sehe, dass man dafür fünfzig Jahre brauche. Pavićević kritisierte die Identifizierung der Nation mit dem Staat, wie sie die Politik betreibe, und die Gewaltanwendung, die diese Politik nur verlängern würde. Ihrer Meinung nach müsste man die zehnjährige Geschichte des Landes »kathastasieren«. Drakulić zog erneut den deutschen Fall heran – auch hier habe nur Gewalt in Form von Bombardierung und Besetzung eine Denazifizierung einleiten können. Implizit wird hier ein ähnlicher Verlauf des serbischen Falls erhofft. Die von den beiden Intellektuellen verwendeten Konzepte einer Aufarbeitung der Vergangenheit und

nost [Unabhängigkeit], die Europäische Bewegung in Serbien, die Bürgerlichen Initiativen, das Forum für ethnische Beziehungen, das Zentrum für die Transition zur Demokratie, das Centrum für Demokratie und freie Wahlen, Distrikt 0230 (Kikinda), das Helsinki-Komitee für Menschenrechte, Frauen in Schwarz, das Belgrader Zentrum für Menschenrechte, die Studierendenunion Serbiens, VIN – Wöchentliche Video-Nachrichten, die Gruppe 484, Anwaltskomitee für Menschenrechte, die Stiftung für Frieden und Krisenmanagement, Urban Inn (Novi Pazar), der Belgrader Zirkel, die Union für die Wahrheit über den Antifaschistischen Widerstand, die Friedensgruppe Sombor, die Gesellschaft für Frieden und Toleranz (Bačka Palanka) und das Alternative Akademische Bildungsnetzwerk.

145 O. V.: To the Governments of the FRY, Serbia and Montenegro; To the Parliaments of the FRY, Serbia and Montenegro, in: balkansnet.org vom 10.5.1999, <http://balkansnet.org/wib/stats/tofry.html> vom 30.1.2013.

146 Pavićević, Borka/Drakulić, Slavenka: »Sučeljavanja. Dželiti i žrtve« [Die Debatten. Henker und Opfer], in: *Vreme* vom 29.5.1999, S. 10.

147 Ebd.

des Umgangs mit Schuld zeigen deutlich den immer wieder hergestellten Bezug auf das deutsche Beispiel. Neben den Schlüssen aus der Analyse der unterschiedlichen Fälle übernahmen sie die Parallelisierungen der Opfer als Juden und der Täter als Nazis aus dem internationalen Diskurs.

Am 2. Juni wies der Internationale Gerichtshof die Klage der Bundesrepublik Jugoslawien gegen die USA mit der Begründung ab, dass er nicht bevollmächtigt sei. Den Antrag einer einstweiligen Verfügung zur Einstellung der Gewaltanwendung lehnte er in allen Fällen ebenfalls aufgrund mangelnder Entscheidungsbefugnis ab. Das Gericht begründete, eine Zuständigkeit *prima facie* träfe hier nicht zu, da unklar sei, ob beide Konfliktparteien auch unter der UN-Charter und damit dem Statut des Internationalen Gerichtshofs handelten. Während die Richter 1999 in Frage stellten, ob die NATO-Mitgliedsstaaten, da sie ohne UN-Mandat handelten, unter dem Statut agierten, prüften sie nur in den Fällen, in denen auch die Beklagten volles Mitglied der Völkermordkonvention waren, die Klage weiter. 2004 befand der Internationale Gerichtshof, zugehend, dass sich seine Meinung geändert habe, dass er schon 1999 keine Zuständigkeit gehabt hätte, da die Bundesrepublik Jugoslawien zu dem Zeitpunkt, als der Antrag gestellt wurde, ohnehin kein Mitglied der UN und damit des Statuts gewesen sei.

Am 3. Juni, einen Tag nach der Abweisung der Zuständigkeit seitens des Internationalen Gerichtshofs und nach drei Monaten Bombardierung durch die NATO, stimmten die jugoslawische Regierung und das serbische Parlament einem Friedensplan zu. Das militärtechnische Abkommen von Kumanovo regelte den Abzug der jugoslawischen und serbischen Einheiten aus dem Kosovo. Am 10. Juni endete die Bombardierung Jugoslawiens. Entgegen der augenscheinlichen Realität erklärte Milošević den Sieg gegen die NATO, ignorierte die UN-Resolution 1244, der zufolge das Kosovo formal Teil Jugoslawiens blieb, aber unter die Verwaltung der UN gestellt wurde, und kündigte ein umfassendes Wiederaufbauprogramm an.

In der Folge des Kosovokriegs und der NATO-Bombardierung wurden in der jugoslawischen Öffentlichkeit die Tragödie »Kosovo« und die Frage nach ihren Verursachern diskutiert. Miloš Minić, der nach der Befreiung von der deutschen Okkupation die Geheimpolizei OZNA in Belgrad leitete, die auch für die Verfolgung und Liquidierung von Kriegsverbrechern zuständig war, und der später jugoslawischer Außenminister wurde, forderte in einem über die Nachrichtenagentur Beta verbreiteten offenen Brief den Rücktritt der Regierungen Serbiens und Jugoslawiens und ihrer Präsidenten sowie eine rigorose Aufklärung der im Kosovo begangenen Kriegsverbrechen. Er wandte sich direkt an Milošević, der das bestinformierte Individuum bezüglich all dieser Fragen sei. Keine Autorität hätte das Recht, die Frage nach Kriegsverbrechen und -verbrechern abzuwehren,

auch müssten jugoslawische Gerichte diese Verbrechen behandeln, bevor es das das Tribunal in Den Haag täte. Er beschuldigte Milošević, »das Ergebnis Ihres großserbischen Hegemonismus ist das präzedenzlose Leiden der Menschen in unserem glücklosen Land«¹⁴⁸. Minić führt fort,

»in den Augen der Kosovo-Albaner, der Welt und der europäischen Öffentlichkeit, wird das ganze serbische Volk schuldig sein, bis diejenigen, die Kriegsverbrechen befohlen und ausgeführt haben, aufgespürt und verurteilt sind«¹⁴⁹.

Auch Kroatien forderte Gerechtigkeit für die von der Bundesrepublik Jugoslawien zu verantwortenden Kriegsverbrechen während des Kroatienkrieges. Es reichte seinerseits Klage bezüglich der Anwendung der Genozidkonvention beim Internationalen Gerichtshof ein.

Im Oktober erschien nach achtmonatiger Pause die angesehene Literaturzeitschrift *Reč* (Wort) wieder. Wie in ihrer Onlineausgabe bereits angekündigt worden war, nahm sie den Kosovokrieg und die Bombardierung der Bundesrepublik Jugoslawien zum Anlass, einen Kurswechsel vorzunehmen. Indem nunmehr die sozialen Themen in den Mittelpunkt gestellt würden, wolle man einen Diskurs eröffnen, in dem die zentralen Fragen nach der Zukunft des Lebens und Wirkens von Schriftstellern, Lesern und der serbischen Gesellschaft Raum fänden.¹⁵⁰ Gleich die erste Ausgabe titelte hoffnungsvoll mit »Ende des serbischen Unglücks?«. In ihr reflektierten serbische Autoren darüber, wie man aus diesem Krieg herauskommen könne, was man für eine erfolgreiche Transition brauche, darüber, was man im Krieg gemacht habe und wie eine Denationalisierung aussehen könne. Ausländische Intellektuelle wie Vaclav Havel, Susan Sontag, Daniel Goldhagen, Jürgen Habermas, Maria Todorova und Edward Said meldeten sich zu Wort. In ähnlicher Manier wurden in den folgenden Ausgaben der nunmehr halbjährlich erscheinenden Zeitschrift die Themen Geschichtsschreibung, Schuld und Verantwortung, Identität und Wahrheit in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung gestellt und bereiteten intellektuell die Transition des Landes vor. Auch das Helsinki-Komitee für Menschenrechte nahm das Programm *Sou-*

148 Minić, Miloš: »Who Caused Kosovo Tragedy. Open letter from Milos Minic to Slobodan Milosevic«, in: *Pobjeda* vom 24.6.1999, <http://www.ex-yupress.com/pobjeda/pobjeda3.html> vom 6.5.2013.

149 Ebd.

150 Ilić, Dejan: »Zašto »Reč«, ponovo?« [Warum erneut »Reč«?], in: *Reč. Časopis za književnost, kulturu i društvena pitanja*, Online-Ausgabe vom Mai/Juni 1999, http://www.b92.net/casopis_rec/arhiva/ilic.html vom 29.1.2013.

čavanje sa prošlošću/istinom (Konfrontation mit der Vergangenheit/Wahrheit) auf, das in den folgenden Jahren zu seinem Arbeitsschwerpunkt wurde. Es zielt darauf, ein öffentliches Bewusstsein zu schaffen für die Ursachen und Folgen des Zerfalls Jugoslawiens, die Strafwürdigkeit der Verbrechen, die im Namen der Nation begangen wurden, Lustration und die Notwendigkeit, ein »moralisches Minimum« für die Normalisierung und Bereitschaft der Gesellschaft zu erreichen, das Erbe des Regimes und des Nationalismus zu überwinden.¹⁵¹

In diesem Rahmen veröffentlichte das Komitee regelmäßig die *Helsinki-povelja* (Helsinki-Bulletins), hielt regelmäßig Podiumsdiskussionen ab und verlegte zahlreiche Bücher und Filme.

Nach den Luftschlägen der NATO, erneuten Sanktionen und dem Verlust des Kosovo, angesichts des negativen internationalen Ansehens des Landes und insbesondere aufgrund der schlechten sozioökonomischen Lage äußerten breite Teile der serbischen Bevölkerung ihre Enttäuschung und ihren Unmut zunehmend lauter, auch die Beiträge der nicht vom Regime kontrollierten Medien wurden zunehmend kritischer. Die Legitimationskrise Milošević' nutzten die Vertreter der Opposition und organisierten ab September 1999 Proteste gegen das Regime auf den Straßen Belgrads, die im Dezember langsam abebbten.

Dem in diese Zeit fallenden zehnten Jahrestag der Regierung Slobodan Milošević' auf serbischer und jugoslawischer Ebene widmete die Wochenzeitschrift *Vreme* Ende November einen zynischen Artikel. Redakteur Dragoslav Grujić beschrieb darin die widersprüchlichen Realitäten, mit denen er sich konfrontiert sah:

»Helden, Verbrecher und Verräter: Slobodan Milošević ist der erste Staatschef, der der Kriegsverbrechen beschuldigt wird, während er sich noch in seiner Funktion befindet. Während die Beamten des Haager Tribunals die Erweiterung der Anklage ankündigen, schlagen die einheimischen Verteidiger Milošević als nationalen Helden vor. Die Patrioten betonen, dass ihr oberster Kommandant »diese große Anerkennung mit seinem außerordentlichen Mut und seiner staatsmännischen Weisheit in der Verteidigung der territorialen Integrität und Souveränität der Bundesrepublik Jugoslawien verdient«, der sich »als würdiger Nachfahre der ruhmvollen Helden und Heroen des Befreiungskrieges heroisch gegen die Babaren der NATO gestellt hat, geführt von den Schurken Amerikas und des Westens.«¹⁵²

151 Helsinki odbor za ljudska prava u Srbiji: Helsinki odbor. Misija i strategija [Helsinki-Komitee. Mission und Strategie], <http://www.helsinki.org.rs/serbian/onama.html> vom 11.4.2013.

152 Grujić, Dragoslav: »Godina bombardovanja, heroja i izdajnika« [Die Jahre der Bombardierungen, Helden und Verräter], in: *Vreme* vom 27.11.1999, S. 18 f.

Als eine Art ambivalenter Beleg des »heroischen Kampfes« wurde im Dezember 1999 eine Ausstellung zur NATO-Bombardierung im Jugoslawischen Luftfahrtmuseum eröffnet.

Denazifizierung?

Im Winter 2000 wurde das Schlagwort der »Denazifizierung« zunehmend salonfähig im öffentlichen Diskurs Serbiens. Sonja Biserko vom Helsinki-Komitee für Menschenrechte in Serbien formulierte sogar den Eindruck, als sei

»die Frage der Denazifizierung in der letzten Zeit irgendwie ein Hit in Belgrad. An diesem Projekt arbeiten schon Radio B2-92, darüber spricht man sogar bereits in der NIN, und auch Đinđić hat vor einigen Tagen in Amerika über Schuld gesprochen.«¹⁵³

Anfang März organisierten Radio B2-92, die Heinrich-Böll-Stiftung und das Büro der OSZE die internationale Konferenz *Istine, odgovornosti i pomirenja. Srbija pred izazovom suočavanja s prošlošću* (Wahrheiten, Verantwortungen und Versöhnungen. Serbien vor der Herausforderung der Vergangenheitsaufarbeitung) im montenegrinischen Ulcinj. Über sechzig Teilnehmer aus der ganzen Welt und allen Ländern der Region versammelten sich, um über die Wahrheit der Kriege 1991-1999 auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien und die in dieser Zeit begangenen Verbrechen, die Verantwortung und Schuld der Gesellschaften und des Einzelnen für diese Kriege und Verbrechen zu sprechen, über die Möglichkeit einer Normalisierung des Lebens in der Region sowie über die Bedingungen für eine mögliche Versöhnung zwischen den Völkern des ehemaligen Jugoslawien.¹⁵⁴ In Serbien wurde die Tagung zunächst zum Anlass genom-

153 Ninčić, Roksanda: »Intervju: Sonja Biserko: O vlasti, opoziciji, crkvi i denacifikaciji« [Interview: Sonja Biserko: Über die Regierung, die Opposition, die Kirche und Denazifizierung], in: *Vreme* vom 12.2.2000, S. 23 ff.

154 Vgl. ausführlicher den Tagungsbericht: Gojković, Drinka: *Istine, odgovornosti i pomirenja* [Wahrheiten, Verantwortungen und Versöhnungen], in: *Republika XII* (2000) 235, http://www.yuorpe.com/zines/republika/arhiva/2000/235/235_21.html vom 30.1.2013. Die Konferenzhomepage existiert weiterhin und hält auch die Sonderausgabe der *Reč* unter dem Titel »Krivica i odgovornost« [Schuld und Verantwortung] vor, vgl. B92: *Istina, odgovornosti i pomirenja: Srbija pred izazovom suočavanja s prošlošću* [Wahrheiten, Verantwortungen und Versöhnungen. Serbien vor der Herausforderung der Vergangenheitsaufarbeitung], Homepage der Konferenz vom 17.-19.3.2000 in Ulcinj, <http://www.b92.net/trr/trr.html> vom 11.5.2013.

men, um die Bevölkerung für die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit diesen Themen zu sensibilisieren:

»Eine öffentliche Debatte in Serbien über die Verbrechen in den vergangenen Kriegen – gibt es nicht. In dieser Hinsicht, wie jemand sagt, ist Serbien ein Land voller Verwirrung: Halbwahrheiten, Wahrheiten, Lügen. Wie sehr sind wir verantwortlich, dass wir geschwiegen haben über Sarajevo, Ovčara, die Dörfer rund um Prizren? Das Regime hat jegliche Verantwortung für die Gewalt, den Terror und die Zerstörung verweigert, die offizielle Version ist immer gleich: Serbische Kräfte verteidigen nur das serbische Volk.«¹⁵⁵

Dementsprechend fand im Mai 2000 eine an die Konferenz von Ulcinj anschließende zweite internationale Konferenz in Belgrad statt, die unter dem Thema *U potrazi za istinom i odovornošću – ka demokratskoj budućnosti* (Auf der Suche nach Wahrheit und Verantwortung – der demokratischen Zukunft entgegen) stand und auf der die Beispiele erfolgreicher Wahrheits- und Versöhnungskommissionen diskutiert wurden.¹⁵⁶ Auf beiden Konferenzen waren auch Aktivisten, wie der Architekt der südafrikanischen Wahrheits- und Versöhnungskommission Alex Borraïne, anwesend. Die Zeitschrift *Reč* widmete den Vorträgen und Ergebnissen der Konferenz ihre März- und Oktoberausgabe mit dem Schwerpunkt Schuld und Verantwortung. In ihnen wurden auch Originaltexte von Hannah Arendt (*Organisierte Schuld und universelle Verantwortung* und Auszüge aus *Eichmann in Jerusalem*) und Theodor W. Adorno (*Was heißt: Aufarbeitung der Vergangenheit?*) abgedruckt, B92 verlegte begleitend in der Edition *Samizdat* Karl Jaspers *Schuldfrage*.

Die gegenläufige Einstellung zur Bearbeitung von Kriegsverbrechen wurde in den Äußerungen des Vertreters des Milošević-Regimes gegenüber dem ICTY deutlich, das sich nur noch durch Repressionen und aggressives Auftreten nach innen an der Macht halten konnte. Auf einen Brief der Chefanklägerin Carla Del Ponte an den jugoslawischen Justizminister von der SRS, in dem sie ihn um die Unterstützung bei der Strafverfolgung und um behördliche Zusammenarbeit bat, bekam sie am 24. Mai schriftlich eine ganz und gar undiplomatische Antwort,

155 Ast, Slobodanka: »Istina – odgovornost – pomirenje. Da li su Srbi krivi?« [Wahrheit – Verantwortung – Versöhnung. Sind die Serben schuld?], in: *Vreme* vom 25.3.2000, S. 11-14.

156 Vgl. die Konferenzdokumentation unter <http://www.b92.net/tr/eng/index.html>. Auch aus dieser Konferenz ging eine Sonderausgabe der *Reč* unter dem Titel »Videnje istine u Srbiji« [Das Sehen der Wahrheit in Serbien] hervor, zudem ein Buch, vgl. D. Ilić/V. Matic: *Truths, Responsibilities, Reconciliations*.

die die Beziehungen des Milošević-Regimes zum ICTY zu dieser Zeit zu charakterisieren vermag. Darin sah sich Petar Jojić auf der Seite des Rechts, während er die Chefanklägerin des Unrechts und der Unmoral bezichtigte, da sie »heimtückische Absichten« habe:

»Im Unterschied zu Ihnen respektiere ich das Völkerrecht, insbesondere die Verantwortung für internationale Verbrechen; ich möchte Sie davon in Kenntnis setzen, dass es Menschen gibt, die sich nicht kaufen lassen und nicht mit Füßen treten, was sie auf der Universität gelernt haben, die an Gott glauben und nicht das Blut unschuldiger Opfer an [den, D. M.] Händen haben. Die Brutstätte, die Sie leiten, die Brutstätte, in der Sie sich wie eine billige Hure an die Amerikaner verkauft haben, die Brutstätte, in die Sie, nicht einmal vor Mord zurückschreckend, mit Gewalt unschuldige Serben verschleppen, das sogenannte Haager Tribunal, ist eine illegale Institution, gegründet unter Missachtung der Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen und des gesamten Völkerrechts [...]. Früher oder später werden auch Sie der Wahrheit ins Gesicht sehen müssen, Ihre Taten werden ans Licht kommen, und Sie werden den Rest Ihres verdorbenen Lebens hinter Gittern verbringen.«¹⁵⁷

Der Brief endete mit dem Apell, die für die NATO-Bombardierung Verantwortlichen vor Gericht zu stellen. Jojić forderte damit eine objektive Strafverfolgung, die auch den illegitimen Gewalteintritt der *Operation Allied Force* umfassen sollte und damit die den Einsatz unterstützenden Staatschefs, insbesondere Bill Clinton und Tony Blair, vor Gericht zu stellen.

Im Sommer 2000 schwand die Unterstützung für Milošević in der jugoslawischen Bevölkerung zusehends. Nachdem eigentlich seine Amtszeit als Präsident Jugoslawiens auslaufen sollte, veränderte er die Regeln, um seine Wiederwahl zu ermöglichen.

Die vorgezogenen Präsidentschaftswahlen fanden gemeinsam mit den Wahlen für das Oberhaus des Bundesparlaments und den Lokalwahlen statt. Der Bundeswahlausschuss stellte bei den Wahlen am 24. September allerdings fest, dass kein Kandidat für die Präsidentschaftswahl über die erforderlichen fünfzig Prozent der Stimmen gekommen und damit eine Stichwahl zwischen Milošević und dem Kandidaten der Opposition Vojislav Koštunica¹⁵⁸ von der *Demokratska*

157 Zit. nach Del Ponte, Carla: Im Namen der Anklage. Meine Jagd auf Kriegsverbrecher und die Suche nach Gerechtigkeit, Frankfurt am Main: S. Fischer 2009, S. 84 f.

158 Die Demokratische Opposition Serbiens hatte sich unter amerikanischer Beratung auf Koštunica als aussichtsreichsten Konsenskandidaten für die Wahl gegen Milošević geeinigt. Vuk Drašković und Zoran Đinđić ordneten sich dem unter.

Stranka Srbije (Demokratischen Partei Serbiens, DSS) nötig sei. Die Diskrepanz zwischen den offiziellen Ergebnissen und den Ergebnissen unabhängiger NGOs, die sich der Wahlbeobachtung verpflichtet hatten, sorgten für großangelegte öffentliche Proteste. Die sogenannte Baggerrevolution¹⁵⁹ am 5. Oktober 2000 erzwang schließlich den Rücktritt von Slobodan Milošević.¹⁶⁰

Zwischenfazit

Bevor der Charakter der Transition 2000 thematisiert wird, um die Voraussetzungen für die verschiedenen Instrumente der Vergangenheitsaufarbeitung nach der Transition zu beleuchten, fasse ich zuvor die wichtigsten Erkenntnisse der Aufarbeitungsbemühungen im Milošević-Regime zusammen.

Während die jugoslawische Regierung mit der Einrichtung der Kommission zur Sammlung von Daten zur Feststellung der Verbrechen des Völkermords und anderer Verbrechen gegen die Menschlichkeit, begangen an der Bevölkerung serbischer und anderer Nationalitäten in der Zeit des bewaffneten Konflikts in Kroatien und in anderen Teilen des Landes zunächst versuchte, mit der Kommission auf Bundesebene ein ethnisch neutrales Medium einzurichten, wurde sie schnell als strategisches Instrument verstanden. Wo noch Ende 1992 die Milošević treuen Medien den ersten Bericht der Kommission im Wahlkampf skandalisierten, wurde die Kommission vor dem Hintergrund der sich verändernden Konfliktodynamik, der Serbisierung des Innenministeriums, mit der Präsidentschaft Dobrica Ćosić' sowie der personellen und ideologischen Kontinuität der Arbeit des Genozid-Komitees an der Serbischen Akademie für Wissenschaft und Künste im weiteren Verlauf genutzt, um das serbische Opfertum zu untermauern, ein Gegennarrativ herzustellen und mit Verweis auf die Kriegsverbrechen der »Anderen« die serbische Konfliktdeutung und damit auch serbische Kampfhandlungen zu legitimieren. Dieses Muster erhielt sich bis zum letzten Bericht 1999 aufrecht. Der strategische Charakter der Berichte wird auch dadurch deutlich, dass sie mit fortschreitender Zeit vom Chefjuristen des Außenministeriums unterzeichnet wurden. Instrumente der Aufarbeitungsbemühungen, wie die Konferenz 1993 oder auch die Strafverfolgung von verdächtigten Kriegsverbrechern

159 Am 5. Oktober stürmten Tausende Demonstranten das Gebäude des Staatsfernsehens RTS in Belgrad, ein Symbol des Milošević-Regimes. Voran fuhr Ljubisav Đokić mit einem Schaufellader und bahnte der Menge den Weg. Đokić räumte die Betonblockaden vor dem Parlamentsgebäude zur Seite und hob dort Demonstranten in der Schaufel in den ersten Stock. Die Bilder gingen um die Welt.

160 Vgl. zur Transition 2000 insbesondere S. Nadjivan: Wohl geplante Spontaneität.

1994, sollten auf internationaler Ebene den Eindruck von Normbefolgung erzeugen, blieben aber symbolischer Natur und selektiv in ihrem nationalisierten Gerechtigkeitsverständnis. Obwohl sich die jugoslawische Regierung im Duktus und ihrer Berichtspolitik an die Regeln der UN hielt und es auch eine – wenn auch sehr beschränkte – Kooperation mit dem ICTY gab, gelang es der serbischen Regierung und den Vertretern einer nationalistischen Politik nicht, das Thema der serbischen Opfer zu internationalisieren und die außerhalb des Balkans dominante Wahrnehmung der Jugoslawienkriege zu brechen. Zentrale Deutungsmuster auf internationaler Ebene waren vor allem die Völkermordklage Bosnien-Herzegowinas, die Berichte über serbische Lager und Vertreibungen durch Serben, die an die Erfahrungen aus dem Zweiten Weltkrieg anknüpften, das Massaker von Srebrenica sowie die ersten Urteile des ICTY. Auf die genozidale Dimension der Konflikte nahmen Politiker und Vertreter aus der Zivilgesellschaft teleologisch auch bei der Deutung der Kosovokrise Bezug.

Innenpolitisch wurden Ideen eines justiziellen, abschreckenden Aufarbeitungsinstruments schon in den Monaten der ersten Kriegshandlungen thematisiert. Und auch später nahm die serbische Presse Aufarbeitungsthemen wie durch Serben begangene Kriegsverbrechen, der Bericht der Expertenkommission oder die Entwicklungen zum und am ICTY wahr. Entsprechend ihrer Ausrichtungen berichtete *Vreme* erwartungsgemäß mehr und kritischer oder objektiver über solche Themen als zum Beispiel die vom Regime kontrollierten Medien. Doch auch in anderen Zeitungen fanden sich immer wieder kritischere Stimmen.

Wie auch die politische Elite positionierten sich Menschen- und Bürgerrechtsaktivisten der erst kurz zuvor gegründeten Organisation des zivilgesellschaftlichen Sektors schnell für oder gegen den serbischen Nationalismus und damit für oder gegen Krieg. Somit waren diejenigen, die Kriegsverbrechen dokumentierten und für eine Aufarbeitung plädierten, in unterschiedliche ideologische Lager aufgeteilt: diejenigen, die sich für die *serbischen Opfer* einsetzten, und diejenigen, die sich für die *Opfer serbischer Gewalt* engagierten. Während die erste Gruppe vor dem Hintergrund des Milošević-Regimes eine weithin legitime Position einnahm, war die zweite Gruppe zahlenmäßig marginal und phasenweise öffentlichen und staatlichen Repressionen ausgesetzt. In ihrer völligen Ablehnung des serbischen Nationalismus, der Regierung und ihrer Vertreter war jegliche Kooperation zwischen ihnen und Vertretern des Regimes oder auch nur gemäßigt nationalistischen Bürgern unmöglich. Sie verstanden sich als Radikopposition und reproduzierten die dichotomische Konfliktwahrnehmung der internationalen außenpolitischen Diskurse. So wurden die im Ausland und von einheimischen zivilgesellschaftlichen Akteuren vertretenen Aufarbeitungskonzepte und -instrumente in den hegemonialen Deutungen im serbischen öffentli-

chen Diskurs als Mittel des politischen Gegners und als dessen Instrument der Machtausübung dargestellt. Während die lokalen Aktivisten an internationale Diskurse über Vergangenheitsaufarbeitung anschlossen, trugen sie aufgrund ihres Rückzugs aus der Öffentlichkeit – oftmals gingen sie ins innere Exil oder zogen sich ins Ausland zurück – auch mit dazu bei, dass ihre Forderungen und Inhalte nicht breiter rezipiert wurden.

Erst im Zuge der Mobilisierung der Opposition und des Protests bildete sich ab 1997 eine breitere Gegenöffentlichkeit aus, die in der Schlussphase des Milošević-Regimes einen breiteren, gesamtgesellschaftlich aber immer noch nur auf Eliten beschränkten, Aufarbeitungsdiskurs etablierten. *Vreme, Danas, B92* und *Reč* widmeten internationalen Entwicklungen, Berichten aus nichtserbischer Perspektive und den zivilgesellschaftlichen Akteuren Raum, die sich mit anderen Fällen der Aufarbeitung von Krieg und autoritären Regimen befassten.

Die »Revolution« im Oktober richtete sich nicht per se gegen das Milošević-Regime oder gegen die Kriegsvergangenheit, sondern gegen die Person Milošević an sich, der für die schlechte ökonomische Lage und die erneute außenpolitische Isolierung sowie für die zunehmenden innenpolitischen Repressionen verantwortlich gemacht wurde. Die als Studentenorganisation begonnene NGO *Otpor!* (Widerstand!) wurde im Frühjahr 1999 zu einer Art allparteilichen Volksbewegung, der sogar der ehemalige Präsident Dobrica Ćosić, ein langjähriger Unterstützer Milošević', beitrug. Die Proteste waren hinsichtlich einer Positionierung gegenüber den Kriegen unpolitisch, so dass sowohl diejenigen Milošević' Rücktritt forderten, die ihm die nationalistische Politik und die blutigen Kriege in den Nachbarländern vorwarfen, als auch diejenigen, die ihm übel nahmen, als Verlierer aus den Kriegen hervorgegangen zu sein. Auch die Transition selbst war ausgehandelt, im Vorlauf des 5. Oktober gab es Absprachen zwischen führenden Politikern der Opposition und Vertretern der zentralen Machtbasen des Regimes, wie dem Militär, dem Geheimdienst und einer Spezialeinheit des Innenministeriums, den *Crvene beretke* (Roten Baretten). Vesna Pešić stellte zum zehnjährigen Jahrestag des 5. Oktobers 2010 sogar offen die Frage, ob es sich um eine Revolution oder einen Putsch der ehemaligen das Regime unterstützenden Kräfte gehandelt habe.¹⁶¹ Sie identifiziert drei Faktoren als zentral für die ausbleibende Modernisierung und demokratische Konsolidierung des Lan-

161 Pešić, Vesna: »Revolucija ili puč. Rekonstrukcija petooktobarskih zbivanja na osnovu memoarske i stručne literature« [Revolution oder Putsch. Rekonstruktion des Geschehens am 5. Oktober auf der Grundlage von Erinnerungs- und Forschungsliteratur], in: *Republika XXII* (2010) 490-491, <http://www.republika.co.rs/490-491/20.html#f16> vom 13.5.2013.

des, die alle eine Kontinuität zu den 1990er Jahren darstellen. So sei es dem Wahlbündnis *Demokratska Opozicija Srbije* (Demokratischen Opposition Serbiens) auch als Regierungspartei nicht gelungen, eine klare Position zu Milošević und dessen Politik des Nationalismus und Kriegs zu definieren. Der Kampf zwischen den Oppositionsparteien um die neue Regierung habe das hybride autoritäre Regime in eine Mehrparteiendiktatur verwandelt, in der nicht das öffentliche Interesse oder eine neutrale Verwaltung im Vordergrund stünden, sondern die Interessen der Parteiführung und der Finanziers der Parteien. Darüber hinaus bildeten die nichttransformierten Staatsapparate, vor allem die Geheimdienste, ein intransparentes, informelles Zentrum der Macht.¹⁶²

3.2 DIE AUFARBEITUNG VON KRIEGSVERBRECHEN IM DEMOKRATISCHEN SERBIEN

Transitional Justice?

Nach dem Rücktritt Milošević' wurde von den neuen, demokratischen Machthabern eine völlige Kooperation mit dem ICTY erwartet, obwohl die Regierung auch nach der »Revolution« noch bis zu den Parlamentswahlen Anfang Dezember in der Hand des alten Regimes lag. Schon bei seinem ersten Auftritt im Fernsehen am 6. Oktober 2000 machte der neue Präsident Vojislav Koštunica, der NATO und ICTY sehr kritisch gegenüberstand und ohne diese Positionen vermutlich nicht mehrheitsfähig gewesen wäre, deutlich, dass er die Verpflichtung, Staatsbürger der Bundesrepublik Jugoslawien an das Tribunal auszuliefern, als »Mittel der Ausübung des amerikanischen Einflusses und der Präsenz der NATO auf dem Balkan«¹⁶³ betrachtete. Für ihn sei das ICTY »das fünfte Rad am Wagen«¹⁶⁴. In einem Interview mit dem amerikanischen Sender CBS erklärte

162 Ebd.

163 Zit. nach Dimitrijević, Vojin: »Od pijanca i plota do devete rupe na svirali. Ljudska prava u Jugoslaviji i Srbiji, pre i posle novembra 1989. godine« [Vom Betrunkenen, der Umzäunung bis zum neunten Loch auf der Flöte. Menschenrechte in Jugoslawien und Serbien, vor und nach November 1989], in: Ivan Čolović (Hg.): *Zid je mrtav, živeći zidovi! Pad Berlinskog zida i raspad Jugoslavije* [Die Mauer ist tot, es leben die Mauern! Der Fall der Berliner Mauer und der Zerfall Jugoslawiens], Belgrad: Biblioteka XX vek 2009, S. 107-128, hier S. 121 f.

164 Im Original: »je deveta rupa na svirali«, wörtlich übersetzt: das neunte Loch auf der Flöte.

Koštica, dass die Kooperation mit dem ICTY eine Gefahr für die Demokratie und die Stabilität Serbiens sei. Allerdings zeigte er ein Bewusstsein für die Verbrechen während der Kriege: »I am ready to accept the guilt for all those people who have been killed. [...] For what Milošević had done, and as a Serb, I will take responsibility for many of these crimes.«¹⁶⁵

Erstmalig räumte ein serbischer Politiker ein, dass serbische Kräfte im Kosovo Verbrechen begangen hätten. Allerdings betonte Koštica, dass es auch eine Menge Verbrechen auf der anderen Seite gegeben habe und dass »die Serben« getötet worden seien.

Eine kurz darauf durchgeführte Telefonumfrage der Zeitschrift *NIN* über das zukünftige Schicksal von Slobodan Milošević ergab, dass 53 Prozent der Befragten der Meinung waren, er müsse nicht vor Gericht gestellt werden, während ihn dreißig Prozent in Jugoslawien und neun Prozent in Den Haag vor Gericht sehen wollten. Gleichzeitig waren fast 68 Prozent überzeugt, dass er in kriminelle Aktivitäten verwickelt sei. 75 Prozent gingen fest davon aus, dass Milošević ein schlechter Präsident gewesen sei, und 81,5 Prozent befürworteten seinen Rückzug aus der Politik.¹⁶⁶

Nur wenige Tage nach der erneuten Aufnahme Jugoslawiens in die UN äußerte sich der jugoslawische Justizminister Momčilo Grubač über die Zusammenarbeit mit dem ICTY. Das Gericht sei objektiv, die Anklage hingegen ein politisches Instrument. Er erklärte, in einen politischen Dialog mit der Anklage treten zu wollen, um auch eigene politische Ziele zu erreichen.¹⁶⁷ Konkret meinte er hier die Strafverfolgung von Kriegsverbrechen während der NATO-Bombardierung und solcher, die gegen die Genozidklagen Bosnien-Herzegowinas und Kroatiens nutzbar erschienen.

Der Journalist Batić Bačević griff in einem Artikel in der *NIN* die herbstliche Debatte zwischen »Humanisten und Nationalisten« auf, die entbrannt war, nachdem der zur Demokratischen Opposition gehörende Politiker Nenad Čanak äußerte, ein balkanischer Willy Brandt sei nötig, »da sich Serbien nicht aufrichten

165 O. V.: »Koštica admits Kosovo guilt«, in: BBC News online vom 24.10.2000, <http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/988602.stm> vom 13.2.2013.

166 Marković, Zoran M.: »Sudbina poraženog. Telefonska anketa: Šta sa Slobodanom Miloševićem?« [Das Schicksal des Besiegten. Telefonumfrage: Was wird aus Slobodan Milošević?], in: *NIN* vom 19.10.2000, S. 12 ff.

167 Boarov, Dimitrije: »Intervju: prof. dr. Momčilo Grubač, minister pravde SRJ: Samo se zakonu može robovati« [Interview: Prof. Dr. Momčilo Grubač, Justizminister: Nur dem Gesetz kann man fröhnen], in: *Vreme* vom 9.11.2000, S. 12 ff., hier S. 14.

wird, bis jemand in Vukovar knien wird«¹⁶⁸. Anschließend diskutierte Bačević die Frage, wer sich nun bei wem entschuldigen solle. Der »ultrabürgerliche« Teil, das heißt Intellektuelle und Vertreter der Zivilgesellschaft, habe auf Parallelen mit dem deutschen Fall hingewiesen, die Historiker nicht sähen. Auch habe der kroatische Präsident gefordert, Serbien solle sich offiziell bei Kroaten, Muslimen und Albanern entschuldigen und in den Anträgen dazu die Wörter Genozid, Holocaust und Aggressionen nennen. Der Autor verweist auf die ausgebliebenen Entschuldigungen der amerikanischen Regierung nach dem Vietnamkrieg und der türkischen Regierung für den Völkermord an den Armeniern und die unterschiedlichen normativen Standards: Serbien gegenüber würden die Konzepte der kollektiven Verantwortung und Katharsis verwandt. Präsident Koštunica wies diese Einseitigkeit zurück, betonte die gemeinsame Vergangenheit der jugoslawischen Völker gegenüber den vergangene zehn Jahren und betonte: »Ich unterscheide weder Verbrechen, noch Opfer oder menschliches Leiden danach, woher sie stammen. Uns befreit nur die Wahrheit, die sehr komplex ist.«¹⁶⁹

Zoran Đinđić, der sich gerade im Wahlkampf um das Amt des serbischen Premiers befand, urteilte, dass die Serben genug bezahlt hätten. Jetzt würde eine Linie gezogen und eine abschließende Rechnung aufgemacht, und die Serben als die Schuldigen für alles ausgemacht. Für ihn sei eine Entschuldigung im Trio – also der Vertreter Kroatiens, Bosnien-Herzegowinas und Jugoslawiens – vorstellbar, die man sich gegenseitig ausspreche und bei der man gleichzeitig die Entschuldigungen der anderen annehme. Der Autor Batić Bačević selbst vertrat die Meinung, dass die Entschuldigungen nicht unbedingt ein Auftakt seien, der zu einer neuen Art der balkanischen Politik der früheren Brudervölker¹⁷⁰ führe, son-

168 Bačević, Batić: »Ko će se kome izviniti?« [Wer wird sich bei wem entschuldigen?], in: NIN vom 30.11.2000, S. 16 f., hier S. 16.

169 Ebd., S. 17.

170 Diese Bezeichnung weist nicht nur auf die früheren, positiven Beziehungen zwischen den ehemaligen Kriegsparteien hin, sondern impliziert die Annahme, dass es zwischen Serben, Kroaten und Bosniern vor der Christianisierung und Islamisierung nur rudimentäre Unterschiede gegeben habe. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts entstand die romantische Vorstellung einer kulturellen, religiösen und politischen Einheit aller Slawen, die von Ljudevit Gaj und Franjo Rački lokal aufgenommen wurde und die in der illyrischen Nationalbewegung die enge Verwandtschaft zwischen den südslawischen, Völkern betonte. Diese Idee wurde im Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen Doktrin, das sich als Staat eines (!) dreinamigen Volkes verstand. Im sozialistischen Jugoslawien wurde an der Grundidee der Verwandtschaft festgehalten, allerdings einigte man sich auf die Sprachregelung einer Gemeinschaft von

dem vielmehr zu einer Feststellung, wer in den Kriegen gewonnen und wer verloren habe. Er fasste zusammen, was für ihn das Grundproblem in Serbien darstellte:

»Die bisherige linke Propaganda behauptete, dass die SR Jugoslawien und ihre weise Führung aus allen bisherigen Kriegen als Sieger hervorgegangen ist, aber es ist nicht klar, warum alle von uns eine Entschuldigung fordern, da die Geschichte nicht belegt, dass irgendein Staat in irgendeinem Krieg gewonnen und dann die kollektive Verantwortung übernommen hat.«¹⁷¹

Eine Voraussetzung für ein künftiges Zusammenleben der ehemaligen Kriegsparteien, die die nationalistischen Erzählungen fortgesetzt hätten, die man 1945 unterbrochen hatte, sah er in der »Überprüfung unserer, ihrer und der gemeinsamen Vergangenheit«¹⁷².

Das Wahlbündnis Demokratische Opposition Serbiens mit Zoran Đinđić an der Spitze kündigte noch vor der Wahl an, mit vier Gesetzen zur Denationalisierung – das heißt zur Aufhebung von Enteignungen, Privatisierung, Lustration und Rehabilitation – Säulen für die Demokratie zu schaffen. Nach ihrem Wahlsieg folgten darauf keine direkten Taten im Sinne von Gesetzesgrundlagen. Zwar wurde nur wenige Monate nach dem Regimewechsel ein Dekret erlassen, welches die Vertraulichkeitsregelung änderte und Betroffenen und ihren Angehörigen Zugang zu ihren Geheimdienstakten einräumen sollte. Allerdings hatte das Dekret keine Rechtsbasis und wurde nach kurzer Zeit vom Verfassungsgericht wieder aufgehoben. Nur einige wenige Personen erlangten in den wenigen Tagen, in denen die Regelung in Kraft war, Einsicht in ihre Geheimdienstakten. Die NGO Zentrum für Antikriegsaktion, später in Zentrum für Frieden und Demokratieentwicklung umbenannt, schlug daraufhin ein Modell zur Öffnung der Akten der *Bezbednosno-informativna agencija* (Sicherheitsinformationsdienst, BIA) und der *Državne bezbednosti* (Staatssicherheit) vor.

Dem Milošević-Regime entzog die neue Regierung eher indirekt einige der ehemaligen Machtbasen, ohne auf die kriminellen Machenschaften und Menschenrechtsverletzungen von Funktionsträgern und Staatsorganen hinzuweisen.

fünf Völkern (Serben, Kroaten, Slowenen, Montenegrinern und Mazedonen), die entsprechend der Formel »Einheit und Brüderlichkeit« miteinander leben sollten. Bosniaken und Kosovo-Albaner wurden nicht als eigene Nationen anerkannt, als Ausweichkategorie wurden 1971 *muslimani* (Muslime) als sechstes konstitutives Staatsvolk eingeführt.

171 Ebd.

172 Ebd.

Innerhalb der ersten drei Wochen seiner Amtszeit wechselte der neue Innenminister Dušan Mihajlović alle 13 Leitungspersonen auf Direktorialebene der Polizei aus, nach sechs Monaten waren auch 60 Prozent der Leitungspositionen auf Territorialebene ausgetauscht. Weitere Maßnahmen auf unterer Ebene wurden den neuen Verantwortlichen überlassen. Ziel dieser »Depolitisierung« sei es, gegen Korruption und Inkompetenz vorzugehen.¹⁷³ Entgegen dieser Politik wurde General Sreten Lukić 2001 zum stellvertretenden Innenminister ernannt, der zwar unter Milošević die serbische Polizei im Kosovo führte und in dieser Funktion für zahlreiche Kriegsverbrechen verantwortlich war, aber eine gewisse Stabilität und Loyalität des Polizeiapparats garantieren konnte.¹⁷⁴ Brian Grodsky beschreibt dieses selektive Aufräumen mit den alten Machteliten als Kompromiss »between fighting for human rights and fighting against corruption«¹⁷⁵.

Das Ringen um die Verhaftung und Auslieferung Milošević'

Innerhalb der neuen demokratischen Regierung trat schnell der Konflikt zwischen den ICTY-Skeptikern und -Befürwortern deutlich zu Tage. Die Partei des jugoslawischen Präsidenten Vojislav Koštunica, DSS, die auch der Demokratischen Opposition Serbiens angehörte, sollte in den darauf folgenden Monaten eine Zusammenarbeit mit dem Tribunal und die Auslieferung von Angeklagten durch eine Politik des Rechtsprimats und der Technisierung konsequent blockieren. Der Präsident gab vor, nur zu kooperieren, wenn dies verfassungsgemäß möglich sei. Zudem sah Koštunica die Schuld an der Situation des Landes allein bei Milošević und seinen Unterstützern, deren größte Fehler allerdings nicht ihre Taten gewesen seien, sondern darin gelegen haben, zu viel unterlassen und so Spielraum für Kriminelle und Radikale ermöglicht zu haben. Er zielte auf eine Strafverfolgung von Kriegsverbrechen in Serbien ab und vertrat die Meinung, dass die Verantwortung für den Zerfall Jugoslawiens und die damit verbundenen Verbrechen geteilt werden müssten. Ein großer Teil der Verantwortung lag seiner Ansicht nach bei der internationalen Gemeinschaft. In der von ihm vertretenen Geschichtsdeutung war das serbische Volk ein hilfloses Opfer der Umstände, die es nicht hatte beeinflussen können.¹⁷⁶ Darüber hinaus forderte Koštunica

173 B. Grodsky: *The Costs of Justice*, S. 136.

174 Er wurde 2009 vom ICTY zu 22 Jahren Haft verurteilt.

175 Ebd.

176 Vgl. Stojanović, Dubravka: »Demokratska opozicija Srbije – otvaranje traumatičnog kruga? (2000-2002)« [Die Demokratische Opposition Serbiens – Öffnen eines traumatischen Kreises?], in: dies.: *Ulje na vodi. Ogledi iz istorije sadašnjosti Srbije* [Öl

eine strikte Anwendung des Grundsatzes der Eigenverantwortung und der individuellen Schuld.¹⁷⁷ Das ICTY wurde von ihm und seiner DSS als »nicht objektives, kontroverses, irrelevantes politisches Gericht [dargestellt, D. M.], welches selektive Gerechtigkeit anwenden würde«¹⁷⁸. Die bürgerlichen Parteien des Oppositionsbündnisses hingegen sahen ein unbedingtes Erfordernis in der Zusammenarbeit mit dem Tribunal. Sie vertraten damit ihre Positionen aus den 90er Jahren weitgehend weiter. Die *Demokratska Stranka* (Demokratische Partei, DS) des serbischen Premiers Đinđić oszillierte dabei zwischen beiden Standpunkten und machte bisweilen diffuse Aussagen, wie sich in der politischen Praxis deutlich zeigen sollte. Von der Notwendigkeit einer wie auch immer gearteten tiefgreifenden Auseinandersetzung mit den Ursachen für die Verbrechen unter dem und durch das Regime Milošević' war Đinđić allerdings fest überzeugt:

»Milošević ist nicht vom Himmel gefallen. Er trat zu uns, wie Hitler in Deutschland, wegen der Schwäche der Gesellschaft – der Opposition, der orthodoxen Kirche, der Intellektuellen. Wir sind dafür verantwortlich, dass er so lange regiert hat.«¹⁷⁹

Während Koštunica kein Gebot für die Übernahme von Verantwortung auf Seiten der serbischen Gesellschaft erkannte und bisweilen sogar Verständnis für das Milošević-Regime zeigte, schloss sich Đinđić der Position von Belgrader Menschenrechts-NGOs an, die – wie viele im internationalen Diskurs – die Milošević-Hitler-Analogie bemühten und sich an einem deutschen Modell von Vergangenheitsaufarbeitung orientierten, in dem eine Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Schuld zentral wäre. Dementsprechend divergierend waren die politischen Handlungen der Regierung in den ersten sechs Monaten nach ihrem Amtsantritt, zumal während dieser Zeit die Frage des Umgangs mit der Vergangenheit unter den *legacies* des Milošević-Regimes bearbeitet werden musste.

Kurz nach Amtsantritt der neuen serbischen Regierung im Januar 2001 besuchte die Chefanklägerin des ICTY, Carla Del Ponte, für drei Tage Belgrad. Staatspräsident Koštunica weigerte sich zunächst, sich mit ihr zu treffen, und begründete dies damit, dass solche Zusammenkünfte nicht in seinen Zuständigkeitsbereich fielen. Schließlich kam es doch zu einer Besprechung, auf der sie

auf dem Wasser. Ansichten aus der Zeitgeschichte Serbiens], Belgrad: Čigoja štampa 2010, S. 212-255, hier S. 238 ff.

177 Vgl. ebd., S. 241.

178 Vgl. ebd.

179 Ebd., S. 250.

die Auslieferung Milošević' nach Den Haag debattierten.¹⁸⁰ Koštunica hatte sich schon im Vorfeld dagegen ausgesprochen und beharrte auf seiner Position, nach der das Tribunal als anti-serbisch und von der US-Regierung manipuliert einzuschätzen sei. Auch Đinđić zögerte hinsichtlich einer Auslieferung des ehemaligen Staatspräsidenten und äußerte Besorgnis über die Reaktionen von engen Verbündeten Milošević' im Sicherheits- und Militärapparat. Über das Thema Milošević hinaus kritisierte Koštunica die Praxis der geheimen Anklagen und bemängelte die fehlende Bereitschaft des Tribunals, die Bombenangriffe der NATO und die Verwendung von Uranmunition zu untersuchen. Auch erklärte er, das ICTY verhängte eine Kollektivschuld über die bosnischen Serben, weshalb die Serben das Tribunal so negativ beurteilten. Das Tribunal dürfe sich nicht zum Richter über die Geschichte aufschwingen.¹⁸¹ Zu einer Kooperation mit dem Tribunal müsse die jugoslawische Nationalversammlung und Regierung noch Gesetze über Auslieferung und Zusammenarbeit verabschieden. Eine Wahrheits- und Versöhnungskommission erschien ihm als »wissenschaftlichere, systematischere und analytischere Methode der Aussöhnung«¹⁸². Weiterhin besprach Zoran Stanković, der Präsident des Komitees für die Sammlung von Daten über Kriegsverbrechen, das trotz der Transition keine personellen Veränderungen erfahren hatte, mit der Chefanklägerin, wie eine Beweisführung für eine mögliche Anklageerhebung der Verbrechen der NATO in Jugoslawien 1999 aussehen könne.¹⁸³

Del Ponte traf sich gesondert mit dem serbischen Premier Zoran Đinđić, der die Wichtigkeit einer strafrechtlichen Aufarbeitung betonte. Er erklärte die mangelnde Kontrolle über die Exekutive, die reformiert werden müsste. Es hätte verheerende Folgen, die Kooperation mit dem ICTY als erstes Thema zu behandeln. Weiterhin wies er darauf hin, dass er Beweise für die Verwicklung des serbischen Staats in Kriegsverbrechen habe.¹⁸⁴ Zudem traf Del Ponte Momčilo Grubač, den Justizminister der Bundesrepublik Jugoslawien. Dieser erklärte, dass sein Ministerium zunächst die Zusammenarbeit mit dem ICTY koordinierte, es

180 Cvijanović, Željko: »Del Ponte in Belgrade. Hague Tribunal Prosecutor Carla Del Ponte Storms out of Meeting with President Kostunica«, in: Institute for War & Peace Reporting online vom 23.1.2001, <http://iwpr.net/print/report-news/del-ponte-belgrade> vom 15.9.2010.

181 Vgl. C. Del Ponte: Im Namen der Anklage, S. 134.

182 Ebd., S. 133.

183 Er habe dem ICTY Beweismaterial für Kriegsverbrechen in Varvarin, Novi Pazar, Aleksinc und Surdelica übergeben. 2003 wurde das Vorhaben abgewiesen

184 Ebd., S. 136.

aber bald ein gesondertes Gremium für diesen Zweck geben sollte. Die ihm übergebenen Anklageschriften des Tribunals wollte er an das serbische Ministerium weitergeben, da die Bundesebene hier nicht zuständig sei. Del Ponte und ihr Begleiter sprachen ihn desweiteren auf die Obstruktionen in der Auslieferungspolitik an:

»Als wir Grubač fragten, wie es möglich gewesen sei, dass die Vorgängerregierung ohne Gesetzesänderung zwei gesuchte Personen überstellt hätte, antwortete er: ›Milošević hat sich eben nie an die Gesetze gehalten.«¹⁸⁵

Wenige Tage nach Del Pontes Besuch trat Ende Januar Milošević' Chef für Staatssicherheit, Radimir Marković, zurück. Währenddessen wurde auch in der serbischen Politik und Gesellschaft eine mögliche Verurteilung des ehemaligen Staatschefs in Serbien breit diskutiert, wo Milošević wegen Verbrechen gegen das serbische Volk angeklagt werden sollte. Von Regierungsvertretern lag schließlich ein Beschluss vor, wonach ein Befehl zur Verhaftung Milošević' gegen die Unabhängigkeit der Strafverfolgung verstoßen würde.

Das Außenministerium und die Regierung arbeiteten emsig daran, ihr Land in internationale Organisationen zu reintegrieren und das Ansehen Jugoslawiens zu verbessern. Innerhalb kürzester Zeit erfolgte die Wiederaufnahme in die UN sowie von Beziehungen mit den Ländern des Sicherheitsrats der UN und den Nachbarländern. Jugoslawien wurde wieder Mitglied des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank, des *NATO-Partnership-for-Peace*-Programms und der OECD. Auch hinsichtlich der Prozesse, die gegen die Bundesrepublik Jugoslawien vor dem Internationalen Gerichtshof geführt wurden, schlug das jugoslawische Außenministerium nach der Transition nun deutlich versöhnlichere Töne an. Nur drei Monate nach dem Antritt der neuen Regierung unterzeichnete der serbische Premier Đinđić den ersten und zweiten Menschenrechtspakt, die Folterkonvention, die Völkermordkonvention sowie die Konvention gegen rassistische Diskriminierung und bekannte sich damit deutlich zu den Menschenrechten, ohne dies explizit mit den Verstößen in der Vergangenheit in Verbindung zu bringen.

Đinđić verhandelte zudem über die Festnahme Milošević', den er als potentielle Oppositionsfigur weiter für gefährlich hielt. In zwei Treffen mit Chefanklägerin Del Ponte im März erörterte er die Möglichkeiten einer Verhaftung und Auslieferung. Für eine Kooperation mit dem Tribunal bräuchte er entsprechende Finanzhilfen und die Unterstützung der USA. Zudem schlug er ein Gesetz vor,

185 Ebd., S. 137 f.

mit dem gefördert werden sollte, dass sich Angeklagte freiwillig stellen. Hinsichtlich einer Verhaftung Mladić' blieb er pessimistisch, dieser sei durch die Armee geschützt.¹⁸⁶ Offenbar war Đinđić' Plan erfolgreich, da das amerikanische Außenministerium tatsächlich für eine Zertifizierung von Finanzhilfen eine Liste mit elf Punkten formulierte, die unter anderem die Verhaftung des ehemaligen Regierungspräsidenten, die Verhaftung und Überstellung von mindestens einem Angeklagten, Zugang zu Akten und die Verabschiedung eines Gesetzes über die Zusammenarbeit mit dem Tribunal vorsahen. Als Frist wurde die erste Aprilwoche gesetzt.¹⁸⁷

Die unterschiedlichen Vorstellungen über die Zusammenarbeit mit dem ICTY zeigten sich auch als am 23. März 2001 in Belgrad Milomir Stakić verhaftet wurde, der Kommandant der Lager Omarska und Keraterm, dessen Verhaftung und Auslieferung nach Den Haag Koštunica als illegal kritisierte.

Koštunica plädierte für eine Bearbeitung der Kriegsverbrechen auf nationaler Ebene. Dazu veröffentlichte er am 30. März 2001 ein Präsidentendekret zur Schaffung einer *Komisija za istinu i pomirenje* (Kommission für Wahrheit und Versöhnung).¹⁸⁸ Die Idee für eine solche Kommission war von Vertretern aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft im Kontext der Konferenzen in Ulcinj und Belgrad immer wieder ins Gespräch gebracht worden.¹⁸⁹ Die Fürsprecher sahen in dem Instrument die Möglichkeit, die Gesellschaft in ihrer Breite mit der Wahrheit über den Staatszerfall und die Kriege zu konfrontieren. Koštunicas Initiative schloss aber nicht direkt an diese Diskurse an, sondern nahm einen Vorschlag von Außenminister Goran Svilanović auf. Auch war der inhaltliche Schwerpunkt der Kommission anders gelagert, die Forschung betreiben und Beweise erbringen sollte »über soziale, interethnische und politische Konflikte, die zum Krieg führten, und die kausalen Zusammenhänge zwischen diesen Ereignissen beleuchten«¹⁹⁰ sollte. Im Fokus standen also nicht die verübten Verbrechen, sondern die Gründe und Prozesse, die zu ihnen führten. Für innenpolitische Diskussion sorgte aber zunächst nicht die inhaltliche Ausrichtung, sondern die Tatsache, dass das Dekret Koštunicas quasi über Nacht kam. Selbst der jugoslawi-

186 Ebd., S. 142 ff.

187 Vgl. ebd., S. 147 f.

188 Präsident der Republik Serbien Vojislav Koštunica: *Odluka o osnivanju Komisije za istinu i pomirenje* [Entscheidung über die Errichtung einer Kommission für Wahrheit und Versöhnung], in: *Službeni list SRJ* 15 (2001).

189 Vgl. N. Dimitrijević: »Prošlost, odgovornost, budućnost«, und V. Dimitrijević: »Izgledi za utvrđivanje«.

190 Präsident der Republik Serbien Vojislav Koštunica: *Odluka o osnivanju*.

sche Justizminister war nicht darüber informiert.¹⁹¹ International brüstete sich der Präsident damit, die erste Wahrheits- und Versöhnungskommission der Region eingerichtet und den Südafrikaner Alex Borrairie als Berater engagiert zu haben.

Während Koštunica auf einem Gipfel in Genf gegenüber dem französischen Präsidenten Jaques Chirac behauptete, eine Verhaftung Milošević' stünde nicht bevor,¹⁹² wurde der ehemalige Präsident auf Befehl von Regierungschef Đinđić angesichts der näherrückenden Frist für die amerikanische Zertifizierung in der Nacht vom 30. März auf den 1. April in seinem Haus im Belgrader Stadtteil Dedinje festgenommen. Zunächst hatte sich Milošević der Verhaftung widersetzt und gefordert, nicht an das ICTY ausgeliefert zu werden. Am Tag nach der Verhaftung herrschte aus Angst vor Reaktionen und aus Erklärungsnot vorerst bei allen politischen Akteuren in Serbien Stille. Đinđić behauptete sogar, nichts von dem konkreten Vorgang am betreffenden Abend gewusst zu haben, er habe zu Hause den Hollywoodfilm *Gladiator* geschaut.¹⁹³ Nach seiner Rückkehr legitimierte der von den Ereignissen überraschte Koštunica die Verhaftung unter der Voraussetzung, dass es keine Auslieferung von Milošević nach Den Haag gebe. Innenpolitisch wurde die Festnahme nun mit dem Tatbestand des Machtmissbrauches begründet.¹⁹⁴ Es blieb zunächst unklar, ob Milošević in Serbien oder wegen der seit 1999 bestehenden Anklage des ICTY wegen Kriegsverbrechen in Den Haag vor Gericht gestellt werden sollte – oder beides. Während seitens der das ICTY unterstützenden Staaten signalisiert wurde, dass man Milošević in Den Haag sehen wolle, dominierte in Serbien die Vorstellung, ihn vor ein nationales Gericht zu stellen.

Schon nach dem ersten Treffen der 19 von Präsidenten benannten Mitglieder der Kommission für Wahrheit und Versöhnung traten mit dem Menschenrechtsaktivisten Vojin Dimitrijević und der kritischen Historikerin Latinka Perović zwei prominente Mitglieder zurück. Sie sahen die Ziele und Aufgaben der ohnehin in ihren Kompetenzen sehr begrenzten Kommission überstrapaziert, da diese auf nationaler Basis über die gesamtjugoslawischen Entwicklungen forschen und

191 B. Grodsky: »International Prosecutions«, S. 696 ff.

192 C. Del Ponte: Im Namen der Anklage, S. 147.

193 E. D. Gordy: »Accounting for a Violent Past«, S. 8.

194 Milošević selbst reagierte auf diese Vorwürfe, indem er sich verteidigte, »that he had not stolen money from the state – rather, he claimed, he had ordered money diverted from the state budget to finance paramilitaries in Croatia and Bosnia and Hercegovina.« Zit. nach ebd., S. 14.

eine Art historischen Bericht mit Fokus auf die Zeit vor dem Zerfall Jugoslawiens als Endprodukt der Arbeit vorlegen sollte.¹⁹⁵

Im April 2001 zweifelte der neue Chefjurist des Auswärtigen Amts, Tibor Varady, die Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofs hinsichtlich der von Bosnien-Herzegowina geführten Klage auf Anwendung der Völkermordkonvention an und verwies darauf, dass die Bundesrepublik Jugoslawien zum Zeitpunkt der Antragsstellung kein UN-Mitglied gewesen sei und damit auch nicht Mitglied des Statuts des Internationalen Gerichtshofs. Zeitgleich zog Varady die Gegenklage gegen Bosnien-Herzegowina zurück.¹⁹⁶ Er begründete, man müsse die Periode der Konflikte hinter sich lassen und sich einer Ära der Kooperation und der freundschaftlichen Lösung von bestehenden Auseinandersetzungen entgegen bewegen. Weiterhin äußerte er, dass die neue Regierung der Ansicht sei, dass

»the tragedies of Bosniacs, Serbs, Croats and others in Bosnia and Herzegovina do require a response of the machinery of justice, but it might be more appropriate to seek justice through national and international proceedings, which would yield punishment of individual perpetrators, rather than punishment of the collectives to which the perpetrators belong«¹⁹⁷.

Auch wenn sie die Notwendigkeit der Strafverfolgung einzelner Täter deutlich macht, wird in dieser Formulierung die Ablehnung von kollektiv angewendeten Konzepten von »Bestrafung« jedweder Art offensichtlich, wobei unklar bleibt, ob aus fehlendem Bewusstsein für die eigene Verantwortung oder aufgrund der Sorge vor der Destruktivität, die eine Debatte um kollektive Verantwortung in sich tragen könnte. Die Bezeichnung »Tragödie« allerdings impliziert eine Schicksalhaftigkeit der Kriege, die man nicht verhindern hätte können. Die Frage nach Tätern, Schuld und Verantwortung kann bei Verwendung dieser Bezeichnung nicht mehr gestellt werden.

Das nationalistische Lager versuchte nach der Festnahme Milošević' Stimmung gegen das ICTY und gegen die Behandlung Milošević' zu machen. In dem

195 Ilić, Dejan: »The Yugoslav Truth and Reconciliation Commission: Overcoming Cognitive Blocks«, in: Eurozine vom 23.4.2004, <http://www.eurozine.com/articles/2004-04-23-ilic-en.html> vom 30.8.2010.

196 International Court of Justice: Application of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide (Bosnia and Herzegovina v. Yugoslavia). Withdrawal of Counter-claims by the Federal Republic of Yugoslavia vom 20.4.2001.

197 Ebd.

im Mai 2001 veröffentlichten Weißbuch *Die Wahrheit über das Haager Tribunal. Appell zur Aufhebung des Haager Tribunals* stellte es in Aufsätzen wie *Grünes Licht für Den Haag, Ende der serbischen Geschichte* die Legitimität des Tribunals auf polemische Art und Weise in Frage. Das Gericht sei politisch motiviert und illegitim, es benutze unlautere Methoden, werde von den »Feinden« Serbiens finanziert und sei lediglich ein Instrument des politischen Drucks auf Serbien und das ganze serbische Volk, das durch das Tribunal satanisiert werde.¹⁹⁸ Im Anhang des Sammelbands finden sich einige Apelle, wie der von 45 Intellektuellen unterzeichnete und weit zirkulierte »Appell zur Aufhebung des Haager Tribunals«, ein Appell der Ärzte und der Abgeordneten des serbischen und des jugoslawischen Parlaments an die Führer Serbiens und der Bundesrepublik sowie die allgemeine und medizinische Öffentlichkeit, in dem vor einem »leisen Mord« an Milošević gewarnt wird und man »für eine adäquate Behandlung Slobodan Milošević' und die Bereitstellung eines Ambientes, in der diese realisiert werden könne«, warb.¹⁹⁹ Auch wird in mehreren Dokumenten auf die Solidarisierung anderer Länder verwiesen. So habe sich ein russisches Komitee für die Verteidigung von Slobodan Milošević gegründet und Mitglieder des Rats der Russischen Föderation sowie die Ukrainische Bauernpartei unterstützten Milošević.

In diesem Klima schlug Präsident Koštunica Ende Mai dem jugoslawischen Parlament ein Gesetz zur Regulierung der Zusammenarbeit mit dem ICTY vor. Dieses sollte eine Auslieferung von Serben nach Den Haag ermöglichen, allerdings erst nachdem lokale Gerichte die fraglichen Fälle überprüft hätten. Sein Vorschlag erhielt keine Mehrheit im Parlament. Etwa zeitgleich erklärte Zoran Đinđić, dass die Auslieferung von Milošević zwingend weiter von der Verabschiedung eines Gesetzes zur Zusammenarbeit mit dem Tribunal abhängen würde, da sie sich sonst innenpolitisch nicht vertreten ließe, es über ein entsprechendes Gesetz

198 Vgl. R. Prvoslav (Hg.): *Bela knjiga* (2001).

199 O. V.: »Apel lekara, republičkih i saveznik poslanika, rukovodstvu Republike Srbije i Savezne Republike Jugoslavije, medicinskoj i najširoj javnosti za adekvatno lečenje Slobodana Miloševića i za obezbeđivanje ambijenta u kom će se ono realizovati. Sprečite fatalan ishod Miloševićeve bolesti i ne budite saučesnici u njegovom tihom ubistvu« [Appell an die Ärzte, die Republiks- und Bundesabgeordneten, die Regierung der Republik Serbien und der Bundesrepublik Jugoslawien, die medizinische und weiteste Öffentlichkeit für eine adäquate Behandlung Slobodan Milošević' und für die Bereitstellung einer Umgebung, in der die sich realisieren lässt. Vermeiden Sie einen fatalen Ausgang der Krankheiten Milošević' und seien Sie keine Komplizen an seinem leisen Mord], in: ebd., S. 165-170.

aber weiterhin keinen Kompromiss gebe. Darüber hinaus legte er ICTY-Chef-anklägerin Del Ponte Beweise für die direkte Beteiligung des Milošević-Regimes und der JNA an serbischen Kriegsverbrechen im Kosovo vor:²⁰⁰ Nach Beginn der NATO-Bombardierung 1999 vertuschten serbische Einheiten auf Anweisung des Innenministeriums Kriegsverbrechen, indem sie die Leichen von getöteten Kosovo-Albanern wieder ausgruben, in Kühlwagen nach Serbien fuhren und dort vergruben oder versenkten. Bereits 1999 entdeckten Anwohner einen ersten Kühlwagen mit achtzig Leichen in der Donau in der Nähe von Zaječar, was aber nicht öffentlich wurde. Die Deutung des serbischen Polizeiministers Dušan Mihajlović, der in einer Pressekonferenz am 5. Juni den Fund eines Massengrabs mit ca. 800 Leichen auf einem Flugplatz der *Specijalnih antiterorističkih jedinica 13. maja* (Antiterror-Sondereinheit 13. Mai) publik machte und auf das Milošević-Regime und die Kriegsverbrechen im Kosovo verwies, war sehr konkret. Auch wurde von Beginn an die Einbeziehung von Ermittlern des ICTY zugesagt. Der serbische Polizeiminister sagte, die Öffentlichkeit solle nicht interessieren, wer den Hinweis auf das Massengrab gab, sondern,

»wer das befohlen, organisiert hat und wer es zum Staatsgeheimnis erklärt hat. Die Aufklärung der einzelnen Täter der Verbrechen [an den Toten, D. M.] aus den Kühlwagen und aller anderen nimmt die kollektive Verantwortung von den Bürgern unseres Landes und den von Tausenden unschuldigen Polizisten und Soldaten, die im Kosovo eingesetzt waren.«²⁰¹

200 C. Del Ponte: Im Namen der Anklage, S. 158-163.

201 A.A.: »Nepoznat broj tela. MUP Srbije potvrdio da se grobnica nalazi kod Batajnica« [Unbekannte Zahl Körper. Innenministerium bestätigt Massengrab bei Batajnica], in: Blic online vom 14.6.2001, http://www.blic.rs/stara_arhiva/hronika/4180/Nepoznatbrojtela vom 22.4.2013. In Folge dieser Entdeckungen versprach die Regierung eine Aufklärung dieser Verbrechen. Ausgrabungen wurden ab Juni 2001 und 2002 durchgeführt, nachdem Bundesjustizminister Momčilo Grubač ein Abkommen mit dem *International Committee for Missing Persons* getroffen hatte. Bei weiteren Ermittlungen und Ausgrabungen fand man insgesamt ca. 800 Leichen in Batajnica, weitere 77 Leichen auf dem Gelände des Trainingszentrums derselben Einheit in Petrovo Selo und die Überreste von ca. siebzig Personen im See Perućac bei Bajna Bašta. Für die Ermordung von fünfzig Personen in einem Massaker im kosovarischen Suva Reka, die in Batajnica abgelegt wurden, wurde ab 2005 acht Polizisten an der Belgrader Kammer für Kriegsverbrechen der Prozess gemacht, vier von ihnen wurden verurteilt. Darüber hinaus wurden keine Prozesse eingeleitet. Zu Batajnica vgl. Kron, Ana: »Determining the Fate of Missing Persons in Post-Conflict Society.

Er dementierte weiterhin, dass der Fall der Kühlwagen nur ausgedacht sei, um Druck auf die Öffentlichkeit hinsichtlich eines Gesetzes zur Zusammenarbeit mit dem ICTY auszuüben. Die Terminierung der Veröffentlichung allerdings war im Kontext der politischen Situation sicherlich nicht zufällig. Für eine internationale Geberkonferenz am 29. Juni hatten die USA bereits die Auslieferung Milošević gefordert, und auch Deutschland und Frankreich engagierten sich in diesem Rahmen nun als *pressure states*.

Bereits direkt nach der Transition hatte die EU bedingungslos die Wirtschaftsbeziehungen zu Jugoslawien wieder aufgenommen. Mit dem Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess hatte der Europäische Rat schon sein Interesse an vertieften Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Jugoslawien und der EU bekundet, war aber noch nicht konkreter geworden. Im Juni 2001 erklärte die Europäische Kommission in einem Länderstrategiepapier nun auch grundsätzlich ihre Reformprioritäten gesondert für Serbien und Montenegro im Rahmen des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses. Demgemäß soll das Mittel der politischen Konditionalität angewendet werden, das heißt, wenn die formulierten Bedingungen nicht erfüllt würden, führe das zu Krisen oder zu Rückschritten in den bilateralen Beziehungen. Als Schlüsselemente wurden Minderheitenrechte, interethnische Versöhnung und die Beachtung von internationalen Verpflichtungen wie die Kooperation mit dem ICTY angeführt. Als weitere Bedingungen sah die Europäische Kommission eine Neuordnung der Kompetenzen innerhalb der Föderation, die Reform von Verwaltung, Justiz und Polizei, die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, eine Stärkung der Zivilgesellschaft und die Rückkehr von Flüchtlingen vor.²⁰² Zur Überprüfung der Reformfortschritte, für die die EU finanzielle Hilfen und technische Unterstützung zur Verfügung stellte,²⁰³ sollten jährliche Stabilisierungs- und Assoziierungsberichte verfasst werden. Neben der politischen Konditionalität wurden die Beziehungen zwischen der EU und der Bundesrepublik Jugoslawien durch die Implikationen der Kosovofrage belastet.

Role of Judiciary, ad hoc Bodies, and International actors. Case study«, in: Justice in Transition 2 (2006) 7, http://www.tuzilastvorz.org.rs/html_trz/%28casopis%29/eng/eng07/1620.pdf vom 3.3.2013, und die Dokumente zu Suva Reka bei der Kammer für Kriegsverbrechen Belgrad. 2010 wurden erneut Überreste von mehr als 250 Personen in Rudnica gefunden.

202 European Commission: Federal Republic of Yugoslavia. Country Strategic Paper 2002-2006, http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/financial_assistance/cards/publications/fry_strategy_paper_en.pdf vom 11.4.2013.

203 Vgl. C. E. Ratiu: EU Soft Power, S. 134 f.

Am 23. Juni veranlasste Präsident Koštunica ein Dekret des Bundesparlaments zur Zusammenarbeit mit dem ICTY, dass nunmehr das Parlament bevollmächtigte, über die Auslieferung von Verdächtigen des ICTY zu entscheiden. Darüber hinaus eröffnete es ICTY-Verurteilten auch die Möglichkeit, ihre Strafe in Jugoslawien zu verbüßen. Milošević' Anwälte legten wegen Verfahrensfehlern Einspruch gegen das Dekret ein, das Verfassungsgericht ordnete am 28. Juni seine Aussetzung an.²⁰⁴ Nur wenige Stunden später verabschiedete die Regierung Serbiens eine sofort in Kraft tretende Entscheidung, die eine Kooperation mit dem ICTY autorisierte.²⁰⁵ Der Konflikt zwischen Đinđić und Koštunica war vorprogrammiert. Noch am gleichen Tag, dem symbolträchtigen Vidovdan,²⁰⁶ wurde Slobodan Milošević nach Den Haag ausgeliefert. Der serbischen Bevölkerung wurde die Auslieferung ihres früheren Präsidenten als notwendige Bedingung für amerikanische und europäische Finanzhilfe kommuniziert. Eine 100-Millionen-Dollar-Finanzhilfe der amerikanischen Regierung sei im Vorlauf einer Geberkonferenz von der Auslieferung abhängig gemacht worden.²⁰⁷ Demnach waren die wichtigsten Motive für die Auslieferung »eine Geberkonferenz, die

204 Am 6. November 2001 urteilte das Verfassungsgericht schließlich, dass das Dekret nicht mit der jugoslawischen Verfassung und dem jugoslawischen Strafrecht vereinbar sei.

205 Vgl. Magliveras, Konstantinos D.: »The Interplay between the Transfer of Slobodan Milosevic to the ICTY and Yugoslav Constitutional Law«, in: *European Journal of International Law* 13 (2002) 3, S. 661-677.

206 Der Vidovdan, der Tag des heiligen Veit, hat in Serbien eine besondere Mythologie. Der heilige Veit ersetzte in der Zeit der Christianisierung den heidnischen Gott Svantovit, den viele Slawen verehrten. In der panslawischen Bewegung gewann er erneut an nationaler Bedeutung. Er wird nach dem julianischen Kalender am 15., nach dem gregorianischen am 28. Juni gefeiert. Für die serbische Nationalmythologie ist der 28. Juni auch deshalb symbolisch aufgeladen, da an ihm vermeintlich besonders schicksalhafte Ereignisse stattgefunden hätten wie die Schlacht auf dem Amselfeld 1389. Bisweilen werden politisch relevante Handlungen aber auch bewusst in den Traditionskontext des Vidovdan gestellt wie die Erschießung des österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand durch den serbischen Nationalisten Gavrilo Princip, die Verabschiedung der Verfassung des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen 1921, die Verabschiedung der KP-Resolution, die Titos Bruch mit Stalin 1948 offiziell machte, Milošević' Rede auf dem Amselfeld zur 600-Jahr-Feier 1989 oder die Konstituierung des Parallelparlaments der nordkosovarischen Serben 2008.

207 V. Peskin: *International Justice*, S. 70.

Umschuldung der Schulden, eine Stand-by-Vereinbarung und die Sicherung des Standortes Jugoslawien für den Internationalen Währungsfonds«²⁰⁸.

Sehr interessant ist in diesem Zusammenhang die mystische Deutung des Tages und die moralische Selbstglorifizierung einiger Akteure – ohne über das ICTY oder die Auslieferung an sich zu sprechen. Boris Tadić, der damalige jugoslawische Telekommunikationsminister, markierte auf einer Pressekonferenz am Tag der Auslieferung den Unterschied zu Milošević' Politik und verwies auf dessen Rede anlässlich der 600-Jahr-Feier der Schlacht auf dem Amselfeld 1989:

»Vor genau zwölf Jahren, an genau diesem Tag, an einem der größten serbischen Feiertage, Vidovdan, hat Slobodan Milošević unser Volk aufgerufen, zu erkennen, was er als die Ideale des himmlischen Serbien bezeichnete. Die serbische Regierung ist jetzt verpflichtet, die Ideale des irdischen Serbien zu wahren, nicht so sehr für uns und unsere Eltern, sondern zum Wohle unserer Kinder.«²⁰⁹

Am 29. Juni ermöglichte die internationale Geberkonferenz für die Bundesrepublik Jugoslawien schließlich Hilfen in Höhe von 1,3 Milliarden Euro.

Die Auslieferung Milošević' zog einen schweren Konflikt mit der Partei Koštunicas und schließlich ein Ausscheren der DSS aus dem Oppositionsbündnis Demokratische Opposition Serbiens und damit auch aus der Regierungskoalition nach sich. Die erste Regierung nach der Transition in Serbien scheiterte nach weniger als einem Jahr. Auch wurde die Debatte um ein Für und Wider der nationalen und der internationalen Strafverfolgung fortgesetzt. Um die ambivalenten serbischen Bemühungen der Strafverfolgung herauszustellen, verwies die Zeitschrift *NIN* auf den Prozess gegen Dušan Vučković, der 1996 vom Bezirksgericht in Sabač verurteilt worden war und auch in der Revision vom Obersten Gerichtshof eine Strafe von zehn Jahren erhielt.²¹⁰ Nach der symbolträchtigen Auslieferung des ehemaligen Präsidenten im Juni 2001 versprach die serbische Regierung die Kooperation mit dem ICTY nach außen und den Schutz seiner Bürger – auch der vom ICTY gesuchten Kriegsverbrecher – nach innen. Immer noch galt die Auslieferung von serbischen Staatsbürgern als verfassungswidrig.

Auf diplomatischer Ebene wurde durch symbolische Politik an einer Wiederaufnahme und der Verbesserungen der Beziehungen zu den Nachbarstaaten gearbeitet. Bereits im November 2001 drückte der jugoslawische Außenminister

208 Đinđić in der *Politika* vom 29.6.2001, zit. nach D. Stojanović: »Demokratska opozicija Srbije«, S. 254.

209 Tadić in der *Politika* vom 29.6.2001, zit. nach ebd., S. 250.

210 Vgl. o. V.: »Vidovdanski masakr«.

Goran Svilanović bei einem Staatsbesuch in Kroatien sein tiefes Bedauern über das Leiden der Bürger Kroatiens, der Kroaten wie der Serben, sowie der Bürger Jugoslawiens in den vergangenen Jahren aus. Auf die kroatische Erwartung einer Entschuldigung für die begangenen Verbrechen angesprochen äußerte Svilanović sein Bedauern über alle Kriegsoffer und fügte hinzu, dass Vukovar für immer im Herzen aller Kroaten bleibe. Allerdings müsse man auch für die Serben Verständnis haben, bei denen sich die Erinnerung an Jasenovac und andere Richtstätten stark eingepägt habe und die tatsächlich in großer Zahl Angst davor hatten, dass sich einige Kroaten zu Verbrechen verleiten ließen. Noch war die jugoslawische Führung offenbar nicht für formale Entschuldigungen bereit, eröffnete aber einen Dialog über Kriegsverbrechen und sicherte zu, Kriegsverbrechen zu verfolgen und an der Erneuerung der bilateralen Beziehungen zu arbeiten, ungeachtet der Tatsache, »dass sich alle den Traumata der jüngsten Vergangenheit bewusst sind«²¹¹.

Grenzen der Aufarbeitung auf nationaler Ebene

Im Dezember 2001 veröffentlichte die Wahrheits- und Versöhnungskommission nach zwei Treffen schließlich ihre Arbeitsprinzipien, wonach sie durch eine Auseinandersetzung mit der Wahrheit über die Konflikte im ehemaligen Jugoslawien und in seinen Nachfolgestaaten zur allgemeinen Versöhnung innerhalb Jugoslawiens und zwischen dem Land und seinen Nachbarnationen beitragen wolle. Ihr Ziel sei es, die Gründe und Entwicklungen, die zur Desintegration des früheren Staates und zum Krieg geführt hatten, zu ermitteln und zu untersuchen. In den darauf folgenden Monaten wurde sie vor allem von Menschenrechtsaktivisten dafür kritisiert, in »internationalen Faktoren« Rechtfertigungen für die Kriege und Kriegsverbrechen zu suchen, auch wurde ihre Inaktivität und die Unterbeleuchtung der Kriegsverbrechen und Verletzungen des Völkerrechts bemängelt.²¹² Im Frühling 2002 forderte ein breites Bündnis von NGOs und Bürgern, angeführt von der liberalen Partei *Gradanski Savez Srbije* (GSS, Bürgerliche Allianz Serbiens) ein Gesetz zur Lustration und die Ahndung von Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Amtsträger. Diese Forderung blieb aber von der Politik ungehört.

211 O. V.: Svilanović u poseti u Hrvatskoj [Svilanović auf Besuch in Kroatien], in: b92.net vom 14.12.2001, http://www.b92.net/info/vesti/index.php?yyyy=2001&mm=12&dd=14&nav_category=1&nav_id=54979 vom 13.2.2013.

212 D. Ilić: »The Yugoslav Truth«.

Trotz der geschlossenen Kooperationsvereinbarung wurde erst im April 2002, wieder im Zusammenhang mit der Zusage von amerikanischen Geldern und auf Initiative der montenegrinischen Politik hin, ein Gesetz zur Zusammenarbeit mit Den Haag verabschiedet.²¹³ Dieses Gesetz missachtete aber den Gesetzesvorrang des ICTY-Statuts, indem es auf nationale Prozesse nach einem Urteil des ICTY bestand und nur auf Anklagen angewendet werden konnte, die bereits vor Verabschiedung des Gesetzes erhoben wurden. Zudem wurde als Vermittlungsinstanz zwischen dem ICTY und den serbischen Behörden ein Nationaler Rat zur Koordinierung zwischen Den Haag und der Regierung gegründet.²¹⁴ Der Nationale Koordinierungsrat sollte aus einem Vorsitzenden, der aus der Ministerriege gewählt werden sollte, und je einem Vertreter von Verteidigungs-, Innen-, Justiz- und Außenministerium bestehen. Bis der Rat tatsächlich arbeitete, dauerte es aber noch. Erst 2004 übernahm Rasim Ljajić die Präsidentschaft des Rates und führte Verfahrensregeln zur Koordination ein, und erst 2007 wurde ein Büro für den Koordinierungsrat eröffnet, das als besonderer Dienst der Regierung mit Expertise zur Seite stehen sollte.²¹⁵

ICTY-Chefanklägerin Carla Del Ponte wandte sich im Juli 2002 an den UN-Sicherheitsrat, um deren Mitglieder dazu zu bringen, über den politischen und finanziellen Druck, den sie auf Serbien ausüben könnten, eine Zusammenarbeit mit dem Tribunal zu erzwingen. Die USA machten weiterhin ihren Einfluss geltend und banden finanzielle Zuwendungen an die Zusammenarbeit mit dem ICTY. In den folgenden Monaten verlief die Kooperation mit dem Tribunal nach dem immer gleichen Muster:

»[T]he government would promise never to arrest Serbian ›heroes‹ and would pledge to provide them with all the support they needed, and then days before an international dead-

213 Vgl. Bundesparlament der Bundesrepublik Jugoslawien: *Zakon o saradnji Srbije i Crne Gore sa međunarodnim tribunalom za krivično gonjenje lica odgovornih za teška kršejna međunarodnog humanitarnog prava počinjena na teritoriji bivše Jugoslavije od 1991. godine* [Gesetz über die Zusammenarbeit Serbien und Montenegros mit dem Internationalen Tribunal für die Strafverfolgung von verantwortlichen Personen für auf dem Territorium des ehemaligen Jugoslawien seit 1991 begangene schwere Verletzungen des Internationalen Völkerrechts], in: *Službeni list SRJ* 18 (2002) sowie in: *Službeni list SCG* 16 (2003).

214 Ebd.

215 Republik Serbien (Hg.): *Answers to the European Commission's Questionnaire*, S. 539.

line that usually involved financial or membership sanctions, the heroes would reluctantly but regularly shipped off to The Hague²¹⁶.

Hinsichtlich der Armee waren die Positionen von DS und DSS unterschiedlich, 2002 schien aber ein Kompromiss erreicht, nachdem 70 Prozent aller Generale in Rente geschickt wurden – auch Generalstabschef Nebojša Pavković, der 2009 für Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen im Kosovokrieg verurteilt wurde.

Der Milošević-Prozess und ein Streit des »anderen Serbien« über moralische Verantwortung

In Den Haag stilisierte sich Slobodan Milošević anfänglich einem globalen Publikum gegenüber als Märtyrer im Kampf gegen den amerikanischen und europäischen Imperialismus und reihte sich nach dem 11. September 2001 in das Narrativ des immer währenden Kampfes gegen den islamischen Terrorismus ein. Nach Beginn des Prozesses am 12. Februar 2002 gestaltete er seine Verteidigung so, als stünden Serbien und die Serben vor Gericht. Diese Überidentifikation unterstützte die Wahrnehmung der Serben als Opfer und von Milošević als lebendem Märtyrer für sein Volk.²¹⁷ Als Schuldige identifizierte er eine Verschwörung von westlichen Staaten, die Jugoslawien zerschlagen und neokolonialistisch mit Hilfe der abtrünnigen Republiken ihre Interessen durchsetzen wollten. Von Serbien sei keine Aggression ausgegangen, man habe sich nur verteidigt. Auch hinsichtlich des Massakers von Srebrenica vermutete er eine französisch-muslimische Konspiration.²¹⁸ Zwar liegen zur medialen Berichterstattung über den Milošević-Prozess in Serbien noch keine Studien vor, es kann allerdings nicht von einer objektiven Berichterstattung ausgegangen werden, worauf die Untersuchungen von Katarina Ristić zum allgemeinen Mediendiskurs über Kriegsverbrechen hinweisen.²¹⁹ Wurde den TV-Übertragungen des Prozesses an-

216 J. Subotić: *Hijacked Justice*, S. 48.

217 Vgl. Osland, Kari M.: »The Trial of Slobodan Milošević«, in: S. P. Ramet/V. Pavlakovic (Hg.): *Serbia since 1989*, S. 227-251, hier S. 238.

218 Vgl. Ramet, Sabrina P.: »Martyr in his own Mind. The Trial and Tribulations of Slobodan Milošević«, in: Wolfgang Höpken/Holm Sundhaussen (Hg.): *Serbia, Croatia and Slovenia at Peace and at War. Selected Writings, 1983-2007* (= Studien zur Geschichte, Kultur und Gesellschaft Südosteuropas 7), München/Zürich: LIT 2008, S. 111-134.

219 Vgl. K. Milošević-Ristić: *Media Discourses*.

fänglich noch große Aufmerksamkeit zuteil, verloren sowohl viele Bürger als auch die mediale Öffentlichkeit mit der Zeit das Interesse daran, das Verfahren zu verfolgen. Dennoch mobilisierten SRS und SPS weiter gegen das Tribunal und für Milošević. Den Prozess in Den Haag kommentierte und dokumentierte in Serbien auch das Helsinki-Komitee für Menschenrechte, das auch Zeugenaussagen von serbischen Protagonisten der 90er Jahre übersetzte und veröffentlichte und so einem breiteren serbischen Publikum Informationen über deren Rolle und die historischen Zusammenhänge verfügbar machte.²²⁰

Im Herbst 2002 entbrannte, ausgehend von der Berichterstattung über Kriegsverbrechen und die Prozesse am ICTY, eine heftige Kontroverse, die zwischen den Vertretern der Zivilgesellschaft und der Zeitung *Vreme* geführt und weit über die *Vreme* hinaus ausgetragen wurde.²²¹ Sie dauerte ununterbrochen insgesamt 15 Wochen und umfasste 78 Artikel. Insgesamt schrieben fünfzig Autoren an der Debatte mit, von denen 15 zusammen 43 Briefe verfassten, während 35 Personen sich mit jeweils einem Artikel beteiligten. Der Jurist Srđa Popović, Gründer der *Vreme*, zeichnete für neun Artikel verantwortlich. Die Autoren können in zwei Lager eingeteilt werden, auf der einen Seite die Zeitschrift *Vreme* und ihre Verteidiger und auf der anderen Seite deren Kritiker. Auf Seiten der Zeitschrift *Vreme* wurden genauso viele Artikel geschrieben wie von Seiten der Kritiker. Die Debatte begann mit dem scharfen Angriff des *Vreme*-Journalisten Dragoljub Žarković, der in seinem Artikel *Dehelsinkizacija gospođe Biserko* (Die Dehelsinkisierung von Frau Biserko) auf einen Angriff der Menschenrechtsaktivistin Sonja Biserko antwortete und seine Zeitung verteidigte. Biserko hatte unter anderem der *Vreme* und *B92* als unabhängigen Medien vorgeworfen, mit einer vermeintlich objektiven und wertungsfreien Berichterstattung über die während der 90er Jahre im Namen der Serben begangenen Kriegsverbrechen zur Art und Weise beizutragen, mit der die serbische Elite eine Relativierung und Deethnisierung dieser Verbrechen vorantreibe. Diese neue Wahrheit sei genauso totalitär wie der Nationalismus, der zu seiner Zeit die Kriegsmaschinerie angetrieben habe. Žarković stritt diese Vorwürfe ab und behauptete: »Wir tun das Beste in dem Glauben, dass Kriminelle einen Namen haben und dass jede

220 Vgl. Biserko, Sonja (Hg.): Milošević vs. Jugoslavija [Milošević gegen Jugoslawien] (= Biblioteka Svedočanstva 20), 2 Bd., Belgrad: Zagorac 2004.

221 Sämtliche Artikel, die zur Debatte gehörten, sind versammelt in Helsinški odbor za ljudska prava u Srbiji (Hg.): Tačka razlaza. Povodom polemike vodene na stranica-ma lista Vreme od 1. avgusta do 21. novembra 2002 [Punkte der Trennung. Anlässlich der auf den Seiten der Zeitung *Vreme* geführten Polemik vom 1. August bis zum 21. November 2002] (= Helsinške sveske 16), Belgrad: Zagorac 2003.

Denkweise, die bereit ist, ein ganzes Volk für ein Verbrechen anzuklagen, totalitär ist.«²²²

Für die harsche persönliche Kritik und die mangelnde Kritikfähigkeit wurde die *Vreme* in der Folge sowohl im Rahmen von Leserbriefen als auch durch Stellungnahmen von Vertretern des »anderen Serbien« unter Beschuss genommen.²²³ Im Zentrum stand dabei die unzulässige Vermischung von kollektiver Schuld und kollektiver Verantwortung. Die Gegner der Position Žarković' konstatierten, dass es nicht möglich sei, ethnische Säuberung zu deethnisieren und dass die moralische Verantwortung bestünde, sich der kollektiven Verantwortung für die begangenen Verbrechen zu stellen. Die Kontroverse erstreckte sich darüber hinaus auf Nebenthemen wie die Berichterstattung aus Den Haag, das ICTY, die NATO-Intervention, den 5. Oktober, die Finanzierung der NGOs und ihrer Projekte und bewertete die Akteure und deren Handeln. Sie offenbarte in der Frage, wie eine Aufarbeitung der Vergangenheit aussehen müsse, unterschiedliche Denkschulen, die sich in ihrer Beziehung zur jüngsten Vergangenheit gegenseitig ausschließen. Die Debatte endete auf Intervention der *Vreme*, ohne dass es zu einer wirklichen Annäherung der unterschiedlichen Positionen gekommen wäre.

Anlässlich der *Vreme*-Kontroverse erschien in der *NIN* der Artikel *Kolektivni nevini* (Kollektiv unschuldig),²²⁴ in der Autor Srboľjub Bogdanović mit Biljana Kovačević-Vučo und Nenad Lekić vom Ethik-Lehrstuhl der Philosophischen Fakultät der Universität Belgrad die Fragen diskutierten, inwieweit eine Denazifizierung der Serben notwendig sei, ob die Serben am meisten schuld seien, ob das ICTY Siegerjustiz ausübe, wo der Unterschied zwischen der Belagerung Sarajevos und der NATO-Bombardierung liege, ob eine Lustration nach dem Ende des Milošević-Regime nötig sei und ob die unabhängigen Medien das Milošević-Regime unterstützten, als sie ein Ende der Bombardierungen forderten. All diese Fragen drückten eine normative Verunsicherung aus, die sich auf die Bereiche Geschichte, Politik, individuelle und kollektive Identität bezogen und von Seiten der politischen Handlungsträgern nicht abschließend diskutiert wurden. Die fehlende normative Positionierung von Seiten der politischen Institutionen wertete der Chefredakteur der *Vreme*, Dragoljub Žarković, als Leerstelle und als Aus-

222 Vgl. Žarković, Dragoljub: »Dehelsinkizacija gospode Biserko« [Die Dehelsinkisierung von Frau Biserko], in: *Vreme* vom 1.8.2002, <http://www.vreme.com/cms/view.php?id=319354> vom 15.7.2014.

223 Weder Sonja Biserko noch *B92* nahmen aktiv an der Debatte teil.

224 Bogdanović, Srboľjub: »Kolektivno nevini« [Kollektiv unschuldig], in: *NIN* vom 31.10.2002, S. 22-25.

druck fehlender Entwicklung: »In zivilisierten Ländern würde diese Arbeit im Parlament gemacht.«²²⁵

Das Attentat auf Premierminister Đinđić als Katalysator der Aufarbeitung

Bei einer Parteiversammlung der SRS verkündete deren Parteichef Vojislav Šešelj, dass er das ICTY besiegen wolle, und stellte sich am 24. Februar 2003 freiwillig dem Gericht in Den Haag. Er wollte das Tribunal als »antiserbisches Instrument« entlarven und benutzte seine Selbstausslieferung als politische Ressource. Ähnlich wie Slobodan Milošević nutzt er die Auftritte vor dem Haager Tribunal als politische Bühne und vor allem für innenpolitische Agitation und Instrumentalisierung. In seinen Auftritten vor dem ICTY stilisiert er sich als Märtyrer für die serbische Nation und beschreibt Serbien als Opfer der internationalen Politik. Seine Ansichten propagiert er auch über eine Homepage und zahlreiche Publikationen in der serbischen Öffentlichkeit.²²⁶

Etwa zeitgleich äußerte Premierminister Zoran Đinđić gegenüber ICTY-Chefanklägerin Del Ponte, bei weiteren Anklageschriften gegen Verantwortliche in der Befehlskette für Kriegsverbrechen im Kosovo müsse die Regierung die Kooperation mit dem Tribunal beenden, da sie sonst befürchte, die Unterstützung der Polizei zu verlieren.²²⁷

Eine Gruppe von Parlamentsabgeordneten der liberalen GSS²²⁸ brachte Anfang 2003 einen Gesetzesvorschlag für eine Regelung hinsichtlich der Öffnung von Archiven und der Lustration von politisch belasteten Staatsbeamten ins Parlament ein. Ihren Vorstellungen gemäß sollte das Gesetz auf von serbischen Amtsträgern begangene Menschenrechtsverletzungen seit dem 23. März 1976 angewandt werden, dem Tag, an dem der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte in Kraft trat. Um die Verletzung dieser Rechte durch staatliche Behörden zu überprüfen, sollten, so sah es der Gesetzesvorschlag vor, Geheimdienstakten für eine Kontrollkommission sowie für die Betroffenen geöffnet

225 Ebd., S. 22.

226 Vgl. seine Homepage und exemplarisch Šešelj, Vojislav: *Suočavanje za haškim inkvizitorima* [Konfrontation mit den Haager Inquisitoren], Belgrad: SRS 2003, oder ders.: *Afera Hrtkovci i ustaška kurva Nataša Kandić* [Die Affäre Hrtkovci und die Ustaša-Hure Nataša Kandić], Belgrad: SRS 2007.

227 C. Del Ponte: *Im Namen der Anklage*, S. 234.

228 Im Einzelnen waren das Nataša Mičić, Dr. Dragor Hiber, Dr. Miloš Lučić, Ljubiša Kesić, Sandor Melank und Sima Radulović.

werden. Ziel war es, Inhaber von und Bewerber um zentrale staatliche Positionen auf ihre Tätigkeiten in der Vergangenheit hin zu überprüfen und sie, wenn sie sich der Verletzung von Menschenrechten schuldig gemacht haben sollten, von verantwortungsvollen Positionen in staatlichen Institutionen auszuschließen.²²⁹

Am 12. März 2003 fiel der serbische Premierminister Zoran Đinđić einem Attentat zum Opfer. Infolge des Mordanschlags wurde in Serbien der Ausnahmezustand verhängt und im Rahmen der großangelegten Polizeioperation *Sablja* (Säbel) wurden über 7000 Menschen festgenommen. Die Untersuchungen brachten Verbindungen des organisierten Verbrechens, (para-)militärischer Einheiten, der Geheimdienste und nationalistischer Parteien ans Licht, die den Tod Đinđić' als Symbol einer Art »counter-revolution«²³⁰ zum Reformkurs der Regierung betrachteten. Schon wenig später wurden Angehörige der *Jedinica za specialne operacije* (Einheit für Spezialoperationen, auch »Rote Barette«), die in den 90er Jahren für das serbische Innenministerium tätig waren und zahlreiche Kriegsverbrechen in den Jugoslawienkriegen verübt hatten,²³¹ für die Ermordung Đinđić' verantwortlich gemacht. Die »Roten Barette« wurden aufgelöst.²³² Die serbische Politik deutete das Attentat als Warnung vor einer weiteren Verfolgung von Kriegsverbrechern, es brachte aber gleichzeitig die dringende Notwendigkeit einer Aufarbeitung der autoritären Vergangenheit und von Kriegsverbrechen offen zu Tage. Besonders machte es deutlich, wie viele Profiteure des Milošević-Regimes²³³ und Kriminelle²³⁴ gegenwärtig noch in einflussreichen Positionen

229 Vgl. Cakić, Milan: »Lustracija u Evropi i Srbiji. Motivacija za donošenje zakona o lustraciji i njihove društvene funkcije« [Lustration in Europa und in Serbien. Motivation für die Gesetzgebung zu Lustration und ihre gesellschaftlichen Funktionen], in: Sociologija. Časopis za sociologiju, socijalnu psihologiju i socijalnu antropologiju 52 (2010) 3, S. 285-306.

230 Pavlaković, Vjeran: »Serbia Transformed?«, in: S. P. Ramet/ders. (Hg.): Serbia since 1989, S. 13-54, hier S. 39.

231 International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia: The Prosecutor v. Jovica Stanišić and Franko Simatović. Third Amended Indictment, Fall Nr. IT-03-69-PT vom 10.7.2008.

232 Denjenigen Mitgliedern, denen keine Verbrechen oder kriminellen Aktivitäten nachgewiesen wurden, wurden Positionen in anderen Polizeieinheiten angeboten. Vgl. Shentov, Ognian/Todorov, Boyko/Stoyanov, Aleksander: »Partners in Crime. The Risk of Symbiosis between the Security Sector and Organized Crime in South-east Europe« (= CSD Report 13), Sofia: Center for the Study of Democracy 2004.

233 Miljković, Maja/Hoare, Marko Attila: »Crime and the Economy under Milošević and his Successors«, in: S. P. Ramet/V. Pavlaković (Hg.): Serbia since 1989, S. 192-226.

waren beziehungsweise im Grenzbereich von Staat und Kriminalität eine Gegenmacht zur Regierung bildeten und den demokratischen Kurs des Landes bedrohten.

Obwohl der Chefanklägerin des ICTY noch wenige Tage zuvor der Besuch des Staatsbegräbnisses als »ungebetener Gast« verwehrt wurde –

»Svilanović und Konsorten waren offenbar übereingekommen, die Ermordung Đinđić' zur Rechtfertigung ihrer mangelnden Kooperationsbemühungen zu nutzen, indem sie nun behaupteten, Đinđić sei genau deswegen getötet worden, weil er kooperiert hatte«²³⁵ –,

fand am 2. April ein inoffizielles Treffen zwischen Außenminister Svilanović und Carla Del Ponte statt. Die serbische Regierung ersuchte nun sogar die schnelle Bearbeitung der Anklagen von Jovica Stanišić, dem Chef des Staatssicherheitsdienstes im Innenministerium, der als zweiter Mann im Milošević-Regime galt, und Franko Simatović, dem Kommandeur der Einheit für Sondereinsätze, vor dem ICTY. Gleichzeitig räumte die serbische Regierung eine neue Strategie ein, wonach sie aus politischen Gründen in Zukunft keine Anklagen akzeptieren würde, die auf der »Verantwortlichkeit als Befehlshaber«, also einer indirekten Verantwortlichkeit für Kriegsverbrechen, aufbauen würden.²³⁶

Unter dem Eindruck des Attentats und der Ermittlungen danach veröffentlichten 29 NGOs einen Appell, in dem sie noch einen Schritt weiter gingen als das vorgeschlagene Lustrationsgesetz: Sie forderten von der Regierung, »alle Maßnahmen zu ergreifen, um all diejenigen aus der Legislative und den Regierungsbehörden zu entfernen, die in ihrem Tun oder Nichttun Kriegsverbrecher schützen«²³⁷. Besonders beschuldigten sie Präsident Vojislav Koštunica, die Führung der Sicherheitsapparate und der Armee zu schützen und die Serben dazu aufzurufen, mit den wegen Kriegsverbrechen in Den Haag Angeklagten zu sympathisieren. Am 13. Mai verhaftete die serbische Polizei Jovica Stanišić und Franko Simatović.

In dieser aufgeheizten und polarisierten Atmosphäre fand Ende Mai 2003 im serbischen Parlament die Debatte über ein Lustrationsgesetz statt, dessen Verab-

234 Zum historischen Hintergrund zwischen jugoslawischen beziehungsweise serbischen Strukturen der Sicherheitsapparate und dem organisierten Verbrechen siehe O. Shentov/B. Todorov/A. Stoyanov, »Partners in Crime«, S. 7 ff.

235 C. Del Ponte: Im Namen der Anklage, S. 257.

236 Ebd., S. 259.

237 Außenministerium der Republik Serbien: Daily Survey vom 26.3.2005, http://www.mfa.gov.rs/Bilteni/Engleski/b260303_e.html#N11 vom 6.2.2013.

scheidung unter dem Eindruck der aktuellen Ereignisse vorgezogen wurde. Im Parlament argumentierte die Regierungskoalition, dass man mit einem solchen Gesetz die autoritäre Vergangenheit bewältigen und die neue Demokratie stärken könne. Gerade unter dem Eindruck des Attentats auf Đinđić verwies sie darauf, dass die Verquickung zwischen staatlichen Institutionen und organisierter Kriminalität so effektiver bekämpft werden könne. Zudem benannte sie eine Lustrationsregelung als Bedingung für eine zukünftige Aufnahme Serbiens in die EU. Die Oppositionsparteien, die in den 90er Jahren an der Regierung beteiligt waren, positionierten sich gegen das Gesetz und bezeichneten es als ein Instrument, das auf die Schwächung politischer Gegner abziele. So bestünde die Gefahr, dass »unerwünschte« Personen aus den Geheimdiensten, der Polizei, dem Generalstab der Armee und der militärischen Aufklärung aus politischen Gründen entfernt und durch politische Freunde ersetzt werden könnten. Außerdem sei das vorgeschlagene Lustrationsgesetz unvereinbar mit der serbischen Gesetzgebung, da es selektiv und retroaktiv sei und gegen die Unschuldsvermutung verstoße.²³⁸ Während der Abstimmung befanden sich nur 127 von 250 Abgeordneten im Parlament. Die Radikale Partei boykottierte die Abstimmung und die Mitglieder der nationalkonservativen DSS verließen aus Loyalität gegenüber den ehemaligen Machhabern den Saal. Die als reformfreundlicher einzuschätzenden Parteien DS, GSS, *Socijaldemokratska Unjia* (Sozialdemokratische Union, SDU), *Demohrišćanske Stranka Srbije* (Christdemokratische Partei Serbiens, DHSS) und die unabhängigen Abgeordneten stimmten für das Gesetz, die Sozialistische Partei stimmte erwartungsgemäß dagegen. Schließlich wurde das »Gesetz über die Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen«²³⁹ mit 111 Stimmen, einer Gegenstimme und 15 Enthaltungen vom Parlament verabschiedet. Der Weg für eine Öffnung der Geheimdienstakten schien frei. Nur zehn Monate nach der Verabschiedung dieses Gesetzes äußerte sich der Jurist Jovica Trkulja, Herausgeber der am *Centar za unapređivanje pravnih studija* (Zentrum für die Förderung juristischer Studien) erscheinenden Zeitschrift *Hereticus. Časopis za preispitivanje prošlosti* (Zeitschrift für die Überprüfung der Vergangenheit), im Vorwort der Themenausgabe *Kontroverze oko lustracije* (Kontroversen um die Lustration) dahingehend, dass das Gesetz nur ein »toter Buchstabe auf dem

238 Vgl. zur Parlamentsdebatte M. Cakić: »Lustracija u Evropi i Srbiji«.

239 Vgl. Volksversammlung der Republik Serbien: Zakon o odgovornosti za kršenje ljudskih prava [Gesetz über die Verantwortung für die Verletzung der Menschenrechte], in: Službeni glasnik RS 58 (2003).

Papier« sei.²⁴⁰ Tatsächlich wurde das Lustrationsgesetz nie implementiert. Acht von neun erforderlichen Mitgliedern einer zukünftigen Lustrationskommission waren benannt worden, doch auf ein neuntes konnte man sich nicht einigen, und so nahm die Kommission ihre Arbeit nie auf.

Nachdem die Aufarbeitung von Kriegsverbrechen und vor allem die Zusammenarbeit mit dem ICTY öffentlich als sehr riskant gedeutet wurden, meldete sich die von Präsident Koštunica eingerichtete nationale Alternative zu Wort: Ebenfalls im Mai 2003 legten auch die Mitglieder der Wahrheits- und Versöhnungskommission ein Grundsatzdokument für die Arbeit der Kommission vor. Darin erklärten sie, ihr primärer Fokus läge auf den massiven Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen während der Jugoslawienkriege. Als sekundären Arbeitsauftrag nannten sie darüber hinaus die Erforschung der Ursachen für die Konflikte in einer historischen Analyse, für die eine erstaunliche Zeitspanne, beginnend mit der Gründung des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen 1918, angesetzt wurde. Nach der Präsentation des Grundsatzdokuments verschwand die Kommission, ohne dass sie je effektiv zum Arbeiten gekommen war. Die Streitereien über ihre Besetzung,²⁴¹ Obstruktionen wie ein fehlendes Büro und mangelnde Finanzierung sowie das unklare Mandat – die unvereinbaren Positionen der Mitglieder schwankten zwischen der Perspektive der Opfer und der Gründe für diese, zwischen partieller und totalitärer Wahrheit – machten eine Arbeit unmöglich. Dejan Ilić vermutet in seiner Analyse, dass Präsident Koštunica und der jugoslawische Außenminister Svilanović mit der Kommission versuchten, sowohl eine Versöhnung der nationalen als auch der internationalen Perspektive zu forcieren, dies aber nicht nur an der Unmöglichkeit der Aufgabe, sondern vor allem an der Widerspenstigkeit von Mitgliedern wie Vojin Dimitrijević und Latinka Perović scheiterte.²⁴² Die Kommission

240 Vgl. Trkulja, Jovica: »Uvodne napomene« [Einführende Bemerkungen], in: Hereticus. Časopis za preispitivanje prošlosti 1 (2003) 2, <http://www.hereticus.org/arhiva/2003-2/uvodne-napomene.html> vom 6.2.2013.

241 Vgl. Freeman, Mark: Serbia and Montenegro. Selected Developments in Transitional Justice, International Center for Transitional Justice Briefing Paper vom 1.10.2004, <http://www.ictj.org/images/content/1/1/117.pdf> vom 16.9.2010, S. 7 ff. Im November 2002, nachdem auch Tibor Varadi sein Amt niedergelegt hatte und Bischof Sava verstorben war, sollte Koštunica vier neue Mitglieder nachbenennen. Er nominierte gleich mehrere neue Personen: Mira Bleham, Đorđe Vukadinović, Miomir Dašić, Mustafa Jusufspahić, Andrija Kopilović, Emir Kusturica, Ljubiša Lazarević, Slobodan Reljić und Ljiljana Smajlović.

242 Ilić, Dejan: »The Yugoslav Truth«.

»designed to fail«²⁴³ kann als Schachzug Koštunicas gewertet werden, das ICTY zu delegitimieren und inländische Kritiker ruhig zu stellen, indem er eine Alternative im Land verfügbar machte.²⁴⁴ Gleichzeitig diente es als Mittel, um durch eine Suche nach Ursachen und Verursachern der Jugoslawienkonflikte die Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen bei anderen zu suchen. Serbische Täter konnten auf dieser Basis als Opfer dargestellt beziehungsweise die Anwendung von Gewalt gerechtfertigt und vernünftig begründet werden.

Auf nationaler Ebene blieben Kriegsverbrechen bis 2003 weitgehend unbearbeitet. Einem Untersuchungsbericht der OSZE zufolge wurden in der Bundesrepublik Jugoslawien von 1996 bis 2003 lediglich Ermittlungen in neun Fällen wegen des Verdachts auf Kriegsverbrechen eingeleitet.²⁴⁵ Auffällig sei, dass die Verwicklungen des Staates und der Sicherheitsorgane und die Untersuchung von Befehlsketten bei der Strafverfolgung unbetrachtet blieben. Auch die Unabhängigkeit und Rechtsstaatlichkeit der Gerichte sei aufgrund ausgebliebener Reformen im Justizwesen des Landes nicht garantiert. Bei den näher betrachteten Fällen konstatierten die Analysten Unzulänglichkeiten im Verfahren.

Erst in den Nachwehen des Attentats auf Premierminister Đinđić und dessen Untersuchung beschloss das serbische Parlament die Einrichtung von spezialisierten Gerichtskammern für besondere Straftaten – einerseits ein Sondergericht zur Ermittlung des Attentats und eine Kammer für organisierte Kriminalität und andererseits eine Kammer für Kriegsverbrechen.²⁴⁶ Mit dem »Gesetz zur Organisation und Zuständigkeit der Behörden für strafrechtliche Verfolgung von Kriegs-

243 J. Subotić: *Hijacked Justice*, S. 52.

244 Vgl. M. Fischer: *Friedens- und Versöhnungsprozesse*.

245 Vgl. OSCE Mission to Serbia and Montenegro: *War Crimes Before Domestic Courts. OSCE Monitoring and Empowering of the Domestic Courts to Deal with War Crimes*, Belgrad: OSCE 2003. Die erwähnten neun Fälle waren: *Žuta osa* am Bezirksgericht Sabač 1996, *Kapitän Petrović et al.* am Militärgericht in Niš, *Orahovač* vor dem Bezirksgericht Požarevac, *Ivan Nikolić* in Prokuplje 2001/2002, *Štrpci* 2002 am Oberen Gericht Bijelo Polje, Montenegro, *Mančić et al.* am Obersten Militärgericht 2002, *Podujevo* erst am Bezirksgericht Prokuplje, dann am Bezirksgericht Belgrad 2007, *Sjeverin* am Bezirksgericht Belgrad 2002 und *Ovčara* am Bezirksgericht Novi Sad 2003.

246 Die Kammer für Kriegsverbrechen ist mit einem gesonderten Staatsanwalt für Kriegsverbrechen, einem eigenen Arrestbereich und einer eigenen Abteilung im Innenministerium zur Ermittlung von Kriegsverbrechen ausgestattet.

verbrechen«²⁴⁷ wurde im Juli des Jahres 2003 eine nationale Institution zur Strafverfolgung von Kriegsverbrechen am Bezirksgericht von Belgrad geschaffen. Die Kammer arbeitet eng mit dem ICTY zusammen, da »kleinere« Fälle an die nationalen Gerichte delegiert werden. Nach Abschluss der Arbeit und des Mandats des ICTY soll dann die Strafverfolgung gegen Kriegsverbrecher ganz von den nationalen Behörden übernommen werden. Die Kammer für Kriegsverbrechen hatte immense Anlaufschwierigkeiten und erhielt in den ersten Monaten und Jahren ihrer Arbeit kaum Unterstützung aus der Politik.

Im Oktober 2003 besuchte ICTY-Chefanklägerin Del Ponte Belgrad. Sie konstatierte, dass die serbische Regierung nur auf den massiven Druck der amerikanischen oder europäischen Konditionalitätspolitik hin kooperiere. Zu diesem Zeitpunkt bestand ihrer Ansicht nach die serbische »Strategie« darin,

»Mladić dem Tribunal auszuliefern, damit es ihm wegen des Völkermords in Bosnien-Herzegowina den Prozess machen konnte, und parallel dazu die bosnische Regierung zu bewegen, ihre Völkermord-Klage vor dem Internationalen Gerichtshof fallenzulassen«²⁴⁸.

Hinsichtlich der Verbesserung der Beziehungen zu den Nachbarländern benutzte der Präsident der Staatsunion Serbien und Montenegro, Svetozar Marović, das Mittel symbolischer Entschuldigungen. Während eines Besuchs seines kroatischen Amtskollegen Stipe Mesić in Belgrad entschuldigte sich der Präsident »für alles Unheil, das Bürger Montenegros oder Serbiens in Kroatien verübt, ange richtet oder jemandem angetan haben«²⁴⁹. Er wolle sich nicht entschuldigen, weil er denke, dass beide Völker schuld seien oder weil es nötig wäre, dass sie sich entschuldigen, sondern um daran zu arbeiten, »dass jeder, der schuldig ist, sich stellt und sich vor dem Gesetz verantwortet«²⁵⁰. Dies sei eine der größten Verpflichtungen der Zusammenarbeit mit dem ICTY. Stipe Mesić bedankte sich für die Geste und erwiderte die Entschuldigung mit ähnlichem Wortlaut. Zwei Mo-

247 Volksversammlung der Republik Serbien: Zakon o organizaciji i nadležnosti državnih organa u postupku protiv učinilaca ratnih zločina [Gesetz über die Organisation und Kompetenzen von Staatsorganen im Verfahren gegen Täter von Kriegsverbrechen], in: Službeni glasnik RS 67 (2003).

248 C. Del Ponte: Im Namen der Anklage.

249 B92: »Marović i Mesić razmenili izvinjenja građanima Hrvatske i SCG« [Marović und Mesić tauschen Entschuldigungen bei den Bürgern Kroatiens und Serbien-Montenegros aus], in: b92.net vom 10.9.2003, http://www.b92.net/info/vesti/index.php?yyyy=2003&mm=09&dd=10&nav_category=11&nav_id=119131 vom 4.4.2013.

250 Ebd.

nate später entschuldigte sich Marović bei einem Besuch in Sarajevo auch mit Blick auf den Bosnienkrieg:

»Ich entschuldige mich für alles Böse und Unglück, das jemand in Bosnien und Herzegowina durch jemanden aus Serbien und Montenegro erlitten hat. Ich sage, dass die Völker im Unrecht sind und nicht die Schuld und das Böse erdulden sollten, das Einzelne verursacht haben.«²⁵¹

Koštunica als serbischer Premierminister

Am 3. März 2004 wurde Vojislav Koštunica, der als einer der größten Kritiker des ICTY gilt, serbischer Premierminister. Seiner Meinung nach sollten serbische Angeklagte sich – wenn überhaupt – nur freiwillig dazu entscheiden, sich vor dem Gericht in Den Haag zu verantworten. Mit einer Zusammenarbeit mit dem ICTY würde man den nationalistischen Kräften im Land in die Hände spielen, dies bedrohe die innenpolitische Stabilität. Koštunica gab vor, einen »legalistischen«²⁵² Reformkurs zu vertreten, mit dem er zwar Đinđić' Politik der West- und EU-Integration fortsetzte, allerdings kam er den Forderungen der seine Regierung tolerierenden SPS nach, was bedeutete, die in Den Haag Inhaftierten zu unterstützen und keine weiteren Auslieferungen zuzulassen. Dementsprechend unkooperativ war die Zusammenarbeit mit dem ICTY 2003/2004.

Ende März 2004 verabschiedete das serbische Parlament das »Gesetz über die Rechte von Angeklagten in Gewahrsam des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien und ihrer Familienangehörigen«,²⁵³ das nicht nur – wie bereits zuvor praktiziert – jenen Angeklagten in Den Haag, die sich

251 Beta: »Marović se u Sarajevu izvinio za zla počinjena BIH«, in: b92.net vom 13.11.2003, http://www.b92.net/info/vesti/index.php?yyyy=2003&mm=11&dd=13&nav&nav_category=11&nav_id=124553 vom 4.4.2013.

252 »Legalism in post-Milosevic Serbia stands for the ideological basis for a practice in which personalized, partial and irresponsible state authority creates the conditions for socio-political insecurity and the routine violation of basic rights. In Serbia, legalists are those who identify themselves as defenders of the legal system in a political context in which the law is corrupted by the practices of illegal behaviour«, N. Dimitrijević: »Serbia after the Criminal Past«, S. 13.

253 Volksversammlung der Republik Serbien: Zakon o pravima optuženog u pritvoru međunarodnog krivičnog tribunala i članova njegove porodice [Gesetz über die Rechte Angeklagter im Arrest des Internationalen Strafgerichtshofs und ihrer Familienmitglieder], in: Službeni glasnik RS 35 (2004).

freiwillig gestellt hatten, Hilfen zusagte, sondern auch auf Angeklagte wie Slobodan Milošević ausgedehnt wurde. Vorgeblich wolle man so die Kooperation mit Den Haag stärken und nicht Kriminelle finanzieren, wie von Seiten der Opposition und von internationalen Akteuren kritisiert wurde. Direkt nach Erlass des Gesetzes wurde zum 30. März 2004 eine US-Finanzhilfe in Höhe von 25 Millionen Dollar eingefroren.²⁵⁴

Gegen die kontraproduktive Haltung der Regierung hinsichtlich der Aufarbeitung von Kriegsverbrechen engagierten sich die Aktivisten des »anderen Serbien«. Eines der größten Projekte im Bildungsbereich war die Rubrik *Hag među nama* (Den Haag unter uns), in der die Tageszeitung *Danas* vom 9. April 2004 bis zum 9. Juni 2005 im wöchentlich Turnus eine Serie von Artikeln veröffentlichte, die sich mit Kriegsverbrechen und dem Umgang mit ihnen befasste. Die Reihe, die aus einer Kooperation zwischen Kandić' Fonds für Völkerrecht und der *Danas* entstand, versammelte Dokumentationen zu Kriegsverbrechen und kontroversen Fragen wie »War Serbien im Krieg?« sowie Artikel von Juristen, Publizisten, Schriftstellern, Historikern und Experten nationaler und internationaler Organisationen, die sich mit Fragen der *transitional justice* beschäftigten. Aus Sicht der Initiatoren aus dem Fonds für Völkerrecht steckte hinter der Serie die Idee, ein Klima zu ermöglichen, in dem sich Fragen der Verantwortung und des Rechts hinsichtlich Kriegsverbrechen als »prioritäre Frage der serbischen Gesellschaft« stellen ließen. Sie seien eine

»Antwort auf das Schweigen und die Leugnung der schrecklichsten Verbrechen, für die serbische Kräfte verantwortlich sind [...] sowie auf die entgegengesetzte offizielle Propaganda, die ständig wiederholt, dass es das Ziel des Haager Tribunals sei, das ganze serbische Volk auf die Anklagebank zu bringen«²⁵⁵.

Die Texte der Rubrik zielten darauf ab, Gerechtigkeit für die Opfer von Kriegsverbrechen einzufordern und sich einer auf die Kriegsverbrechen der anderen Konfliktparteien verweisenden Relativierung von Kriegsverbrechen entgegenzustellen.

254 Grubanović, Saša: »Serbia & Montenegro. Helping and Unhelpful«, in: Transitions online vom 6.4.2004, <http://www.tol.org/client/article/11840-helping-and-unhelpful.html>.

255 Fond za humanitarno pravo (Hg.): Škorpioni. Od zločina do pravde [Die Skorpione. Vom Verbrechen zur Gerechtigkeit] (= Edicija: Dokumenti), Belgrad: Publikum 2007, S. 3.

Auch der Europäische Rat reagierte auf die Haltung der serbischen Regierung, als er erneut Reformprioritäten und politische Kriterien im Rahmen einer europäischen Partnerschaft mit Serbien-Montenegro formulierte. Darin wurden Reformen in den Bereichen Verfassungsrecht, Institutionen, öffentliche Verwaltung, Justiz, Korruptionsbekämpfung, Menschenrechte, Minderheitenschutz, internationale Verpflichtungen und regionale Zusammenarbeit gefordert. Die Einhaltung internationaler Verpflichtungen meinte vor allem die Kooperation mit dem ICTY. Für die Aufarbeitung von Kriegsverbrechen sollte darüber hinaus die angemahnte Reform des Justizwesens zentral sein, die dessen Unabhängigkeit stärken sollte, sowie eine bessere Ausstattung der Gerichte und der zuständigen Staatsanwälte, die Kriegsverbrechen verfolgten. Außerdem forderte der Rat den Ausbau der nachbarschaftlichen Beziehungen in bilateralen Abkommen. Der Reformbedarf sollte erneut regelmäßig überprüft werden.²⁵⁶

Obwohl die Signale der amerikanischen Regierung und des Europäischen Rats eindeutig waren, verfolgte Präsident Koštunica den Kurs der Zugeständnisse an die national orientierte Klientel weiter. Im Juli ernannte er den in der Diplomatie erfahrenen, Milošević-loyalen SPS-Politiker Nebojša Vujović als Sonderbeauftragten für die Beziehungen zum Tribunal. Wirklich sicher, nicht verhaftet und ausgeliefert zu werden, konnten vom ICTY Gesuchte aber nicht sein. Goran Hadžić, der ehemalige Präsident der *Republika Srpska Krajina*, floh in Reaktion auf die Anklageerhebung in Den Haag aus Novi Sad und tauchte unter. Auch nachdem Boris Tadić das seit 2002 vakante Amt des serbischen Präsidenten einnahm, änderte sich zunächst nichts am Verhältnis zum Tribunal.

Diesen Umstand nahm auch die parlamentarische Versammlung des Europäischen Rats im Oktober 2004 zum Anlass für eine erste Resolution bezüglich Serbien und Montenegro. Zwar hob sie die nach dem Attentat auf Đinđić eingeleiteten Reformen als positiv heraus, die Haltung führender Politiker gegenüber und deren Kampagnen gegen das ICTY schätzte sie hingegen als Hindernisse für die Zukunft des politisch volatilen Landes ein. Bezüglich der Kammern für organisiertes Verbrechen und für Kriegsverbrechen rief sie dazu auf, jegliche politische Einmischung in die Prozesse zu unterlassen. Hinsichtlich der Verpflichtungen gegenüber dem ICTY forderte die parlamentarische Versammlung zur

256 European Council: Council Decision of 14 June 2004 on the principles, priorities and conditions contained in the European Partnership with Serbia and Montenegro including Kosovo as defined by the United Nations Security Council Resolution 1244 of 10 June 1999, in: Official Journal of the European Union L 227 vom 26.6.2004. 2006 und 2008 wurde die europäische Partnerschaft jeweils erneuert, ohne aber die vom Land geforderten Reformprioritäten weitreichend zu ändern.

sofortigen und bedingungslosen Kooperation auf. Auch auf nationaler Ebene sollte Personen, die man verdächtigte, Kriegsverbrechen begangen zu haben, der Prozess gemacht werden, und insbesondere war die Strafverfolgung gegen die Mörder der über 800 Kosovo-Albaner voranzutreiben, die in Massengräbern in Batajnica und an anderen Stellen auf serbischem Territorium gefunden worden waren. Zudem sollte die Öffentlichkeit in einer Kampagne über die Verbrechen des Milošević-Regimes informiert und die Einstellungen der Politiker gegenüber dem ICTY einem Wandel unterzogen werden.²⁵⁷

Im Dezember 2004 attestierte ICTY-Chefanklägerin Del Ponte Serbien in ihrem Bericht an den UN-Sicherheitsrat eine Verschlechterung der Zusammenarbeit. Statt die Zusammenarbeit mit dem Tribunal zu verbessern, wurde der Präsident des Landes erneut mit Symbolpolitik aktiv. Weniger als ein halbes Jahr nach seinem Amtsantritt entschuldigte er sich während eines Staatsbesuchs in Sarajevo:

»Ich entschuldige mich bei allen, gegen die ein Verbrechen im Namen des serbischen Volks verübt wurde, aber diese hat nicht das serbische Volk begangen, sondern Verbrecher und Einzelne. Es ist unmöglich, ein ganzes Volk anzuklagen. Die gleichen Verbrechen wurden auch gegen unser Volk ausgeführt und in diesem Sinn schulden wir uns alle eine Entschuldigung. Falls ich der Erste sein muss, der beginnt – bitte, hier bin ich. Um Vertrauen herzustellen, ist es für mich entscheidend, dass alle Verbrecher sich für die Verbrechen verantworten, dass es keinen einseitigen Ansatz den Verbrechen gegenüber gibt und dass es keine Protektion gibt, wenn Verbrechen gegen Bosniaken, Kroaten oder Serben zur Debatte stehen.«²⁵⁸

Die Reaktionen in Belgrad fielen gemischt aus. Während ein Vertreter der DSS sagte, Worte seien weniger wichtig als Taten, äußerte ein SPS-Abgeordneter Unverständnis über die Frage, warum sich die Serben für Verbrechen entschuldigen müssten, die auf dem Gebiet Bosnien-Herzegowinas begangen worden waren. Tomislav Nikolić von der Radikalen Partei kritisierte die Entschuldigung des Präsidenten, da unklar sei, für wen er spreche und wovon: »Im Namen wel-

257 Parliamentary Assembly of the Council of Europe: Functioning of Democratic Institutions in Serbia and Montenegro, Resolution Nr. 1397 vom 5.10.2004.

258 B92: »Tadić: Svi dugujemo izvinjenje« [Tadić: Alle schulden eine Entschuldigung], in: b92.net vom 6.12.2004, http://www.b92.net/info/vesti/index.php?yyyy=2004&mm=12&dd=06&nav_category=11&nav_id=157274 vom 21.2.2013.

ches Serben hat sich Tadić entschuldigt und welcher Serbe hat Kriegsverbrechen begangen?»²⁵⁹

Aufgrund der ausbleibenden Kooperation mit dem ICTY erklärte der amerikanische Außenminister im Januar 2005, dass Serbien die vom US-Kongress aufgestellten Bedingungen nicht erfülle; der amerikanische Botschafter in Serbien kündigte an, bereits gewährte Hilfsmittel würden gestrichen und technische Berater abgezogen. Schließlich froren die USA Finanzhilfen in Höhe von 40 Millionen Dollar ein. Auch die EU erklärte nun die Kooperation mit dem ICTY zur höchsten Priorität in den Beziehungen mit Serbien, indem EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn signalisierte, Belgrads Verweigerungshaltung sei ein Hindernis für Serbien auf dem Weg in die EU.

Auf diese konzertierten Maßnahmen reagierte die Regierung Koštunica mit der Strategie der »freiwilligen Auslieferung«, einer Politik, die schon der kroatische Premierminister Sanader praktizierte.²⁶⁰ Den vom ICTY Angeklagten wurde Straffreiheit nach ihrer Rückkehr nach Serbien zugesagt, wenn sie sich im Gegenzug freiwillig dem ICTY stellten. Durch öffentlichen, moralischen Druck in den Medien und auch der serbisch-orthodoxen Kirche wurden sie zur Selbstauslieferung gedrängt. Zudem lockte der Staat Familienangehörige mit finanzieller Unterstützung.²⁶¹ Die Selbstauslieferung wurde zu einem Opfer für das Vorwärtskommen Serbiens, die Auslieferungen als Bedingung der internationalen Gemeinschaft hierfür dargestellt.²⁶² Die Inhalte der Anklagen wurden nicht thematisiert. Die Regierung und die Kirche konnte die für die Erfüllung von Konditionalitäten erforderliche Kooperation diskursiv so transformieren, dass es für die Angeklagten zu einer patriotischen Pflicht wurde, sich selbst auszuliefern. Dieser Akt der Selbstopferung ermöglichte ein Deutungsmuster, nach dem angeklagte serbische »Kriegshelden« sich nun erneut für das Kollektiv hingaben und somit zu einer Art Märtyrer der eigenen ethnischen Gruppe wurden. Die eigentliche Intention des Tribunals oder eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit aus moralischen Gründen wurde nicht thematisiert.

Kurz vor der Machbarkeitsstudie für die Aufnahme von Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen der Europäischen Kommission konnten durch die Politik der freiwilligen Auslieferung bis April 2005 sogar 14 (!) Namen auf den Fahndungslisten des ICTY als freiwillig gestellt verzeichnet

259 Ebd.

260 V. Peskin: *International Justice*, S. 84.

261 Vgl. Volksversammlung der Republik Serbien: *Zakon o pravima optuženog*.

262 Vgl. V. Peskin: *International Justice*, S. 84.

werden.²⁶³ Auf dieser Grundlage fiel die Machbarkeitsstudie positiv aus und Verhandlungen stand nun nichts mehr im Wege. Die Kommission bewertete die Zusammenarbeit mit dem ICTY aber durchaus kritisch. So bezog sie sich auf den negativen Bericht der Chefanklägerin im Vorjahr. Zwar räumte sie ein, dass der Nationale Rat die Zusammenarbeit mit dem ICTY bessere koordinierte, stellte aber fest, dass dessen Beschlüsse von Personen in den Behörden oder in der Armee obstruiert würden. Trotz der freiwilligen Selbstausslieferung sei noch eine große Anzahl gesuchter Personen in Freiheit, weshalb die Regierung Maßnahmen ergreifen müsse. Die nationalen Gerichte würden gut mit dem ICTY zusammenarbeiten, auch wenn es noch an Kapazitäten mangle. Die Kommission gab allerdings weiterhin zu bedenken, dass »the overall political climate is such that there is no guarantee that any high profile war crimes trials could be conducted in a fair and transparent manner«²⁶⁴.

Debatte über eine Deklaration zur Verurteilung Srebrenicas

Der bevorstehende 10. Jahrestag des Massakers von Srebrenica triggerte eine Mobilisierung von serbischen zivilgesellschaftlichen Akteuren, die für bestimmte Formen der Vergangenheitsaufarbeitung stehen und unterschiedliche Interessen verfolgten. Das Helsinki-Komitee, das *Komitet pravnika za ljudka prava* (Anwaltskomitee für Menschenrechte), der Belgrader Kreis, die Frauen in Schwarz, die Initiative Junger für Menschenrechte, die Bürgerliche Initiative, das Zentrum für kulturelle Dekontamination und der Fonds für Völkerrecht setzten sich für eine Verurteilung des Kriegsverbrechens von offizieller Seite ein. Sie veröffentlichten Ende April einen offenen Brief an Präsident Tadić und Premierminister Koštunica, den sie darüber hinaus an die Botschaften der USA, Kanadas, Russlands, an das Büro des Europarates und an die Delegationen der EU sandten. Wenige Wochen darauf fand an der Belgrader Rechtsfakultät anlässlich des 10. Jahrestags der »Befreiung« von Srebrenica eine vom studentischen, reli-

263 Freiwillig lieferten sich aus: Dragomir Milošević, Vladimir Lazarević, Milan Gvero, Radivoje Miletić, Momčilo Perišić, Mićo Stanišić, Gojko Janković, Vinko Pandurević, Ljubomir Borovčanin, Sreten Lukić, Vujadin Popović und Nebojša Pavković.

264 European Commission: Report on the Preparedness of Serbia and Montenegro to negotiate a Stabilisation and Association Agreement with the European Union. Commission Staff Working paper, EU-Dok. SEC (2005) 478 final vom 12.4.2005, S. 11.

giös-nationalistischen Verein *Nomokanon*²⁶⁵ veranstaltete Podiumsdiskussion statt, die nach ersten Protesten in »Die Wahrheit über Srebrenica« umbenannt wurde. Auf dem Podium saßen der pensionierte General Radovan Radinović, die Journalistin Liljana Bulatović, Milivoje Ivanišević vom Zentrum für die Erforschung der Verbrechen am serbischen Volk sowie der Rechtsanwalt Dragoslav Ognjanović, der dem Verteidigerteam von Slobodan Milošević angehörte. Bei der Diskussion trafen die Organisatoren und protestierende Gegner der Veranstaltung aufeinander, aufgrund der vielfachen Leugnungen des Verbrechens wurde die Veranstaltung zu einem Eklat und Politikum. In der Folge äußerten sich ungewöhnlich viele Akteure öffentlich. Vertreter des NGO-Sektors verurteilten die Leugnung von Srebrenica, Professoren und der Dekan der Rechtsfakultät distanzieren sich von der Veranstaltung. Die Organisatoren von *Nomokanon* rechtfertigten sich damit, dass die Podiumsdiskussion eine akademische Konferenz gewesen sei, und verwiesen auf die akademische Freiheit. Auch Präsident Tadić verteidigte die Veranstaltung mit der Meinungsfreiheit, woran sich eine Debatte über die Frage anschloss, ob die akademische Freiheit und die Meinungsfreiheit der Leugnung von Kriegsverbrechen Vorschub leisteten.

Nur wenige Tage später veranstaltete das Zentrum für Antikriegsaktion im Zentrum für kulturelle Dekontamination die Podiumsdiskussion »Unser Verhältnis zu Srebrenica«. Hier saßen mit Nataša Kandić, Milan St. Protić, Žarko Korać, Vladimir Beba Popović und Vesna Pešić Vertreter des NGO-Sektors und liberale, reformunterstützende Politiker auf dem Podium. Nataša Kandić identifizierte die JNA, die Organe der Staatssicherheit und paramilitärische Einheiten als Schuldige für das Massaker und betonte damit die serbische Verantwortung. Die Parlamentsabgeordneten Nataša Minčić (GSS) und Žarko Korać (SDU) kündigten an, einen Vorschlag für eine Resolution zur Verurteilung von Srebrenica ins Parlament einzubringen, die von acht NGOs verfasst und von 50 NGOs unterstützt worden war. Auch die Internationale Helsinki-Föderation für Menschenrechte, die Europäische Bewegung in Serbien und die *Igmanska Inicijativa*, eine Schirmorganisation von NGO-Vertretern, Politik- und Wirtschaftsanalysten, Medien und Regierungsvertretern, riefen zu einer Unterstützung der Deklaration auf.

Am 1. Juni 2005 strahlten die serbischen Fernsehsender *B92* und *RTS* das sogenannte *Škorpioni*-Video aus, nachdem es kurz zuvor im Rahmen einer Ver-

265 *Nomokanon* bezeichnet in der Orthodoxie eine spezielle Art der Rechtskodifizierung, die aus dem Staatskirchenrecht (*nomos*) und dem Synodalrecht (*kanon*) besteht. Die Studentenorganisation bezieht sich auf die Lehre des im 12. Jahrhundert verstorbenen serbischen Heiligen Sava.

handlung in Den Haag gezeigt wurde. Es war Nataša Kandić zugespielt worden, die das Video an das ICTY weitergeleitet hatte.²⁶⁶ Der kurze Ausschnitt, der im serbischen Fernsehen zu sehen war, zeigte die Minuten vor der Erschießung sechs bosnischer Muslime durch serbische Paramilitärs in der Nähe von Srebrenica im Juli 1995. Die Einheit der »Skorpione« bestand aus serbischen Staatsbürgern und unterstand nach Informationen des ICTY dem serbischen Innenministerium. Das Video sorgte für Furore und wurde in sämtlichen Medien tagelang breit thematisiert und diskutiert.²⁶⁷ Erstmals wurde der breiten Öffentlichkeit in Serbien deutlich, dass serbische Staatsbürger an Kriegsverbrechen beteiligt waren und dass man nicht mit der Behauptung, auf dem Territorium des serbischen Staates habe kein Krieg stattgefunden, auf andere Tätergruppen verweisen konnte. Zum Zeitpunkt der Ausstrahlung in Serbien war auch Carla Del Ponte in Belgrad, die die Erwartung formulierte, dass Ratko Mladić bis zum 11. Juli verhaftet würde. Noch am Tag der Sendung des Videos kündigte der Sonderbeauftragte für die Kooperation mit dem ICTY, Rasim Ljajić, an, dass das Verbrechen, das von Einzelnen begangen worden sei, von der Staatsanwaltschaft der nationalen Kammer für Kriegsverbrechen am Bezirksgericht Belgrad untersucht werden würde. Bereits am nächsten Tag wurde verkündet, dass zehn Mitglieder der Skorpione verhaftet worden seien. Nach einigen Tagen lautete das von Politik und Medien offiziell kommunizierte Deutungsmuster über das Video, dass diese Verbrechen als »individual crimes of obviously deranged individuals«²⁶⁸ zu werten sei. Die Verstrickungen der Skorpione mit Staatsorganen, die Befehls- und Entscheidungsstrukturen hinter dem Verbrechen thematisierten die Offiziellen nicht. Nachdem die Frage der Strafverfolgung geregelt schien, ebte das mediale Interesse schnell ab, ohne dass ein nachhaltiger öffentlicher Diskurs über die Frage der serbischen Kriegsverbrechen geführt wurde, wie Vertreter von NGOs gehofft hatten.

Noch immer stand die Frage einer serbischen Deklaration aus, die nach der Veröffentlichung des Videos von allen politischen Kräften aufgenommen wurde. Der serbische Außenminister Drašković deutete die Erschießungen durch die Skorpione patriotisch um, statt Verbrechen gegen die muslimische Bevölkerung seien dies auch Verbrechen gegen das serbische und montenegrinische Volk gewesen. Repräsentanten der amerikanischen Botschaft drohten wegen der mangelnden Kooperation Serbiens mit dem ICTY einen negativen Bericht über Serbien im US-Kongress an. Zudem gab Rasim Ljajić, Minister für Minderheiten

266 Vgl. Fond za humanitarno pravo: Škorpioni, S. 7 ff.

267 Ebd.

268 J. Subotić: *Hijacked Justice*, S. 63.

und Vorsitzender des Rats für die Zusammenarbeit mit dem ICTY, bekannt, dass der US-Kongress eine Resolution zu verabschieden beabsichtige, in welcher der Völkermord von Srebrenica verurteilt und der 11. Juli als Gedenktag eingerichtet werden soll.²⁶⁹ Er mutmaßte nach einem mehrtägigen Besuch in Washington zudem öffentlich, dass der vom Kongress vorbereitete Bericht »über uns« nach dem Fall der Skorpione ohnehin negativ ausfallen werde, da seine Glaubwürdigkeit und die Serbien-Montenegros durch das Video und die Berichterstattung darüber in Frage gestellt worden sei.²⁷⁰ Der Staat dürfe sich nicht weiter nur verteidigen, sondern müsse nun schnell und entschlossen reagieren:

»Es ist besser anzuerkennen, dass sich das Verbrechen ereignet hat. Dieses Verbrechen haben Serbien und Montenegro nicht als Staat begangen, die Schuld muss man individualisieren, die Schuldigen müssen vor Gericht, müssen sich verantworten, und ich denke, das ist vor allem im Interesse Serbiens und Montenegros. Im Gegenteil, wir werden als Staat, der nicht bereit ist, sich mit seiner jüngsten Vergangenheit auseinanderzusetzen, ständigem Druck ausgesetzt sein.«²⁷¹

Weiterhin versicherte Ljajić, es werde eine Ministerratserklärung geben, falls keine adäquate und entschiedene Reaktion der Regierung und der ganzen Öffentlichkeit zustande käme, um Srebrenica zu verurteilen.²⁷²

Die Frage, ob es eine Deklaration über Srebrenica geben solle, entfachte zwischen den im Parlament vertretenen Parteien eine Kontroverse, die von großer Polemik geprägt war. Breit wurde diskutiert, ob eine solche Deklaration den Interessen Serbiens und dem Land schade. In der nationalen Öffentlichkeit, aber auch im Ausland, entstand so zwangsläufig der Eindruck von mangelnder Kons-

269 Der Hinweis darauf kam von Rasim Ljajić, vgl. Anastasijević, Dejan: »Srebrenica za početnike« [Srebrenica für Anfänger], in: *Vreme* vom 2.6.2005, S. 18. Daraus gingen hervor: United States Senate: A Resolution Expressing the Sense of the Senate Regarding the Massacre at Srebrenica in July 1995, S.Res. 134 vom 22.6.2005, sowie United States House of Representatives: Expressing the Sense of the House of Representatives Regarding the Massacre at Srebrenica in July 1995, HRES 199 EH vom 27.6.2005.

270 O. V.: »Rasim Ljajić«, in: *Blic* vom 3.6.2005, S. 5.

271 O. V.: »Srbija hapsi ubice iz »Škorpiona«. Srebrenica, deset godina posle: součavanje sa zločinom« [Serbien verhaftet die Mörder der »Skorpione«. Srebrenica, zehn Jahre danach: Auseinandersetzung mit dem Verbrechen], in: *Dnevnik* vom 3.6.2005, S. 14.

272 Preneto: »Ameri zgroženi« [Amerika angewidert], in: *Kurir* vom 3.6.2005, S. 4.

truktivität und Ernsthaftigkeit im Umgang mit Kriegsverbrechen, die einen anderen politischen Modus hätte erwarten lassen, wie eine kollektive Verurteilung durch alle politischen Kräfte. Nachdem zunächst alle Fraktionen des Parlaments signalisiert hatten, sie würden Srebrenica verurteilen, wurde schnell deutlich, dass die vorgeschlagene Resolution der NGOs aus vorgeschobenen formalen Gründen nicht übertragen werden sollte und nicht von allen Fraktionen mitgetragen wurde. Zwischen den Fraktionen entwickelten sich Konflikte um den konkreten Inhalt einer Resolution, da sie die Verurteilung Srebrenicas zum Anlass nahmen, um im Allgemeinen die Frage der »Wahrheit« über die Kriege, des Umgangs mit Kriegsverbrechen und der Verantwortung zu thematisieren. Während die nationalistischen Kräfte auf der serbischen Opferposition beharrten, räumten reformorientierte Fraktionen eine Verantwortung von serbischen Staatsbürgern und des serbischen Staats unter Milošević ein. Allen gemeinsam war eine Distanzierung von dem Verbrechen. DS, *Srpski Pokret Obnove* (Serbische Erneuerungsbewegung, SPO) und Sozialdemokraten strebten eine Verurteilung Srebrenicas in einer gesonderten Resolution an, während sich SRS, SPS und DSS dagegen stellten und eine gemeinsame Verurteilung aller Kriegsverbrechen forderten. Während der polemischen Auseinandersetzung der Parteien positionierten sich auch andere gesellschaftliche Akteure.

Nach tagelangem Schweigen äußerte sich die serbisch-orthodoxe Kirche in einer Pressemitteilung zu dem im Skorpion-Video gezeigten Pater Gavriilo, der die Täter gesegnet hatte. Unter dem Titel »Herr, lass es nicht wieder geschehen!« verurteilte sie die Erschießungen, bewertete das Verhalten der Täter als beschämend und zivilisierten Menschen unwürdig und drückte ihre Anteilnahme am Leiden der unschuldigen Zivilisten aus. Pater Gavriilo nahm sie hingegen in Schutz, indem sie auf den getrennten Charakter von Segnung und Erschießung hinwies und anführte, dass es »wirklich nicht leicht ist, abzuschätzen oder im Voraus zu beurteilen, was nach einem gemeinsamen Gebet geschieht, vor dem Aufbruch der Soldaten auf das Schlachtfeld«²⁷³. Die Kirche erklärte, sie sei bereit, alles Nötige zu tun, damit sich eine solche Szene nicht wiederhole, und rief weiterhin dazu auf, die Schuldzuweisungen zu unterlassen.²⁷⁴

Die Jugend der DS protestierte in Reaktion auf die parteipolitische Auseinandersetzung gegen die Relativierung von Kriegsverbrechen und der Fonds für Völkerrecht veranstaltete gemeinsam mit dem Belgrader Büro des ICTY im *Sa-*

273 O. V.: »SPC osudila zločin Škorpionca« [Serbisch-orthodoxe Kirche verurteilt das Verbrechen der Skorpione], in: Glas Javnosti vom 11.6.2005, S. 2.

274 Tašić, Jelena: »Gospode, ne ponovilo se« [Herr, lass es nicht wieder geschehen!], in: Danas vom 11.6.2005, S. 4.

va Centar die große Konferenz *Srebrenica – izvan osnovane sumnje* (Srebrenica – ohne grundlegende Zweifel),²⁷⁵ die einen Dialog verschiedener Seiten ermöglichte. Neben den Organisatoren, Nataša Kandić und Alseksandra Milenov, sprachen Mirsad Tokać vom *Istraživački-dokumentacioni centar* (Forschungs-Dokumentationszentrum) in Sarajevo, das die Arbeit der Kommission zur Sammlung von Daten über Kriegsverbrechen der Präsidentschaft Bosnien-Herzegowinas seit 2004 als NGO fortsetzt, der Journalist Emir Suljagić, der als Dolmetscher für die Blauhelmsoldaten Srebrenica überlebte, die serbische Landwirtschaftsministerin Ivana Dulić-Marković, die als Bürgerin Serbiens sprach, der Politiker und Historiker Milan St. Protić, Behara Husanović als Zeugin und direkt vom Massaker Betroffene, die drei Familienmitglieder verlor, sowie Amor Mašović von der Stiftung für ein Gedenkzentrum in Srebrenica-Potočari.

Auch das nationalistische Lager organisierte sich. Erste Anzeichen waren Graffiti in der Innenstadt Belgrads mit den Slogans »Befreites Srebrenica« und »Skorpione – serbische Helden«, das *Sava Centar* wurde vor der Konferenz »Srebrenica – Ohne grundlegenden Zweifel« mit Graffiti besprüht, die Ratko Mladić ehrten, ähnliche Graffiti tauchten gemeinsam mit faschistischen Symbolen auch in Niš auf.²⁷⁶ Nationalistische Positionen wurden vor allem von Personen aus der *Republika Srpska* geäußert und von Opferverbänden vertreten. Slavko Jovičić, der stellvertretende Vorsitzende des Koordinationszentrums von elf NGOs aus der *Republika Srpska*, beschrieb die Konferenz im *Sava Centar* als einseitig, man habe nur die eine, antiserbische Wahrheit gehört, auch sei keine Organisation aus der *Republika Srpska* eingeladen worden. Es gäbe keine kleinen und keine großen Verbrechen, Verbrechen sei Verbrechen:

»Bei Verbrechen gibt es keinen Kompromiss, sie passieren oder sie passieren nicht, und wie bekannt ist, sind sie in Bosnien-Herzegowina auf allen Seiten passiert. Mit einem selektiven Zugang und der Herstellung von Lügen, wie man sie in Belgrad hörte, wird nie die Wahrheit herausgefunden, die die einzige Voraussetzung für eine Versöhnung der Völker in Bosnien-Herzegowina ist. Bei den Organisatoren und Teilnehmern an der Kon-

275 Vgl. Torov, Ivan: »Zatrpavani zločini. Između dve nedelje« [Verschüttete Verbrechen. Zwischen zwei Sonntagen], in: *Politika* vom 12.6.2005, S. A8; Tončić, Bojan: »Dok predsednik Tadić ne prizna zločin ne možemo dalje. Konferencija »Srebrenica: Van osnovane sumnje« [Solange Präsident Tadić das Verbrechen nicht anerkennt, können wir nicht weiter. Konferenz »Srebrenica: Ohne grundlegende Zweifel«], in: *Danas* vom 13.6.2005, S. 4.

276 Vgl. ebd.

ferenz handelt es sich um eine antiserbische Lobby, die aus dem serbischen Volk Unglückliche machen.«²⁷⁷

Weit diplomatischer war der Präsident der *Republika Srpska*, Dragan Čavić, einige Tage zuvor, als er das Verbrechen der Skorpione verurteilte. Er interpretierte Kriegsverbrechen als Verbrechen gegen das eigene Volk. So habe, wer ein Verbrechen im Namen seines Volkes begangen habe, ein Verbrechen gegen sein Volk begangen. Mehr als 20.000 Serben hätten ihr Leben im Kampf für ihr Volk verloren, aber die Verbrecher hätten ihr Gesicht verloren, da sie es nicht erwarten könnten, dass das ganze serbische Volk wegen ihnen leide. Allerdings könnten nur die Serben die Wahrheit darüber herausfinden, was sich während des Krieges ereignet habe, ohne Rücksicht darauf, wie hässlich diese Wahrheit sei.²⁷⁸ Damit kritisierte er implizit die Wahrheitsfindung durch das ICTY.

Der *Odbor porodica žrtava rata* (Rat der Familien von Kriegsoffern) und der *Savez logoraša i boračkih organizacija* (Bund der Lagerinsassen und Veteranenorganisationen) veröffentlichten gemeinsam mit dem Zentrum für die Erforschung der Verbrechen am serbischen Volk einen Artikel mit der Aussage, dass auf dem Gebiet um Srebrenica von 1992 bis 1995 3277 Serben »gelitten haben«, also getötet wurden.²⁷⁹

Gerade die national orientierten Parteien nahmen Argumente aus der *Republika Srpska* und der Opfergruppen auf. Die SRS ging sogar noch einen Schritt weiter und sagte, man müsse alle Verbrechen gleichermaßen verurteilen, um mit der offenen antiserbischen Hysterie und den Beschuldigungen auf Kosten des serbischen Volkes und des serbischen Staats zu brechen. Heute sei völlig klar, dass viele in und außerhalb Serbiens um jeden Preis die Schuld für alle Verbrechen Serbien zur Last legten, seiner damaligen politischen Führung, aber auch des serbischen Volkes in Serbien, der *Republika Srpska* und der *Republika Srpska Krajina*. Die Anschuldigungen gegen Serbien und das serbische Volk hielten den Kampagnen zur Aufhebung der *Republika Srpska* und der Auslösung des Kosovo aus Serbien.²⁸⁰

277 O. V.: »Čula se samo antisrpska istina« [Man hört nur die antiserbische Wahrheit], in: Glas Javnosti vom 13.6.2005, S. 2.

278 O.V.: »Dragan Čavić osudio zločin« [Dragan Čavić verurteilt Verbrechen], in: Glas Javnosti vom 11.6.2005, S. 4.

279 O. V.: »Ubijeno 3277 Srba!« [3277 Serben getötet!], in: Večernje Novosti vom 13.6.2005, S. 7.

280 Preneto: »SRS: Antisrpska histerija« [SRS: Antiserbische Hysterie], in: Politika vom 12.6.2005, S. A7.

Bojan Kostreš von der Liberaldemokratischen Partei der Vojvodina kündigte eine Resolution im Regionalparlament der Vojvodina an, falls es keine Deklaration auf Landesebene geben sollte. Auch die Resolution in der Vojvodina sollte später scheitern.²⁸¹ Journalisten schürten mit Blick auf das noch ausstehende Urteil des Internationalen Gerichtshofs Angst vor Reparationszahlungen.²⁸²

Schließlich kam keine gemeinsame Deklaration zustande, da sich die Fraktionen nicht auf einen gemeinsamen Text einigen konnten. Die Folge war wie Obrad Savić treffend formulierte eine »bizarre hyperinflation of declarations«²⁸³: Alle Fraktionen verfassten eigene Deklarationen, die jeweils die eigene Lesart zu Srebrenica und den Jugoslawienkriegen widerspiegelten und auf die an anderer Stelle ausführlich eingegangen wird.

In Reaktion auf das Scheitern eines gemeinsamen serbischen Papiers aller Fraktionen kündigte die montenegrinische Regierung eine eigene Deklaration an für etwas, das sie nicht begangen hätten, aber auch sie seien Teil der Kriegsmaschinerie Milošević' gewesen und müssten andere Verbrechen aufarbeiten.²⁸⁴ Schließlich verurteilte, wie von Ljajić zugesagt wurde, der Ministerrat von Serbien-Montenegro Srebrenica auf das Schärfste. Die SPS kritisierte, diese Erklärung des Ministerrats habe gegen die Interessen der Staatenunion verstoßen.²⁸⁵

Nach knapp zwei Wochen intensiver Diskussion flaute die Debatte über Srebrenica ab, die Medien reflektierten konkrete Ereignisse und die Frage, ob Präsident Tadić zur Gedenkfeier nach Srebrenica fahren soll, in deutlich kleinerem Umfang. Die DS veranstaltete eine Podiumsdiskussion unter dem Titel »10 Jahre danach – Wir verlangen Verantwortung«. Sie bekräftigte, dass es eine Deklaration geben müsse, um die Diskontinuität mit dem Milošević-Regime zu mar-

281 O. V.: »Ako neće Srbija hoće Vojvodina. Bojan Kostreš o Deklaraciji o Srebrenici« [Wenn nicht Serbien, will die Vojvodina. Bojan Kostreš über die Deklaration über Srebrenica], in: Večernje Novosti vom 10.6.2005, S. 4.

282 Vgl. Smajlović, Liljana: »Srebrenica kao sudbina« [Srebrenica als Schicksal], in: NIN vom 2.6.2005, S. 16.

283 Savić, Obrad: »Srebrenica. Between Denial and Recognition«, in: Eurozine vom 8.7.2005, <http://www.eurozine.com/articles/2005-07-08-savic-en.html> vom 26.5.2010.

284 Preneto: »Izvinjenje i Podgorice« [Entschuldigung auch aus Podgorica], in: Večernje Novosti vom 15.6.2005, S. 15.

285 Preneto: »Šteti državnim interesima. SPS protiv izjave Saveta ministara« [Schadet staatlichen Interessen. SPS gegen die Äußerung des Ministerrats], in: Politika vom 17.6.2005, S. A5.

kieren, und dass Präsident Tadić nach Srebrenica fahren würde.²⁸⁶ Gleichzeitig äußerte der serbische Innenminister Dragan Jočić, dass die Skorpione in keiner Verbindung zum Innenministerium gestanden hätten, und manifestierte damit für die Öffentlichkeit, dass es keine staatliche Verwicklung in das Kriegsverbrechen gab.²⁸⁷

Wenige Tage vor dem Jahrestag des Massakers veranstaltete die SRS ein öffentliches Meeting unter dem Titel *Istina* (Wahrheit). Über 5000 Besucher, unter ihnen auch viele Politiker und hochrangige Personen des öffentlichen Lebens wie Patriarch Pavle, hörten eine Rede des stellvertretenden Parteivorsitzenden Tomislav Nikolić, bevor sie den Film *Istina* sahen, der mit einer Kompilation von Kriegsverbrechen gegen Serben auf dem Territorium des ganzen ehemaligen Jugoslawien ein Gegennarrativ zum »Versuch der Satanisierung der Serben«²⁸⁸ zeigen sollte. Ebenfalls mit den visuellen Mitteln der Konfrontation mit Kriegsverbrechen arbeitete die Initiative Junger für Menschenrechte, die in Belgrad, Novi Sad, Čačak und Niš vierzig große Werbetafeln mit Fotos aus Srebrenica beklebte. Die Plakate bildeten zumeist Gräber und exhumierte Leichen ab und waren mit der Aufschrift *Srebrenica 1995-2005. Da vidiš, da znaš, da pamtiš.* (Srebrenica 1995-2005. Dass du es siehst, es weißt, es dir merkst.) versehen. Innerhalb von drei Tagen wurden sämtliche Tafeln in Belgrad zerstört.²⁸⁹ Erst kurz vor dem Jahrestag verurteilte die serbische Regierung in *einer* Erklärung die Massenverbrechen sowohl in Srebrenica als auch in Bratunac. Es sei von größter Wichtigkeit, bei der Verurteilung von Kriegsverbrechen keinen Unterschied zwischen unschuldigen Opfern auf Grundlage ihrer Nationalität oder ihres Glaubens zu machen. Weiterhin rief sie zur Aufklärung und Strafverfolgung aller Kriegsverbrechen auf und betonte das besondere Interesse des serbischen Volkes daran.²⁹⁰

286 Jasmina Čolak: »Mnoge patriote pokazaće se kao zločinci« [Viele Patrioten werden sich als Verbrecher herausstellen], in: *Danas* vom 18.6.2005, S. 7.

287 Zveržhanovski, Ivan: »Watching War Crimes. The Srebrenica Video and the Serbian Attitudes to the 1995 Srebrenica Massacre«, in: *Southeast European and Black Sea Studies* 7 (2007) 3, S. 417-430, hier S. 427.

288 Kostić, Slobodan: »Zaboravljeno vojvodstvo. Film Srpske radikalne stranke« [Vergessenes Herzogtum. Film der Serbischen Radikalen Partei], in: *Vreme* vom 13.7.2005, <http://www.vreme.com/cms/view.php?id=421886> vom 12.7.2013

289 Nosov, Andrej (Hg.): *Srbija i Srebrenica 1995-2005. Serbia and Srebrenica 1995-2005*, Belgrad: Inicijativa mladih za ljudska prava 2006.

290 Beta: »Vlada izjednačeno osudila zločine« [Regierung verurteilte Verbrechen ausgleichend], in: *b92.net* vom 7.7.2005, http://www.b92.net/info/vesti/index.php?yyyy=2005&mm=07&dd=07&nav_category=11&nav_id=172193 vom 25.8.2011.

2005 wohnte Präsident Tadić erstmals den Gedenkfeierlichkeiten an das Massaker von Srebrenica bei, was sowohl in der serbischen als auch in der bosniakischen Öffentlichkeit hoch umstritten war. Nach der durch das *Škorpioni*-Video ausgelösten öffentlichen Aufmerksamkeit im Vorlauf des 10. Jahrestags des Massakers, das eindeutig die Beteiligung von serbischen Staatsbürgern an Erschießungen zeigte, bestand Tadić auf dem Besuch in Srebrenica und begründete dies in einer Pressemitteilung:

»Ich gehe nach Srebrenica, um den unschuldigen Opfern des Verbrechens, das sich dort ereignet hat, Respekt zu erweisen. Ich gehe, damit ich als Präsident Serbiens zeige, wie sich Serbien gegenüber am bosniakischen Volk begangenen Kriegsverbrechen verhält. Der erste Grund ist menschlich und muss nicht weiter erklärt werden. Der zweite Grund sind die Bürger Serbiens. Wir haben nicht hinter den Verbrechen gestanden. Wir müssen Distanz wahren zwischen Bürgern und Verbrechern. Davon hängt die Zukunft Serbiens ab. Der dritte Grund ist die Notwendigkeit der Wiederherstellung von vollem Vertrauen und der Zusammenarbeit zwischen den Ländern in unserer Region. Ich gehe nach Srebrenica, denkend an die regionale Zusammenarbeit und an die Verantwortung für alles, was auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien geschehen ist. Wir müssen den Teufelskreis des Bösen auf dem Balkan durchbrechen. Am serbischen Volk wurden ebenfalls viele Verbrechen begangen. Die Verurteilung auch dieser Verbrechen ist selbstverständlich. Allerdings ist das Verurteilen von Verbrechen, die in unserem Namen an einem anderen Volk begangen wurde, Tugend und Stärke. Darum gehe ich nach Srebrenica.«²⁹¹

Tadić verzichtete darauf, sich auf der Gedenkfeier zu äußern. Sein Sprecher betonte aber gegenüber der Inlandspresse, dass Tadić' Besuch und seine Gespräche mit Medienvertretern über Srebrenica eine eindeutige Botschaft gesendet hätten. Diese solle zeigen und beweisen, dass die Bürger Serbiens nicht hinter den Verbrechen ständen, solle eine Distanz zwischen Verbrechern und Bürgern schaffen und auf diese Weise die Interessen Serbiens verteidigen.²⁹²

Die Begründung, mit dieser Symbolpolitik die Interessen Serbiens zu verteidigen, die Distanzierung von dem Verbrechen und die Reduzierung der Verant-

291 Präsident der Republik Serbien Boris Tadić: *Obraćanje naciji povodom desete godišnjice zločina u Srebrenici* [Ansprache an die Nation anlässlich des zehnten Jahrestags des Verbrechens in Srebrenica], http://www.predsednik.rs/mwc/pic/50/20061224125233/srebrenica_256K_Stream.wmv vom 13.5.2013.

292 B92: »Srebrenica: 10 godina od zločina« [Srebrenica: zehn Jahre seit dem Verbrechen], in: *b92.net* vom 11.7.2005, http://www.b92.net/info/vesti/index.php?yyyy=2005&mm=07&dd=11&nav_category=12&nav_id=172392 vom 21.2.2013.

wortung auf einzelne Schuldige machen die Begrenztheit sowie den ambivalenten Charakter dieser Symbolpolitik deutlich. Dies zeigt auch die Relativierung, die das serbische Parlament vornahm, als es zu Sitzungsbeginn eine Schweigeminute als Zeichen des Respekts für alle Opfer von Skelani, Srebrenica und Bratunac und für die Opfer des terroristischen Angriffes in London abhielt. Am 7. Oktober schließlich erhob die nationale Kammer für Kriegsverbrechen Anklage gegen fünf Mitglieder der Skorpione.

Obwohl mit dem Video eine gewisse Faktizität der Beteiligung von serbischen Staatsbürgern und staatlichen Organen belegt war, zweifelten große Teile der serbischen Gesellschaft weiterhin an der Echtheit des Videos.²⁹³ Allerdings war es ab 2005 zumindest von Seiten offizieller Akteure nicht mehr legitim, das Massaker von Srebrenica zu leugnen. Gleichzeitig mit der Anerkennung des Massakers und der Kriegsverbrechen, die »im Namen des serbischen Volkes« begangen wurden, wurde allerdings die Schuldfrage weiterhin externalisiert, auf ungenannte Akteure abgewälzt und gänzlich individualisiert. Die öffentliche Beschäftigung war mit der einsetzenden juristischen Strafverfolgung einzelner Täter – die allerdings weitgehend als richtig akzeptiert wurde – vorerst beendet. Durch die Betonung des serbischen Opfers und Analogisierungen mit anderen Kriegsverbrechen wurde der serbische Opferdiskurs erneut reaktualisiert. Zugleich relativierte man und distanzierte sich von Kriegsverbrechen, vor allem von Srebrenica. Auch Jelena Subotić schlussfolgerte in ihrer Untersuchung, dass die serbische politische Elite den Diskurs über die Frage des Umgangs mit Srebrenica 2005 nutzte, »to further pursue its ideological agenda, which focused on advancing the narrative of Serbia's victimization, suffering, and unfair international condemnation«²⁹⁴.

Abhängig von externer Bewertung: Erfolg und Krise in der Annäherung an die EU

Trotz der problematischen Debatte über den Umgang mit Srebrenica zeigte sich die Europäische Kommission mit der Symbolpolitik zufrieden und eröffnete, in erster Linie als Ergebnis der positiven Machbarkeitsstudie vom April, am 10. Oktober 2005 die Verhandlungen mit Serbien über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen.²⁹⁵ Javier Solana, der Hohe Vertreter der Gemeinsamen

293 Vgl. I. Zveržhanovski: »Watching War Crimes«, S. 427.

294 J. Subotić: *Hijacked Justice*, S. 66.

295 Das Wechselspiel von Bedingtheiten zwischen der EU, Serbien und dem ICTY thematisieren J. Obradović-Wochnik: »Strategies of Denial«; Hartmann, Florence:

Außen- und Sicherheitspolitik der EU, lobte sogar die serbische Zusammenarbeit mit dem ICTY.

Im November veröffentlichte die Europäische Kommission einen Fortschrittsbericht²⁹⁶, der die Grenzen der Politik der freiwilligen Selbstausslieferung betonte und auf der Auslieferung der restlichen Angeklagten, vor allem von Ratko Mladić und Radovan Karadžić, bestand. Die Arbeit des Rats zur Zusammenarbeit mit dem ICTY hinsichtlich der Freistellung von Zeugen und des Zugangs zu Dokumenten wurde gelobt, auch wenn es Obstruktionen durch das Personal in den Behörden oder durch die Armee gebe. Zwar läge dem Parlament der Staatenunion ein Gesetzesvorschlag vor, demgemäß das Vermögen von flüchtigen Kriegsverbrechern eingefroren werden könne, und habe die serbische Justiz mit einem Erlass eine Zwischenlösung ermöglicht, allerdings komme Serbien-Montenegro damit noch nicht der Entscheidung des Europäischen Rats nach.²⁹⁷ Die nationalen Gerichte wurden gelobt, hier seien Fortschritte beim Ausbau der Kapazitäten erzielt worden, die aber noch immer nicht ausreichen würden. Zum Strafgesetzbuch seien mit Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord neue Straftatbestände hinzugefügt worden, allerdings sei hierbei die Befehlsverantwortung nur teilweise berücksichtigt worden. Noch immer seien Strafverfolgungsbehörden und ihre Exekutive großem politischen Druck ausgesetzt.²⁹⁸

Im Januar 2006 allerdings gab die Sprecherin der Chefanklägerin des ICTY bekannt, einer vertrauenswürdigen Quelle nach verstecke sich Ratko Mladić

»The ICTY and EU conditionality«, in: J. Batt/J. Obradović-Wochnik (Hg.): War Crimes, S. 67-82, sowie M. Dobbels: Serbia and the ICTY.

296 European Commission: Serbia 2005 Progress Report, EU-Dok. SEC (2005) 1428 vom 9.11.2005.

297 Der Europäische Rat hatte im Oktober 2004 eine gemeinsame Position über die Maßnahmen zur Unterstützung des ICTY beschlossen, die vorsah, die Vermögen von Radovan Karadžić, Ratko Mladić und Ante Gotovina einzufrieren. Diese Position sollte in allen Mitgliedsländern und Anwärtlerländern auf eine Mitgliedschaft umgesetzt werden. Vgl. European Council: Council Common Position on Further Measures in Support of the Effective Implementation of the Mandate of the International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia, Dok. 2004/694/CFSP, in: Official Journal of the European Union L 315/52 vom 14.10.2004.

298 European Commission: Serbia 2005 Progress Report, EU-Dok. SEC (2005) 1428 vom 9.11.2005, S. 23.

weiterhin in serbischen Militärcasernen.²⁹⁹ Dieser Vorwurf sorgte für eine breite Berichterstattung in den serbischen Medien und forderte Erklärungen von Regierungsvertretern. Der Verteidigungsminister der Staatenunion Zoran Stanković dementierte, dass Mladić vom Militär versteckt oder unterstützt würde. Er räumte aber ein, dass es einen »Fehler« hinsichtlich der Pensionszahlungen gegeben habe, die Mladić noch bis November erhalten habe. Auch sie waren erst wenige Wochen zuvor publik geworden.³⁰⁰ Als Reaktion auf den nun entstehenden Druck auf das Land durch Vertreter der EU und der USA verabschiedete das Bundesparlament ein Gesetz über das Eigentum von Personen, die vom ICTY angeklagt wurden, das die Konten flüchtiger Kriegsverbrecher einfro.³⁰¹ Im März erließ der Ministerrat nach einer Korrespondenz zwischen dem Ministerratspräsidenten und der Chefanklägerin des ICTY des Weiteren einen Beschluss über die Modalitäten, unter denen den Ermittlern des ICTY Zugang zu den staatlichen Archiven gewährt werden sollte.

Am 11. März verstarb jedoch der in Scheveningen inhaftierte Slobodan Milošević an Herzversagen. Das lieferte seinen Unterstützern einen Anlass, in der serbischen Öffentlichkeit Spekulationen über die Ursache seines Todes und die Frage, ob Milošević die nötige ärztliche Hilfe zugekommen war, zu schüren. Konservative serbische Analysten vermuteten, dass das ICTY spätestens mit Milošević' Tod unter diesen Umständen die letzte Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung und die aufrichtige Unterstützung sogar der bis dahin für das ICTY

299 Fonet: »Mladić u kasarnama u Srbiji« [Mladić in Kasernen in Serbien], in: b92.net vom 3.1.2006, http://www.b92.net/info/vesti/index.php?yyyy=2006&mm=01&dd=03&nav_id=184139 vom 16.4.2013.

300 Ebd.

301 So geht es zumindest aus dem Bericht der Europäischen Kommission und den Antworten auf den Fragebogen der Republik Serbien hervor, der auf eine Veröffentlichung des Gesetzes »Act on measures considerate to the property of the persons indicted for war crimes before the International Tribunal for the prosecution of persons responsible for serious violations of international humanitarian law committed in the territory of the former Yugoslavia since 1991, who are at large« im Bundesanzeiger der Staatenunion 15/2006 verweist. Vgl. Republik Serbien: »Answers to Additional Questions« vom 22.4.2011, http://www.seio.gov.rs/upload/documents/upitnik/answers_to_additional_questions.zip vom 22.4.2013, S. 96. Die Berichte der Kommission sprechen nach 2006 vom »unklaren Status« des Gesetzes – das dem Parlament Serbien und Montenegros nur als Entwurf vorgelegt worden sei, vgl. European Commission: Serbia 2006 Progress Report, EU-Dok. SEC (2006) 1389 vom 8.11.2006, S. 16.

eingestellten Politiker verloren hätte.³⁰² Präsident Koštunica ermöglichte Milošević ein Staatsbegräbnis und zeigte damit erneut seinen Unwillen, sich vom Vorgängerregime zu distanzieren. Die Medien zeichneten ein weitgehend positives Bild des ehemaligen Staatschefs. In der entpolitisierten und unkritischen Berichterstattung herrschten Wir-Identifizierungen vor, die Milošević miteinschlossen, auch wurden oft Bezeichnungen verwandt, die ihn als Held oder Verteidiger charakterisierten.³⁰³ Entsprechend distanziert war auch das Verhältnis der Regierung zum ICTY.

Vertreter der EU hatten von Serbien-Montenegro gefordert, bis zum 30. April Ratko Mladić an das ICTY auszuliefern. Da das Land ihn nicht auslieferte, habe es hinsichtlich einer vollen Kooperation mit dem ICTY versagt, und die Europäische Kommission suspendierte am 6. Mai die Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen wieder. Kurz darauf öffneten das Innen- und das Verteidigungsministerium des Staatenbundes und der serbische Präsident ihre Archive für die Ermittler.

Anfang Juni 2006 erklärte Montenegro mit einem Referendum seine Unabhängigkeit von Serbien. Ziel der Unabhängigkeitsbestrebung war in erster Linie ein schneller Beitritt zur EU. Mit Resolution 1514 reagierte die parlamentarische Versammlung des Europarats auf das montenegrinische Referendum, um die Vertragsnachfolge der Mitgliedschaft zu regeln. In ihr mahnte sie sowohl von Serbien als auch von Montenegro eine volle Kooperation mit dem ICTY sowie die Durchführung von Programmen an, die darauf abzielen sollten, die Öffentlichkeit über die Ziele des Tribunals aufzuklären, um damit seine gesellschaftliche Akzeptanz zu verbessern. Auch sollte durch Bildungsmaßnahmen das Bewusstsein für die Verbrechen des Milošević-Regimes erhöht werden. Weiterhin sagte die parlamentarische Versammlung, wobei sie sich sensibel für die innenpolitischen Spannungen zeigte, Serbien die volle Unterstützung des Europarats zu,

302 Fatić, Aleksandar/Bulatović, Aleksandra: »Justice and Reconciliation in the International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia«, in: *Međunarodni problemi* 60 (2008) 1, S. 31-46, hier S. 39.

303 Vgl. Erjavec, Karmen/Volčič, Zala: »Rehabilitating Milošević. Posthumous Coverage of the Milošević Regime in Serbian Newspapers«, in: *Social Semiotics* 19 (2009) 2, S. 125-143.

»where there is a risk that the multiple challenges that it [Serbien, D. M.] is currently facing in a climate of political instability would further increase the feeling of isolation and frustration amongst Serbian citizens and the support for radical nationalist forces.«³⁰⁴

Für die serbische Politik bedeuteten der Tod Milošević', das Aussetzen der Verhandlungen mit der EU sowie die Unabhängigkeit von Montenegro eine dreifache Niederlage. Auch veränderte sich die Einstellung zum Jugoslawien-Tribunal im Kontext der Konditionalitäten und Ereignisse so weit, dass von Regierungsseite jede politische Unterstützung von Auslieferungen vorerst ausblieb, da, wie BIA-Chef Rade Bulatović gegenüber Del Ponte einräumte, »das Jugoslawien-Tribunal ein politisches Instrument sei, mit dem man Druck auf Serbien ausüben wolle«³⁰⁵.

Wie auch ein Jahr zuvor forderten die NGOs der Frauen in Schwarz, das *Centar za regionalizam* (Zentrum für Regionalismus), das Helsinki-Komitee für Menschenrechte, das Anwaltskomitee für Menschenrechte und der Fonds für Völkerrecht erneut eine klare parlamentarische Verurteilung Srebrenicas. Ihren Resolutionsentwurf, der gleiche wie 2005, griffen die Parteien aber nicht auf.

Um die aufgestellten Bedingungen im Rahmen des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses zu erfüllen, präsentierte die serbische Regierung im Juli 2006 einen Aktionsplan zur Verhaftung von Ratko Mladić. Das dreiseitige Konzept stellte eine Medienkampagne in Aussicht, um die Öffentlichkeit über die Anklage gegen Mladić zu informieren. Zudem sollte die Koordination von Armee, Polizei, Geheimdiensten und Justiz sowohl für die Festnahme der Flüchtigen als auch zur Kooperation mit dem ICTY verbessert werden und es sah sogar die Verabschiedung einiger spezifischer Gesetze vor. Darüber hinaus war ein Team für die Implementierung des Aktionsplans unter Vorsitz des serbischen Premierministers intendiert. Der Staatsanwalt für Kriegsverbrechen sollte als Koordinator fungieren und die entsprechenden Abteilungen des Innenministeriums und der Geheimdienste operativ steuern. Bei den Treffen des Teams sollten auch Vertreter des ICTY-Büros anwesend sein.³⁰⁶ EU-Vertreter begrüßten den Aktionsplan, während Kritiker skeptisch blieben, hatten sie solche Verspre-

304 Parliamentary Assembly of the Council of Europe: Consequences of the Referendum in Montenegro, Resolution Nr. 1514 vom 29.6.2006.

305 C. Del Ponte: Im Namen der Anklage, S. 435.

306 Für eine konkrete Beschreibung vgl. Republik Serbien: »Answers to the European Commission's Questionnaire«, S. 539.

chungen doch schon zu oft gehört.³⁰⁷ Der Vorsitzende des Nationalen Rates zur Zusammenarbeit mit dem ICTY hingegen gab an, man wolle bis September Beweise für den Erfolg des Aktionsplans erbringen.³⁰⁸ Diese blieb er allerdings, zumindest für die breite Öffentlichkeit, schuldig. Am 17. Oktober 2006 schloss die Republik Serbien ein Abkommen zur Kooperation bei der Verfolgung von Kriegsverbrechen mit Kroatien ab. Darüber hinaus zeigte die Regierung Koštica wenig Interesse an einer aktiven Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Tribunal. Zeitgleich begannen die offiziellen Verhandlungen um den Status des Kosovo. Im November 2006 erschien der nächste Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission, der die ausbleibende volle Implementierung des Aktionsplans zur Ergreifung von Ratko Mladić kritisierte, vor allem fehle eine Koordination zwischen den Geheimdiensten und den Strafverfolgungsbehörden. Die Weiterentwicklung des Gesetzesrahmens zu Kriegsverbrechen und die Arbeit der nationalen Gerichte mit Blick auf die Verfahren zu Ovčara und der *Škorpioni* hingegen wurden positiv bewertet. Deren Arbeit werde allerdings durch einen »major lack of political will to establish accountability«³⁰⁹ unterminiert, der Druck und die Verunglimpfungen – auch durch Politiker – auf die Staatsanwälte und Richter in diesem Bereich habe zugenommen.³¹⁰

Eine Mehrheit für den europäischen Kurs

Bei den Parlamentswahlen im Januar 2007 gelang es der SRS zwar, die Stimmen der meisten Wähler auf sich zu vereinigen, doch zwei Drittel der Sitze im Parlament ging an Parteien, die einen proeuropäischen Kurs verfolgten. Die Koalitionsverhandlungen zwischen ihnen dauerten mehrere Monate an. Im Februar 2007 fällte der Internationale Strafgerichtshof das Urteil im Fall der Klage Bosnien-Herzegowinas gegen Serbien. Demnach sei das Massaker von Srebrenica als Genozid zu werten. Serbien sei zwar anzulasten, nichts gegen das Morden unternommen zu haben, aber keine direkte Verantwortung für das Verbrechen

307 Deutsche Welle/AFP : »EU Welcomes Serbia War Crimes Action Plan, Awaits Results«, in: Deutsche Welle online vom 18.7.2006, <http://www.dw.de/eu-welcomes-serbia-war-crimes-action-plan-awaits-results/a-2099346> vom 28.4.2013.

308 O. V.: Evidence on Mladić by mid-September, in: b92.net vom 21.8.2006, http://www.b92.net/eng/news/politics.php?yyyy=2006&mm=08&dd=21&nav_id=36235 vom 16.4.2013.

309 European Commission: Serbia 2006 Progress Report, S. 16.

310 Ebd.

nachweisbar.³¹¹ Das Urteil des Internationalen Strafgerichtshof wurde in Serbien von den Medien aufgegriffen und breit diskutiert. Die Liberaldemokratische Partei nahm es zum Anlass, erneut eine parlamentarische Resolution zu Srebrenica zu fordern, und brachte einen Vorschlag ein, der Serbiens völkerrechtliche Verpflichtungen betonte, allerdings keine breitere Unterstützung fand.³¹² Schon wenige Tage nach dem Urteil und den vergleichsweise gemäßigten Reaktionen darauf einigten sich die EU-Außenminister im Februar 2007 darauf, dass die Gespräche mit Serbien im Falle einer besseren Kooperation mit Den Haag wieder aufgenommen werden könnten.

Am 10. April urteilte die Kammer für Kriegsverbrechen im Fall der Mitglieder der paramilitärischen Einheit der Skorpione. Es verurteilte vier Angeklagte zu insgesamt 57 Jahren Haft, während einer freigelassen wurde. Einen sechsten verurteilte ein kroatisches Gericht. Die Belgrader Kammer für Kriegsverbrechen klassifizierte den Bosnienkrieg als Bürgerkrieg und bestätigte, dass die Skorpione eine paramilitärische Einheit aus Belgrad waren, es sah es allerdings nicht als eindeutig erwiesen an, dass die Opfer aus Srebrenica nach Trnovo, dem Ort ihrer Erschießung, deportiert worden seien. Trotz kontrafaktischer Zeugenaussagen, nach denen die Skorpione innerhalb der regulären Einheiten der bosnisch-serbischen Armee agierten, deutete das Gericht die Erschießungen als isolierte Taten, die nicht in einen Gesamtzusammenhang mit dem Massaker in Srebrenica gestellt wurden. Diese Interpretation kritisierten Sonja Biserko und Biljana Kovačević-Vučo, die dem Gericht vorwarfen, den Opfern keine Gerechtigkeit verschafft zu haben, und das Urteil als politisch motiviert einordneten.³¹³

Im April 2007 nutzte Präsident Boris Tadić während eines Interviews im kroatischen Fernsehen die Gelegenheit für eine symbolische Entschuldigung: »Allen Bürgern Kroatiens und allen Angehörigen des kroatischen Volks, denen Angehörige meines Volks Unglück angetan haben, sende ich eine Entschuldi-

311 International Court of Justice: Application of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide (Bosnia and Herzegovina v. Serbia and Montenegro). Judgement vom 26.2.2007.

312 Čanak, Nenad: »Antiratni aktivisti su jedini pravi heroji« [Antikriegsaktivisten sind die einzigen wahren Helden], in: Slobodna Vojvodina 10 (2007) 19, S. 2.

313 Jovanović, Igor/Alić, Anes: »Serbia sentences its Scorpions«, in: ISN Security Watch vom 17.5.2007, <http://www.isn.ethz.ch/Digital-Library/Articles/Detail?lng=en&id=53124> vom 22.4.2013.

gung und übernehme dafür die Verantwortung.«³¹⁴ Tadić betonte, dass er nicht einen Fall vernachlässige, in dem Personen, während sie offiziell irgendwelchen Angelegenheiten im Namen des serbischen Volks oder des serbischen Staats nachgingen, Menschen einer anderen Nation oder Religion das Leben nahmen. Gleichsam vergesse er aber niemals die Tatsache, dass derartige Taten auch gegen sein Volk begangen wurden. Er würde sich wünschen, dass alle Politiker auf dem Balkan etwas weniger stolz wären und häufiger selbst Verantwortung übernehmen würden.

Für seine Äußerungen erhielt Tadić in Serbien viel Anerkennung, sie seien ernsthaft und ausbalanciert gewesen, allerdings würden Worte nicht ausreichen. Lediglich die SRS bewertete Tadić' Auftritt als »Skandal und Schande«³¹⁵ sowie als größten Schaden für Serbien und seine nationalen Interessen. Aleksandar Vučić beschuldigte Tadić, Serbien direkt für die Kriegsprovokation auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien verantwortlich gemacht und sich bei den Kroaten für die Tötung und die Vertreibung der Serben »von Ante Pavelić bis Franjo Tuđman« entschuldigt zu haben, wofür »Hunderttausende Serben abgeschlachtet und Millionen Serben von ihren Feuerstellen vertrieben«³¹⁶ worden seien.

Erst nach dreimonatiger Verhandlung konnte am 15. Mai eine neue Regierung gebildet werden, die im Parlament eine Mehrheit von zwei Dritteln der Sitze umfasste.³¹⁷ Sie richtete nur zwei Wochen später den bereits im Januar 2006 beschlossenen *Nacionalni savet za bezbednost* (Nationalen Sicherheitsrat) ein.³¹⁸

314 B92/Beta: »Tadić se izvinio građanima Hrvatske« [Tadić entschuldigt sich bei den Bürgern Kroatiens], in: B92.net vom 24.6.2007, http://www.b92.net/info/vesti/index.php?yyyy=2007&mm=06&dd=24&nav_category=11&nav_id=252551 vom 23.2.2013.

315 Ebd.

316 Ebd.

317 Im Mai 2007 übernahm Serbien den Vorsitz des Ministerkomitees des Europarats, wogegen beispielsweise *Human Rights Watch* protestierte, da somit ein Land, das immer noch in der Überprüfungsprozedur für die Mitgliedschaft sei und das flüchtige Kriegsverbrecher nicht ausliefere, nun dem größten Menschenrechtsregime vorstände, vgl. Human Rights Watch: Council of Europe: Hold Serbia to Account, Pressemitteilung vom 6.5.2007, <http://www.hrw.org/news/2007/05/06/council-europe-hold-serbia-account> vom 16.4.2013.

318 Allerdings waren auch schon die vorherigen Gründungsanläufe eines solchen Gremiums – auf Bundesebene 2000, auf Länderebene per Verordnung während der Regierung von Zoran Đinđić und 2006 durch die Regierung Koštunica – im Sande verlaufen. Auch diesen Versuch hielten Analysten nach knapp zwei Jahren, in denen

In ihm sollten die Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen den verschiedenen Akteuren auf dem Feld der Sicherheitspolitik besser koordiniert werden, vor allem, um die Flüchtigen zu verhaften. Sein Vorsitzender, der Präsident der Republik, ist verantwortlich für die Koordination der militärischen und zivilen Geheimdienste. Zeitgleich wurde ein Gesetz zur Neuordnung der Struktur der Geheimdienste entworfen, das dem Nationalen Sicherheitsrat weitreichende Kompetenzen einräumte.³¹⁹ Am gleichen Tag wurden außerdem die neuen Mitglieder des per Regierungsbeschluss³²⁰ neu eingesetzten nationalen Rats zur Zusammenarbeit mit dem ICTY ernannt. Ebenfalls an diesem Tag half die serbische Polizei bei der Verhaftung und Auslieferung von Zdravko Tolimir, der als ein Stellvertreter von Ratko Mladić in der bosnisch-serbischen Armee das Massaker von Srebrenica mitzuverantworten hatte und an einem Grenzübergang zwischen Bosnien-Herzegowina und Serbien gefasst werden konnte. Serbische Behörden waren auch an der Verhaftung von Vlastimir Đorđević beteiligt, der bis 2001 stellvertretender Innenminister und für Kriegsverbrechen im Kosovo verantwortlich war und am 17. Juni im montenegrinischen Budva gestellt werden konnte. Dementsprechend hoffte man auf einen positiven Bericht der Chefanklägerin, die am Tag darauf vor dem UN-Sicherheitsrat sprechen sollte.

In Resolution 1564 bekräftigte die parlamentarische Versammlung des Europarats ihre Unterstützung des ICTY und forderte die Verfolgung aller Straftaten, die in die Rechtsprechung dieses Gerichtes fallen. Die Verhaftungen und Auslieferungen von Zdravko Tolimir und Vlastimir Đorđević führte sie auf die Forderungen der EU zurück, weshalb sie die EU einlud, weiterhin die serbische Zusammenarbeit mit dem ICTY als Voraussetzung für die Unterzeichnung eines

auf die Verordnung keinerlei Aktivität folgte, für gescheitert. Vgl. Popović, Đorđe: Savet za nacionalnu bezbednost Republike Srbije, http://www.bezbednost.org/upload/document/popovic_2009_savet_za_nacionalnu_bezbednost.pdf vom 13.5.2013.

- 319 Volksversammlung der Republik Serbien: Zakon o osnovama uredenja službi bezbednosti [Gesetz über die grundlegende Ordnung der Sicherheitsdienste], Službeni glasnik RS 116 (2007).
- 320 Regierung der Republik Serbien: Odluka o osnivanju nacionalnog saveta za saradnju sa međunarodnim tribunalom za krivično gonjenje lica odgovornih za teška kršenja međunarodnog humanitarnog prava počinjena na teritoriji bivše Jugoslavije od 1991. godine [Entschließung über die Einrichtung eines nationalen Rats für die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Tribunal für die Strafverfolgung von verantwortlichen Personen für auf dem Territorium des ehemaligen Jugoslawien begangene schwere Menschenrechtsverbrechen seit 1991], in: Službeni glasnik RS 50 (2007).

Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zu fordern. Besonders rief sie die Staaten des ehemaligen Jugoslawien auf, ihre nationale Gesetzgebung anzupassen, so dass eine volle Kooperation möglich sei. Des Weiteren forderte sie eine Verbesserung der bilateralen justiziellen Zusammenarbeit, da aufgrund des Verbots der Auslieferung von Staatsangehörigen in der nationalen Gesetzgebung Kriegsverbrecher oftmals in absentia verurteilt werden müssten. In elf Punkten listete sie Reformbedarf für die Verfolgung von Kriegsverbrechen auf nationaler Ebene auf.³²¹

Im September 2007 sprach das ICTY mit Veselin Šljivančanin, Mile Mrkšić und Miroslav Radić, alle Offiziere der JNA, erstmals hochrangiges Personal wegen der Verbrechen in Vukovar für schuldig. Zudem war damit deutlich, dass die JNA in Kroatien für Kriegsverbrechen verantwortlich ist. Die These der JNA als Defensivarmee, die in den 90er Jahren an Popularität gewann, wurde somit unhaltbar. Im Oktober stellte die serbische Regierung ein Kopfgeld für die Ergreifung von Ratko Mladić in Höhe von einer Million Euro in Aussicht, für Goran Hadžić 250.000 Euro. Zudem richtete sie unter 9191 eine Telefonnummer ein, die 24 Stunden am Tag besetzt ist und unter der Bürger Informationen über die Lokalisierung der beiden Angeklagten oder über deren Helfer an die Polizei weitergeben konnten.

Ein am 6. November 2007 veröffentlichter Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission konstatierte Serbien Fortschritte hinsichtlich seiner Verpflichtungen gegenüber dem ICTY, besonders durch die Verhaftungen im Mai und Juni 2007, die eine enge regionale Kooperation der Geheimdienste offenbarten. Es wurde zur Kenntnis genommen, dass die Kammer für Kriegsverbrechen drei weitere Urteile in Fällen von Kriegsverbrechen gesprochen hat. Kritisiert wurde der unklare Status des Gesetzes über das Einfrieren des Vermögens flüchtiger Angeklagter. Mit den neuen Programmen habe die Regierung jedoch gezeigt, dass sie eine volle Kooperation anstrebe. Diese sei aber erst erreicht, wenn alle vier noch flüchtigen Angeklagten des ICTY gefasst seien.³²² Auf dieser Grundlage initiierten Erweiterungskommissar Olli Rehn, der stellvertretende Premierminister Serbiens Božidar Đelić und Präsident Tadić tags darauf das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit Serbien.

321 Parliamentary Assembly of the Council of Europe: Prosecution of offences falling within the jurisdiction of the International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia (ICTY), Resolution Nr. 1564 vom 28.6.2007.

322 European Commission: Serbia 2007 Progress Report, EU-Dok. SEC (2007) 1435 vom 6.11.2007.

In ihrer Abschiedsrede vor dem UN-Sicherheitsrat im Dezember 2007 machte Carla Del Ponte allerdings deutlich, dass es entgegen der Anzeichen für Optimismus keine Fortschritte in der Unterstützung der serbischen Regierung bei der Ergreifung der vier verbliebenen Flüchtigen gebe. Sie forderte die EU auf, die Unterzeichnung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens von der Ergreifung Ratko Mladić' abhängig zu machen.³²³

2008: Im Zeichen der politischen Krise

Im Januar 2008 bemängelte auch ihr Nachfolger Serge Brammertz die mangelnde Kooperation Serbiens mit dem ICTY. Zwei Tage später gaben Vertreter der Niederlande und Belgiens bekannt, dass sie das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen so lange nicht unterzeichnen würden, bis eine volle Kooperation mit dem Tribunal in Den Haag erfolge, also alle noch flüchtigen Kriegsverbrecher an das Tribunal ausgeliefert seien.³²⁴ Auf die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo am 17. Februar 2008 folgte eine innenpolitischen Krise in Serbien, die ein Zerwürfnis der serbischen Regierung zur Folge hatte. Im Parlament hatte die DSS gemeinsam mit der SRS und der SPS einen Beschluss gefasst, der einen Abbruch sämtlicher Beziehungen zur EU und den Staaten vorsah, die das Kosovo anerkannten. Die anderen Regierungsparteien hingegen forderten eine Fortsetzung der Verhandlungen zum Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen. Daraufhin kündigte Ministerpräsident Koštunica seinen Rücktritt an. Vorgezogene Parlamentswahlen wurden nötig. In den Wahlkampf fiel die Unterzeichnung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens am 29. April 2008, das als eine Art frühes Wahlgeschenk galt. Aus Sicht der EU-Offiziellen sollte es eine Wahlentscheidung zugunsten eines Kurses Richtung Europa und damit zugunsten der DS und Boris Tadić' befördern. Nach der Wahl, bei der die proeuropäischen Kräfte dem nationalistischen Lager knapp überlegen waren, begannen zähe Koalitionsverhandlungen. Erstaunlicherweise einigte sich die ehemalige

323 Beta: »Del Ponte submits negative report«, in: b92.net vom 10.12.2007, http://www.b92.net/eng/news/crimes-article.php?yyyy=2007&mm=12&dd=10&nav_id=46080 vom 19.4.2013.

324 Insbesondere die niederländische Regierung fühlte sich zu diesem Schritt verpflichtet, da es sich um niederländischen Blauhelmsoldaten handelte, unter deren Augen das Massaker von Srebrenica begangen wurde. Anlässlich einer Studie des Niederländischen Instituts für Kriegsdokumentation trat das Kabinett unter Premierminister Wim Kok 2002 geschlossen zurück, um die politische Verantwortung für die Operation der UN-Mission zu übernehmen.

Partei von Slobodan Milošević, die eine Wahlallianz anführte und mit zwanzig Sitzen im neuen Parlament vertreten war, mit den proeuropäischen Kräften um die DS auf einen europafreundlichen Kurs, was der bis dahin vertretenen Politik der SPS widersprach, aber eine proeuropäische Regierungskoalition unter Führung der DS ermöglichte. Wenige Monate später, im Oktober 2008, verabschiedeten die DS und die SPS ein historisches *Sporazum o pomirenju* (Versöhnungsabkommen) – immerhin hatten sich ihre Parteiführungen und Mitglieder in den 90er Jahren erbittert gegenüber gestanden –, in dem sie für die Zukunft einen gemeinsamen proeuropäischen Kurs festlegten.³²⁵ Von nun an erfüllte Serbien die geforderten, bisweilen unpopulären Konditionen und setzte sich dabei auch gegen Widerstände und die öffentliche Meinung durch, wenngleich bisweilen erst nach langen politischen Manövern, in denen versucht wurde, die Verteidigung der nationalen Interessen in den Vordergrund zu stellen.

Mit der Festnahme des wegen Kriegsverbrechen gesuchten ehemaligen Präsidenten der *Republika Srpska* Radovan Karadžić (a.k.a. Dragan Dabić) in Belgrad am 21. Juli 2008 – kurz nach einem Personalwechsel an der Spitze des Geheimdienstes BIA – wurde der Mythos des serbischen Kriegshelden in der serbischen Öffentlichkeit entzaubert. Das Narrativ der Selbstopferung des Helden für die Nation konnte in Anbetracht der Umstände des Lebens von Dr. Dragan Dabić, der als Wunderheiler ein esoterisches Leben in Wohlstand und vor allem in aller Öffentlichkeit in Belgrad führte, kaum aufrechterhalten werden. Als Zäsur für den Prozess der Vergangenheitsaufarbeitung in Serbien ist die Tatsache zu betrachten, dass die Dekonstruktion des Mythos des Kriegshelden Karadžić von innen erfolgte. Jelena Obradović-Wochnik geht sogar so weit, die Verhaftung Karadžić' als zaghaften Anfang eines kulturellen und politischen Wandels in Serbien zu betrachten.³²⁶ Die Unterstützung für Kriegsverbrecher schien deutlich nachzulassen, auch nahm die innenpolitische Relevanz des Themas ab.³²⁷

Auch EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn erweckte nach der Verhaftung Karadžić' den Eindruck, sich des Mittels der Konditionalitätspolitik gegenüber Serbien lediglich noch im Rahmen von Symbolpolitik zu bedienen, ein weiteres

325 O. V.: »Deklaracija o pomirenju DS-a i SPS-a« [Versöhnungserklärung der DS und der SPS] in: Politika online vom 21.10.2008, <http://www.politika.rs/rubrike/Politika/Deklaracija-o-pomirenju-DS-a-i-SPS-a.lt.html> vom 11.5.2013.

326 J. Batt/J. Obradović-Wochnik: War Crimes, S. 45 f.

327 Vgl. Bieber, Florian: »Serbien zwischen Europa und Kosovo. Politische Entwicklungen seit der Unabhängigkeitserklärung«, in: Südosteuropa 56 (2008) 3, S. 318-335, hier S. 321.

Drohen mit Sanktionen blieb aus. Natürlich forderten er und das Personal der Anklage des Tribunals weiterhin bei jedem Besuch in Belgrad die Verhaftung der letzten zwei verbliebenen flüchtigen Kriegsverbrecher, Ratko Mladić und Goran Hadžić.

In ihrem Monitoringbericht 2008 lobt die parlamentarische Versammlung des Europarats die Auslieferungen an das ICTY und stellte sehr explizite Forderungen. So verlangte sie die Auslieferung der verbliebenen Angeklagten, die Verfügbarmachung aller relevanten Dokumente des Verteidigungsministeriums und der Geheimdienste für die Untersuchungen des ICTY, die Unterzeichnung und Ratifizierung der Europäischen Übereinkommen über die Unverjährbarkeit von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen sowie über die Entschädigung der Opfer von Gewalt und die prompte Ergreifung und Auslieferung von Ratko Mladić and Goran Hadžić.³²⁸

Auch die Europäische Kommission bekräftigte, dass Serbien signifikante Fortschritte in der Zusammenarbeit mit dem ICTY erzielt habe und führte dazu besonders die Festnahmen von Stojan Župljanin und von Radovan Karadžić an. Neben der Notwendigkeit, alles in der Macht der Regierung Liegende für die Verhaftung und Auslieferung der verbliebenen beiden Flüchtigen zu tun, mahnte die Kommission in diesem Kontext eine gesetzliche Grundlage für das Einfrieren des Vermögens von flüchtigen Personen an, da das angewendete Verfahren kompliziert sei und zahlreiche Schlupflöcher ermögliche. Mit Blick auf die nationale Verfolgung von Kriegsverbrechen zog die Kommission Bilanz. Demnach führte die Kammer für Kriegsverbrechen seit ihrer Gründung 2003 gegen 123 Verdächtige Prozesse, gegen 111 Personen wurden Untersuchungen eingeleitet und gegen 57 Personen Anklagen erhoben. Die Kommission monierte aber die weiterhin recht limitierten Kapazitäten und kritisierte die wiederholten Drohungen gegen den Staatsanwalt für Kriegsverbrechen und den Präsidenten der Kammer für Kriegsverbrechen.³²⁹

2009: Europaweiter Gedenktag und Beitrittsantrag

Am 24. März 2009 jährte sich der Beginn der mehr als drei Monate dauernden Bombardierung Serbiens durch die NATO zum zehnten Mal und gab Anlass für zahlreiche Gedenkpraktiken. Die klerikal-nationalistische Organisation *Dveri*

328 Parliamentary Assembly of the Council of Europe: The Honouring of Obligations and Commitments by Serbia, Report Nr. 11701 vom 15.9.2008.

329 European Commission: Serbia 2008 Progress Report, EU-Dok. SEC (2008) 2698/F vom 5.11.2008, S. 22.

(Tore) veröffentlichte eine Sonderausgabe ihrer Zeitschrift *Dveri srpske* (serbische Tore) mit dem Thema »NATO-Genozid am serbischen Volk«. Laut der Herausgeber sei dieses Themenheft

»ein Kampf für den wahrhaften Humanismus der menschlichen Zivilisation, der Versuch eines kleinen Volkes, das mit der Wahrheit, auf die es sich in der Fülle der Unmoral, der Unmenschlichkeit und der Destruktivität der Quasihumanisten und Quasigerechten beruft, auch weiter seine historische Bereitschaft zeigt, für die Freiheit, das Gute und den christlichen Sinn des menschlichen Volks zu kämpfen«.³³⁰

In dem ausführlichen Themenheft werden in verschiedenen Artikeln die NATO-Staaten als illegitime Aggressoren, das serbische Volk als Opfer von Kriegsverbrechen dargestellt und besonders die Verwendung von uranhaltiger Munition angeprangert.

Die parlamentarische Versammlung des Europäischen Rats wiederholte im April 2009 in einer Resolution die Ergebnisse des Berichts von 2008 nahezu wortgleich. Zudem rief sie die serbische Regierung zu einer vollen Kooperation mit den zuständigen Behörden und der Rechtsstaatlichkeitsmission der EU im Kosovo (EULEX) auf, um das Schicksal und den Verbleib aller Opfer von Entführungen und erzwungenen Verschwindens zu ermitteln. Darüber hinaus forderte sie den Ausbau der Kapazitäten und Ressourcen der Kammer für Kriegsverbrechen, des dafür zuständigen ermittelnden Staatsanwalts und der ihm zuarbeitenden Ermittlungsbehörde für Kriegsverbrechen im Innenministerium.³³¹

Nach einer positiven Evaluation der Bereiche Dokumentensicherheit, illegale Einwanderung, öffentliche Sicherheit und Ordnung, Außenbeziehungen und Grundrechte stellte der Europäische Rat Mitte Juni 2009 unter anderem Serbien die visafreie Einreise seiner Bürger in die Staaten der EU in Aussicht.

330 Nešić, Branimir: »Uvodna reč. O sirenama, preciznosti i pečenom mesu [Einleitende Worte. Von Sirenen, Genauigkeiten und verbranntem Fleisch], in: ders./Boško Obradović (Hg.): 1999-2000. NATO genocid nad srpskim narodom: Deset godina od bombardovanja Srbije [1999-2000. NATO-Genozid am serbischen Volk: Zehn Jahre nach der Bombardierung Serbiens] (= *Dveri srpske* 41), Belgrad: *Dveri srpske* 2009, S. 2 f., hier S. 2.

331 Vgl. Parliamentary Assembly of the Council of Europe: The Honouring of Obligations and Commitments by Serbia, Resolution Nr. 1661 vom 28.4.2009.

Seitdem das Europäische Parlament im Januar 2009 den 11. Juni zum europaweiten Gedenktag für das Massaker in Srebrenica erklärt hatte,³³² demonstrieren die Frauen in Schwarz, das Helsinki-Komitee für Menschenrechte, die Initiative Junger für Menschenrechte, der Fonds für Völkerrecht und das *Centar za unapređivanje pravnih studija* (Zentrum für die Weiterentwicklung juristischer Studien) vor dem Sitz des Präsidenten. Sie verlangten, er solle seiner Pflicht nachkommen und die Resolution des Europäischen Parlaments auch in Serbien mittels der Verabschiedung einer parlamentarischen Resolution umsetzen. Die Forderungen nach einem Treffen und einer Deklaration wurden monatlich vorgebracht, letztmalig am 10. Juli 2009 und unterstützt von insgesamt 100 serbischen NGOs. Das Anliegen der zivilgesellschaftlichen Gruppen blieb vom Präsidenten ungehört. Am Tag vor dem Gedenktag des Massakers von Srebrenica veröffentlichte die SDU einen neuen Vorschlag einer Resolution, der auf den Schutz der Rechte der Opfer von Kriegsverbrechen, vor allem des Verbrechens in Srebrenica, abzielte.³³³ Diese Initiative ignorierte die Regierungskoalition ebenso, wie der Präsident nicht auf die Forderungen der zivilgesellschaftlichen Gruppen reagierte. Der Jahrestag des Massakers wurde mit einer Gedenkaktion der Frauen in Schwarz in der Innenstadt Belgrads begangen.³³⁴ Nur einige Wochen später verwies eine Kampagne von Amnesty International auf die kontinuierlichen Anfeindungen und Übergriffe gegenüber den in der Öffentlichkeit be-

332 Europäisches Parlament: 11. Juli: Tag des Gedenkens an die Opfer des Massakers von Srebrenica. Entschließung des Europäischen Parlaments, EP-Dok. P6_TA (2009)0028 vom 15.1.2009.

333 SDU: Deklaracija o obavezama države Srbije da preduzme sve mere zaštite prava žrtava ratnih zločina, a posenbno žrtava genocida u Srebrenici [Deklaration über die Verpflichtungen des Staates Serbien zur Ergreifung aller Maßnahmen zum Schutz der Rechte der Opfer von Kriegsverbrechen, besonders des Völkermords in Srebrenica] vom 10.7.2009, <http://www.sdo.org.rs/cms/documents/SDU%20%20deklaracija%20o%20srebrenici.pdf> vom 26.8.2011.

334 YUCOM: Attitudes in Serbia Regarding the Demand by one Hundred NGOs for July 11 to be Proclaimed as Remembrance Day of the Srebrenica Genocide, Human Rights and Democracy Violation Early Warning Weekly Newsletter 41 vom 24.7.2009, http://www.yucom.org.rs/upload/vestgalerija_61_18/1253790310_GS0_EWS41-English-24072009.pdf vom 12.7.2015.

kanntesten Aktivistinnen für eine umfassende Vergangenheitsaufarbeitung in Serbien, Nataša Kandić, Sonja Biserko und Biljana Kovačević-Vučo.³³⁵

Im November 2009 veröffentlichte die Europäische Kommission ihren Fortschrittsbericht zu Serbien. Demnach habe sich dem Bericht des Chefanklägers gemäß die Zusammenarbeit mit dem ICTY weiter verbessert, auch wenn Mladić und Hadžić noch immer nicht gefasst seien. Bedenklich seien allerdings die negativen Aussagen von Regierungsvertretern über die Urteile des Tribunals. Weiterhin monierte die Kommission den unklaren Status des Gesetzes über das Einfrieren von Vermögen Flüchtiger und die somit schwierige und juristisch uneindeutige Situation. Sie lobte die Strafverfolgung von Kriegsverbrechen auf nationaler Ebene, wo das Büro des Staatsanwalts für Kriegsverbrechen gegen 100 Verdächtige ermittle und trotz begrenzter Ressourcen und einer politisch schwierigen Lage effizient arbeite, so dass zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Berichts zwölf Prozesse geführt wurden.³³⁶

Seit dem 19. Dezember 2009 dürfen die Bürger Serbiens visafrei in den Schengen-Raum einreisen. Am 22. Dezember 2009 stellte Serbien einen Antrag auf Mitgliedschaft in der EU.

2010: Drei Monate Debatte. Von bosnischen und serbischen Opfern

Nur wenige Tage nachdem Serbien bei der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft gestellt hatte, schlug Präsident Tadić in einem Interview während eines Besuch in Banja Luka in der *Republika Srpska* selbst vor, eine parlamentarische Deklaration zur Verurteilung des Verbrechens von Srebrenica zu verabschieden. Er argumentierte, eine Verurteilung des Märschers sei eine Verpflichtung, die aus dem Urteil des Internationalen Gerichtshofs hervorgehe und dass man mit einer Politik des Respekts für ausländische Opfer Glaubwürdigkeit für die Verfolgung von nationaler Politik auf internationaler Ebene erreichen könne.³³⁷ Ein Korrespondent der Zeitung *Dnevnik* kommentierte später, dass es die Intention Belgrads sei, dem Internationalen Ge-

335 Amnesty International: Serbia: Human Rights Defenders at Risk, Bericht vom 14.9.2009, <https://www.amnesty.org/download/Documents/48000/eur700142009en.pdf> vom 22.8.2011.

336 European Commission: Serbia 2009 Progress Report, EU-Dok. SEC (2009) 1339 vom 14.10.2009.

337 Preneto: »Tadić: Rezolucija o Srebrenici je naša obaveza« [Tadić: Die Erklärung über Srebrenica ist unsere Verpflichtung], in: Politika vom 11.1.2010, S. 2.

richtshof in Den Haag Respekt zu erweisen, bevor es zu einer Entscheidung über die Legitimität der einseitigen Unabhängigkeitserklärung des Kosovo käme.³³⁸ Sicherlich schadeten Zeichen der Versöhnung nicht der Außenpolitik und der Zeitpunkt erschien mit Blick auf die anstehende Entscheidung günstig. Die Äußerungen des Präsidenten lassen auf ein strategisches Verhalten schließen, das gerade angesichts des Umstands, seine Symbolpolitik der Entschuldigungen mit der Verteidigung serbischer Interessen zu begründen, völlig kohärent erscheint.

Zu einer Verurteilung von Srebrenica bezogen in kürzester Zeit sämtliche politischen Kräfte des Landes Stellung, die im Wesentlichen die Positionen von 2005 umfassten. Nur drei Tage nach seiner Aufforderung kündigte der Präsident zwei getrennte Resolutionen an, eine zur Verurteilung aller Kriegsverbrechen, über die Konsens zwischen den Parlamentsfraktionen bestand, und eine weitere zur Verurteilung von Srebrenica, die die DSS, die SPS und die *Srpska Napredna Stranka* (Serbische Fortschrittspartei, SNS) strikt ablehnten. Diese Parteien beharrten auf einer Gleichstellung, wenn nicht sogar besonderen Betonung der serbischen Opfer der Kriege. Selbst Tadić' eigene Partei war hinsichtlich einer separaten Deklaration für Srebrenica gespalten.³³⁹ Wie 2005 diskutierten die Vertreter der Parteien erneut extensiv darüber, ob man Srebrenica als schwerstes Verbrechen gesondert herausstellen sollte. Im Zuge dieser Kontroverse bemühten die politischen Vertreter die gleichen Argumente wie 2005 und teilweise sogar die gleichen Resolutionsvorschläge, die schon fünf Jahre zuvor eingereicht worden waren. So forderte die DSS, nun gemeinsam mit Abgeordneten von *Nova Srbija*, erneut eine allgemeine »Verurteilung von Kriegsverbrechen auf dem Territorium des ehemaligen Jugoslawien« und dabei sogar eine Referenz auf die serbischen Toten aus den Kriegen des 20. Jahrhunderts.³⁴⁰

338 Pantelić, Željko: »Osuda zločina zbog suda u Hagu. Eksklusivno: Kako EU vidi pokušaj suočavanja Srbije s genocidom u Srebrenici« [Verurteilung der Verbrechen wegen des Gerichts in Den Haag. Exklusiv: Wie die EU den Versuch Serbiens sieht, den Genozid in Srebrenica aufzuarbeiten], in: Dnevnik vom 1.2.2010, S. 2.

339 Karge macht das an Aussagen von DS-Sprecherin Jelena Trivan fest, vgl. Karge, Heike: »Nie wieder Srebrenica. Eine Dokumentation der Srebrenica-Erklärungen und ihrer Wirkungen«, in: Südosteuropa 59 (2011) 1, S. 128-167, hier S. 141 f.

340 Vgl. Koštunica, Vojislav: Predlog Deklaracije o osudi ratnih zločina na prostoru nekadašnje Jugoslavije. Predlog 30 poslanike DSSa i Nove Srbije [Deklarationsvorschlag über die Verurteilung von Kriegsverbrechen im Raum des ehemaligen Jugoslawien. Vorschlag von dreißig Abgeordneten der Fraktionen der DSS und Nova Srbija] vom 1.2.2010, Belgrad: Narodna Skupština Republike Srbije 2010.

Für weitere Polemiken sorgten die Fragen, wie die Rolle Serbiens in den Jugoslawienkriegen und deren Wahrnehmung genau bezeichnet werden soll und inwieweit Srebrenica als Genozid zu werten sei. Beide Punkte implizierten unterschiedliche Grade der staatlichen oder kollektiven Nähe zu Verbrechen und dessen Tätern und drohten gegebenenfalls das Ansehen des Landes und der »serbischen Identität« zu beschädigen. Zentral war die Frage, inwieweit serbische Opfer den gleichen Wert hätten wie bosnische, die nun nicht nur durch die internationale Gemeinschaft, sondern auch durch das serbische Parlament eine besondere Aufmerksamkeit erfahren sollten. In diesem Kontext wurde auch gemutmaß, dass die Resolution Ergebnis externer Induzierung und Konditionalität sei. Die Regierungsseite wies diesen Vorwurf von sich.

Doch nicht nur die im Parlament vertretenen Parteien, auch die Zivilgesellschaft bezog in der Debatte Position. Weiterhin demonstrierten NGOs monatlich vor dem Sitz des Präsidenten, um auf die Einrichtung des 11. Juli als Gedenktag an Srebrenica zu drängen, wie es die Resolution des Europäischen Parlaments forderte. Auf der anderen Seite mobilisierten die nationalistischen Kräfte ebenso gegen eine Resolution. Im Stadtzentrum Belgrads war ein Graffito zu lesen, dass die bosniakische Gewalt an den rund um Srebrenica getöteten Serben beklagte: »Sarajevoer Genozid an 6530 Serben«³⁴¹. Vom 11. Januar bis zur Verabschiedung der Deklaration Ende März organisierten nationalistische NGOs eine Kampagne, die *Dveri srpske* als die größte des »patriotischen« zivilgesellschaftlichen Sektors bezeichnete.³⁴² Mehr als achtzig serbische zivilgesellschaftliche Akteure und über 200 Persönlichkeiten aus der Region und der Diaspora appellierten, organisiert von der »Initiative Bürger für die Wahrheit über Srebrenica«, unter dem Titel »Serbische Opfer sind nicht weniger wichtig« gegen die Srebrenica-Resolution.³⁴³ Zwar müsse jedes Verbrechen verurteilt werden, allerdings kritisiert der Appel die Etablierung eines »antiserbischen, mythischen Symbols« und die Politisierung, die mit der Srebrenica-Resolution einherginge – »um so

341 Preneto: »Grafit o genocidu nad Srbima« [Graffiti über den Genozid an den Serben], in: Glas Javnosti vom 15.1.2010, S. 3.

342 Vgl. Dveri srpske (Hg.): »Skupštinska deklaracija o Srebrenici« [Die parlamentarische Deklaration über Srebrenica], <http://www.dverisrpske.com/tekst/1791741> vom 4.3.2011.

343 Vgl. bis zum Ende des Absatzes Inicijativa građana za istinu o Srebrenici: »Apel više od 80 srpskih nevladinih organizacija povodom tvz. Rezolucije o Srebrenici« vom 11.2.2010 [Appell von mehr als achtzig serbischen NGOs anlässlich der sogenannten Resolution über Srebrenica], <http://inicijativagis.wordpress.com/2010/02/11/apel-vise-od-80-srpskih-nevladinih-organ> vom 6.7.2011.

schlimmer, da sie mit menschlichen Opfern manipulierte«. Mit der Verabschiedung der Srebrenica-Resolution würde die »historische Wahrheit« derer anerkannt, die 1995 und 1999 »unser Volk« bombardiert hätten. Zudem würde sie den Kampf für die *Republika Srpska* untergraben und die serbischen Opfer erniedrigen. Noch heute würde über den vielfachen Genozid am serbischen Volk geschwiegen. Statt diese Erinnerung auch in der Außenpolitik des Landes auszudrücken, käme eine Resolution zur Verurteilung von Srebrenica der Auslöschung des eigenen Volkes aus der Geschichte gleich. Für sie zu stimmen stelle für jeden Abgeordneten die größte Schande dar, die er noch dazu mit dem eigenen Namen unterschreiben würde.

Auch ausländische Intellektuelle aus Amerika, Russland, Deutschland, Belgien und anderen westlichen Ländern unterschrieben einen vom *Srebrenica Historical Project* verfassten Appell, der den serbischen Präsidenten und das Parlament dazu aufforderte, nicht mit der Zukunft ihres Landes zu spielen.³⁴⁴ Sie vertraten die Position, es habe in Srebrenica keinen Genozid gegeben. Nach ihrer Deutung seien nach der Übernahme der Stadt durch die bosnischen Serben innerhalb von drei Tagen genauso viele muslimische Gefangene getötet worden, wie die Muslime in den drei Jahren zuvor Serben umgebracht hätten. Ihre Lesart unterscheidet sich maßgeblich von der offiziellen des ICTY. So ist von keiner serbischen Beteiligung oder von Paramilitärs die Rede, die Getöteten werden als Gefangene und nicht als unschuldige Zivilisten qualifiziert und ihre Zahl der Getöteten liegt deutlich niedriger als die ca. 8000 Personen, die das ICTY führt. Die Unterzeichner räumen ein, dass der Disput darüber, was in Srebrenica passiert sei, noch keine Klärung erfahren hätte. Das Verbrechen in Srebrenica sei zwar ein grausames Kriegsverbrechen gewesen, allerdings bestünde kein Anlass, ein Kriegsverbrechen gegenüber einem anderen zu privilegieren. Die akzeptierte Version sei auf die Kriegspropaganda zurückzuführen. Sie befürchten eine weitere Politisierung des menschlichen Leidens und eine Relativierung der Völkermorde, die bislang als solche qualifiziert wurden, sollte Srebrenica als Völkermord von Serbien anerkannt werden. Zudem führten sie die dann drohenden

344 Zu den Unterzeichnern gehörten neben vielen anderen Edward Herman, Jürgen Elsässer, Diana Johnstone, Germinal Civikov und Patrick Barriot, vgl. hier und bis zum Ende des Absatzes *Srebrenica Historical Project* (Hg.): »Appeal to President Boris Tadić and the Serbian Parliament. Do Not Gamble With Your Country's Future! No to the Srebrenica Resolution!« vom 6.2.2010, http://www.srebrenica-project.com/index.php?option=com_content&view=article&id=83:appeal-to-president-boris-tadi-and-the-serbian-parliament-do-not-gamble-with-your-countrys-future-no-to-the-srebrenica-resolution&catid=12:2009-01-25-02-01-02 vom 20.3.2013.

Konsequenzen auf: dass Serbien in eine Liga mit Nazideutschland gestellt würde, dass die Perspektive Unterstützung fände, die *Republika Srpska* baue auf einem Völkermord auf und leiste somit einer Zentralisierung Bosniens Vorschub, dass dem serbischen Steuerzahler hohe Kompensationszahlungen drohten.

Die amerikanische Stiftung *Studenica* forderte regionale Deklarationen, die alle Parlamente der Region zeitgleich verabschieden sollten. Anfang März umfasste die Gruppe »Stoppt die Resolution über Srebrenica!« auf Facebook über 12.000 Mitglieder. In Belgrad fand die Podiumsdiskussion »Wohin führt die Resolution über Srebrenica?« statt, an deren Ende die Teilnehmer Milivoje Ivanišević vom *Institut za istraživanje srpskih stradanja u 20. veku* (Institut zur Erforschung des serbischen Leidens im 20. Jahrhundert), der Jurist und ICTY-Gegner Kosta Čavoški sowie zwei offizielle Repräsentanten der Gemeinde Srebrenica in der *Republika Srpska* zu dem Ergebnis kamen, dass die Srebrenica-Resolution ein amerikanisches Projekt sei, um den Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegowina in eine Aggression zu transformieren und um einen einheitlichen islamischen Staat in Bosnien-Herzegowina zu errichten. Auch der Premier der *Republika Srpska*, Milorad Dodik, kritisierte die Logik, dass »alle anderen, die gelitten haben, unwichtige Menschen sind, wichtig ist nur Srebrenica. Das dient der politischen Propaganda der Bosniaken [...] Was ist mit den ca. 30.000 Serben, die im Bosnienkrieg gelitten haben?«³⁴⁵

Die Koordination der serbischen Vereinigungen der Familien der Verschwundenen auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien rief dazu auf, nicht zwischen Opfern zu unterscheiden.

Mitte März wurde eine im Januar durchgeführte Meinungsumfrage unter 1000 serbischen Bürgern veröffentlicht, nach der sich 46,2 Prozent der Befragten für die Verabschiedung einer Deklaration aussprachen, die alle Kriegsverbrechen verurteilt, die auf dem Boden des ehemaligen Jugoslawien begangen wurden. Demgegenüber waren 20,6 Prozent dafür, eine Deklaration zur Verurteilung Srebrenicas und eine für alle Kriegsverbrechen anzunehmen, während ebenfalls 20,6 Prozent gegen irgendeine Deklaration des Parlaments votierten. 12,7 Prozent enthielten sich der Meinungsäußerung.³⁴⁶

345 Marić, Boro: »Dodik: Srebrenica nije jedino mesto zločina u BiH« [Dodik: Srebrenica ist nicht der einzige Ort eines Verbrechens in Bosnien-Herzegowina], in: *Politika* vom 22.3.2005, S. 1.

346 Agentur Politikum: »Istraživanje stavova građana Srbije na temu Haga i rezolucije o Srebrenici« [Untersuchung der Standpunkte der Bürger Serbiens zum Thema ICTY und Srebrenica-Resolution], in: *Nova srpska politička misao* vom 18.3.2010,

Die Schwierigkeit eines mehrheitsfähigen Deklarationsvorschlags reflektierte sich auch darin, dass die Regierungskoalition ihren Vorschlag erst drei Tage vor der Debatte vorlegte. Die Fortschrittspartei und die Liberaldemokratische Partei reichten ihrerseits Vorschläge ein, die aber ihrerseits nicht mehrheitsfähig waren.

Nach 13-stündiger, höchst kontroverser Parlamentsdebatte³⁴⁷ wurde am 30. März 2010 schließlich die Deklaration der Regierungskoalition mit einer Mehrheit von lediglich 24 Abgeordneten verabschiedet. Es waren nur 149 Abgeordnete im Saal, die Abgeordneten der Fraktionen der SNS, SRS und der *Liberalnodemokratska Partija* (Liberaldemokratische Partei, LDP) boykottierten die Abstimmung gänzlich. 127 Abgeordnete der Liste »Für ein europäisches Serbien«, die mit ihr koalierende SPS, die populistische, aber europafreundliche *Jedinstvena Srbija* (Einiges Serbien, JS) und die *Partija ujedinjenih penzionera Srbije* (Partei der vereinigten Pensionäre Serbiens, PUPS) votierten für die Deklaration, während sich die 21 Abgeordneten der DSS und von *Nova Srbija* (Neues Serbien, NS) dagegen aussprachen. Ein Abgeordneter enthielt sich.³⁴⁸

Das serbische Parlament verurteilte in der Parlamentsresolution das Massaker von Srebrenica, der Begriff des Völkermords oder ein Verweis auf das Urteil des Internationalen Gerichtshofs vermied es allerdings. Weltweit erntete Serbien positive Reaktionen für diesen »Schritt in die Zukunft«, während bosniakische Vertreter die schwachen Formulierungen und die fehlende Qualifizierung als Genozid kritisierten.³⁴⁹ Gegenüber dem Parlament kommentierte ein Graffito »Dies schwere Wort Genozid.«³⁵⁰ Am Tag nach der Verabschiedung titelten die serbischen Zeitungen nicht mit der Verabschiedung der Deklaration, sondern mit einem nicht gezeigten Fußballspiel. Da die im Fernsehen übertragene Parlamentsdebatte so lange gedauert hatte, wurde nun gefragt, wer nun für den durch

<http://www.nspm.rs/istrazivanja-javnog-mnjenja/agencija-politikum-istrzivanja-stavovagradjana-srbije-na-temu-haga-i-rezolucije-o-srebrenici-januar-2010.html?alphabet=1> vom 23.4.2013.

347 Vgl. hierzu Mehler, Daniela: »Understanding Normative Gaps in Transitional Justice. The Serbian Discourse on the Srebrenica Declaration 2010«, in: *Journal on Ethnopolitics and Minority Issues in Europe* 11 (2012) 4, S. 127-156.

348 Čekerevac, Mirjana: »Usvojena deklaracija o Srebrenici« [Deklaration zu Srebrenica verabschiedet], in: *Politika* vom 31.3.2010, S. A1.

349 O. V.: »Ključni potez za pomirenje u čitavom regionu« [Entscheidender Zug für die Versöhnung in der ganzen Region], in: *Večernje Novosti* vom 1.4.2010, S. 2.

350 Dobromirović, Milan/ Šaronjić, Ivana: »Jaja i grafiti ispred Skupštine« [Eier und Grafitti vor dem Parlament], in: *Kurir* vom 2.4.2010, S. 2.

die abgesagte Ausstrahlung entstandenen Schaden aufkommen würde.³⁵¹ Auf den Mittelseiten der Blätter wurde auf die Reaktionen der Welt eingegangen – und kaum auf die Resolution und deren Bedeutung selbst.

Am 11. Juli 2010 nahm der serbische Präsident erneut an der offiziellen Gedenkfeier in Srebrenica-Potočari teil. Er sagte über das Massaker von Srebrenica, dass diese Tragödie nicht vergessen werden könne. Bei seinem Besuch in Potočari betonte Tadić, dass die Verfolgung von General Mladić nicht aufgegeben würde, und skizzierte eine eher naive Vision von Versöhnung der ehemaligen Kriegsparteien:

»Ich werde denken, dass ich einen Teil meiner Arbeit beendet habe, wenn er vor Gericht gebracht wird. Danach ist es erforderlich, dass die Völker sich einander die Hände reichen und weiter leben, wie wir einst lebten.«³⁵²

Einige Stunden nach Beginn der offiziellen Gedenkfeier in Potočari fand in Bratunac eine Gedenkfeier an die ca. 3500 serbischen Opfer statt, die in Bratunac und seiner Umgebung von den Einheiten Naser Orić, der von 1992 bis 1995 Kommandant der bosnischen Enklave Srebrenica war, getötet wurden. Lediglich ein Gesandter Tadić legte einen Kranz nieder. Die Sprecher der Oppositionsparteien SNS, NS und DSS beschwerten sich nach den Gedenkfeiern in der Öffentlichkeit lautstark darüber, dass Tadić nicht auch den serbischen Opfern gedacht hatte: »Schämt er sich der serbischen Opfer?«, fragte der stellvertretende Vorsitzende der SNS Aleksandar Vučić, während der Vorsitzende der NS Velimir Ilić dessen Verhalten wie folgt kommentierte:

»Tadić besucht Srebrenica, wo er mit Pfiffen erwartet wurde, und mit seiner Abwesenheit in Bratunac trampelt er auf allen serbischen Opfern herum. Ich weiß nicht, wie weit er den Staat und die Menschen noch demütigen wird, wie lange er sich noch entschuldigen wird, während die andere Seite weiter schweigt. Eine Schande!«³⁵³

351 Tanjug: »RTS traži odštetu od Skupštine« [RTS verlangt Schadenersatz vom Parlament], in: Glas Javnosti online vom 1.4.2010, <http://www.glas-javnosti.rs/clanak/politika/glas-javnosti-01-04-2010/rts-trazi-odstetu-od-skupstine> vom 1.4.2014.

352 B. Marić: »Dodik«.

353 Vojinović, Svetlana.: »Opozicija tvrdi da je Tadić morao da ode i u Bratunac« [Die Opposition behauptet, Tadić hätte auch nach Bratunac gehen müssen], in: Press vom 14.7.2010, http://www.pressonline.co.rs/sr/vesti/vesti_dana/story/125434/Opozicija+tvrdi+da+je+Tadi%C4%87+morao+da+ode+i+u+Bratunac.html vom 22.8.2010.

In diesen Auszügen wird deutlich, dass vom serbischen Präsidenten eine unbedingte Bevorzugung der serbischen Opfer erwartet wurde. Gleichermäßen wurde nur wenig Verständnis für das vermeintlich unnötige Verhalten Tadić' aufgebracht: Warum soll der serbische Präsident der muslimischen Opfer gedenken, wenn die Muslime nicht der serbischen gedachten? Sind serbische Opfer weniger wert als die der Anderen? Hier wurde das Bedürfnis nach Anerkennung der eigenen Opfererfahrungen und ein Unverständnis für die vergleichsweise große Aufmerksamkeit gegenüber den Opfererfahrungen anderer ethnonationaler Gruppen zum Ausdruck gebracht und dem serbischen Präsidenten vor diesem Hintergrund vorgeworfen, nicht seiner patriotischen Pflicht nachgekommen zu sein, zuallererst der serbischen Opfer zu gedenken. Ein echtes Verantwortungsgefühl für die Geschehnisse in Srebrenica ist in den Äußerungen der oppositionellen Vertreter der Parteienlandschaft nicht zu finden, vielmehr gehören sie zu den Stimmen des Landes, die das Verbrechen von Srebrenica nicht nur durch das Fokussieren auf die serbischen Opfer in Bratunac relativieren, sondern auch der Interpretation anhängen, dass Srebrenica eine – bisweilen als legitim qualifizierte – Reaktion auf die bosniakischen Verbrechen an der serbischen Zivilbevölkerung gewesen sei.

In erster Linie zur innenpolitischen Aussöhnung wurde im Oktober 2010, wie zu Beginn der Debatte um die Srebrenica-Deklaration angekündigt, eine weitere Resolution behandelt. Statt alle Kriegsverbrechen zu verurteilen, die während der Jugoslawienkriege begangen wurden, verabschiedete das serbische Parlament gesondert eine »Verurteilung der an den Angehörigen des serbischen Volkes begangenen Verbrechen«.³⁵⁴ Für die Deklaration votierten die 133 Abgeordneten der Koalition »Für ein Europäisches Serbien«, der SPS, JS, G17, PUPS, *Liga Socijaldemokrata Vojvodine* (Liga der Sozialdemokraten der Vojvodina, LSV) und LDP. Den Vertretern der SRS, DSS, NS und SNS war die Deklaration nicht weitreichend genug und zu schwach formuliert, weshalb sie vor der Abstimmung den Saal aus Protest verließen.³⁵⁵

354 Vgl. bis zum Ende des Absatzes Volksversammlung der Republik Serbien: Deklaracija Narodne Skupštine Republike Srbije o osudi zločina učinjenih nad pripadnicima srpskog naroda i građanima Srbije [Deklaration der Volksversammlung der Republik Serbien über die Verurteilung der an den Angehörigen des serbischen Volkes und den Bürgern Serbiens begangenen Verbrechen] vom 14.10.2010, http://www.parlament.gov.rs/upload/archive/files/lat/pdf/ostala_akta/2010/Rs31-10Lat.zip vom 28.4.2013.

355 Vgl. Rovčanin, Snježana/Babović, Milan: »Osudeni i zločini nad Srbima« [Auch Verbrechen an Serben verurteilt], in: Večernje Novosti vom 15.10.2010, S. 3.

Ende Oktober 2010 erhöhte das Parlament der Republik Serbien die Belohnung für Informationen, die zur Lokalisierung und Verhaftung von Ratko Mladić führen würde, auf zehn Millionen Euro und auf eine Million Euro für Goran Hadžić.

Im November 2010 besuchten der serbische Präsident Boris Tadić und der kroatische Präsident Ivo Josipović gemeinsam zwei Gedenkstätten für Kriegsverbrechen bei Vukovar. Von August bis November 1991 hatten die JNA und paramilitärische Verbände die Stadt Vukovar belagert. Ca. 400 kroatische Zivilisten wurden aus dem Vukovarer Krankenhaus verschleppt, 200 von ihnen auf dem Gelände einer ehemaligen Schweinefarm im nahegelegenen Ovčara ermordet. In Paulin Dvor tötete die 130. Brigade der kroatischen Armee 18 serbische Zivilisten. In Ovčara legte Tadić den »unschuldigen Opfern« zu Ehren einen Kranz nieder und sagte:

»Mit dem Anerkennen von Verbrechen, dem Entschuldigen und Trauern schaffen sich Möglichkeiten für Verzeihung und Versöhnung. Wenn sich unsere Völker aussöhnen, eröffnet sich eine neue Zukunft, und deshalb finde ich, dass alles, was zwischen Kroaten und Serben im 20. Jahrhundert passiert ist, in ein Buch der Vergangenheit geschlossen werden muss und dieser Weg das Schaffen und Schreiben eines neuen Buchs der Zukunft darstellt.«³⁵⁶

Weiterhin erklärte er, ihm müsse man nicht sagen, wie man sich gegenüber Kriegsverbrechen und dem Gedenken zu verhalten habe, dies sei die moralische Verpflichtung des Bürgers Boris Tadić. Diejenigen, die Verbrechen und Opferzahlen verglichen, würden sich tief versündigen. Er und Josipović würden keine Mathematik, sondern eine »gerade« Ethik verfolgen. Ein anderes Vorgehen wäre falsch, da das zu Auszählungen führe, die kein Ende nähmen.³⁵⁷

Tadić' Geste blieb innerhalb der serbischen Politik erstaunlicherweise völlig unkommentiert, in den Medien waren die Reaktionen überwiegend positiv, aber durchaus unterschiedlich. Die *Danas* machte mit dem Titel »Ende des Kriegs«³⁵⁸ auf und blickte wie die *Politika* verstärkt auch auf die internationalen Reaktionen auf die historische Geste,³⁵⁹ allerdings blieben in deren Berichterstattung auch die nationalistischen T-Shirts einiger kroatischer Angehöriger nicht unerwähnt.

356 Bilbija, Bojan: »Poklonjenje žrtvama na Ovčari« [Das Ehren der Opfer in Ovčara], in: *Politika* vom 5.11.2010, S. A5.

357 Vgl. ebd.

358 Cvetičanin, Radivoj: »Kraj rata« [Ende des Kriegs], in: *Danas* vom 5.11.2010, S. 6.

359 B. Bilbija: »Poklonjenje žrtvama na Ovčari«.

Während die kroatische Politikerin Vesna Pusić und die serbische Wochenzeitung *Vreme* die Geste Tadić' mit dem Kniefall Willy Brandts verglichen,³⁶⁰ bemerkte der Gründer des Dokumentations- und Informationszentrums *Veritas* und ehemalige Informationsminister der *Republika Srpska Krajina*, Savo Štrbac, in der *Pravda*, die Frage der serbischen Flüchtlinge sei wichtiger als Entschuldigungen.³⁶¹ In der *Danas* wurde der Besuch in Vukovar kontextualisiert: Er sei wichtig gewesen, da die politische Elite das Kriegsverbrechen über zwanzig Jahre lang negiert, relativiert oder in den größeren Zusammenhang des Zerfalls gestellt habe, in dem die Serben ausschließlich Opfer gewesen seien. Allerdings sei die Symbolpolitik nicht genug. Sonja Biserko machte deutlich, dass der »wahre Prozess der Auseinandersetzung«³⁶² noch nicht begonnen habe. Die serbische Elite sei nicht bereit, sich in einer adäquaten Weise in einen Prozess der Aufarbeitung zu begeben, vor allem da Teile von ihr das Projekt Milošević' unterstützt habe. Bislang habe sich die serbische Politik darauf konzentriert, sich gegen die Anschuldigung als Aggressor zu verteidigen. Eine Aufarbeitung umfasse eine Distanzierung von der Ideologie des Milošević-Regimes, ein Ende der Politik des Vergessens, die Anerkennung der Urteile des ICTY als grundlegende Wahrheit und die Identifizierung der Opfer und ihrer Grabstätten. Der kroatische Politikwissenschaftler und Menschenrechtsaktivist Žarko Puhovski wertete die Geste Tadić' als paradigmatisches Beispiel eines staatsmännischen Ansatzes: Etwas zu tun, wofür die gesellschaftliche Mehrheit nicht bereit sei, es aber nicht vor dem Wähler zu verstecken, sondern ihm einen Weg zu weisen.³⁶³

Ende Oktober 2010 leiteten die EU-Außenminister den serbischen Antrag auf Mitgliedschaft in der EU an die Kommission weiter. Sie betonten aber gleichzeitig, dass die umfassende Kooperation mit dem ICTY die grundlegende Bedingung für eine Mitgliedschaft sei. In einem weiteren Fortschrittsbericht zeigte sich die Kommission, basierend auf dem Bericht des ICTY-Chefanklä-

360 Vgl. Miladinović, Veljko: »Veliko izvinite i mala isprika« [Große Entschuldigung und kleine Ausreden], in: Press vom 5.11.2010, S. 3, sowie Ivanji, Andrej: »Sa Ovčara do Kablara« [Vom Ovčar zum Kablar], in: *Vreme* vom 11.11.2010, <http://www.vreme.com/cms/view.php?id=960456> vom 12.7.2014.

361 Štrbac, Savo: »Pitanje izbeglih važnije od izvinjenja« [Die Flüchtlingsfrage ist wichtiger als Entschuldigungen], in: *Pravda* vom 5.11.2010, S. 4.

362 Čongradin, Snežana: »Izvinjenje zbog zločina, uz skrivanje grobnica žrtava: Nakon posete Borisa Tadića u Vukovaru« [Entschuldigung wegen der Verbrechen, nebst dem Verstecken von Opfergräber. Nach dem Besuch Boris Tadić' in Vukovar], in: *Danas* vom 6.11.2010.

363 Ebd.

gers, zufrieden mit der Kooperation Serbiens mit dem Tribunal. Die Zusammenarbeit funktioniere problemlos und sei professionell, allerdings müsse das Land die Strategie zur Ergreifung von Ratko Mladić und Goran Hadžić überprüfen, wozu ein rigoroserer und multidisziplinärer Ansatz notwendig sei. Zudem wurde moniert, dass der Status des Gesetzes über das Einfrieren des Vermögens von Flüchtigen weiterhin unklar sei.³⁶⁴

Einige Tage darauf überreichte Erweiterungskommissar Stefan Füle der serbischen Regierung den Beitrittsfragebogen, der im Fall Serbiens insgesamt 2483 Fragen enthielt. Die Antworten Serbiens auf den Beitrittsfragebogen konnten bereits am 31. Januar 2011 übergeben werden, da ministerielle Arbeitsgruppen unter Koordination des Büros für Europäische Integration die Antworten schon seit 2007 vorbereiteteten.

2011: Verhaftungen, zivilgesellschaftliche Initiativen und EU-Annäherung

Am 26. Januar 2011 verabschiedete die parlamentarische Versammlung des Europarats eine gesonderte Resolution über die Versöhnung und den politischen Dialog zwischen den Ländern des ehemaligen Jugoslawien, in der sie die gegenwärtigen Konsequenzen der Jugoslawienkriege verdeutlichte. Demnach lebten über 300.000 Personen als Binnenvertriebene, 120.000 seien weiterhin Flüchtlinge und 14.000 Personen gelten immer noch als vermisst. Zunächst lobte die Versammlung die Bereitschaft zur Zusammenarbeit und zur Aufarbeitung der Vergangenheit in bilateralen Erklärungen³⁶⁵ und im Rahmen von Symbolpolitik. Explizit stellte sie die zivilgesellschaftliche Initiative für eine regionale Kommission heraus. Die Reformen der Regierungen der Staaten des ehemaligen Jugoslawien und die konkreten Implementierungen bi- und multilateraler Abkommen hingegen variierten sehr und würden oftmals hinter den Erwartungen zurückbleiben. Zur Bewältigung der Kriegsfolgen, zur Strafverfolgung von Kriegsverbrechen und zur Ergreifung von Maßnahmen zur Versöhnung forderte eine Intensivierung der regionalen Beziehungen und listete konkrete Maßnahmen auf. Darüber hinaus kam in der Resolution die Besorgnis darüber zum Aus-

364 European Commission: Serbia 2010 Progress Report, EU-Dok. SEC (2010) 1330 vom 9.11.2010, S. 19.

365 Hier wurden der Palić-Prozess, die Istanbul Erklärung zwischen Serbien, Bosnien-Herzegowina und der Türkei 2010 und die Regionalkonferenz über die Probleme von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen in Belgrad im November 2011 sowie der Brdo-Prozess aufgelistet.

druck, dass sich die öffentlichen Diskurse über die Jugoslawienkriege und ihre Folgen in den Ländern des ehemaligen Jugoslawien unterschieden, was als potentielle Quelle für Hass und Konflikte gewertet wurde, der die politischen Führer gezielt entgegenzutreten müssten.³⁶⁶

Im Mai 2011 verhaftete die serbische Polizei schließlich Ratko Mladić und lieferte ihn an das ICTY aus. Die Regierung kommunizierte die Verhaftung als Erfüllung der an Serbien gestellten Konditionen, ohne die Verbrechen, wegen der Mladić gesucht wurde, breiter zu thematisieren. Die Medien berichteten in erster Linie über die Umstände der Verhaftung, über die prekären Lebensverhältnisse des Untergetauchten, seine familiäre Situation, den gesundheitlichen Zustand und über außenpolitische Reaktionen auf die Festnahme. Eine kritische Auseinandersetzung mit den begangenen Kriegsverbrechen blieb aus. Hingegen klang sowohl in den Äußerungen von Politikern als auch in der medialen Berichterstattung mit Referenz auf die Notwendigkeit der Kooperation mit dem ICTY immer wieder eine Art Entschuldigung für die Verhaftung durch. In den Worten des Juristen Srđa Popović sei das Narrativ über die Ergreifung Mladić' gewesen, dass man »dieses unsere Generälchen, diesen Opa, angesehen und hoch geachtet im Volk [...] eingeholt von den Umständen, wegen denen uns dieses Den Haag, diese Europäische Union und Kathrin Ashton jagen, verhaften musste«³⁶⁷.

Zwischen der Festnahme Mladić' und der im Juli folgenden von Goran Hadžić sollte im Juni 2011 die Veröffentlichung des Buches *Zloupotrebijene institucije: Ko je bio ko u Srbiji 1987-2000* (Mißbrauchte Institutionen: Wer war wer in Serbien 1987-2000)³⁶⁸ die serbische Gesellschaft erschüttern. Das Buch listet 1400 Namen von Personen aus verschiedenen gesellschaftlichen Sphären – von Politik und Wissenschaft über Kirche und Armee bis zu den Medien und der Kultur – auf, über die Slobodan Milošević seine politischen Ziele verwirklicht hatte. Es ging auf die dreijährige Forschung von Biljana Kovačević-Vučo und Dušan Bogdanović zurück und wurde vom *Fond Biljana Kovačević-Vučo* veröffentlicht. Die Publikation wurde von Podiumsdiskussionen zum Leben in den

366 Parliamentary Assembly of the Council of Europe: Reconciliation and political dialogue between the countries of the former Yugoslavia, Resolution Nr. 1786 vom 26.1.2011.

367 Lukić, Svetlana: Reakcije na hapšenje Ratka Mladić [Reaktionen auf die Verhaftung von Ratko Mladić], Radiosendung Peščanik vom 27.5.2011, <http://pescanik.net/2011/05/reakcije-na-hapsenje-ratka-mladica> vom 14.2.2013.

368 Bogdanović, Dušan/Kovačević-Vučo, Biljana: *Zloupotrebijene institucije: Ko je bio ko u Srbiji 1987.-2000. godine* [Mißbrauchte Institutionen. Wer war wer in Serbien 1987-2000], Belgrad: Fond Biljana Kovačević-Vučo 2011.

Neunzigern und zum Wandel seit 2000 sowie von zwei Ausstellungen begleitet. Zu den Podiumsdiskussionen waren als Gesprächspartner neben dem Autor Dušan Bogdanović die Menschenrechtsaktivistin Sonja Biserko vom Helsinki-Komitee und der Politiker Žarko Korać eingeladen, der sich in den 90er Jahren in der demokratischen Opposition des Landes engagiert hatte und aktiv für eine Aufarbeitung dieser Periode einsetzt. Die interaktive, multimediale Ausstellung *Glasačka mašina* (Wahlmaschine) stellte eine Retrospektive der Wahlkampagnen im Mehrparteiensystem Serbiens von 1990 bis 1997 dar. Dokumente der 90er Jahre zeigen, neu zusammengestellt, das politische Marketing des Milošević-Regimes und dessen Elemente der politischen Manipulation, des ideologischen Fanatismus und der ethnischen Perversion auf.³⁶⁹ Die Ausstellung *Muzej objekata* (Museum der Objekte) hingegen lädt bis heute die Bürger Serbiens dazu ein, ihre persönliche Erinnerung an die 90er Jahre zu teilen und Gegenstände für die Ausstellung zu spenden. Die Buchvorstellung, Podiumsdiskussionen und Ausstellungen reisten in den Monaten nach der Erstveröffentlichung durch das ganze Land. Öffentlich sollte so die Frage thematisiert werden, wo Milošević' Leute und ihre politischen Ziele in der Gegenwart seien und welche Rolle sie spielten. Die Auseinandersetzung mit dem Buch sollte deutlich machen, dass es in den Biographien vieler einflussreicher Personen trotz des Regimewechsels keinerlei Bruch gab. Statt eines erwarteten Sturms erfolgte auf das Buch und die konzertierte Aktion aber kaum eine öffentliche Reaktion, vielmehr wurden sie sowohl von der breiten Öffentlichkeit als auch von den im Buch aufgeführten Personen einfach ignoriert. Auch von Aufarbeitungsbefürwortern wie dem *Peščanik*³⁷⁰-Autor Saša Ilić wurde das Buch kritisiert, da es keinen Aufschluss

369 Der zentrale, 32-minütige Film der Ausstellung kann online gefunden werden, siehe Medijska arheologija: »Glasačka mašina« [Die Wahlmaschine], <http://www.youtube.com/watch?v=ucBVRrk4tcc> vom 11.5.2013. Idee und Realisierung gehen auf den Fonds Biljana Kovačević-Vučo, Medijska arheologija, Kiosk, das Zentrum für kulturelle Dekontamination und die Heinrich-Böll-Stiftung zurück, während die finanzielle Unterstützung vom *Fond za otvoreno društvo* [Fonds für eine offene Gesellschaft] kam.

370 *Peščanik* (Sanduhr) wurde 2006 als NGO gegründet und wird durch Mittel der Civil Rights Defenders, des National Endowment for Democracy, der Heinrich-Böll-Stiftung, der Europäischen Union, der norwegischen Botschaft und der Niederlande unterstützt. Sie produzierte zunächst eine Radiosendung, die von 2000 bis 2011 auf B92 ausgestrahlt wurde. Mittlerweile wird die Sendung auf 15 Radio- und TV-Sendern in Serbien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina und im Kosovo ausgestrahlt. Seit 2007 hält die Sendung eine Homepage mit nunmehr 15.000 Artikeln

über den Missbrauch von Institutionen gebe. Es fehlten Analysen über die Machtverteilung und über Entscheidungsstrukturen sowie Quellennachweise und Bibliographien der Akteure des nationalistischen Projekts. Darüber hinaus sei es wissenschaftlich schlecht gemacht, die Autoren hätten schlecht recherchiert und nicht nachvollziehbare Gewichtungen vorgenommen. Ilić schließt:

»Alles wird jedoch der mündlichen Überlieferung und Erinnerung von Zeitgenossen überlassen, und es ist bekannt, dass die mündliche Überlieferung das greifbarste Instrument für die Revision der Vergangenheit in Serbien ist. Schade. Dieses Buch hätte wirklich der Beginn der Bewältigung der Vergangenheit sein können, so bleibt es ein weiteres Halbfabrikat«³⁷¹.

Die Verhaftung von Goran Hadžić im Juli 2011 schlug deutlich weniger Wellen in der serbischen Öffentlichkeit als die von Mladić. Nach dem dieser dingfest gemacht worden war, schien sie ohnehin nur noch eine Frage der Zeit zu sein. Präsident Tadić erklärte bei der Pressekonferenz, Serbien habe das schwerste Kapitel in der Zusammenarbeit mit dem ICTY beendet und werde die Erfüllung seiner internationalen Verpflichtungen fortsetzen. Mit der Verhaftung Hadžić' seien die gesetzlichen Aufgaben erfüllt und die moralische Schuldigkeit beglichen. Weiterhin erklärte er die »finsternen Seiten unserer Geschichte« für beendet.³⁷²

Im Sommer 2011 trat die *Inicijativa za REKOM* (Initiative für eine regionale Kommission) im öffentlichen Diskurs Serbiens zu Tage, die mittels einer Unterschriftenkampagne zur Gründung einer regionalen Wahrheitskommission aufrief. Bereits Mitte der 2000er Jahre schlossen sich die Aufarbeitungsaktivisten Nataša Kandić vom Fonds für Völkerrecht in Belgrad, Vesna Teršelić von *Documenta* in Zagreb und Mirsad Tokača vom *Informativno-dokumentacioni centar* in Sarajevo zusammen und stellten in einem allen interessierten Organisationen und Einzelpersonen offenen Prozess die Idee einer regionalen Wahrheitskommission zur Diskussion. Die daraus entstandene Initiative versteht sich als

vor. Ihre Autoren und Vorstandsmitglieder sind kritische Intellektuelle, Künstler, Vertreter der Zivilgesellschaft.

371 Ilić, Saša: »Danak konzervativnoj metodi« [Tribut den konservativen Methoden], in: Peščanik.net vom 29.7.2011, <http://pescanik.net/2011/07/danak-konzervativnoj-metodi> vom 13.5.2013.

372 RTV, RTS, Beta, Tanjug, Fonet: Hadžić se neće žaliti na izručenje Hagu [Hadžić wird sich nicht über Auslieferung nach den Haag beklagen], in: RTV.rs vom 20.7.2011, http://www.rtv.rs/sr_lat/hronika/pocelo-saslanje-hadzica-u-specijalnom-sudu_264597.html vom 20.7.2011.

koordinierte, aber plurale, explizit nicht politische, zivilgesellschaftliche Bewegung und setzt sich für eine unabhängige, überregionale Kommission zur Feststellung der Fakten über alle Opfer von Kriegsverbrechen und anderen schweren Menschenrechtsverletzungen ein, die zwischen 1991 und 2001 auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien begangen wurden. Neu waren der Regionalansatz, der alle Verbrechen während aller jugoslawischen Nachfolgekriege miteinbezieht, also auch den albanischen Aufstand in Mazedonien 2001, sowie die Idee absoluter Unabhängigkeit von politischem Einfluss und von staatlichen Institutionen. Der Initiative, die im Februar 2013 mehr als 1800 zivilgesellschaftliche Organisationen und Einzelpersonen aus den jugoslawischen Nachfolgestaaten umfasste, liegt ein *Bottom-up*-Ansatz zugrunde. In dreijähriger zivilgesellschaftlicher Debatte, an der sich fast 6200 Vertreter von NGOs, Opfer- und Veteranenverbänden sowie Individuen beteiligten, wurde nach einem effizienten und sinnvollen Versöhnungskonzept für die ganze Region gesucht. Dabei einigte man sich auf zwei Hauptziele: Einerseits sollte den Opfern eine öffentliche Plattform gegeben, andererseits die Wahrheit beziehungsweise die Fakten festgestellt und Einigkeit über die Fakten hergestellt werden. Die Initiative wurde institutionalisiert, im Mai 2009 wurde REKOM als Verein eingetragen, dessen Sekretariat in Belgrad sitzt. In Serbien unterstützen ein Großteil des alternativen NGO-Sektors die Initiative, aber auch Vertreter des »dritten Wegs« der Aufarbeitung wie die Viktimologische Gesellschaft Serbiens. Präsident Tadić empfing im Oktober 2009 Vertreter von REKOM und sagte ihnen Unterstützung zu. Im März 2011 nahm die Mitgliederversammlung der Initiative einen Vorschlag für das Statut einer zukünftigen regionalen Kommission³⁷³ mit Sitz in Sarajevo an, die 16 Mitglieder aus Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Serbien, dem Kosovo, Mazedonien, Slowenien und Montenegro umfasst. Innerhalb von drei Jahren soll sie Informationen zusammentragen und analysieren und – zum Teil öffentlich – Zeugenaussagen hören, bevor sie schließlich einen Abschlussbericht vorlegt. Im Sommer 2011 setzte sich eine öffentliche Unterschriftenaktion für die im Statut beschriebene Kommission ein, an der sich ca. 122.000 Bürger in Bosnien-Herzegowina, 20.000 in Kroatien und über 250.000 in Serbien beteiligten. Die führenden Tageszeitungen der Region veröffentlichten einen Brief von 155

373 Koalicija za REKOM: Predlog statuta regionalne komisije za utvrđivanje činjenica o ratnim zločinima i drugim kršenjima ljudskih prava na području nekadašnje SFRJ [Vorschlag eines Statuts der regionalen Kommission zur Feststellung von Tatsachen über Kriegsverbrechen und andere Verletzungen der Menschenrechte auf dem Gebiet der ehemaligen SFRJ] vom 26.3.2011, <http://www.recom.link/wp-content/uploads/2012/01/Predlog-Statuta.pdf> vom 11.2.2015.

Künstlern und Intellektuellen, die ebenfalls ihre Unterstützung zusicherten und die Staatsoberhäupter dazu aufforderten, diese Kommission gemeinsam zu errichten. Im Anschluss daran bereitete eine Expertenkommission einen Gesetzestext vor, der nun einen politischen Prozess anstoßen soll, um in ein multinationales Abkommen zu münden. Dafür soll jedes Land seine eigene REKOM-Organisation gründen, die nach der Arbeitsphase einen Bericht verfasst. Dieser soll dem Parlament vorgelegt und dann angenommen werden.

Der Vorstoß stieß nicht überall auf Zustimmung, wie die auf der REKOM-Homepage gesammelten polemischen Artikel und Kontroversen zeigen.³⁷⁴ Kurz nach der Veröffentlichung des Statuts schrieben einige Autoren auf der populistischen, nationalkonservativen Plattform *Nova srpska politička misao* (Neuer serbischer politischer Gedanke) gegen das Projekt an. In nahezu allen Medien der Region gab es vereinzelte kritische Berichte über die Initiative. Ihr wurde vorgeworfen eine Minderheitenposition zu vertreten. Das Ziel der Versöhnung wurde skeptisch betrachtet, man vermutete, dass die Konflikte durch die Offenlegung in einer solchen Kommission wieder angeheizt werden könnten. Die mangelnde Komplementarität einer neuen Kommission wurde kritisiert, da viele Fakten durch die bisherigen Prozesse und die bereits arbeitenden staatlichen Institutionen schon vorliegen würden. Auch wurde der überregionale und unabhängige Status der Kommission bemängelt, die so über bereits vorhandenen staatlichen Organisationen stünde. Das vorgeschlagene Statut würde gegen die Verfassungen der Länder verstoßen. Den Aktivisten wurde mangelnder Realitätssinn nachgesagt, da die Parteien und Politiker in der Region die Realisierung einer regionalen Kommission sicher nicht unterstützen würden. Unberechtigterweise wurde ihnen vorgeworfen, Spenden veruntreut zu haben, immer wieder wurde verlautbart, dass der REKOM-Prozess gescheitert sei.³⁷⁵ Auch andere serbische zivilgesellschaftliche Akteure übten Kritik, wie die weitgehend frei von Argumenten vorgetragene Polemiken von Miljenko Dereta und Dragan Popović von der *Gradanske inicijative* (Bürgerlichen Initiative) zeigen. Sie beschuldigten Nataša Kandić, das regionale Projekt privatisiert zu haben und willkürlich Millionen zu verschleudern.³⁷⁶ Kandić wehrte sich in einer Gegendarstellung und

374 Vgl. die Übersicht von Presseartikeln auf <http://www.recom.link/sr/category/info-sr/kritika-i-polemike-sr> vom 11.5.2013.

375 Vgl. ebd.

376 Vgl. o. V.: »REKOM osuden na propast« [REKOM zum Untergang verurteilt], in: *Politika* vom 24.10.2012, S. 5; Tanjug: »Statut REKOM-a protiv dobre ideje« [Das Statut von REKOM gegen eine gute Idee], in: *b92.net* vom 23.10.2011,

entkräftete die vorgebrachten Vorwürfe völlig.³⁷⁷ Erwartungsgemäß mobilisierte auch das nationalistische Lager gegen REKOM. Stefan Karganović vom *Srebrenica Historical Project* warf in einem Artikel auf *Nova srpska politička misao* REKOM die Produktion einer dem serbischen Staat und Volk schadenden »Lügengeschichte« sowie Inkompetenz, mangelnde Objektivität und mangelnde Wissenschaftlichkeit vor. Weiterhin rief er die Leser zu einer nur mäßig erfolgreichen Petition auf, in der die Bürger Serbiens Präsident Nikolić auffordern sollten, REKOM jegliche offizielle und staatliche Unterstützung zu verweigern.³⁷⁸

Im Oktober 2011 erhielt Serbien die Stellungnahme der Europäischen Kommission zum gestellten Mitgliedsantrag. Grundlage hierfür war eine ausführliche Analyse, die nach der Verhaftung von Mladić und Hadžić erwartungsgemäß positiv ausfiel. Im Bereich der politischen Kriterien zeigte sich die Kommission in großen Teilen zufrieden, so habe sich die Zusammenarbeit mit dem ICTY stark verbessert und die Regierung habe auf 46 Aufforderungen des ICTY zur Auslieferung von Angeklagten reagiert.³⁷⁹ Auch die polizeilichen Ermittlungen von Kriegsverbrechen seien professioneller geworden.³⁸⁰ Besonders betont wurde mit Blick auf die regionale Zusammenarbeit die Wiederaufnahme des Prozesses der Sarajevo-Erklärung zur Flüchtlingsrückkehr bei einer weiteren Ministerialkonferenz in Belgrad 2010.³⁸¹ Trotz dieser positiven Bilanz machte der Bericht auch die Erwartungen der Kommission deutlich: »Further efforts to explain and defend the role of the ICTY and confront the past are essential for a

http://www.b92.net/info/vesti/index.php?yyyy=2011&mm=10&dd=23&nav_category=12&nav_id=551703 vom 11.2.2013.

- 377 Kandić, Nataša: »O inicijativi za REKOM« [Über die Initiative für REKOM], in: *Politika* vom 1.11.2011, S. 22.
- 378 Karganović, Stefan: REKOM – stop proizvodnji lažne istorije [REKOM – Stoppt die Produktion der Lügengeschichte], in: *Nova srpska politička misao* online vom 27.10.2012, <http://www.nspm.rs/istina-i-pomirenje-na-ex-yu-prostorima/rekom-stop-proizvodnji-lazne-istorije.html> vom 11.2.2013.
- 379 European Commission: Commission Opinion on Serbia's Application for Membership of the European Union. Analytical Report, EU-Dok. SEC (2011) 1208 vom 12.10.2011, S. 33.
- 380 Vgl. ebd., S. 41.
- 381 Vgl. Regional Ministerial Conference on Refugee Returns: Declaration vom 31.1.2005, <http://www.kirs.gov.rs/docs/Sarajevo%20Declaration%20January%20202005.pdf> vom 9.4.2013.

lasting reconciliation.«³⁸² Abschließend bewertete sie in ihrer Beschlussfassung, dass Serbien auf einem guten Weg sei, die politischen Kriterien zufriedenstellend zu erfüllen.³⁸³ Die Kooperation mit dem ICTY sei voll zufriedenstellend, wie die Auslieferung von Mladić und Hadžić zeige, auch engagierte sich das Land in der regionalen Zusammenarbeit und »has taken significant steps to foster reconciliation«³⁸⁴. Als einzige Schlüsselpriorität zur Verleihung des Kandidatenstatus forderte die Kommission weitere konkrete Schritte zur Normalisierung der Beziehungen mit dem Kosovo gemäß den Bedingungen des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses.

Seit 2012: »Alte Garde« wieder an der Macht?

Im Januar 2012 reflektierte der Parteivorsitzende der SPS, Ivica Dačić, dass seine Partei von dem lernen sollte, was vor 2000 passiert sei, damit dies nie wieder geschehe. In einem Interview mit der Zeitung *Press* räumte er ein, dass sich die Partei in diesem Sinne bei den Bürgern Serbiens für die Probleme der 90er entschuldigen könne, da sie partiell daran und an der Gesamtsituation schuld sei.³⁸⁵ Die SPS hatte sich zwar sukzessive von der früheren Politik distanziert, sich aber nie offiziell entschuldigt. Wenn auch nicht im Wortlaut und in einem entsprechend formellen Rahmen kommt die Äußerung Dačić' aber einer Entschuldigung gleich und wurde in der Öffentlichkeit auch so aufgefasst. Während die SPS sich durch »Selbstlustration«, wie ihr von Seiten der serbischen Justizministerin Snežana Malović bestätigt wurde,³⁸⁶ selbst entlastete, fragten sich Aktivisten und Wissenschaftler im Februar 2012 im Rahmen einer vom Fonds Biljana Kovačević Vučo, der Heinrich-Böll-Stiftung und dem Zentrum für kulturelle Dekontamination veranstalteten regionalen Konferenz: *Šta dalje?* (Wie weiter?) Die Fragen der Aufarbeitung scheinen weitgehend verhandelt, wenn auch nicht immer mit zufriedenstellendem Ergebnis. Nun stehen überregionale Initiativen

382 European Commission: Commission Opinion on Serbia's application for membership of the European Union, EU-Dok. COM (2011) 668/F1 vom 12.10.2011.

383 Ebd., S. 11.

384 Ebd., S. 8.

385 O. V.: »Socialist Leader Says Party Should Apologise for 90s«, in: *Balkan Insight* vom 4.1.2012, <http://www.balkaninsight.com/en/article/serbia-s-socialists-may-apologize-for-90s> vom 14.5.2013.

386 Zagorac Simonović, Jasna: »Pouka o samolustraciji« [Die Lektion über die Selbstlustration], in: *Danas* vom 2.2.2012, http://www.danas.rs/danasrs/dijalog/pouka_o_samolustraciji.46.html?news_id=233222 vom 30.3.2013.

und Fragen der medialen und edukativen Umsetzung der Einsichten über Kriegsverbrechen und die Rolle der jeweiligen Nation im Mittelpunkt.

Auch im Bericht des Monitoringkomitees 2012 ermutigte die parlamentarische Versammlung des Europarats Serbien, seine Politik des Dialogs, der Versöhnung und der Kooperation fortzuführen, besonders stellte sie die Srebrenica-Deklaration des serbischen Parlaments 2010 heraus. Hinsichtlich der Kooperation mit dem ICTY zeigte sich die parlamentarische Versammlung zufrieden. Darüber hinaus lud sie Serbien ein, in seiner Gesetzgebung die Maßnahmen zu berücksichtigen, die der Europarat 2011 in Resolution 1784 »Protection of witnesses as a cornerstone for justice and reconciliation in the Balkans«³⁸⁷ festlegte.³⁸⁸

Nachdem Serbien am 1. März 2012 den lang ersehnten Status eines EU-Beitrittskandidaten erhalten hatte, gewann der nationalpopulistische Tomislav Nikolić von der SNS die Präsidentschaftswahlen. Nikolić sorgte schon am Tag nach seiner Amtseinführung für Empörung. In einem Interview mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* behauptete er, die kroatische Stadt Vukovar sei eine serbische Stadt.³⁸⁹ Im montenegrinischen Fernsehen bestritt er die Qualifizierung Srebrenicas als Genozid – und kritisierte implizit das ICTY: »In Srebrenica gab es keinen Genozid. Viele werden dafür vielleicht verurteilt, aber niemandem wurde das bisher bewiesen.«³⁹⁰

Auch Ivica Dačić (SPS), Ministerpräsident der neuen, aus der Fortschrittspartei, der SPS und den *Ujedinjeni Regioni Srbije* (Vereinigten Regionen Serbiens, URS) bestehenden Regierungskoalition, behauptete in der Regierungserklärung zu seinem Amtsantritt, man solle sich nicht mit der Vergangenheit, sondern mit der Zukunft befassen. Aleksandar Vučić von der SNS ist stellvertretender Ministerpräsident. Nikolić, Dačić und Vučić bekleideten bereits in den 90er Jahren verantwortungsvolle Positionen in der serbischen Politik: Dačić war ab 1992 Sprecher der Sozialisten, Nikolić stellvertretender Vorsitzender der Ra-

387 Parliamentary Assembly of the Council of Europe: Protection of Witnesses as a Cornerstone for Justice and Reconciliation in the Balkans, Resolution Nr. 1784 vom 26.1.2011.

388 Dies. (Hg.): The Honouring of Obligations and Commitments by Serbia, Report Nr. 12813 vom 9.1.2012.

389 Martens, Michael: »Die Serben durften nicht entscheiden, wo sie leben wollen. Im Gespräch: Tomislav Nikolić«, in: faz.net vom 19.5.2012, <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/wahl-in-serbien-die-serben-durften-nicht-entscheiden-wo-sie-leben-wollen-11750937.html> 20.4.2014.

390 Meyer-Feist, Andreas: Serbien: Protest gegen Äußerungen von Nikolic, in: Deutschlandradio Kultur – Europa heute vom 6.6.2012.

dikalen Partei, Vučić deren Sprecher. Diese personelle Kontinuität lässt die These der Selbstlustration und die Aussagen von einer Diskontinuität mit der Politik der 90er Jahre wenig glaubhaft erscheinen.

Nach zehn Jahren Kontroverse, drei offenen Wettbewerben und Kosten in Höhe von 60 Millionen Dinar eröffnete der Belgrader Bürgermeister Dragan Đilas am 24. März, dem 13. Jahrestag des Beginns der NATO-Bombardierung Serbiens 1999, eine Gedenkstätte für die Opfer des Kriegs und die Verteidiger des Vaterlands 1990-1999 in der Nähe des Belgrader Hauptbahnhofs.³⁹¹ Obwohl der Zeitpunkt der Enthüllung bewusst geheim gehalten wurde, wurde sie von Protesten begleitet: Vertreterinnen der Frauen in Schwarz kritisierten die Gleichsetzung von Opfern mit Mördern, Eltern von Gefallenen äußerten Unverständnis darüber, dass das Monument weder die Namen der Gefallenen noch ein orthodoxes Kreuz trug, und bemängelten seine kühle, moderne Gestaltung. Đilas betonte in einer kurzen Ansprache, dass man alle Opfer und ihre Eltern ehren müsse, unabhängig davon, ob sie im Recht seien oder nicht. Obwohl man nach Jahren der Kontroverse nun eine gangbare Lösung gefunden zu haben glaubte, war sie für keinen Beteiligten in der Debatte zufriedenstellend. Wie David ausführt, nutzte man diese Sprach- und Formregelung, mit der die Verteidiger des Vaterlands bewusst unter der universalen Opferkategorie subsumiert werden, bewusst, um zwischen den divergierenden innenpolitischen und außenpolitischen Erwartungen zu vermitteln.³⁹²

Nach dem Erfolg einer Klage vor dem Europäischen Menschenegerichtshof Ende April³⁹³ muss die serbische Regierung nun den Reservisten, die im Kontext des Kosovokonflikts mobilisiert wurden, ihren noch ausstehenden Sold auszahlen. Sie organisieren sich zunehmend, um auf ihre Situation hinzuweisen und um ihre Rechte in Anspruch zu nehmen. In der Folge des Urteils schlossen sich im September im *Savez udruženja boraca od 1990. do 1999. Republike Srbije* (Rat der Vereinigungen der Kämpfer von 1990 bis 1999) 14 Organisationen zusammen, der mit ca. 140.000 Mitgliedern den nunmehr größten Verband von Kriegsveteranen in Serbien bildete. Zudem sorgte die Ankündigung des *Savez*

391 David, Lea: »Mediating international and domestic demands: Mnemonic battles surrounding the monument to the fallen of the wars of the 1990s in Belgrade«, in: *Nationalities Papers* 42 (2014) 4, S. 655-673, hier S. 655. David unterscheidet in der Kontroverse von 2002 bis 2012 drei Phasen, in denen die Opferdefinition den veränderten politischen Umständen entsprechend rejustiert wurde.

392 Ebd., S. 666.

393 European Court of Human Rights: *Case of Vučković and others v. Serbia*. Judgment, Application Nr. 17153/11 vom 28.8.2012.

ratnih veterana Srbije (Bund der Kriegsveteranen Serbiens) für Wirbel, die Öffentlichkeit der *Pride parade* für eine *Parada sramna* (beschämende Parade) nutzen zu wollen, um auf die Situation der Veteranen aufmerksam zu machen, da sie die marginalisierteste Gruppe im Land darstellen würden.³⁹⁴

In ihrem Fortschrittsbericht lobte die Europäische Kommission die Zusammenarbeit mit dem ICTY, lediglich weitere Untersuchungen hinsichtlich des Unterstützungsnetzwerks von flüchtigen Kriegsverbrechern wurden angemahnt. Positiv wird auch die Arbeit des Staatsanwalts für Kriegsverbrechen bewertet, der im Juni 2012 Anklage gegen ein Netzwerk von Personen erhob, die Mladić bei seiner Flucht unterstützt hatten. Auch sei der Austausch von Informationen mit Behörden in Kroatien und mit der EULEX 2012 ermöglicht worden. Allein in Bezug auf den Zeugenschutz gäbe es Nachbesserungsbedarf.³⁹⁵

Die Enttäuschung und Wut über drei Freisprüche des ICTY im Herbst für mutmaßliche Kriegsverbrecher, die sich Gewaltverbrechen an serbischen Zivilisten schuldig gemacht haben sollen, griff die Regierung auf. Der stellvertretende Ministerpräsident kritisierte das ICTY vor dem UN-Sicherheitsrat scharf, indem er ihm vorwarf, dass Gesetz und Gerechtigkeit nicht immer seine leitenden Prinzipien gewesen seien. Gerade die aktuellsten Freisprüche des ICTY für die Kroaten Ante Gotovina und Mladen Markač sowie den ehemaligen UÇK-Führer Ramush Haradinaj zeigten, dass einzig die serbische Nation als Täter von Kriegsverbrechen und nur das serbische Volk als verantwortlich für die schreckliche Gewalt herausgegriffen worden seien. Das Tribunal habe es versäumt, Gerechtigkeit herbeizuführen, da es die Schuld nicht adäquat festgestellt habe. So könnten nun die Schulbücher in Kroatien, in Teilen von Bosnien und des Kosovo die Unschuld ihrer Einwohner behaupten.³⁹⁶ Nach den Freisprüchen reduzierte Serbien seine Zusammenarbeit mit dem ICTY auf ein technisches Level. Im Februar 2013 kippte das Berufungsgericht am ICTY auch das Urteil gegen den ehemaligen Generalstabschef der JNA, Momčilo Perišić, und sprach ihn umgehend frei. In Serbien wurde dieses Urteil begrüßt.

394 Beta: »Veterani zakazali ›Paradu srama‹ istog dana kada se održava Parada ponosa« [Veteranen planen ›Parade der Schande‹ am gleichen Tag, an dem die Parade des Stolzes stattfindet], in: Blic online vom 11.9.2012, <http://www.blic.rs/Vesti/Drustvo/342241/Veterani-zakazali-Paradu-srama-istog-dana-kada-se-odrzava-Parada-ponosa> vom 24.4.2013.

395 European Commission: Serbia 2012 Progress Report, EU-Dok. SWD (2012) 333/F1 vom 10.10.2012.

396 Vgl. United Nations Security Council: 6880th Meeting, Agenda: ICTY/ICTR, UN-Dok. SC/10846 vom 5.12.2012, S. 29 ff.

Die Kritik am ICTY trug der serbische Außenminister Vuk Jeremić auf die internationale Ebene, als er 2013 der UN-Generalversammlung vorstand. Er brachte im April erstmals eine Debatte über die globale Strafjustiz auf die Tagesordnung des höchsten Gremiums. Der serbische Präsident Tomislav Nikolić drückte in seinem Redebeitrag die Enttäuschung Serbiens über die internationale Strafjustiz aus. Das Land sei eines der ersten gewesen, welches das Tribunal unterstützt habe, um mit der Anwendung der gleichen Normen Gerechtigkeit für alle Opfer des Konflikts zu erreichen. Heute erhärte sich der Eindruck, dass Serbien unberechtigterweise das Tribunal legitimiert hätte. Es sei keine Gerechtigkeit geübt, sondern alte Wunden seien geöffnet worden: »Justice had not been done since the end of the Second World War, when 700.000 Serbs had been murdered in the Jasenovac camp.«³⁹⁷ Das Misstrauen prägte Generationen von Serben. Das ICTY sei kein Instrument der Strafverfolgung, die Prozesse hätten bewiesen, dass es keine Unvoreingenommenheit gebe. Er erklärte, Serben hätten den Ausdruck *haška pravda* (Haager Gerechtigkeit), um ungerechte juristische Entscheidungen zu benennen, die auf Unwahrheiten basierten und unter politischem Druck erreicht würden. Die Arbeit des Tribunals würde in Serbien als parteiisch wahrgenommen, was oftmals als Ergebnis eines nationalistischen Ansatzes gewertet würde und auf dem Wunsch beruhend, die Schwere der begangenen Verbrechen herunterzuspielen. Solchen Behauptungen stelle er entgegen, dass keine Personen höheren Rangs aus der kroatischen oder bosnischen Armee oder der UÇK verurteilt worden seien. Ermittlungen gegen die Kriegsverbrechen im Rahmen der NATO-Intervention oder hinsichtlich des Organhandels im Kosovo seien nicht aufgenommen worden. Die Praxis des Tribunals entspreche nicht den Standards der serbischen Justiz. Kooperation entspringe aus dem Wunsch, zur Versöhnung beizutragen. Deshalb erwarte er auch die Verurteilung von Verbrechen der Staaten, in deren Namen Verbrechen gegen das serbische Volk begangen wurden. Alle Straftäter müssten vor Gericht, das Tribunal würde diese Ansicht allerdings nicht teilen. Er halte die anderen Staaten dazu an, Serbien bei seinem Versuch zu unterstützen, die Wahrheit zu enthüllen, da es nie zu spät für Versöhnung sei. Er plädiere gegen die Anwendung selektiver Gerechtigkeit und für die Gleichbehandlung aller Konfliktparteien.³⁹⁸

397 United Nations General Assembly: Robust International Criminal Justice System Gives »Much-Needed Voice to Victims« of Serious Crimes, Secretary-General Tells General Assembly, Pressemitteilung <http://www.un.org/press/en/2013/ga11355.doc.htm> vom 24.4.2013.

398 Ebd.

Ende April 2013 entschuldigte sich Nikolić in einem Interview im bosnischen Fernsehen für das Verbrechen in Srebrenica:

»Ich knie deswegen, ich knie und bitte um Verzeihung für Serbien wegen des Verbrechens, das in Srebrenica begangen wurde. Ich entschuldige mich für die Verbrechen, die im Namen unserer Landes und Volkes von Einzelnen begangen wurden.«³⁹⁹

Als er gefragt wurde, ob es sich dabei um einen Genozid gehandelt habe, sagte er, dies sei nicht erwiesen. Alles was sich auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien ereignet habe, hätte Charakterzüge eines Völkermordes aufgewiesen, als Beispiel führte er die Vertreibung der serbischen Bevölkerung während der kroatischen Militäraktion *Oluja* an. Weiterhin kündigte er einen baldigen Besuch in Srebrenica an.⁴⁰⁰ Nikolić knüpft dabei an die Symbolpolitik seines Vorgängers Tadić an und forciert mit der Aussöhnungspolitik den Kurs seines Landes in Richtung EU.

Bis April 2013 fehlte zum Inkrafttreten des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens nur noch die Ratifizierung durch Litauen, bis dahin gilt ein Interimsabkommen für Handelsfragen. Mit der Regierung des Kosovo konnte ein Normalisierungsabkommen erreicht werden, so dass nun eine Mitgliedschaft in der EU in Aussicht steht.

Zwischenfazit

Die ersten Jahre nach dem Ende des Milošević-Regimes waren vom Austesten politischer Spielräume und der Konsolidierung der neuen Regierungsparteien geprägt. Um Konflikte zwischen den Lagern zu vermeiden, suchten die Regierungsverantwortlichen möglichst elegante Lösungen im Umgang mit den Unterstützern des Milošević-Regimes und mieden öffentliche Vorwürfe von Machtmissbrauch und Menschenrechtsverletzungen. Aufgrund der Unterstützung, die die neue Regierung von ihnen benötigte, verblieben Lukić, Pavković, die Roten Barette oder die Mitarbeiter der Geheimdienste zunächst in ihren Machtpositionen.

Die Politik war hinsichtlich der Aufarbeitung von Kriegsverbrechen weiterhin in zwei Lager gespalten, die in immer wiederkehrenden Ritualen ihre Positionen für oder gegen Instrumente der Aufarbeitung markierten. Diese charakteristische Kontroverse um alle Bestrebungen, Kriegsverbrechen aufzuklären,

399 Tanjug (Hg.): »Nikolić«.

400 Ebd.

zeigt, dass es keine klare Distanzierung vom Milošević-Regime und von den Kriegen der 90er Jahre gab, dass die Akteure der nationalistischen Kriegsvorgangenheit – zum Teil bis heute – noch immer im politischen System und in Behörden vertreten sind und dass die widerstreitenden Narrative über die Kriegsvorgangenheit auch geschichtspolitisch noch einer Einhegung harren.

Die Weigerungshaltung gegenüber einer Kooperation mit dem ICTY konnte wegen der alten Kader in den Schlüsselpositionen von Militär und Geheimdiensten auch nach der Transition nur gegen Widerstände und Obstruktionen oder unter externem Druck allmählich aufgeweicht werden. Während das nationale Recht internationalen Standards gemäß reformiert wurde, versuchte Koštunica mit der Wahrheits- und Versöhnungspolitik eine Aufarbeitung unter nationalen Vorzeichen durchzusetzen. Mit dem Tod Đinđić verschlechterten sich die Möglichkeiten für die Aufarbeitung von Kriegsverbrechen erneut, da sie als gefährlich und die Stabilität des Landes bedrohend dargestellt wurde und somit innenpolitisch kaum noch vermittelbar war. Als nationale Alternative wurde die Kammer für Kriegsverbrechen eingerichtet, die nur sehr schleppend anließ und der anfangs kaum eine objektive Verfahrensführung zugetraut werden konnte. Auch das verabschiedete Lustrationsgesetz existierte nur auf dem Papier, belastetes Personal wurde nur aus machtpolitischen Interessen, aufgrund von Korruptionsvorwürfen und dank der Professionalisierung der Behörden aus Staatsämtern entfernt. Sowohl die Wahrheits- und Versöhnungskommission als auch die Lustrationskommission scheiterten, da man sich über die Besetzung der Gremien nicht einig wurde. In beiden Fällen kann man davon ausgehen, dass es zur politischen Strategie der serbischen Regierung und besonders des Präsidenten gehörte, symbolisch dem inneren und äußeren Druck auf die Regierung nachzugeben und eine Politik der Aufarbeitung zum Schein zu forcieren, diese aber durch Obstruktionen im Frühstadium zu lähmen. Während die Konditionalitätspolitik der EU und von Drittstaaten deutliche Fortschritte bei der Kooperation mit dem ICTY erreichte, wurde gleichzeitig kein politischer Druck auf das Land hinsichtlich der Aufklärung von Kriegsverbrechen und der Aufarbeitung der Kriegsvorgangenheit ausgeübt. Thematisch wurden die Forderungen nach einer Wahrheits- und Versöhnungskommission von den NGOs aufgegriffen, die sich nunmehr selbst für eine regionale Variante einer solchen Kommission engagieren. In der politischen Landschaft Serbiens ist es vor allem Nenad Čanak von der LSV, der weiter unermüdlich eine Implementierung und Verlängerung des Lustrationsge-

setzes fordert.⁴⁰¹ 2010 brachte seine Partei dazu einen Gesetzesentwurf ein.⁴⁰² Doch bis heute schaffte er es nicht auf die Tagesordnung des Parlaments. Auch die Initiative der SPO und der DHSS, die nach erfolglosen Versuchen 2004 und 2010 im August 2012 erneut einen Gesetzesvorschlag zur Öffnung von Geheimdienstakten in das Parlament einbrachten, wurde bis dato nicht auf die Tagesordnung gesetzt.⁴⁰³ Als Unterstützer eines solchen Gesetzes gelten weniger als ein Viertel der Abgeordneten der serbischen Skupština. Eine Zustimmung der bisher die Schritte der institutionellen Aufarbeitung unterstützenden Partei G17, seit 2011 URS, ist ungewiss, seitdem sie in Koalition mit der SPS und der SNS regiert.

Der Milošević-Prozess hatte in drei Punkten signifikanten Einfluss auf die serbische Innenpolitik. Erstens wurde die Ermordung des serbischen Premierministers Zoran Đinđić als direkte Reaktion auf dessen Auslieferungspolitik an das ICTY gewertet. Zweitens stimmten bei den Parlamentswahlen Ende 2003 wieder zunehmend mehr Bürger für die SRS und für die SPS, die der Regierung die Zusammenarbeit mit dem Tribunal und vor allem die Auslieferung Milošević' zum Vorwurf machten. Drittens wurde im März 2004 die Minderheitsregierung des neuen Premierministers Vojislav Koštunica nur durch die SPS möglich, die offiziell immer noch von Milošević angeführt wurde. Als Bedingung für die Tolerierung der Regierung verlangt sie, dass es keine Zusammenarbeit mit dem ICTY gebe und dass diejenigen verhaftet und bestraft würden, die für Milošević' Auslieferung verantwortlich waren.⁴⁰⁴

Das ICTY übergab der Belgrader Kammer für Kriegsverbrechen 2005 drei Fälle (*Zvornik*, *Škorpioni* und *Ovčara*). Noch 2007 bemängelte ein Bericht des

401 Über das parteipolitische Spektrum hinaus thematisieren das Helsinki-Komitee oder die Heinrich-Böll-Stiftung mit Veranstaltungen und Podiumsdiskussionen immer wieder eine Öffnung von Geheimdienstakten und die Lustration von Amtsträgern.

402 Volksversammlung der Republik Serbien: Predlog: Zakon o izmenama i dopunama zakona o odgovornosti za kršenje ljudskih prava [Gesetzesvorschlag über die Änderung und Erweiterung des Gesetzes über die Verantwortung für die Verletzung von Menschenrechten] vom 9.11.2010, http://www.parlament.rs/upload/archive/files/lat/pdf/predlozi_zakona/2873_10.lat.zip vom 13.8.2012.

403 Volksversammlung der Republik Serbien: Predlog: Zakon o otvaranju dosijea službi bezbednosti u Republici Srbiji [Gesetzesvorschlag über die Öffnung von Geheimdienstakten in der Republik Serbien] vom 29.8.2012, http://www.parlament.gov.rs/upload/archive/files/lat/pdf/predlozi_zakona/2535-12Lat.zip vom 29.4.2013.

404 Gow, James/Zveržhanovski, Ivan: »The Milošević Trial. Purpose and Performance«, in: *Nationalities Papers* 34 (2004) 4, S. 897-919, hier S. 903 f.

International Center for Transitional Justice ein Ressourcendefizit sowie Personalknappheit der Kammer und forderte mehr Unterstützung durch die Politik und die Exekutive.⁴⁰⁵ Weiterhin wurde kritisiert, dass die Urteile der Kammer für Kriegsverbrechen die bis dato verhandelten Kriegsverbrechen als isolierte Taten einzelner Täter deuteten, ohne einen Zusammenhang mit einer möglichen Beteiligung des Staates herzustellen.⁴⁰⁶ Seitdem hat die Kammer für Kriegsverbrechen an ihrer Professionalisierung gearbeitet, weitere Mitarbeiter eingestellt und ist Kooperationsvereinbarungen mit anderen Strafverfolgungsbehörden aus der Region eingegangen. Ein 2006 unterzeichnetes Abkommen ermöglichte eine enge Zusammenarbeit der Anklagebehörde mit dem ICTY und vollen Zugriff auf die Datenbanken des ICTY. Vor allem das entschiedene Auftreten und die Äußerungen des Staatsanwalts der Kammer für Kriegsverbrechen, Vladimir Vukčević, der als Experte in Fragen der Kriegsverbrechen gilt, sorgten in der serbischen Öffentlichkeit für ein breiteres Bewusstsein für die begangenen Straftaten. 2010 wurde die Kammer für Kriegsverbrechen des Bezirksgerichts Belgrad in das Büro des Staatsanwalts für Kriegsverbrechen und in die Abteilung für Kriegsverbrechen am Oberen Gerichtshof in Belgrad transformiert. Trotz der immer wieder geäußerten berechtigten Kritik an den Organen konnten die Ermittlungen und Prozesse auf nationaler Ebene beachtliche Erfolge vorweisen: Bis Mitte Februar 2013 wurde gegen 395 Personen ermittelt, insgesamt 151 wurden angeklagt. Alles in allem wurden 31 Fälle abgeschlossen, in denen 61 Personen verurteilt und 13 freigesprochen wurden. Zu diesem Zeitpunkt werden sieben Fälle gegen 28 Angeklagte verhandelt. Weitere sieben Fälle, die 37 bereits verurteilte Personen betreffen, sind im Berufungsverfahren anhängig. In 21 Fällen wird ermittelt, in 100 Fällen gibt es Vorermittlungen.⁴⁰⁷ Vor allem mit Kroatien besteht eine enge Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung, aber auch die internationalen Vertreter der kosovarischen Verwaltung, Bosnien-Herzegowina und Montenegro arbeiten bei Fragen der Rechtshilfe mit der serbischen Staatsanwaltschaft für Kriegsverbrechen zusammen.⁴⁰⁸

405 B. Ivanišević: *Against the Current*.

406 J. Subotić: *Hijacked Justice*, S. 56, sowie D. Orentlicher: *Shrinking the Space*, S. 44 ff.

407 Vgl. bis zum Ende des Absatzes die Informationen auf der Homepage Tužilaštvo za ratne zločine: Predmeti [Fälle], http://www.tuzilastvorz.org.rs/html_trz/predmeti_lat.htm vom 22.2.2013.

408 Das Büro des Staatsanwalts für Kriegsverbrechen Serbiens hat dazu diverse Abkommen unterzeichnet, so das bilaterale *Memorandum of Agreement on Realization and Advancement of Cooperation in the Fight Against All Forms of Serious Criminal Activities* mit seinem Gegenpart in Kroatien am 5.2.2005 und das gleiche Ab-

Die von Koštunica eingeführte Politik der Selbstausslieferung karikierte die Konditionalitätspolitik und auch die Kooperation mit dem ICTY schlussendlich, entfernte aber die mit ICTY-Anklagen belasteten verbliebenen Repräsentanten aus Staat und Politik. Erst die DS-dominierte Regierung 2008 bis 2012 unterstützte mit ihrem EU-Kurs, auf dem es notwendig war, die der von der EU gestellten politischen Bedingungen zu erfüllen, eine Politik der Auseinandersetzung mit Kriegsverbrechen entsprechend den internationalen Erwartungen. Hierzu gehörte, dass inzwischen alle vom ICTY gesuchten Kriegsverbrecher aufgespürt und vor Gericht gestellt wurden und dass Tadić mit symbolischen Entschuldigungen eine Politik der Versöhnung und Wiederannäherung in den Fokus seiner Amtszeit gestellt hat. Darüber hinaus gelang es zivilgesellschaftlichen Initiativen mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit, die gesellschaftliche Aufmerksamkeit für Aufarbeitungsthemen zu erhöhen. Ihre internen Zerwürfnisse und die Radikalität der Äußerungen und Handlungen einzelner Aktivisten führten allerdings dazu, dass ihr Image in der breiten Gesellschaft weiterhin negativ besetzt und ihre Reichweite begrenzt bleiben. Aufgrund einer erfolgreichen transnationalen Mobilisierung konnte mit REKOM ein vielversprechendes neues Instrument geschaffen werden, das im Rahmen des Beitrittsprozesses weiter auf Unterstützung aus Brüssel hoffen kann.

Die Debatte innerhalb des »anderen Serbien« offenbarte bereits 2002 die unterschiedlichen ideologischen Ausrichtungen der NGO-Aktivisten mit Blick auf die Aufarbeitung von Kriegsverbrechen. Die verschiedenen Positionen reflektierte auch Margaret Hagan, die die im öffentlichen Diskurs exponierten Aktivisten der »menschenrechtsmotivierten Vergangenheitsaufarbeitung« in zwei Lager einteilte: die Hardliner Nataša Kandić vom Fonds für Völkerrecht und Sonja Biserko vom Helsinki-Komitee für Menschenrechte auf der einen und die »Softliner« Biljana Kovačević-Vučo vom Anwaltskomitee für Menschenrechte und Vojin Dimitrijević vom *Beogradski centar za ljudska prava* (Belgrader

kommen trilateral mit Bosnien-Herzegowina und Kroatien am 1.7.2005. Mit Kroatien schloss man am 13.10.2006 das *Agreement on Cooperation in the Prosecution of Perpetrators of War Crimes, Crimes Against Humanity, and Genocide*, mit Montenegro am 31.10.2007 das *Agreement on Cooperation in the Prosecution of Perpetrators of War Crimes, Crimes Against Humanity and Genocide* sowie das *Agreement on Cooperation in the Prosecution of Perpetrators of Crimes Against Humanity and Other Rights Protected by International Law*. Serbien hat mittlerweile mit allen exjugoslawischen Staaten außer dem Kosovo sowie mit der EULEX ein Abkommen über die Kooperation und den Austausch von Dokumenten sowie die Auslieferung von Angeklagten abgeschlossen.

Zentrum für Menschenrechte) auf der anderen Seite.⁴⁰⁹ Es bestünde die Gefahr, dass die Hardliner durch ihre extremen Äußerungen, Angriffe und Vergleiche die Vergangenheitsaufarbeitung an sich delegitimierten, da sie so ein verzerrtes Bild in der Öffentlichkeit schufen und nationalistische Interpretationsmuster reaktivierten. Ohne Frage erschwerten die Auseinandersetzungen innerhalb des NGO-Sektors und die provokativen Extrempositionen von Biserko und Kandić es, eine breite gesellschaftliche und politische Basis für einen Prozess der Vergangenheitsaufarbeitung zu mobilisieren und auch gemäßigte Bürger für das Projekt der Aufarbeitung zu gewinnen. Auch das Helsiniki-Komitee unterschied 2005 zwischen drei Wegen der Aufarbeitung in Serbien. Es gäbe zwei radikale Positionen, den einerseits ein Teil des NGO-Sektors und andererseits die SRS, rechtsextreme Gruppen⁴¹⁰ und Flüchtlingsorganisationen vertreten würden. Sie würden sich für beziehungsweise gegen die Arbeit des ICTY engagieren. Daneben gäbe es einen dritten Weg, der im Bericht des Helsinki-Komitees wegen Relativierung und seiner Staatsnähe harsch kritisiert wurde. Er würde vor allem von der Viktimologischen Gesellschaft Serbiens und ihrer Vorsitzenden Vesna Nikolić-Ristanović vertreten:

»She espouses the thesis that dealing with the past is a process in which all social groups, be they victims or participants and regardless of their national, political and religious hallmarks, should take an active part.«⁴¹¹

Der kritische NGO-Sektor, der sich mit den Themen Aufarbeitung und Kriegsverbrechen beschäftigte, stand kontinuierlich unter der Kritik der Vertreter des nationalistischen Lagers. Während vor allem Sonja Biserko und Nataša Kandić persönlich angegriffen und auch teilweise schwer bedroht wurden,⁴¹² stand nach 2005 für einige Jahre der ganze alternative NGO-Sektor im Fokus auch staatlicher Angriffe durch die Behörden unter der Regierung Koštunica. Nach der These Denisa Kostovicovas stand der alternative NGO-Sektor in diesem Kontext vor einer doppelten Herausforderung, da er sowohl von Seiten der »dunklen Sei-

409 Hagan, Margaret Darin: *Facing the Past in Post-Milošević Serbia. The Public Relations of Post-Conflict Human Rights Activism*, Masterarbeit, Budapest 2004.

410 Aufgezählt werden hier die Gruppen *Justin Popović*, *Dveri* und *Svetozar Miletić* sowie die Rechtsextremen von *Nacionalni stroj*. Vgl. Helsinški odbor za ljudska prava u Srbiji (Hg.): *Human Rights in an Unfinished State*, Belgrad: Zagorac 2000, S. 39.

411 Ebd.

412 Das Extrembeispiel im Bereich der Publikationen war sicher die Schmähschrift des SRS-Führers, vgl. V. Šešelj: *Afera Hrtkovci*.

te der Zivilgesellschaft« als auch von Seiten des Staates unter Druck geraten sei.⁴¹³ Einige Organisationen gerieten sogar unter Beobachtung des Geheimdienstes BIA.⁴¹⁴ Auch Wissenschaftler wirkten an der Diskreditierung von prominenten Akteuren mit, deren Interpretation der Jugoslawienkriege, der jüngeren serbischen und jugoslawischen Geschichte politisch motiviert und interessen-geleitet seien.⁴¹⁵ Exemplarisch sei hier Mirjana Radojičić genannt. Im Fokus ihrer wissenschaftlichen Auseinandersetzung, die mehr einer patriotisch-empörten und denunziativen Richtigstellung ähnelt, stehen Äußerungen von Sonja Biserko, Nataša Kandic, Biljana Kovačević-Vučo, Vesna Pešić (*Građanske inicijative*, Bürgerliche Initiativen) und Vojin Dimitrijević, die in einen harschen Kontrast zur serbischen Gesellschaft gestellt werden. Die Sichtweisen der NGO-Vertreter werden »falsifiziert«, indem die Autorin einzelne Behauptungen und Äußerungen aus dem Zusammenhang reißt und ihnen die »historische Wahrheit« im Sinne einer »richtigen Lesart« der Geschichte entgegenstellt. Abschließend wirft Radojičić den Aktivisten des NGO-Sektors »arrogance and extremism as a style, counterfactuality as a strategy and anti-Serbian nationalism and racism as an ideological strongpoint«⁴¹⁶ vor. Gerade in der Folge der Unabhängigkeit des Kosovo waren die »Frontfrauen« der alternativen NGOs aufgrund ihrer Unterstützung kosovarischer Positionen besonders gefährdet.⁴¹⁷

Für die beschriebenen symbolischen Entschuldigungen von serbischer Seite gilt, dass sie relativierende Figuren enthielten, die eine historische Verantwortung individualisierten oder externalisierten. Eine kollektive oder staatliche Verantwortung wies Serbien explizit von sich. Auffällig sind vor allem Passivformulierungen und ein weitgehender Verzicht auf das Agens. Teilweise werden Opfer gegeneinander aufgerechnet, indem auf serbische Tote verwiesen wird, an denen

413 Kostovicova, Denisa: »Civil Society and Post-Communist Democratization. Facing a Double Challenge in Post-Milošević Serbia«, in: *Journal of Civil Society* 2 (2006) 1, S. 21-37.

414 Vgl. Helsinški odbor za ljudska prava u Srbiji (Hg.): *Human Rights*.

415 Vgl. Radojičić, Mirjana: »Nevladine organizacije i politika interpretiranja novije južnoslovenske prošlosti« [NGOs und die Interpretationspolitik der neueren südslawischen Vergangenheit], in: *Filozofija i društvo* 27 (2005) 2, S. 109-125. Die Autorin veröffentlichte zudem: dies.: *Istorija u krivom ogledalu. Nevladine organizacije u Srbiji i politika interpretiranja skorije južnoslovenske prošlosti* [Geschichte im Zerrspiegel. NGOs in Serbien und die Interpretationspolitik der jüngsten südslawischen Vergangenheit], Belgrad: Institut za političke studije 2009.

416 Dies.: »Nevladine organizacije«, S. 125.

417 Amnesty International (Hg.): *Serbia*.

genauso Verbrechen begangen worden seien. Die Verantwortung für die Kriege und die Kriegsverbrechen wurden so stets für alle Konfliktparteien universalisiert.⁴¹⁸ Aus dieser Figur ergibt sich dann auch eine Legitimität für die Forderung nach Entschuldigung von den anderen Kriegsparteien. Oft ist zudem eine Funktionalisierung zu erkennen, wenn zum Beispiel eine Entschuldigung in den direkten Kontext der nötigen Verpflichtung zur Kooperation mit dem ICTY gestellt wird. Einige Male wird einer Entschuldigung im zweiten Satz anklagend und disziplinierend die Kritik an den unberechtigten Kollektivvorwürfen nachgeschoben, die gegenüber Serben erhoben würden. Uneingeschränkt entschuldigten sich nur montenegrinische Repräsentanten für die Verbrechen in den Jugoslawienkriegen bei anderen Kriegsteilnehmern, während gesamtstaatliche beziehungsweise ab 2004 serbische Repräsentanten nur diese »entleerten« Entschuldigungen vorbrachten. Auffällig ist auch, dass Entschuldigungen nur von den Staatsoberhäuptern geäußert wurden, die in ihrer Rolle als moralische Instanz auch persönliche Meinungen äußern können und mit ihrer repräsentativen Funktion nicht mit den Positionen der Regierung übereinstimmen müssen. Offensichtlich ist nichtsdestotrotz, dass nicht unbedingt die Akzeptanz der Entschuldigungsgesten bei den Adressaten im Vordergrund steht. Jennifer Lind qualifiziert diese Art von Entschuldigungen als »non-apology apologies«⁴¹⁹ – sie sind eine Geste, für die der jeweilige Staatsmann und seine Nation auf internationaler Bühne Anerkennung erlangen. Trotzdem ermöglichen sie durch die ihnen inhärenten Distanzierungen und Relativierungen eine Fortsetzung innenpolitisch populärer Narrative sowie den Erhalt der eigenen Machtposition und laufen damit der eigentlichen Intention von Entschuldigungen, nämlich der Versöhnungsleistung durch eine Akzeptanz beim Adressaten, zuwider. Innenpolitisch sind Entschuldigungsgesten risikobehaftet. Wie Brian Grodsky herausstellte, werden sie als »politische Stunts«⁴²⁰ gesehen, um dem Westen zu gefallen, auf die aber aus Gründen der Praktikabilität verzichtet würde, um die Wähler nicht zu konsternieren. Dieser Umstand erklärt auch, warum keine politischen Führungsfiguren für Entschuldigungen verantwortlich zeichneten. Popularitätsverlust befürchtend, scheinen die Kosten für unpopuläre Entschuldigungsgesten zu

418 Zu den Schlüssen der Individualisierung und Universalisierung von Schuld kommt auch Horelt in seiner Analyse der serbischen Entschuldigungen bezüglich Vukovar und Srebrenica, vgl. M.-A. Horelt: »Durch Symbolik und Recht«, S. 150.

419 Lind, Jennifer M.: *Sorry States: Apologies in International Politics* (= Cornell Studies in Security Affairs), Ithaca: Cornell University Press 2008.

420 B. Grodsky: *The Costs of Justice*, S. 193.

hoch.⁴²¹ Zur innenpolitischen Rationalisierung von Entschuldigungen dienten die relativierenden und einschränkenden Formulierungen. So scheint es aus Sicht der Entschuldigenden zentral für das innenpolitische Publikum zu sein, zu vermitteln, dass die Politik der Entschuldigung und der Aufarbeitung einem nationalen serbischen Interesse entspreche und eine unbelastete, positive Zukunft, vorzugsweise in der EU, zum Ziel habe. Dazu sei es zweckdienlich, die Vergangenheit hinter sich zu lassen und zusammenzuarbeiten. Im Fokus steht also ein pragmatisches und funktionales Interesse an einer Wiederannäherung der ehemaligen Kriegsparteien. Besonders wichtig für die nationale Identität scheint es weiterhin zu sein, die Führungsrolle in der Versöhnung und Aufarbeitung der Kriege zu proklamieren und dadurch einen überlegenen moralischen Charakter zu betonen, der als neue nationale Identitätsressource nutzbar gemacht werden kann. Das nationalistische Lager sanktioniert das Verhalten des Präsidenten als unpatriotisch und kritisiert öffentlich, dass er nicht den serbischen Opfern, denen zum Beispiel in Bratunac gedacht wurde, oder den aus der Krajina vertriebenen Flüchtlingen oberste Priorität eingeräumt.

Eine Ausnahme bildet die Entschuldigung von Tomislav Nikolić im April 2013, der auf Knien um Vergebung bittet, was einer vollständigen Entschuldigung gleichkommt. Er erkennt Srebrenica an und verweist lediglich in Bezug auf die Frage nach der Genozidqualifizierung auch auf serbische Opfer. Die Einordnung des Massakers in Srebrenica als Völkermord stellt auch hier wieder eine Grenze des Sagbaren dar, die aus innenpolitischen Gründen gezogen wird. Auffällig ist die Kniefallmetapher, die Nikolić wählt. Schon für das Treffen von Präsident Tadić mit dem kroatischen Präsidenten Josipović in Vukovar bemühte die serbische Presse den Vergleich mit Willy Brandt, um auf die historische Bedeutung des Rituals hinzuweisen. Und Nikolić knüpft in seiner Wortwahl ganz bewusst an Brandt an und verortet seine Bitte um Vergebung in einer Reihe großer Entschuldigungssymbolik.

Die Freisprüche am ICTY auf der Ebene der Befehlshaber zeigen weisen darauf hin, dass die Rechtssprechung des Tribunals mit Blick auf die Befehlsverantwortung zunehmend an Substanz verliert. Obwohl es Serbien nicht gelang, breite Unterstützung für die Sache der serbischen Opfer außerhalb der begrenzten Reichweite serbischer und serbophiler Erinnerungslobbyisten zu gewinnen, konnte es die selektive Wahrnehmung des Konflikts in der internationalen Strafjustiz internationalisieren und in internationalen Gremien die Delegitimierung des Gerichts vorantreiben. Präsident Nikolić zeigte in seiner Rede vor der UN-Generalversammlung eine Interpretation auf, in der er eine Linie internationaler

421 Ebd.

Strafjustiz vom Zweiten Weltkrieg bis heute zieht. In dieser Sichtweise haben die serbischen Opfer sowohl nach dem Zweiten Weltkrieg als auch nach den Jugoslawienkriegen weder auf internationaler noch auf jugoslawischer Ebene Gerechtigkeit erfahren. Dieser Empfindung von Ungerechtigkeit liegt auch Nikolić' Symbolpolitik zugrunde. Stattdessen verlangt Nikolić eine Gleichbehandlung aller Kriegsparteien hinsichtlich der Verurteilung der Taten und der Strafverfolgung der Täter, in dem Glauben, dass einzig dadurch ein Engagement aller Kriegsparteien und eine Versöhnung möglich seien. Nur der gemeinsame Akt des sich gegenseitigen Vergebens bildet eine Grundlage, von der aus man sich positiv erinnern kann. Ungerechtigkeit in der Strafverfolgung hingegen bereitet in dieser Vorstellung die Basis für neue ethnonationale Konflikte. Statt auf Wahrheit oder Gerechtigkeit aufzubauen scheint also das Versöhnungsritual selbst als Moment positiver Integration zu gelten.

3.3 NORMATIVER WANDEL: NORMÜBERNAHME?

Auf den nächsten Seiten möchte ich der Frage nachgehen, inwieweit Serbien die sich auf internationaler Ebene entwickelnde Norm der Vergangenheitsaufarbeitung übernommen hat und welche Rolle externe Faktoren dabei spielten. Auf Basis der bisherigen Ausführungen soll die Normsozialisation anhand der von Cortell und Davis Jr. vorgeschlagenen Kriterien bewertet werden: strukturelle Faktoren und politische Kultur, *cultural match* und die Salienz der Norm in nationalen Institutionen und politischer Rhetorik.⁴²²

Zunächst untersuche ich, welche strukturellen Faktoren der politische Kontext und die politische Kultur für die Vergangenheitsaufarbeitung von Kriegsverbrechen boten. Wie aufgezeigt, galt es im öffentlichen Diskurs Ende der 80er und zu Beginn der 90er Jahre noch als eine Art demokratisches Recht im Prozess der Liberalisierung und Pluralisierung des politischen Systems Jugoslawiens, sich kritisch mit der sozialistischen Vergangenheit und den im Zweiten Weltkrieg begangenen Kriegsverbrechen zu befassen. Nationalistische Intellektuelle, Literaten und Politiker griffen das Thema auf und nutzten es als politische Ressource. Allerdings ging es hierbei nicht darum, einen justiziellen Umgang mit begangenen Verbrechen zu etablieren, aus dem man eine Norm der Aufarbeitung hätte ableiten können, sondern um den Aufbau eines serbischen Gegennarrativs mit Fokus auf die serbischen Opfer, das sich gegen die sozialistische, kroatische oder kosovarische »Wahrheit« richtete, die gleichzeitig relativiert wurde. Diese

422 Cortell/Davis Jr.: »Understanding the Domestic Impact«.

eingübte Diskursformation variierte hinsichtlich der Aufarbeitung von Kriegsverbrechen zu Beginn der 90er Jahre nur geringfügig: Die Beschäftigung mit Kriegs- und Völkermordverbrechen wurde weiter institutionalisiert und nunmehr staatliche Politik, blieb aber auf Serben als Opfer dieser Verbrechen begrenzt. Wie deutlich wurde, behandelte die Regierung das Thema Kriegsverbrechen jedoch stiefmütterlich und stellte keine ausreichenden Ressourcen bereit, um umfassende Untersuchungen durchzuführen. Statt um tatsächliche Aufklärung oder Strafverfolgung ging es im Zusammenhang mit der Last der Kriegsgräueltaten darum, ein Gegennarrativ zur internationalen Wahrnehmung der Jugoslawienkriege zu postulieren, in der sich die serbische Regierung fälschlicherweise beschuldigt sah.

Während der Kriege und danach beschäftigten sich nur wenige zivilgesellschaftliche Organisationen mit der Aufklärung von Kriegsverbrechen, die von Serben begangen wurden. Die wenigen, die auf diesem Feld aktiv waren, präsentierten sich allerdings als extrem und unpatriotisch beziehungsweise wurden in der Öffentlichkeit so dargestellt, wodurch ihre Positionen gesellschaftlich kaum anschlussfähig waren. Nichtserbische Opfergruppen fehlten im innerserbischen Diskurs weiterhin völlig, ihre Äußerungen wurden und werden weiterhin gleichgesetzt mit den Äußerungen der feindlichen Konfliktpartei. Als Stakeholder prägten serbische Opfer- und Flüchtlingsorganisationen sowie NGOs den Diskurs, die sich mit der Erforschung des Leidens und der Verbrechen gegen Serben beschäftigten. Die Aktivisten, die sich für eine umfassende Aufarbeitung der Kriegsverbrechen einsetzten und damit vor allem die von Serben begangenen Taten meinten, wurden trotz transnationaler Unterstützung innenpolitisch marginalisiert, da diese Kriegsgräueltaten zum einen als Kriegspropaganda und Lüge der Gegner gedeutet wurden und zweitens die Forderung nach Aufarbeitung gerade im Kontext des Kriegs als Verrat an denjenigen betrachtet wurde, die die eigenen Leute verteidigt hatten. Als stilisierte »innere Feinde« waren die Aufarbeitungsaktivisten Angriffen des Milošević-Regimes, der Radikalen und anderer nationaler Kräfte ausgesetzt, doch auch sie selbst waren auf Konfrontation aus. Vor allem Ende der 90er Jahre wurden sie als Verräter beschuldigt, sie seien ein verlängerter Arm der Imperialisten der USA, des Haager Tribunals und des Westens.

Zwar gab es seit 1995 mit dem ICTY, den Staaten und Organisationen (USA, EU, Belgien, Niederlande), die eine Kooperation mit dem ICTY forcierten und Druck auf Serbien ausübten sowie den serbischen Aufarbeitungs-NGOs eine nahezu perfekte *advocacy coalition* für eine Normdiffusion. All diese Akteure vertraten aber eine Sicht auf die Jugoslawienkriege, die Serbien die Hauptverantwortung für die Kriege anlastete, und verlangten eine radikale Form der

Aufarbeitung und des Bruchs mit dem Vorgängerregime, die vermutlich nur in einem besetzten Land zu realisieren gewesen wäre. Aufgrund der mangelnden Anschlussfähigkeit an die Erfahrungen in der serbischen Politik und Gesellschaft, mit denen die geforderte Aufarbeitung an Akzeptanz hätte gewinnen können, und da die Beschäftigung mit serbischen Opfern und Leiden ausblieb, gelang es hier nicht, einen unbelasteten Diskurs über die Norm zu eröffnen, der eine umfassende Normübernahme für alle relevanten politischen und gesellschaftlichen Kräfte ermöglicht hätte.

Die Polarisierung angesichts der Frage der Konfrontation mit Kriegsverbrechen kulminierte während der NATO-Bombardierung und der Anklageerhebung des ICTY gegen Slobodan Milošević. Zu dieser Zeit erodierte aber dessen Legitimität zunehmend, was vor allem im intellektuellen Diskurs Raum dafür öffnete, sich deutlicher als bisher für eine Aufarbeitung einzusetzen. Nichtsdestotrotz wurden Fortschritte auf dem Feld der Aufarbeitung nach der Transition nur auf der Basis von Konditionalitätspolitik, vor allem hinsichtlich der Kooperation mit dem ICTY, und unter großem Druck durch die USA und später die EU erreicht. Die Konditionalitätspolitik war einerseits hilfreich für die Normsozialisation, da die Aussicht auf materiellen oder institutionellen Fortschritt eine pragmatische Politik der Auseinandersetzung mit Kriegsverbrechen begünstigte. Allerdings war der externe Druck andererseits auch kontraproduktiv in Bezug auf eine Normübernahme: Er spielte den nationalistischen Kräften in die Hände, die die Politiker, die sich für eine Aufarbeitung engagierten, in der nicht die serbischen Opfer im Mittelpunkt stehen, als Marionetten, als unpatriotisch und Verräter diffamierten. Den Politikern mangelte es an Bereitschaft, die Bürger Serbiens von der Notwendigkeit zu überzeugen, sich mit den von Serben begangenen Kriegsverbrechen auseinanderzusetzen. So fiel es leicht, das Erfüllen von Bedingungen als erzwungenen und rein instrumentellen Tauschhandel zu stilisieren. Die Konditionalitätspolitik trug also zwar dazu bei, Vorstellungen von Vergangenheitsaufarbeitung auszubilden, unterminierte allerdings den normativen Gehalt der Norm im Diffusionsprozess. Stattdessen wurden Begriffe, Rhetorik und Handlungen symbolisch eingesetzt, die inhaltlich aber weitgehend leer blieben.

Weiterhin fehlt gesamtgesellschaftlich und vor allem politisch die Anerkennung der vom ICTY gesprochenen Urteile. Eine höhere Akzeptanz erreichten die Formen einer Aufarbeitung, in der die *ownership* eindeutig in serbischer Hand lag. So sind beispielsweise die Urteile der Kammer für Kriegsverbrechen weit weniger umstritten.

Während Kriegsverbrechen bis dahin innenpolitisch noch nicht unter dem Stichwort Vergangenheitsaufarbeitung verhandelt wurden, ahmten einzelne Akteure des alternativen NGO-Sektors und Intellektuelle bereits seit 1991 unter

Verweis auf die Nürnberger Prozesse Konzepte anderer historischer Konstellationen nach. 1998/1999 schließlich nahmen Politiker der Oppositionsparteien einen zivilgesellschaftlichen Diskurs über die Frage der Aufarbeitung der Vergangenheit auf. Fast alle Konzepte wurden dem deutschen Vorbild entlehnt, wie auch die Begriffsverwendungen und direkten Übersetzungen wie *suočavanje* (Aufarbeitung) oder *denazifikacija* (Entnazifizierung) zeigen. Für die Wahrheits- und Versöhnungskommission diente die südafrikanische Kommission als Vorbild, bei der Bewältigung der sozialistischen Vergangenheit orientierten sich die Initiatoren an Beispielen aus den ostmitteleuropäischen Ländern. Zwar tauchten all diese konzeptionellen Schlagwörter im öffentlichen und intellektuellen Diskurs auf, allerdings wurde keines der damit verbundenen Konzepte übernommen.

Die *Salienz der Norm* in Serbien ist deutlich am Wandel der *policy*, aber auch von Institutionen nachzuvollziehen. Seit 1992 gibt es eine Rechtsgrundlage für die staatliche Dokumentation von Kriegsverbrechen, auf deren Basis eine Kommission eingerichtet wurde. Das Außenministerium hielt in der Frage der Kriegsverbrechen kontinuierlich Kontakt zu den Organen der UN. Von 1996 an machten die jugoslawischen Exekutivorgane auch Teilzugeständnisse in der Kooperation mit dem ICTY und unternahm erste eigene Strafverfolgungsbemühungen. Nach der Transition 2000 wurde der Kontakt zum ICTY intensiviert, wobei die Kooperation zunächst weiterhin von Obstruktionen blockiert war. 2002 wurde das Rom-Statut, nur wenige Monate darauf auch eine gesetzliche Grundlage zur Auslieferung von Kriegsverbrechern ratifiziert. Ein Rat zur Zusammenarbeit mit dem ICTY wurde geschaffen und der Posten eines eigens für diese Kooperation zuständigen Sonderbeauftragten sowie die Kammer für Kriegsverbrechen eingerichtet. Durch die Konditionalitätspolitik der USA und später der EU konnten alle flüchtigen Kriegsverbrecher an das ICTY ausgeliefert werden. Nach einigen symbolischen Entschuldigungen durch den Präsidenten des Landes verurteilte 2009 auch das serbische Parlament das Massaker von Srebrenica. Was die Ergebnisse angeht, kann also von einer erfolgreichen Normübernahme gesprochen werden: Vergangenheitsaufarbeitung ist Teil der politischen Agenda und staatlicher Institutionen und wird als Leitlinie außen- und innenpolitischen Handelns verstanden. Die Norm der Vergangenheitsaufarbeitung ist insofern nachhaltig, als dass mit der Kammer für Kriegsverbrechen, der Initiative *REKOM*, lokalen und transnationalen NGOs Kräfte vorhanden sind, die eine weitergehende Normsozialisierung in Serbien realistisch erscheinen lassen.

Für die Normübernahmen waren immer externe Faktoren ausschlaggebend. Mit Referenz auf die Notwendigkeit der Aufarbeitung von Kriegsverbrechen er-

folgte ein institutioneller Wandel, setzte sich aber nicht in allen Politikbereichen durch. Als Negativbeispiel kann hier der Bildungsbereich angeführt werden, in dem keinerlei Berücksichtigung einer veränderten Position gegenüber Kriegsverbrechen und deren Aufarbeitung Eingang gefunden hat. Obwohl es normative Bekenntnisse von offiziellen Vertretern staatlicher Behörden oder von Politikern gibt, sind gleichzeitig gegenläufige Positionen in Politik und staatlichen Institutionen offenbar. Die Salienz der Norm ist damit als moderat einzuschätzen.

Bei allen aufoktroierten oder auf externen Druck hin eingerichteten Mechanismen der Aufarbeitung war zu beobachten, dass die Norm unterwandert wurde, indem man sie national umdeutete. Das ist nicht nur auf die Einschränkung nationaler Souveränität durch die dem Land gestellten Bedingungen oder auf eine Disqualifizierung dieser Instrumente durch die nationalistische Opposition zurückzuführen, sondern auch auf die Relativierung der Norm durch politische Repräsentanten. Dieses Verhalten konnte in der politischen Kommunikation nachgewiesen werden, sei es bei der Einrichtung nationaler Institutionen wie der Wahrheits- und Versöhnungskommission oder bei der Kooperation mit dem ICTY, sei es bei symbolischen Entschuldigungen oder in den Kommentaren der Repräsentanten zur Arbeit des ICTY. Diese ambivalente politische Kommunikation verhinderte einen grundlegenden normativen Wandel in der Gesellschaft, dem ein universelles Verständnis von Menschenrechten zugrunde liegen würde. Eine selektive Ausgestaltung von Normen bleibt prävalent. Kriegsverbrechen sind nicht durchgängig bekannt, teilweise werden verurteilte Schuldige, trotz ihrer Verurteilung, nicht als solche betrachtet, was die Kontinuitäten des Kriegs- und Milošević-Regimes verdeutlichen. Die relativierende und selektive Aufarbeitungspolitik der Regierung hat Folgen: So belegte eine Umfrage 2010, dass dreißig Prozent der befragten serbischen Bürger nicht wussten, was in Srebrenica passierte. 48 Prozent war unbekannt, was in Ovčara bei Vukovar geschah, zwanzig Prozent behaupteten, Sarajevo sei nie belagert worden. Siebzig Prozent der Befragten gaben an, Serbien hätte immer nur Verteidigungskriege geführt, über die Hälfte war davon überzeugt, Serbien habe auf der Gewinnerseite gestanden.⁴²³ Die Narrative des Milošević-Regimes scheinen in Teilen der Gesellschaft

423 Vgl. Hrašovec, Ivana Milanović: »Propuštena prva lekcija. Naši građani ne znaju ko je bombardovao Dubrovnik i šta se desilo na Ovčari, u Srebrenici, Sarajevu, ali su složni oko toga da su među narodima za raspad Jugoslavije najviše krivi Hrvati« [Verpasste erste Lektion. Unsere Bürger wissen nicht, wer Dubrovnik bombardierte und was in Ovčara, Srebrenica oder Sarajevo passierte, aber sind sich einig, dass von den Völkern die Kroaten am meisten Schuld für den Zerfall Jugoslawiens haben], in: *Vreme* vom 28.10.2010, S. 28 ff., sowie Pintar Manojlović, Olga: »Rat i nemir. O

ungebrochen zu sein. Politische Repräsentanten akzeptieren zwar öffentlich die Urteile des ICTY und eine Leugnung der vom ICTY etablierten »Wahrheit« scheint aus außenpolitischen Erwägungen heraus unsagbar. Über die Prozesse oder Verbrechen konkret äußern sie sich allerdings nicht, auch erhält der strikte Verweis auf individuelle Täter den Mythos staatlicher Unschuld aufrecht. Eine gegen Serben gerichtete Verwendung des Genozidbegriffs ist ohnehin tabuisiert und nicht mehrheitsfähig. Somit muss von einer fehlenden Internalisierung der Norm ausgegangen werden.

Dadurch, dass die Aufarbeitung von Kriegsverbrechen über viele Jahre hinweg Serbiens »most valueable foreign export«⁴²⁴ war, ist die politische Rhetorik der Vergangenheitsaufarbeitung und der Menschenrechte bei Politikern gut eingeübt. Die Lücke zwischen der verwandten Rhetorik und der konkreten Politik lässt hingegen eine gewisse Inhaltsleere und eine eher symbolische Übernahme von Normen vermuten. Selbst bei symbolischen Entschuldigungen scheint die Übernahme einer uneingeschränkten Täterrolle, die keinen Verweis auf die eigenen Opfer und die Schuld aller Konfliktparteien erlaubt, eine diskursive Grenze zu markieren.

Die Hindernisse für eine erfolgreiche und nicht nur instrumentelle Normübernahme scheinen die *ownership* des Prozesses und der mangelnde *cultural match* zu sein. Vergangenheitsaufarbeitung wurde nie als universeller Prozess betrachtet, sondern selektiv gedeutet – entweder als Privilegierung der serbischen Perspektive in den Jugoslawienkriegen oder als gegen Serben gerichtetes Instrument. Dies schien sich für serbische Politiker und die serbische Öffentlichkeit mit dem ICTY und den dem Land gestellten Bedingungen zu bestätigen. Zwar wurde eine Strafverfolgung einiger Schuldiger vor dem ICTY und nun durch die Kammer für Kriegsverbrechen erreicht, die Effekte der Vergangenheitsaufarbeitung auf Versöhnung, Stabilisierung und Demokratisierung blieben aber limitiert. Der Prozess der Vergangenheitsaufarbeitung war diesbezüglich teilweise sogar kontraproduktiv: Zwischen den ehemaligen Konfliktparteien

videnjima socijalističke Jugoslavije, drugog svetskog rata u kome je nastala i ratova u kojima se raspala« [Krieg und Unfrieden. Über Sichten auf das sozialistische Jugoslawien, den Zweiten Weltkrieg, in dem es errichtet wurde, und die Kriege, in denen es zerfiel], in: Dubravka Stojanović/Radina Vučetić/Sanja Petrović/Olga Todosijević/Olga Manojlović Pintar/Radmila Radić (Hg.): *Novosti iz prošlosti: Znanje, neznanje, upotreba i zloupotreba istorije* [Neuigkeiten aus der Vergangenheit. Wissen, Nichtwissen, Gebrauch und Missbrauch der Geschichte], Belgrad: Beogradski centar za ljudska prava 2010, S. 83-106.

424 B. Grodsky: *The Costs of Justice*, S. 123.

bleibt der Diskurs über Kriegsverbrechen weiterhin kontrovers und konflikthaft, wie die Protestreaktionen auf Urteile des ICTY, die Srebrenica-Deklaration in Bosnien-Herzegowina oder die Empörung über die Äußerungen von Präsident Nikolić nach seinem Amtsantritt zeigten. Zwei Mal sorgte die erzwungene Kooperation mit dem ICTY für eine Destabilisierung der politischen Situation: Zunächst nach der Auslieferung Milošević' 2001, woraufhin Koštunicas DSS aus der Regierung ausscherte, und sodann bei der Ermordung des Premierministers Zoran Đinđić. Da es keinen harten Bruch mit den Eliten des Milošević-Regimes gegeben hat, haben in Politik, Militär, Geheimdiensten und Gesellschaft zum Teil noch die gleichen Kader einflussreiche Positionen inne. Für sie, die naturgemäß einer durchgreifenden Aufklärung der Verantwortlichkeiten für den Krieg und für den in Kriegsverbrechen mündenden Nationalismus entgegenstehen, haben sich lediglich die Spielregeln verändert. Sie haben sich an die neuen Verhältnisse angepasst. Und auch die Vertreter des »anderen Serbien«, die bis heute die stärksten Befürworter einer Aufarbeitung im Land sind, werden als Vertreter einer selektiven Gerechtigkeitsvorstellung verstanden. Durch die Politisierung des Aufarbeitungskonzepts im serbischen Diskurs ist Aufarbeitung nicht nur Gegenstand von Politik. Anstatt für die Gleichheit vor Gesetz und Gericht, Sicherheit und Zivilisierung zu werben und eine universelle Gültigkeit zu erlangen, bleibt die Wirkung einer Norm der Aufarbeitung begrenzt auf die eines politischen Kampfbegriffs, mit dem es partikulare Interessen durchzusetzen gilt.

Die Problematik externer Interventionen und erzwungener Gerechtigkeit

Ein besonderes Hindernis für die Bereitschaft, eine Aufarbeitungsnorm zu internalisieren, war ohne Frage die grundlegende Skepsis gegenüber extern induzierten und aufoktroierten Prozessen, die während des Milošević-Regimes als illegitime Angriffe und feindliche Interventionen gedeutet wurden. Wie Victor Peskin aufzeigte, glich der Kampf um Kooperation und Konditionalitätspolitik zwischen dem Tribunal, dem Staat und der internationalen Gemeinschaft einem »virtual trial of their own«⁴²⁵. Das ICTY konnte erst arbeiten, als die Unterstützer der Anklagebehörde, die einflussreichen Staaten und Organisationen, sich zu Koalitionen formierten, deren Engagement schon einem Urteil über den Staat gleichkam, der zur Kooperation gezwungen werden sollte.

Diese immanente Vorstrukturierung erlaubte es, dass politische Eliten in Serbien die Frage der Vergangenheitsaufarbeitung zu einer Frage der nationalen

425 V. Peskin: *International Justice*, S. 9.

Loyalität und der politischen Dominanz verwandelten. Der Eindruck, dass eine Aufarbeitung der Kriegsverbrechen dem nationalen Interesse widersprechen würde, setzt sich bis heute fort und wird mit der Logik der Konditionalität rationalisiert. Durch das Zuckerbrot wird Aufarbeitung somit zu einem strategischen Vorteil und als nationales Interesse darstellbar, demgegenüber bleibt die Gerechtigkeitsvorstellung aber weiterhin selektiv.

Nach 2000 hieß die Formel hinsichtlich der Konditionalitätspolitik der USA »Geld gegen Kriegsverbrecher«. Sie stellte die handelnden Politiker vor ein Dilemma: Kooperierten sie nicht mit dem ICTY, würden sie durch die damit verbundenen Sanktionen oder die in Aussicht gestellten Nachteile geschwächt, doch auch die Unterstützung des ICTY bedrohte ihre innenpolitische Popularität. Also legten sie ihre Zwangslage offen und arbeiteten mit dem ICTY zusammen – um die Bedingung zu erfüllen und nicht um Kriegsverbrecher zur Verantwortung zu ziehen, Gerechtigkeit walten zu lassen oder die von Krieg und Autoritarismus geprägte staatliche Vergangenheit aufzuarbeiten. So wurden zwar die gesuchten Kriegsverbrecher ausgeliefert und vor Gericht gestellt, eine weitergehende Wirkung auf die serbische Gesellschaft allerdings konnte nicht erreicht werden, da eine überzeugende moralische Rechtfertigung für das Handeln ausblieb. Im Gegenteil, die Glaubwürdigkeit des Tribunals wurde durch die Unfreiwilligkeit des Handelns sogar noch weiter beschädigt. Gleichzeitig erlaubte die Konditionalitätspolitik Anti-ICTY-Kräften, kooperierende Politiker des Verkaufs von Serben gegen Geld oder des Verrats von Serben an das ICTY zu bezichtigen. Das Ablehnen der Serbien gestellten Bedingungen oder der in Aussicht gestellten »Belohnungen« konnte überdies sogar als Zeichen besonderer politischer Potenz und der Verteidigung nationaler Interessen gedeutet werden. Vojislav Koštunica ging noch einen Schritt weiter, als er mit seiner Politik der freiwilligen Selbstausslieferung die EU-Konditionalitätspolitik als eine Art faustischen Pakt mit der EU darstellte, »handing over wartime ›heroes‹ in return for the ›empty‹ promise of Europe«⁴²⁶. Damit verkehrte er die normativen Bezugspunkte der Konditionalitätspolitik in ihr Gegenteil, die Unterstützung der »serbischen Helden« galt als legitim und gerechtfertigt, wenn sie sich für die Nation opferten und nach Den Haag gingen. Eine negative Einstellung gegenüber dem ICTY war politisch sogar à la mode. Koštunica räumte wiederholt ein, er kooperiere nur aus Gründen des nationalen Interesses mit dem ICTY. Europa galt zwar aus finanziellen und wirtschaftlichen Gründen als notwendig, aber normativ nicht als Vorbild, vielmehr grenzte sich Koštunica davon ab.

426 J. Batt/J. Obradović-Wochnik: War Crimes, S. 38.

Marlene Spoerri wies auf die Problematik »erzwungener Gerechtigkeit« hin, nach der Konditionalitätspolitik zwar der internationalen Strafjustiz helfe, aber auch gegenteilig wirken könne, indem sie »inadvertently protract the normative shifts required to see truth and reconciliation achieved«⁴²⁷. Zwar wurden flüchtige Kriegsverbrecher nach den Haag ausgeliefert und dort vor Gericht gestellt, was zunächst Gerechtigkeit für die Opfer bedeutete. Das Tribunal blieb allerdings in der Rolle eines von allen Parteien anerkannten, unparteiischen Dritten, der über Straftaten und das historische Narrativ der Konflikte entscheiden könne. Durch die fehlende Glaubwürdigkeit und Legitimität des Tribunals erreichen Prozesse und Urteile sowohl in ihrer normativen als auch emotionalen Dimension einen großen Teil der Serben nicht. Gut sichtbar wurde die Leere der Auslieferungspraxis durch die durchgängig kommunizierte Notwendigkeit der Erfüllung externer Bedingungen, als Präsident Tadić im Mai 2011 der Presse die Verhaftung von Ratko Mladić bekannt gab. Svetlana Lukić, die Moderatorin der populären, kritischen Radiosendung *Peščanik* (Stundenuhr), kommentierte die Äußerung des Präsidenten:

»In einem Satz lobte er, dass es geschafft sei, im zweiten entschuldigt er sich, im dritten verlachte er [ICTY-Chefankläger, D. M.] Brammertz und bemerkte mehrfach, wie Brammertz trübes Wasser in seinem Bericht davontragen wird. Im vierten Satz versuchte er bereits, mit der Europäischen Union zu verhandeln, und im fünften verkündet er, dass mit der Verhaftung von Ratko Mladić auch offiziell das Stigma vom serbischen Volk genommen worden sei.«⁴²⁸

Tadić kommunizierte nicht die Notwendigkeit von Gerechtigkeit oder der Konfrontation mit Kriegsverbrechen, sondern die Demonstration der Stärke der Regierung, bemerkte schadenfroh, dass Brammertz diesmal zu keinem negativen Urteil über Serbien kommen könne und dass Serbien nun Anspruch auf den Kandidatenstatus bekäme. Wie Lukić weiter feststellte, habe Tadić somit »allen den Ablass erteilt, die im Namen des serbischen Volkes irgendwelche Sünden begangen haben«⁴²⁹. Mit Erfüllung der an das Land gestellten Konditionalitäten gilt die Aufarbeitung der Kriegsverbrechen von Regierungsseite als beendet, als ein Kapitel, dass man nun hinter sich lassen könne.

427 M. Spoerri: »Justice Imposed«, S. 1847.

428 S. Lukić: Reakcije na hapšenje Ratka Mladić.

429 Ebd.